

30 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/das-ewige-widersinnige-usa-bashing-ld.1729426>

## Das ewige, widersinnige USA-Bashing

Sie sind wieder da, die «Ami go home»-Parolen, die negativen Töne im Westen gegen die USA. **Eine Generation geschichtsblinder Politiker in Europa erkennt offenbar die entscheidenden Momente zur Bewahrung der Freiheit nicht.**

Robert U. Vogler

30.03.2023, 05.30 Uhr



In Europa gibt es überall Stimmen, die einmal mehr die USA als Kriegstreiber hinstellen wollen.

Markus Schreiber / AP

Einmal mehr scharen sich die Europäer heute um die Schutzmacht USA. Nach dem Ersten Weltkrieg waren sie durch die Amerikaner vom Stellungskrieg in den Schützengräben Flanderns erlöst, nach dem Zweiten Weltkrieg von Hitlerdeutschland befreit und während des Kalten Kriegs vor der aggressiven Sowjetunion beschützt worden. Auch beim Krieg in der Ukraine sind die Vereinigten Staaten von Amerika die führende Kraft des Westens, einmal mehr wieder zusammen mit den Briten.

## Pazifistische Schalmeientöne

Seit dem 24. Februar 2022 wissen wir, dass die Ukraine nach dem russischen Überfall zu Beginn nur durch die massive Unterstützung der USA und Grossbritanniens nicht völlig zusammengebrochen ist. Beide haben seit 2014 die Ukraine beim Aufbau einer modernen Armee entscheidend unterstützt. Aber überall gibt es Stimmen, auch in der Schweiz, die einmal mehr die USA als Kriegstreiber hinstellen wollen.

Nach wie vor schützt uns aber das «Gleichgewicht des Schreckens» vor der atomaren Vernichtung. Aber wie sich nun herausstellt, ist ein konventioneller Krieg in Europa genau unter diesen Schutzschirmen paradoxerweise wieder möglich geworden. Das ist der Fluch der Atombombe.

2021 veröffentlichte der ehemalige Kommunikationschef der Deutschen Bank Stefan Baron ein Buch mit dem vielsagenden Titel «Ami go home! Eine Neuvermessung der Welt», und in einem Plädoyer für eine «Emanzipation von Amerika» in der «Weltwoche» unterstützte er genau jene

Kräfte, die sich die Entkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten wünschen: Russland und China. Und seit kurzem hören wir aus Deutschland von einem «Manifest für Frieden» der Altfeministin Alice Schwarzer und der Postkommunistin Sahra Wagenknecht.

Das sind dieselben pazifistischen Schalmeientöne wie in den 1960er und 1970er Jahren zu Vietnam und Nato-Doppelbeschluss, damals teilweise orchestriert durch die DDR, wie wir heute wissen. Aber die Interessen Europas sind seit 1945 kongruent mit denjenigen der USA. Dass die Amerikaner 1945 in Europa geblieben sind, ist nicht selbstverständlich. Isolationismus war mit Ausnahme des Ersten Weltkriegs bis zu Pearl Harbor eine politische Konstante.

Premierminister Winston Churchill musste Präsident Franklin D. Roosevelt vor dem Kriegseintritt der USA am 7. Dezember 1941 fast auf Knien um Unterstützung im Kampf gegen die Nazis bitten. Einzig mit der Monroe-Doktrin von 1823 hatten die Vereinigten Staaten klargemacht, wo ihre unverrückbaren Interessen liegen würden, nämlich in Südamerika, auf dem gesamten amerikanischen Doppelkontinent.

Es wäre ein Leichtes gewesen, dass Präsident Harry Truman nach 1945 den alten Weg der Selbstisolation wieder aufgenommen und Deutschland einem ungewissen Schicksal überlassen hätte, Ideen dazu gab es genug, von Henry Morgenthau bis Stalin. Der einsetzende Kalte Krieg liess die USA anders entscheiden. Die ewigen Amerika-Hasser von links und rechts müssen sich deshalb die Frage gefallen lassen, wo und wie sie heute leben würden ohne den jahrzehntelangen atomaren Schutzschirm der USA.

## «Mourir pour Kiew»?

Auch die Schweiz ist bis heute Profiteur der Politik Washingtons, was unsere pazifistischen Linken und einige Rechte gerne vergessen, womit sie das Spiel Moskaus spielen. Warum emanzipiert sich Europa nicht von Amerika? Man kann Barons Frage aber auch in umgekehrter Richtung stellen: Sollten sich die USA nicht endlich von Europa emanzipieren? Schon Henry Kissinger stellte vor Jahrzehnten die Frage nach der europäischen Telefonnummer im Krisenfall. Heute sind wir noch keinen Schritt weiter. Der Aussenbeauftragte der EU ist absolut wirkungslos, so wie heute die **«wertebasierte feministische Aussenpolitik» aus Berlin.**

**Kurz vor dem Jubiläum zum siebzigsten Jahrestag der Nato beklagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, das Verteidigungsbündnis sei «hirntot» und Europa müsse seine Sicherheitspolitik von den USA entkoppeln.** Auch Präsident Donald Trump stellte die Nato in ihrem politischen Zustand als nutzlos hin und verlangte wie sein Vorgänger Barack Obama von den europäischen Mitgliedern endlich mehr Engagement.

**Aus Berlin kam damals unverzüglich die Forderung nach einer EU-Armee, von der auch Frankreich träumt, speziell nach dem Brexit, weil Paris nun als einziges EU-Mitglied über Nuklearwaffen und einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat verfügt.** Der damaligen deutschen Verteidigungsministerin schwebte ein verstärktes Engagement ihres Landes vor: Zur Verteidigung gehöre die Bereitschaft, gemeinsam mit Verbündeten und Partnern «das Spektrum militärischer Mittel wenn nötig auszuschöpfen». Deutschland müsse den Mut haben, die «Rolle der Gestaltungsmacht anzunehmen», müsse führen. **Die dilatorische Haltung des Bundeskanzlers spricht heute eine andere Sprache: weder Führungsanspruch noch Entschlossenheit und Überzeugung für eine echte «Zeitenwende».**

**Wer aber gäbe den Ton in einer zukünftigen europäischen Armee an, und wer entschiede über deren Einsatz? Angesichts des in ganz Europa dauernd schwelenden rot-grünen Pazifismus, der weit in bürgerliche Kreise hineingreift, sind schwere Zweifel anzubringen, ob eine EU-Armee überhaupt je zum Einsatz käme.**

Wäre Europa zurzeit trotz Krieg in der unmittelbaren Nähe politisch in der Lage, seine Bevölkerung gemeinsam militärisch einzusetzen? Dazu ist es entgegen allen Beteuerungen kaum in der geistig-moralischen Verfassung. «Mourir pour Kiew», wer möchte das wirklich?

## Dummes, kurzfristiges Denken

**Mit der immer komplexer und gefährlicher gewordenen wirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands von China und der energiepolitischen von Russland hatten sich weitere EU-Gräben aufgetan.** Die Gaspipeline Nord Stream 2 war ein klares Indiz für die schwierigen Beziehungen nicht nur mit Russland, sondern auch mit den USA und innerhalb der EU.

**Als Präsident Donald Trump 2018 in einer Rede vor der Uno-Generalversammlung sagte, Deutschland werde total abhängig von der russischen Energie, wenn es nicht seinen Kurs ändere, reagierten der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas und der Botschafter Christoph Heusgen mit Lachen und Kopfschütteln.** Heusgen war außenpolitischer Berater von Kanzlerin Merkel und ist heute Vorsteher der Münchner Sicherheitskonferenz.

Berlin hat die eklatante Energieabhängigkeit von Russland nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs fallengelassen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Peking wurde durch die Corona-Krise bewusst gemacht. Damit liegt Deutschland auf der Linie Washingtons, wo viele Ideen Donald Trumps von Präsident Joe Biden nahezu nahtlos weitergeführt werden.

Seit geraumer Zeit hat die EU ein wachsendes Problem mit ihren Ostländern, den ehemaligen Satellitenstaaten an der Grenze zur Sowjetunion. Diese wollen sich nicht wieder bis ins letzte Detail vorschreiben lassen, was zu tun und zu lassen sei. Warschau, Budapest und andere haben in vielen Bereichen eigene Wertvorstellungen. Gegenüber Paris und Berlin wächst das Misstrauen. Polen wird immer mehr zum engsten Verbündeten der USA in Kontinentaleuropa.

**Europa ist nicht der «Hilfssheriff Amerikas»,** wie viele sogenannte Intellektuelle glauben. Das ist einseitiges USA-Bashing, und leider ist es ein Kontinuum deutscher Politiker, dass sie die angelsächsische Welt nie verstanden haben – vom letzten Kaiser über Hitler bis heute. **Es ist dummes, kurzfristiges und nichtstrategisches Denken.** Wenn in Europa immer die «Wertegemeinschaft» betont wird, so gilt die in ihren Grundsätzen aber auch in Einheit mit den Amerikanern. **Der Freiheitsbegriff als höchster Wert ist in allen seinen Facetten in Washington und London – und auch noch in der Schweiz – besser aufgehoben.**

Partnerschaftlich soll das Verhältnis USA - Europa sein, wirtschaftlich durchaus konkurrierend, aber mit einem Europa am «Gängelband» oder als «Handlanger». Die Präsidenten Obama, Trump und Biden, sie alle sind nur ein Gedankenstrich in der geschichtlichen Abfolge. Dieses Verhältnis steht nämlich auf einem anderen Fundament als ein paar Jahre Präsidentschaft in Washington. **Es stellt sich also die Frage, warum sich ausgerechnet jetzt ein uneiniges, teilweise zerstrittenes und**

schwaches Gebilde einer EU von den USA abkoppeln sollte. **Das ergibt keinen Sinn, weder politisch noch wirtschaftlich und schon gar nicht militärisch. Das ist brandgefährlich.**

Ein grosser Europäer und Initiator für ein starkes und friedliches Europa sagte in seiner berühmten Rede von 1946 an der Universität Zürich: «**Europe should arise.**» Der gleiche Winston S. Churchill mahnte erneut in seiner letzten Kabinettsitzung am 5. April 1955: «**Never be separated from the Americans.**» Das haben viele jüngere Politiker, die sich Europäer nennen, wahrscheinlich noch nie gehört. **Sie sollten einmal intensiv darüber nachdenken, denn Freiheit ist das höchste Gut, das wir verlieren können.**

**Robert U. Vogler** ist Publizist und Historiker.

30 mars 2023 (FAZ)

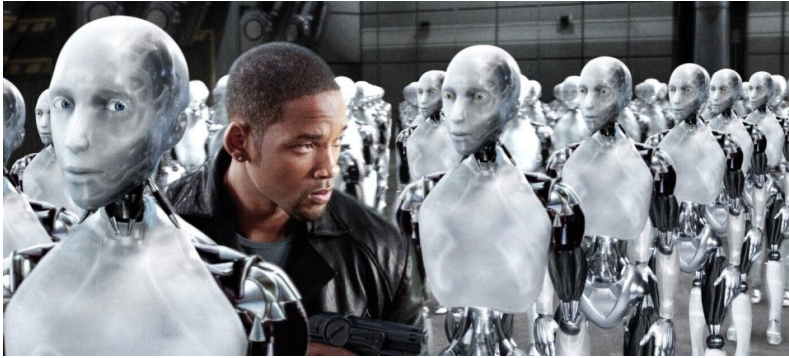
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/chatgpt-versteht-nicht-wovon-es-spricht-informatiker-im-interview-18777641.html>

TOP-INFORMATIKER IM INTERVIEW:

„ChatGPT versteht überhaupt nicht, wovon es spricht“

VON [ALEXANDER ARMBRUSTER](#) UND [CARSTEN KNOP](#)

-AKTUALISIERT AM 29.03.2023-14:20



Der Film „I, Robot“ ist anregende Science-Fiction – die Frage, wie intelligent Computer noch werden, die ist hochaktuell. Bild: Picture Alliance

Christoph Meinel ist einer der wichtigsten deutschen Informatiker. Er spricht über den Fortschritt der Künstlichen Intelligenz, deutsche Schwächen, zu viele Regeln – und seine Pläne für eine Universität im Metaversum.

Herr Professor Meinel, Künstliche Intelligenz steht gerade ständig in den Schlagzeilen. Durch [ChatGPT](#) haben Millionen Menschen rund um den Globus erstmals diese Technologie wirklich erlebt. Nun hat das dahinterstehende Unternehmen die nächste Version namens GPT-4 vorgestellt, die noch kompetenter sein soll. Was kommt da auf uns zu?

Also das sind wirklich bewegende Zeiten, was da passiert, und ich sage das als jemand, der schon etwas älter ist. **Wir befinden uns im dritten großen KI-Zyklus.** Der erste begann in den Fünfzigerjahren, als das mit den Rechnern losging. Damals hatten sich Science-Fiction-Autoren überlegt, was daraus folgt, wenn die Maschinen anfangen zu denken und zu handeln wie Menschen. In den Achtzigerjahren gab es dann einen Hype, der getragen wurde von der Idee, dass wir Entscheidungen auf Basis bestimmter Regeln treffen, und bringt man den Computern diese Regeln bei, dann würden die wie wir entscheiden. Wir wissen alle, das hat nicht weit getragen, ein paar sehr eng spezialisierte sogenannte Expertensysteme sind entstanden. **Seit den 2010er-Jahren aber sind wir auf einem ganz anderen Weg vorangekommen, der keine Regeln vorgibt, sondern die Maschinen einfach selbst lernen lässt aus riesigen Datenmengen.**

Und das funktioniert offensichtlich ziemlich erfolgreich.

**Das konnte erst in unseren Tagen funktionieren, weil es inzwischen so unendlich viele elektronische Daten gibt, die man den Maschinen zum Lernen vorlegen kann.** Das KI-Modell GPT-4 ist gerade veröffentlicht worden, und die Ziffer 4 zeigt an, dass es schon mehrere Vorgängerversionen gab, diese KI-Modelle also grundsätzlich schon eine Weile in der Welt sind. **Die massenhafte Beachtung hat die Nutzeroberfläche ChatGPT ausgelöst, mit der sich Anwender mit GPT wirklich unterhalten können, in grammatikalisch sehr ordentlicher Sprache. ChatGPT hat nicht immer recht, aber immerhin. Ich war neulich in New York, dort wurde ChatGPT wegen seiner bemerkenswerten Fähigkeit, für Schüler Hausaufgaben zu erledigen, an staatlichen Schulen verboten.** Ich frage mich nur, wie man das Verbot kontrollieren kann, weil doch die Schüler überall Zugang zu ihren Smartphones und

Computern haben. Das ist sicher nicht der richtige Umgang mit solchen neuen herausfordernden Entwicklungen.

Sie haben gerade gesagt, das Programm hat nicht immer recht – das ist ja auch bei uns Menschen so, wir irren ebenfalls immer wieder. Was ist denn der Unterschied zwischen den Antworten, die dieses Programm geben kann, und denen, die wir Ihnen geben können?

**Also, die Antworten des Programms kommen sprachlich beeindruckend geschliffen daher, wenn man bedenkt, dass ChatGPT überhaupt nicht versteht, wovon es spricht.**

Wie meinen Sie das?

**Die Antworten – die Sätze, die da kommuniziert werden – sind das Ergebnis mathematischer Berechnungen.** Auf ein Wort folgt das Wort, das in all den massenhaften Texten aus dem Internet, aus den sozialen Medien und den elektronischen Bibliotheken, mit denen die KI trainiert wurde, die allerhöchste Wahrscheinlichkeit besitzt. **Und es ist absolut erstaunlich, wie oft sich das sehr vernünftig anhört.** Das zeigt aber im Umkehrschluss auch, dass wir Menschen in Gesprächen Dinge gelten lassen, die gar keinen Tiefgang haben, sondern nur in ein oberflächliches Muster passen. **Gern kann man das auch für Geplapper halten.**

Noch einmal nachgefragt: **Wie lernen diese KI-Systeme?**

**Mit viel Mathematik und mit millionenfachen Daten. Wir Menschen haben dagegen die Fähigkeiten, schon aus einer geringen Zahl von Daten zu lernen.** Beim Deep Learning, so heißt diese Technik des maschinellen Lernens, werden Worten – genauer gesagt Wortstücken – Vektoren zugeordnet von riesiger Dimension. In diesem Vektorraum der Worte lassen sich dann die Bedeutung von Wörtern, ihre Ähnlichkeit, die Kombinationen mit anderen Worten mithilfe mathematischer Eigenschaften beschreiben, zum Beispiel mit Abständen und Winkeln. Nach Vermessung der Anfragen an die KI kann diese dann damit die Antworten berechnen. **Und was da herauskommt, ist wirklich sehr beeindruckend.**

Sie haben gesagt, das Programm versteht eigentlich nicht, worüber es spricht, aber es gibt ganz vernünftige Antworten. Geht das denn überhaupt? Kann man über etwas denn vernünftig sprechen, wenn man es nicht versteht?

**Haben Sie nicht auch schon die Erfahrung im normalen Leben schon gemacht, dass da Leute beeindruckende Dinge erzählen und wenn man ein bisschen nachbohrt, dann stellt man fest, dass das nur heiße Luft ist?**

Gelegentlich.

**Im Ernst, ich möchte gar nicht kleinreden, was diese KI-Modelle können. Und natürlich machen wir Menschen auch Fehler. Aber wenn wir von etwas reden, haben wir eine Vorstellung von den Begriffen, die wir nutzen, wir verstehen, was wir sagen.** Wenn wir das Wort Wald oder Baum hören, dann haben wir sofort eine Vorstellung davon, und zwar nicht nur konkret von einem bestimmten Baum, von einer Kiefer oder einer Kastanie, sondern von dem – man nennt das – Konzept eines Baumes. **Wir sind in der Lage, auch einen uns völlig unbekanntem Baum oder einen nur anders gewachsenen Baum als Baum zu erkennen und von einem Strauch zu unterscheiden. KI-Modelle können das nicht. Sie haben kein Verständnis von dem Konzept Baum, können aber trotzdem klug erscheinend über Bäume reden, ohne zu verstehen, was Bäume sind.**

Inwiefern beunruhigt es Sie als einer der namhaftesten deutschen Informatiker, dass wir nun wieder „nur“ von in Amerika kreierte Programmen reden? Oder täuscht der Eindruck, und wir sind stärker, als wir glauben?

Die Sorge ist angebracht. Aber ich will mal gleich nur **ein Beispiel nennen, wo in Deutschland, hier in Europa, tolle Künstliche Intelligenz entstanden ist: DeepL – die sind wirklich Weltspitze darin, automatisch Übersetzungen anzufertigen. Auch wenn Sie an die großen amerikanischen Internetunternehmen denken, dann ist es schon erstaunlich, wie viele gut ausgebildete deutsche Entwickler dort in verantwortlichen Positionen dabei sind**, wenn es um KI-Entwicklungen und Anwendungen geht. Auch in der Forschung können wir sehr gut mithalten, wir hier am Hasso-Plattner-Institut, aber auch an vielen anderen deutschen Unis, die eine tolle Chance sehen, zu etwas Neuem beizutragen und in Forschung und Lehre etwas Interessantes zu machen, was die Studierenden animiert, zu sagen: Mensch, das ist genau das Richtige, das will ich zum Beruf machen.

**Warum gelingt das mit den praktischen Anwendungen hier zu selten?**

**Wir sind nicht so gut darin, massentaugliche Produkte oder Services zu ersinnen und zu bauen, denken zu kompliziert, haben Scheu, etwas noch nicht vollständig durchdachtes Neues auszuprobieren.** Nehmen Sie wieder das Beispiel der Künstlichen Intelligenz: Die KI hinter ChatGPT gibt es schon eine ganze Weile, hinzugekommen ist da im Grunde nur das Chat-Interface, das eine sehr bequeme und massentaugliche Nutzungsmöglichkeit für die KI bietet. Aber genau das hat den Unterschied ausgemacht und den weltweiten Hype gebracht. **Darin sind die amerikanischen Unternehmen einfach gut, dass sie früh erkennen, welche Funktionalität hinter einer ansprechenden Oberfläche die Menschen anspricht und zur Nutzung verführt oder befähigt – denken Sie nur an Apple.** Darin müssen wir einfach besser werden.

Aber das ist doch keine neue Erkenntnis.

Das hat auch etwas mit unserer Disposition zu tun, wenn Sie sich etwa in Europa die vielen klugen Gespräche und Diskussionen zur Regulierung von KI ansehen. Ich denke mir oft, wenn diese Energie zunächst einmal in das konstruktive Bauen von KI-Systemen gesteckt würde, dann könnten wir wenigstens aus eigenen Erfahrungen mitreden. Wir haben so ein bisschen die Veranlagung, theoretisch die Grenzen auszuleuchten und sehr gründlich die Risiken zu erfassen, und meinen, dass wir da jetzt schon dauerhaft gültige Antworten geben und alles jetzt schon regeln können. Das ist einfach zu früh und das Phänomen der Künstlichen Intelligenz zu neu, zu komplex und in all seinen Konsequenzen noch nicht vorstellbar. Und wenn dann etwa Explainability, also Erklärbarkeit für die Modelle, gefordert wird – können wir Menschen denn unsere Entscheidungen immer erklären? Wieso verlangen wir von der KI etwas, wenn wir das noch nicht mal von Menschen verlangen können?

Sehr sicher ist ja, dass im Verlauf dieses Jahres noch mehr KI-Sprachsysteme à la ChatGPT auf den Markt kommen werden. Wie werden diese denn das Internet verändern – wenn wir einmal zurückblicken auf die Anfänge des Webs in den Neunzigerjahren, das Mitmach-Internet nach der Jahrtausendwende mit den sozialen Medien und Blogs, was ist die nächste Stufe?

Abgesehen davon, dass KI schon lange im Hintergrund vieler Internetanwendungen zum Einsatz kommt, gibt es mit den Künstlichen Intelligenzen heute im Netz ein intelligent erscheinendes Gegenüber. Was wir gegenwärtig in der Entwicklung des Internets sehen: Maschinen fangen an, miteinander zu interagieren. Das ist das „Internet der Dinge“. Massensensoren, die ihre Messdaten bereitstellen, und damit beispielsweise recht exakte Wettervorhersagen ermöglichen, gibt es überall auf der Welt, egal wo ich bin. Wohin das alles führt? Zur Digitalisierung gibt es ja von Anfang an immer eine dystopische Erzählung, nach der dies dazu führt, dass wir Menschen am Ende nichts mehr zu sagen haben, sondern dass die Maschinen übernehmen. Die optimistische Erzählung sagt immer: nein, nein, wir behalten das alles im Griff. Also, ich glaube, die Wahrheit wird irgendwo dazwischenliegen, wenn ich natürlich aus Eigenmotivation für meine Arbeit zur optimistischen Erzählung neige.

**Wird diese Technologie sozusagen „alles“ umkrepeln?**

Da ist so viel Bewegung reingekommen, da würde ich mir nicht anmaßen wollen, zu sagen, wohin das führt. Viele Erwartungen erscheinen mir übertrieben, und dies übrigens auch deshalb, weil die KI, wie wir sie heute kennen, während des Anlernens noch viel zu viel Energie verschlingt und zu ressourcenaufwendig ist, um auf breiter Front ausgerollt zu werden. Wenn wir den aktuellen Wissens- und Technikstand jetzt massenhaft in unzählige Produkte überführen würden in der realen Welt, dann würde dies das Klima ganz wegsprengen. Wir müssen also Wege finden, die KIs nicht nur besser, sondern auch viel energieärmer zu machen.

Noch einmal konkret gefragt nach einer Anwendung: Werden wir denn in ein paar Jahren künstliche Assistenten haben, die mit anderen künstlichen Assistenten zum Beispiel Termine absprechen – also wenn wir ein Gespräch mit Ihnen vereinbaren wollen, dann machen unsere KIs miteinander Termine aus und planen die An- und Abfahrt.

Da würde ich noch viel weitergehen, denn es wäre ja eine ziemlich einfache Sache, wenn es nur um Termine, Transporte oder eine Uhrzeit ginge. Wenn uns im [HPI](#) ein Vertreter aus der Wirtschaft oder einem anderen Forschungsinstitut besucht, der wissen möchte, wie ihm unsere Fähigkeiten helfen können, in seinem Verantwortungsbereich Prozesse, Produkte oder Dienstleistungen zu verbessern, kann ich mir durchaus auch schon zeitnah vorstellen, dass ich meinen künstlichen Assistenten bitte, zunächst einmal alles zusammenzustellen, was ich zur Vorbereitung dieses Gespräches brauche. Also: Was macht diese Firma oder das Institut, für was sind die bekannt, was sind ihre Schwächen, was sollte ich über mein Gegenüber ansonsten noch wissen, mit dem ich sprechen werde? Muss ich den eher fröhlich abholen, oder muss ich ihn technisch beeindrucken? Die KI-Assistenten werden sicher sehr schnell viel mehr können, als so strukturierte Dinge wie Besuchsprogramme, Anfahrten oder Uhrzeit. Übrigens spielen auch hier die Nutzeroberflächen, also wie unkompliziert ich mit meinem KI-Assistenten umgehen kann, wieder eine entscheidende Rolle.

Herr Professor Meinel, Themenwechsel: Demnächst endet Ihre Amtszeit als Leiter des [Hasso-Plattner-Instituts](#), dessen Führung Sie im Jahr 2004 übernommen hatten. Wo steht das HPI heute?

**Es ist ein universitäres Forschungsinstitut, das den Topnachwuchs im Digital Engineering ausbildet**, mit vielen Veranstaltungen, der Lernplattform openHPI und interessanten Schüleraktivitäten aber auch öffentlich Wirkung erzielt, indem es Politik und Gesellschaft erklärt und erlernbar macht, was Digitalisierung bringt und bewirkt. Als ich gekommen bin, war ich der fünfte Professor, heute sind es 22, und einige Berufungsverfahren laufen noch. Der erste nationale IT-Gipfel der Bundesregierung fand hier am HPI statt. Dazu ist mir übrigens jetzt beim Aufräumen meines Schreibtisches und beim Aussortieren alter Materialien das Abschlussdokument aus dem Jahr 2006 in die Hände gefallen. Ich las den ersten Satz, dann den zweiten Satz, immer weiter – und stelle fest: Das ist ja noch brandaktuell. Wenn das zu einem heutigen IT-Gipfel rausgegeben würde, dann würden sehr viele Leute gar nicht merken, dass das von 2006 ist. Für eine führende Industrienation wie Deutschland schon sehr schade.

In der Tat bedauerlich.

Ich habe vor 25 Jahren Promotionsprojekte betreut zur Gestaltung der elektronischen Patientenakte, wir haben dazu Protokolle und Sicherheitstechniken entwickelt. So ein Promotionsprojekt das dauert drei, vier Jahre, und dann müssen die neuen Doktoranden neue Themen kriegen. Dass wir nach 25 Jahren da immer noch über dasselbe reden, ist so ein Fall, wo man als Wissenschaftler mit der Verständnislosigkeit ringt.

Zur Ruhe setzen wollen Sie sich aber nicht, wie wir wissen. Sie planen, eine Online-Universität zu gründen, die Kurse und Abschlüsse in wichtigen Informatikbereichen bietet, richtig?

Ja, ich will die an meinem Lehrstuhl entwickelten interaktiven Online-Lernplattformen weiterentwickeln. Man soll sich da richtig für ein Studienprogramm einschreiben und einen richtigen Studienabschluss, MBA, Master oder Bachelor erreichen können. Nicht nur einen Kurs mit Zertifikat belegen, wie das mehr als 15 Millionen Lernende bisher bei uns und unseren Partnern machen. In der



Online-Uni muss man ein Curriculum aus mehreren Kursen absolvieren und innovative interaktive Lehrformate, welche die Studierenden zusammenbringen und auch die gemeinsame Bearbeitung und Bewertung von Studienprojekten ermöglichen. Auch unternehmerische und Management-Fähigkeiten sollen vermittelt werden. Ich glaube, die Zeit ist reif dafür, die technischen Mittel und Erfahrung für eine solche Online-Uni sind verfügbar. Ich glaube, das könnte auch ein tolles Angebot an Entwicklungsländer sein, die ja immer Schwierigkeiten haben, ihre Eliten auszubilden, insbesondere in so einem wichtigen Bereich wie der Digitalisierung. Alle nach Amerika oder Europa zu schicken ist viel zu teuer, online aber wäre das umfassend und sehr preiswert möglich. Das wäre dann eine tolle Entwicklungshilfe, aber man könnte das auch für unseren eigenen Arbeitsmarkt nutzen, dass nämlich denjenigen, die einen Studienabschluss geschafft und Lust haben, zu uns zu kommen, ein drastisch vereinfachter Zugang zu unserem Arbeitsmarkt geboten wird. Also ich würde sehr gern die erste europäische digitale Universität aufbauen, die erste Universität mit Hauptgebäude und Forschungslaboren im Metaversum.

Und wer bezahlt Ihnen die?

Das ist zur Zeit noch ein Stück offen und ich suche nach Mitstreitern. Es gibt verschiedene Gespräche einerseits mit Stiftungen andererseits aber auch mit Unternehmen. Sie wissen ja, in Deutschland ist alles, auch eine Uni-Gründung ziemlich überreguliert. Um in einem recht langwierigen Prozess die staatliche Anerkennung zu bekommen, braucht es zum Beispiel schon von Beginn an eine ziemlich hohe Zahl an Professoren und das kostet.

Können sich Interessenten noch melden?

Sehr gerne. Denn eine Beteiligung wäre nicht nur ein Investment, sondern eines mit, wie man so schön neudeutsch sagt mit Purpose.

Zum Schluss noch mal eine technologische Frage zu einer Technologie, die wir zu Beginn nicht thematisiert hatten: **Quantencomputer. Auf was müssen wir uns da vorbereiten?**

**Quanten-Computing basiert auf quantentheoretischen Effekten, gleichzeitig kann nicht nur mit 0 und 1 gerechnet werden, sondern mit allen möglichen Zwischenwerten (Überlagerungen). Das hat riesige Auswirkungen auf die Geschwindigkeit von Berechnung. Was mit heutigen Computern in Jahrhunderten nicht berechenbar ist, kann mit Quantencomputern, wenn Sie denn mal da sind, in Sekunden berechnet werden. In manchen Bereichen, wie etwa der Sicherheit, muss deshalb schon heute gehandelt werden, weil wir wissen, dass solche Maschinen viele der heutigen Verschlüsselungstechniken in Windeseile knacken können.**

Und wann kommen sie?

**Da gibt's einen Wettbewerb, insbesondere zwischen den großen Unternehmen, IBM und Google sind da schon recht weit. Also ein paar Jahre wird das noch dauern, bis die ersten richtig leistungsfähigen Quantencomputer als Piloten zur Verfügung stehen. Und dann wird es noch ein paar Jahre dauern, bis Sie praktisch verfügbar, also bezahlbar und universell einsetzbar sind.**

30 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/finance-and-economics/2023/03/23/the-battle-for-europes-economic-soul>

Following the herd

## The battle for Europe's economic soul

Policymakers in Brussels ready their response to America's protectionism



Mar 23rd 2023

Over the past two weeks, a flurry of proposals to reshape Europe's economic model has emerged from the Berlaymont, a cruciform building in Brussels, which is home to the European Commission. The commission usually fiercely guards the eu's rules. But things are now in flux. The proposals contain ideas for how governments can help companies invest in green technology, cut reliance on dominant suppliers (read: China) and boost industry. On March 23rd, after we went to press, leaders from the eu's 27 member states were due to come together to discuss the changes and set plans in motion.

The discussions may reshape the bloc's very core. The eu is in essence the deepest and most comprehensive free-trade agreement in the world. Restrictions on subsidies, along with common rules and regulations, some extremely stringent, ensure a level playing-field. This market-mindedness is reflected in the fact that the eu has long had a carbon-trading scheme for industry and electricity generation, which will in time be extended to heating and transport. The eu is relatively open to trade and investment from the outside world, too. Only agriculture remains subsidised and protected from competition.

Yet the bloc's leaders worry this openness has left Europe exposed. America's protectionism and China's rising assertiveness are seen as evidence that old certainties must now be reconsidered. In the eyes of many, the urgency of climate change, disruptions during the covid-19 pandemic and Russia's invasion of Ukraine only underline the need for the eu to take a more interventionist role.

The next generation of European subsidies will not be combined with the sort of protectionist "buy local" clauses favoured in America. These would violate wto rules which the eu, at least, still thinks are important. But the commission is determined to bolster the continent's manufacturers and reduce dependence on China as it spends on the green transition. This will require big changes to the internal market, trade policy and state-aid rules.

### **Dirigiste directions**

The most straightforward reforms relate to domestic policies. Countries in Europe are trying to shorten permitting times for green projects, lighten administrative burdens and train the workforce in the skills it needs to make heat pumps and install solar panels. The commission also wants them to

introduce “regulatory sandboxes”, to allow for deviation from ordinary rules so that innovative firms can experiment. New eu rules would provide extra incentive to get going on this.

The commission also wants to sign long-term agreements with countries that supply crucial raw materials, such as lithium and rare-earth metals. This could prove trickier, as Europe is not the only place in need of these minerals. If European politicians demand lots of green standards are met when sourcing the materials, countries might simply strike deals with other buyers. As painful as it will be for Europe, the continent’s leaders may have to make peace with dodgy practices. Forthcoming negotiations with America—about access to its markets for Europe’s raw materials—might help familiarise the continent’s leaders with uncomfortable trade-offs.

The most significant rule changes involve experiments with protectionism. The commission wants national leaders to agree to domestic-production targets, something at odds with the bloc’s usual market-minded approach. At the moment these are mere ambitions. They state that, among things deemed “strategic technologies”, including heat pumps and solar panels, the eu should produce 40% of what it uses. They also state that the eu should mine 10% and refine 40% of the resources needed for the green transition. If formally adopted, the targets could end up shaping policy on state aid, subsidies and trade.

The commission also plans to allow governments to subsidise green investment more freely. In early March, under pressure from national governments led by France, it relaxed strict state-aid rules, which had prevented governments from tilting the playing-field in favour of domestic firms. Now countries can more generously support companies that want to make factories greener or expand renewable-energy production. The new approach looks beyond Europe’s shores. It would allow governments to pay firms to invest in the bloc by matching subsidies they are offered by other countries, a move designed to counter America’s new regime.

Plans to get governments to diversify when handing out subsidies and buying stuff are more nuanced. The commission wants governments to take the way a supplier might contribute to the bloc’s “resilience” into account when making decisions—code for moving away from China. If a supplier dominates the eu market, selling more than 65% of a particular good, it is considered a problem. Yet there is a carve-out. If the price difference between options is more than 10% firms would be allowed to plump for the cheaper (Chinese) one.

Imagine the red tape. In the fight for Europe’s economic soul, Britain’s absence as a supporter of markets will be keenly felt by former allies. Germany will need to take a stand against intervention (and thus France). But its politicians are wavering. The country’s coalition government does not agree on many of the issues, and as the eu’s biggest industrial economy, with deep pockets to boot, Germany stands to benefit from inward-looking policy. Thus the continent’s rule-book is about to undergo sweeping changes.

30 mars 2023 (Atlantico)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/la-france-cet-enfer-neo-liberal-ou-le-taux-de-prelevements-obligatoires-vient-de-battre-un-nouveau-record-dette-comptes-taxes-impots-liberalisme-economie-entreprises-bruno-le-maire-alexis-karklins-marchay-adelaide-motte-olivier-redoules>

ALERTE IRONIE TRISTE

## La France, cet enfer néo-libéral où le taux de prélèvements obligatoires vient de battre un nouveau record

Malgré les multiples dérapages des comptes publics ou de notre déficit commercial, cela n'a pas empêché Bruno Le Maire de se livrer ce lundi à un exercice d'auto-satisfaction...

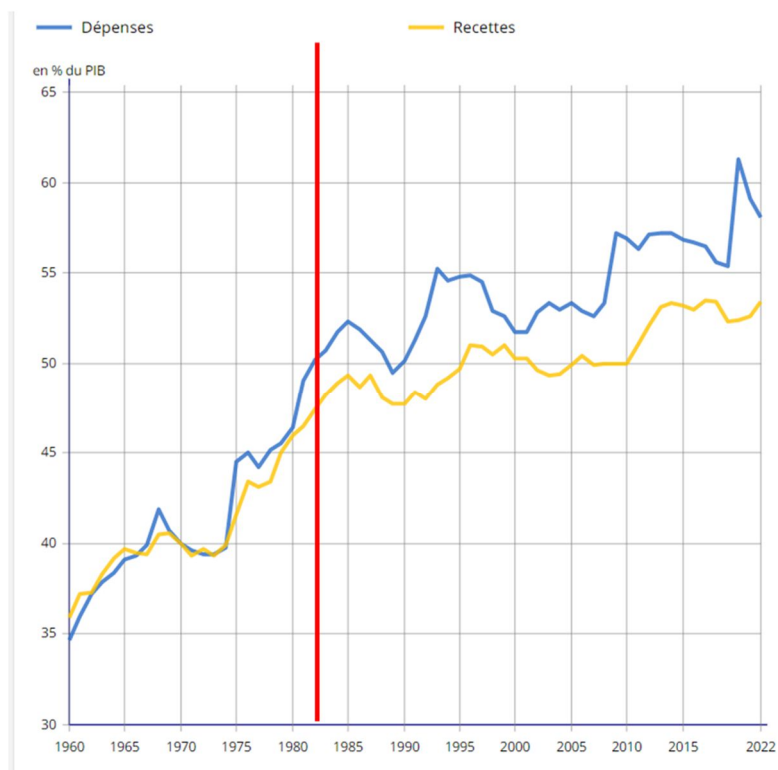
[Alexis Karklins-Marchay](#) et [Adélaïde Motte](#)



Emmanuel Macron et Bruno Le Maire lors d'un sommet franco-britannique.

**Atlantico :** Sur Twitter, Bruno Le Maire se félicite de la réduction du déficit public, passé sous la barre des 5% du PIB, à 4,7%. “En 2022, grâce à une croissance solide et à de bonnes recettes fiscales notamment d’IS, le niveau de dette publique atteint 111,6 % du PIB, ce qui nous permet de respecter notre objectif de finances publiques avec un déficit qui s’établit sous les 5 %, à 4,7 %.” Le gouvernement [peut-il véritablement s’auto féliciter de ces résultats](#) ? Au regard de la situation de notre déficit commercial et des multiples dérapages des comptes publics ces dernières années, la déclaration de Bruno Le Maire est-elle justifiée ?

**Alexis Karklins-Marchay :** C’est d’abord et avant tout de la communication, avec une volonté d’envoyer des éléments plus positifs, après des semaines difficiles. Je pense qu’il y a une ambition sincère à Bercy de revenir sur les déficits que l’on a connus et donc de faire des efforts, même si c’est impossible de le dire de la sorte car ce serait absolument inaudible. La question n’est pas tant de dire les choses que d’avoir les moyens de les faire. Et il n’est pas sûr qu’il y ait, à l’heure actuelle, une assise politique suffisante pour faire le nécessaire. **On voit assez clairement, dans les chiffres de l’INSEE, un écart grandissant entre les recettes et les dépenses à partir de 1982.**



**Adelaïde Motte :** Tout d'abord, calculer le niveau de dette publique par rapport au PIB n'a pas grand sens, même si tout le monde admet cette mesure. Le PIB, ou produit intérieur brut, est la somme des valeurs ajoutées créées en un an. Autrement dit, la dette représente actuellement un peu plus que tout ce qui est produit en France. Or, ces productions ne sont pas nécessairement destinées à rembourser cette dette ! Si l'on ne peut pas forcément en vouloir à Bruno Le Maire d'utiliser une mesure qui, pour être absurde, n'en est pas moins répandue, il n'y a vraiment pas lieu de se féliciter de devoir à peine plus que ce que toutes les entreprises françaises produisent. Les deux champs observés ne sont pas sur le même plan.

On peut en revanche en vouloir au ministre d'éviter des informations autrement plus préoccupantes. Le déficit commercial est de plus de 160 milliards d'euros en 2022. On peut arguer que la guerre entre l'Ukraine et la Russie ont mis les entreprises françaises en difficulté, sans parler de la crise de l'énergie. On peut aussi remarquer que notre balance commerciale est déficitaire depuis quinze ans, exceptions faites de 2019 et 2021. Ces mauvais résultats sont, entre autres, le fruit de matraquages fiscal et réglementaire incessants qui empêchent nos entreprises d'être compétitives, et accessoirement d'embaucher.

**Nous sommes en déficit constant depuis 1975. L'aggravation du problème vient notamment du poids des retraites. Les retraites créent des déficits qu'on ne pourra pas résorber sans mesures fortes. Le déficit recule effectivement un peu, mais il n'y a pas de trajectoire pour la suite. Nous avons perdu toute capacité et toute crédibilité sur notre capacité réelle à réduire les déficits. L'amélioration constatée est en partie liée au soutien public. Nous avons fait le choix de dépenser pour maintenir l'emploi et l'activité en temps de crise. Mais quelle est la pérennité de ce genre de démarches ?**

**Alexis Karklins-Marchay :** Et comment faisons-nous, lorsque la situation s'améliore, pour revenir à l'équilibre budgétaire. **Les Pays-Bas, ou d'autres pays nordiques, sont capables de dépenser ce qui est nécessaire en temps de crise mais savent aussi réguler la situation lors de moment d'expansion.** Ma crainte, c'est que nous soyons dans un moment de raccourcissement entre les phases de crise et que nous n'arrivions pas à réduire le déficit budgétaire dans les moments où nous devrions le pouvoir. Cela signifie un creusement de la dette, ce qui était moins problématique quand les taux d'intérêts étaient vraiment bas. Mais avec la remontée des taux, le coût de la future dette pourrait s'avérer très élevé. Il y a peu d'indicateurs positifs dans l'économie française actuellement, exception faite du taux d'emploi et du taux de chômage qui ont évolué favorablement. Mais il ne faut pas oublier qu'on part de très haut.

**Dans le même temps, et malgré les baisses d'impôts décidées par le chef de l'Etat, le taux de prélèvements obligatoires en France a atteint un niveau record. Comment l'expliquer ?**

**Alexis Karklins-Marchay** : Le problème est qu'on a beau baisser tel ou tel impôt, cela peut être compensé par d'autres hausses. Et les baisses se révèlent marginales. On a supprimé l'ISF mais on a mis l'IFI. Nous n'avons pas connu la grande révolution fiscale dont nous avons besoin. Et pour cause, ce n'est pas facile. C'est aussi le fruit de rentrées fiscales qui sont plutôt bonnes. L'activité française s'est bien maintenue. Et ce n'est pas parce qu'on supprime une taxe que, en valeur, les quantités imposées vont diminuer, si l'entreprise fait plus de bénéficiaires par exemple. Tant mieux pour nos recettes, mais cela nous détourne du vrai problème qu'est la nécessaire réforme fiscale. Dans une récente tribune aux Echos, Xavier Jaravel s'intéresse au taux maximum d'imposition du travail et du capital. Sa conclusion est que, sur ces deux facteurs, la France est confrontée aujourd'hui à des taux d'imposition maximums et que s'ils augmentent les rentrées fiscales ne peuvent que baisser.

**Adelaïde Motte** : Si nos dirigeants ont annoncé en grande pompe quelques baisses d'impôts, ils ont aussi, et surtout, alourdi d'autres prélèvements. Le tour n'est pas difficile étant donnée la masse de taxes, cotisations et impôts en tous genres que les ménages et entreprises doivent payer. Ainsi, le projet de budget 2023 prévoyait une augmentation de la taxe foncière de 7%, après la suppression de la taxe d'habitation sur les résidences principales. Au lieu de quelques impôts lisibles et logiques, la fiscalité française est un labyrinthe de vases communicants où nos dirigeants ont beau jeu de réduire ici pour augmenter là. **Résultats, en 2022, les prélèvements obligatoires atteignent 45,2% de ce fameux PIB auquel le gouvernement compare sa dette. C'est le taux le plus haut de la Ve République.**

**Ces prélèvements obligatoires importants sont-ils justifiés ? La dépense publique française, notamment financée par ces prélèvements obligatoires, est-elle efficace ? Les exemples européens ne montrent-ils pas qu'une meilleure allocation des ressources est possible ?**

**Alexis Karklins-Marchay** : La réponse est non. On peut avoir des taux de prélèvements obligatoires importants – c'est le cas des pays nordiques, notamment le Danemark et la Finlande – c'est un choix citoyen qui dépend de l'attachement à un modèle social redistributif. **Mais la grande spécificité française c'est d'avoir fait le double choix de prélèvements obligatoires élevés et de dépenses publiques encore plus élevées. Avec une incapacité à revenir à l'équilibre quasi unique au monde.**

**En tout cas, ces données cassent le discours puéril, infantilisant et erroné qui consiste à dire que la France subit l'austérité depuis 40 ans.** Il y a bien eu des mesures d'austérité dans certains domaines, mais en matière de gestion générale de la dépense publique la France n'a connu ni austérité ni rigueur.

On voit bien aujourd'hui que le modèle français est inefficace. Il a un vrai coût et pourtant, il y a des crises dans tous les secteurs : hôpital public, éducation, justice, police, etc. **Nous sommes arrivés au bout d'un système.**

**Adelaïde Motte** : Tout dirigeant devrait, devant chaque impôt, se demander si cet argent reviendra au contribuable qui l'a payé, sous une forme qu'il n'aurait pas pu obtenir par lui-même. Dans le cas de la santé par exemple, l'Etat ne devrait prélever des cotisations que s'il est sûr que celui qui la paie aura ainsi une meilleure couverture que celle à laquelle il aurait pu prétendre seul. Or, nos services publics, qu'il s'agisse de la justice, de la police, de la santé, de l'éducation ou de l'offre de transports, sont rarement satisfaisants. Les finances de l'Etat français sont trop dispersées. De plus, les services publics sont peu adaptables aux évolutions de la société à cause du statut de la fonction publique. Les exemples de gestion plus saine ne manquent pourtant pas, que ce soit en Allemagne, où le système de santé est plus flexible, ou dans les pays scandinaves, où le secteur de l'éducation est plus libre.

**On entend souvent critiquer le "néo-libéralisme" à la française mais est-ce une incompréhension de la manière dont fonctionne le pays ?**

**Alexis Karklins-Marchay** : Absolument. Compte tenu du taux de prélèvements obligatoires, du rôle de l'Etat dans l'économie et du taux de dépense publique, cela devient difficile de parler d'un pays néo-libéral. Certains ont pratiqué un glissement sémantique pour évoquer l'inclusion de la France dans la mondialisation et le libre-échange. La France a plutôt tendance à casser les jambes des entreprises avant de lui donner des béquilles pour marcher.

**Adelaïde Motte :** On aime ajouter le préfixe « néo » à des concepts que l'on rejette sans pour autant les connaître. Cela permet de faire croire à son interlocuteur qu'il connaît moins bien ce concept que nous. Le néo-libéralisme est une invention de cet ordre. Le libéralisme en revanche existe. Il implique notamment un Etat dont les responsabilités sont réduites au régalién, avec des dépenses publiques faibles et des impôts à l'avenant. Considérer que la France suit la voie du néo-libéralisme voudrait dire que ce concept se satisfait de prélèvements obligatoires représentant la moitié des richesses produites, d'une dette supérieure à l'ensemble des valeurs produites et de dépenses publiques représentant près de 60% du PIB. Ces faits montrent un Etat obèse et s'accommodent assez mal du libéralisme.

30 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/idees-et-debats/rainer-zitelmann-nen-deplaise-a-piketty-notre-periode-est-la-plus-faste-de-lhistoire-WILACDTZHVHVPFHURLSTGKOKUY/>

## Rainer Zitelmann : "N'en déplaie à Piketty, notre période est la plus faste de l'histoire"

Retraites, inégalités, monopoles, pauvreté... L'essayiste libéral allemand publie "In Defense of capitalism", dénonçant les idées reçues sur le capitalisme.

DANS L'HEBDO DU 30 MARS



L'historien, sociologue et entrepreneur allemand Rainer Zitelmann.

**/L'Express : Vous publiez *In Defense of Capitalism* alors que nous semblons menacés par une nouvelle crise financière. Des crises comme celle de 2008 ne sont-elles pas la preuve que le capitalisme doit changer?**

Rainer Zitelmann a tour à tour été étudiant marxiste, titulaire d'un doctorat d'histoire, journaliste à *Die Welt* et entrepreneur à succès. Après avoir, la cinquantaine venue, soutenu une deuxième thèse dédiée aux super-riches, le chercheur allemand est aujourd'hui un essayiste résolument libéral. Paru en anglais, son nouveau livre, *In Defense of capitalism*, est un vibrant plaidoyer pour le capitalisme. Contredisant dix "mythes" sur la pauvreté, le consumérisme, les inégalités ou les monopoles, Zitelmann défend le bilan du libéralisme et assure que ce qui a échoué de manière répétée depuis un siècle, ce sont les expériences anticapitalistes, de l'URSS au Venezuela. L'ouvrage contient également des données inédites sur la perception du capitalisme dans différents pays de la planète. Sans surprise, la France se distingue par son opposition à la liberté économique...

**Rainer Zitelmann :** L'une des raisons qui m'a incité à faire ce livre est que je m'attendais à une nouvelle crise de ce type. En 2019, dans *The Power of Capitalism*, j'écrivais : "La crise financière a été causée par des taux d'intérêt excessivement bas, des interventions musclées sur les marchés et le surendettement. Devons-nous sérieusement croire que la bonne thérapie implique des taux d'intérêt encore plus bas, des interventions plus fortes sur le marché et davantage d'endettement? Ces mesures peuvent avoir des effets à court terme, mais les marchés deviennent de plus en plus dépendants des taux d'intérêt bas. Ceux-ci ne résolvent en rien les problèmes sous-jacents, ils ne font que supprimer les symptômes et les repousser dans le futur. La combinaison actuelle d'une régulation excessive et de taux d'intérêt nuls entraînera des problèmes considérables à moyen terme pour de nombreuses banques et constitue le terreau de nouvelles crises encore plus sévères".

Avec leurs politiques, les banques centrales se sont piégées elles-mêmes : elles ont d'abord provoqué l'inflation, et maintenant qu'elles doivent augmenter les taux d'intérêt pour lutter contre cette inflation, elles mettent en difficulté les banques. L'économiste Ludwig von Mises [1881-1973] a appelé cela "la spirale interventionniste". Dans mon nouveau livre, je montre que la crise financière de 2008 n'était en aucun cas une crise du capitalisme ni le résultat d'une trop grande déréglementation, mais bien le contraire : elle était le fruit d'une trop grande intervention de l'Etat et de politiques malavisées de la part des banques centrales.

**Les inégalités se creusent dans des pays comme les Etats-Unis, et la question des "1 %" devient de plus en plus un sujet politique. Ne devrions-nous pas nous en inquiéter?**



Tout d'abord, les inégalités aux Etats-Unis ont beaucoup moins augmenté qu'on ne le pense. Je recommande l'excellent et récent essai *The Myth of American Inequality*, qui montre comment la manipulation des statistiques distord massivement les données sur les inégalités.

Ensuite, ce n'est pas l'inégalité qui m'intéresse, mais la pauvreté. Thomas Piketty affirme que pendant la majeure partie du XXe siècle, les inégalités ont diminué. Pour lui, la mauvaise période débute en 1990 - depuis lors, les inégalités n'ont cessé d'augmenter. Pourtant, il s'agit de la période la plus faste de l'histoire de l'humanité, car la pauvreté n'a jamais autant baissé qu'au cours de ces trente dernières années. Avant l'émergence du capitalisme, la plupart des habitants de la planète vivaient dans l'extrême pauvreté. En 1820, près de 90 % de la population mondiale se trouvait dans la pauvreté absolue. Aujourd'hui, ce chiffre est inférieur à 10 %.

Plus remarquable encore : au cours des dernières décennies, depuis la fin du communisme en Chine et dans d'autres pays, le recul de la pauvreté s'est accéléré à un rythme inédit dans l'histoire de l'humanité. En 1981, la part de la population vivant dans l'extrême pauvreté était encore de 42,7 %. En 2000, ce taux était tombé à 27,8 %, et en 2021, il était inférieur à 10 %. Des gens comme Piketty s'intéressent aux inégalités, moi je m'intéresse à la manière de lutter contre la pauvreté. En Chine, au Vietnam et en Pologne, les inégalités se sont accrues, mais je n'y ai rencontré personne souhaitant revenir à une époque où les habitants étaient plus égaux, mais plus pauvres.

**Les grandes entreprises technologiques (Google, Amazon, Apple...) sont perçues comme des menaces croissantes en raison de leur puissance et des craintes de monopoles. Selon vous, c'est pourtant une vieille rengaine...**

Oui, le capitalisme peut conduire à la formation de monopoles temporaires, mais, par-dessus tout, le capitalisme détruit les monopoles. En 2007, le principal quotidien de gauche britannique, *The Guardian*, posait la question suivante : "Myspace perdra-t-il un jour son monopole?" En 2008, le magazine *Forbes* publiait un dossier sur Nokia, avec en titre de couverture : "1 milliard de clients. Quelqu'un peut-il rattraper le roi de la téléphonie mobile?" Qui utilise encore aujourd'hui Myspace ou un téléphone Nokia? Xerox, qui a inventé la première photocopieuse en 1960, dominait le marché en 1970, avec une part de marché de près de 100 %, contre 2 % aujourd'hui. De nombreux autres exemples prouvent que le capitalisme est le plus grand ennemi des monopoles.

Le monopole le plus dangereux est celui de l'Etat. Le grand paradoxe dans la critique des monopoles faite par les anticapitalistes est que ce sont les mêmes qui prônent si souvent la nationalisation, alors même que les monopoles publics sont les plus durables et solides de tous. N'est-il pas absurde que les anticapitalistes reprochent aux grandes entreprises de restreindre la concurrence, tout en préconisant davantage d'entreprises publiques qui éliminent la concurrence non seulement de façon temporaire et partielle, mais de manière permanente et complète?

**Le capitalisme est également accusé d'être la principale cause de la destruction de l'environnement comme du réchauffement climatique...**

Dans son nouveau livre, Greta Thunberg rejette toutes les propositions pragmatiques et techniques pour lutter contre le changement climatique, à une exception près : abolir le capitalisme. Elle et d'autres anticapitalistes, comme Naomi Klein, ne l'appellent pas par son nom, mais ce qu'ils demandent est, dans les faits, une économie planifiée. Naomi Klein admet qu'au départ, elle ne s'intéressait pas particulièrement au réchauffement climatique. Puis, en 2014, elle a écrit *Tout peut changer : capitalisme et changement climatique*. Pourquoi s'est-elle soudainement intéressée à cette question, alors qu'avant, Klein se préoccupait surtout de lutte contre le libre-échange et la mondialisation? Elle l'a dit ouvertement : "j'ai été poussée à m'engager plus dans ce domaine en partie parce que j'ai compris qu'il pouvait être un catalyseur pour des formes de justice sociale et économique auxquelles je croyais déjà".

Mais, au cours de ces cent dernières années, l'économie planifiée n'a jamais rien résolu, elle n'a fait que causer d'énormes problèmes, notamment en matière d'environnement. Rapportées au PIB, les émissions de CO2 dans la RDA socialiste étaient trois fois plus élevées que celles de la RFA capitaliste. Si les propositions des

anticapitalistes étaient mises en oeuvre, des milliards de personnes dans le monde mourraient de faim et les problèmes environnementaux ne seraient pas résolus, mais aggravés.

### **De votre point de vue allemand, comment jugez-vous la forte opposition en France à la réforme des retraites d'Emmanuel Macron, qui fait passer l'âge de la retraite de 62 à 64 ans?**

En Allemagne, il n'y a pas non plus de volonté de relever l'âge de la retraite. La logique nous démontre pourtant que nous n'avons pas le choix. Les gens sont de plus en plus âgés, ce qui est positif. Mais cela signifie que le système des pensions, créé à une époque où les personnes vivaient moins longtemps et où les données démographiques étaient complètement différentes, ne fonctionne plus. Je ne comprends pas que quelqu'un maîtrisant les quatre opérations arithmétiques de base ne puisse pas comprendre cela...

### **Votre étude montre que la France est l'un des pays les plus opposés à la liberté économique, précédant simplement la Turquie, la Bosnie-Herzégovine ou la Russie...**

L'anticapitalisme est plus fort en France que dans presque tous les autres pays sondés. La gauche française est obsédée par l'anticapitalisme, mais une partie de la droite également, à l'image de Marine Le Pen.

J'ai mené une autre enquête sur la jalousie sociale dans treize pays. Dans aucune autre nation, la jalousie sociale par rapport aux riches n'est aussi forte qu'en France. Un pays comme la Pologne est aujourd'hui à l'opposé total du vôtre, avec le point de vue le plus positif sur le capitalisme et le moins de jalousie sociale.

### **La Chine, dirigée par un parti toujours officiellement communiste, n'est-elle pas la preuve qu'on peut réussir économiquement avec un Etat autoritaire et dirigiste?**

Comme le dit mon ami Weiyang Zhang de l'université de Pékin : "Notre succès économique ne s'est pas fait grâce à l'Etat, mais en dépit de lui". A la fin des années 1950, 45 millions de Chinois sont morts de faim dans le cadre de la plus vaste expérience socialiste de l'histoire, le "Grand bond en avant" de Mao. En 1981, 88 % de la population chinoise vivait encore dans une extrême pauvreté. C'est alors que Deng Xiaoping a lancé ses réformes en faveur de l'économie de marché et a introduit la propriété privée. Aujourd'hui, le taux d'extrême pauvreté en Chine est inférieur à 1 %. L'avantage du capitalisme, c'est que vous n'avez pas besoin d'une forme pure. Même une simple dose de capitalisme, comme en Chine, aide beaucoup.

### **Comment jugez-vous l'évolution du régime de Xi Jinping, qui semble revenir à une idéologie marxiste-léniniste bien plus stricte?**

Ces dernières années, il semble que les Chinois oublient les raisons de leur incroyable succès, revenant à plus d'Etat. Si cette voie n'est pas rectifiée, ce n'est pas seulement dangereux pour la Chine, mais pour le monde entier. Les Vietnamiens ne commettent pas la même erreur. Depuis vingt-cinq ans, le Vietnam, prétendument socialiste, a acquis plus de liberté économique que n'importe quel pays de taille comparable.

### **"Tous les systèmes socialistes qui invoquent ou ont invoqué Marx ont échoué sans exception", écrivez-vous. Mais, à écouter les anticapitalistes, ce serait uniquement du fait d'une mauvaise application des théories marxistes en URSS ou en Corée du Nord..**

C'est le plus grand tour de passe-passe des anticapitalistes. Lorsque les expériences socialistes ont débuté en Union soviétique, en Chine, au Venezuela et dans d'autres pays, les intellectuels anticapitalistes étaient enthousiastes. Staline et Mao faisaient figure de héros, même pour Sartre ou Henri Barbusse. Les intellectuels de gauche du monde entier se sont également enthousiasmés pour Hugo Chavez lorsqu'il a été élu au Venezuela à la fin des années 1990.

Il y a eu environ vingt-cinq expériences socialistes au cours de ces cent dernières années. Après chaque expérience ratée, les anticapitalistes nous disent systématiquement : "ce n'était pas du vrai socialisme". Le vrai socialisme n'a, soi-disant, jamais existé nulle part. Marx aurait, toujours et sans exception, été mal compris. C'est, évidemment, absurde. Marx n'a jamais expliqué en détail sa vision du socialisme et du communisme,

mais une chose est claire : elle repose sur l'abolition de la propriété privée. Sur ce point central, les socialistes et les communistes ont très bien compris Marx.

**En dépit de ce bilan calamiteux, nous sommes selon vous dans une période de "renaissance" du socialisme, notamment chez les jeunes occidentaux ...**

C'est la faute des défenseurs du capitalisme, et notamment des entrepreneurs. Ils n'ont jamais su expliquer aux masses les avantages et le fonctionnement du capitalisme. Ils ont cédé les médias, les écoles et les universités aux anticapitalistes. Les procapitalistes devraient s'inspirer du marketing et de la communication des anticapitalistes, parce que ces derniers sont, de toute évidence, bien meilleurs dans ce domaine.

**Pourquoi décrire l'anticapitalisme comme étant une "religion politique"?**

A la fin des années 1930, Raymond Aron a utilisé ce terme de "religion politique". A la suite de Marx qui avait qualifié la religion d' "opium du peuple", Aron a parlé du communisme comme d'une "religion d'intellectuels". Les religions politiques répondent aux aspirations et aux besoins humains qui étaient auparavant satisfaits par les religions. Aron a décrit ces doctrines comme étant "religions séculières qui prennent dans les âmes de nos contemporains, la place de la foi évanouie et situent ici-bas dans le lointain de l'avenir, sous la forme d'un ordre social à créer, le salut de l'humanité". C'est pourquoi il est si difficile de convaincre les anticapitalistes avec des faits, car leurs croyances sont de nature religieuse, s'appuyant bien plus sur des émotions que des faits.

**Mais comment expliquer que tant d'intellectuels occidentaux s'opposent au capitalisme?**

La réponse est complexe, mais en voici une explication. Les intellectuels pensent que quiconque lit le plus de livres et a la meilleure formation universitaire devrait être en haut de l'échelle, c'est-à-dire eux-mêmes. Ils valorisent ce qu'on appelle les "connaissances explicites", et ne comprennent pas que les "connaissances implicites" sont au moins aussi importantes, voire plus, pour un entrepreneur. Les intellectuels ne peuvent ainsi pas comprendre que quelqu'un avec une "intelligence inférieure", quelqu'un qui n'a peut-être même pas de diplôme de premier cycle, puisse finir par gagner bien plus d'argent, avoir une maison bien plus grande, et même un ou une conjointe bien plus séduisant(e). Ils ressentent cela comme une injustice, et se vengent à travers leur croyance dans un dysfonctionnement du capitalisme ou du marché, qui devrait être "corrigé" à travers une redistribution massive. En dépouillant les entrepreneurs d'une partie de leur "richesse imméritée", les intellectuels se consolent du fait que même s'ils ne peuvent abolir le capitalisme, ils peuvent au moins le "corriger" jusqu'à un certain point.

30 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/economie/politique-economique/gabriel-attal-thomas-porcher-le-debat-je-lassume-en-matiere-dimpots-on-est-au-taquet-B3223AE4YVBKZGJYCLTRHF4LJI/>

Politique économique, mardi 28 mars 2023 4382 mots

## Gabriel Attal - Thomas Porcher, le débat : "Je l'assume : en matière d'impôts, on est au taquet"

**Alors que l'endettement public atteint un niveau record, la France risque-t-elle un scénario à la grecque? Deux visions s'opposent. Celle de Gabriel Attal, le gardien des deniers de l'Etat, et celle de l'économiste "atterré" Thomas Porcher.**

Le chiffre est rond et astronomique : 3000 milliards d'euros. C'est le seuil que vient de franchir la dette publique française. Rapporté au produit intérieur brut, l'endettement public n'a jamais été aussi élevé en temps de paix. Certes, le Trésor n'a pour l'heure aucun problème pour emprunter mais il le fait aujourd'hui à des conditions nettement moins avantageuses qu'il y a un an. Et la charge de la dette - ce que l'Etat doit rembourser à ses créanciers - s'accroît sensiblement. L'entêtement du gouvernement à faire adopter la réforme des retraites doit-elle se lire avec cette grille de lecture? La France risque-t-elle un engrenage à l'italienne, ou pire un scénario à la grecque? Face à cette situation, deux lectures s'opposent : celle de Gabriel Attal, ministre des Comptes publics et gardien des deniers de l'Etat, et celle de Thomas Porcher, professeur d'économie et membre des Economistes Atterrés. Débat.

**L'Express : Pour justifier le recours au 49.3 , Emmanuel Macron aurait évoqué "des risques économiques et financiers trop grands". Est-ce une nouvelle mouture du "Je suis à la tête d'un État en faillite", version François Fillon en 2007? Quand on voit aujourd'hui la facilité avec laquelle le Trésor français s'endette, on se dit qu'il n'y a pas non plus péril en la demeure...**

**Gabriel Attal :** Le coeur de la réforme des retraites, c'est avant tout la pérennisation de notre système par répartition, avec un constat clair : 12 millions de pensions à payer chaque mois au début des années 2000, 20 millions à payer dans les années à venir. C'est un quasi-doublement sur une génération dû à l'allongement de l'espérance de vie, qui est une bonne nouvelle. Aucun pays ne peut affronter un tel choc démographique sans réforme. Tous nos voisins l'ont fait. Nous arrivons aujourd'hui à emprunter pour boucler nos budgets dans des conditions soutenables précisément parce que nous avons une trajectoire de réduction des déficits et de réformes. Si la France envoie un message consistant à dire "Nous renonçons à tenir cette trajectoire", alors nos conditions d'emprunt se dégraderont, la charge de la dette s'accroîtra considérablement et nous serons face à de très grandes difficultés pour boucler nos budgets sans augmentations d'impôts. Ne rien faire aujourd'hui serait nous condamner à l'austérité demain.

**Thomas Porcher :** La dette n'est pas un problème actuellement en France. Elle a certes augmenté, mais elle a augmenté dans tous les pays, même pendant le Covid. Entre 2007 et 2016, la dette de la France a progressé moins vite qu'au Royaume-Uni, aux États-Unis ou au Japon. Et pendant la période du "quoi qu'il en coûte", entre 2019 et 2021, elle s'est accrue moins vite qu'au Royaume-Uni, au Canada, en Espagne ou aux États-Unis. Les comparaisons internationales permettent ainsi de relativiser les choses. Prenons ensuite les taux d'intérêt. Ils ont, certes, augmenté mais les taux d'intérêt réels, hors inflation, restent négatifs et sont inférieurs à notre taux de croissance. Lorsqu'ils sont supérieurs à la croissance, vous avez un effet boule de neige. Et là, on est d'accord, il faut faire des réformes. Pour le moment, ce n'est pas le cas. Enfin, il y a une épargne énorme dans l'économie mondiale et notre dette apparaît toujours comme un placement sûr. Je tiens ce propos depuis un certain nombre d'années. Des économistes comme Olivier Blanchard ont dit récemment la même chose. Dès lors, toute coupe dans la dépense publique ne peut être qu'une frappe préventive, avec des effets potentiellement négatifs comme nous l'avons vu en Grèce. Selon moi, il faut juste observer l'évolution de notre dette sans rien faire de spécial. Mieux vaut se concentrer sur le Produit intérieur brut (PIB).

**GA :** Ce que dit Olivier Blanchard, et je le rejoins totalement, c'est qu'il n'y a pas besoin d'une politique d'austérité brutale pour réduire les déficits et rembourser la dette aujourd'hui en France. C'est la trajectoire que nous empruntons pour revenir sous les 3 % de déficit à l'horizon 2027.

## Si ce n'est pas de l'austérité brutale, c'est quoi? De l'austérité molle?

**GA :** Non, c'est du sérieux budgétaire. J'observe que notre dette nous coûte plus de 50 milliards d'euros cette année, et que si les taux d'intérêt poursuivent sur cette dynamique, elle pourrait nous coûter plus de 70 milliards d'euros en 2027 et redevenir le premier poste de dépenses budgétaires de l'État, devant l'éducation et la défense. Mais la dette n'est pas le seul facteur de déséquilibre de nos budgets et de nos comptes publics, puisque nous avons un déficit primaire, c'est-à-dire que notre budget, même hors charge de la dette, est structurellement en déficit. Tout le monde comprend aisément le problème que pose cette progression supérieure de nos dépenses à celle de nos recettes. Heureusement, nos choix économiques, budgétaires et fiscaux ont permis un fort redémarrage de l'activité et donc d'importantes recettes supplémentaires.

## L'envolée des taux d'intérêt peut-elle provoquer un emballement de la charge de la dette, avec un risque de dérapage à la grecque?

**GA :** Nous sommes sortis d'une période anormale, avec des taux nuls, voire négatifs. Cette parenthèse de l'argent gratuit s'est refermée; en seulement moins d'un an, nos taux d'emprunt ont été multipliés par trois, c'est colossal. Ma certitude, c'est que si nous relâchons nos efforts de sérieux budgétaire et de réformes de structure en France, le risque, effectivement, c'est que nos investisseurs perdent confiance dans notre capacité à rembourser notre dette. Si cela se produit, le scénario d'une explosion brutale des taux d'intérêt, avec tous les effets en cascade sur les choix que nous serions amenés à faire pour permettre à notre pays de tenir, existe.

**TP :** La charge de la dette a constamment diminué depuis 2011. Là, on revient à des niveaux, comme vous l'avez dit, plutôt normaux. Après, il faut regarder la charge de la dette en pourcentage du PIB. Nous sommes à 1,5 %. La charge de la dette augmente en volume, mais si le PIB augmente aussi vite, c'est gérable. Il faut faire très attention quand on engage des coupes sur la dépense publique, car il peut y avoir un effet multiplicateur à la baisse sur le PIB. La dette en pourcentage du PIB va alors augmenter, ce qui pour le coup n'est pas une bonne nouvelle. C'est ce qui s'est passé en Grèce : il y a eu des coupes très franches dans les dépenses publiques, 20 % en volume, et le PIB a perdu, lui, 25 %. Certains en France, comme l'Institut de l'entreprise, recommande de baisser aujourd'hui de 20 % nos dépenses publiques. C'est hautement risqué.

**GA :** Nous sommes loin d'une trajectoire à la grecque et nous n'avons aucunement l'intention d'y rentrer. Parce qu'on est sérieux, parce qu'on est crédibles. Le premier moyen d'équilibrer nos comptes, de réduire les déficits et donc la dette, c'est l'activité économique et l'emploi. Si on avait le taux d'emploi de nos voisins allemands, je n'aurais pas de travail, en tout cas je n'aurais pas comme travail de chercher chaque année comment équilibrer nos budgets; parce que les recettes que cela générerait en cotisations sociales et en impôts équilibreraient nos comptes. Donc, il faut tout faire pour améliorer le taux d'emploi en France, l'activité économique, qui produit des recettes, de la richesse, qu'on peut ensuite investir dans nos services publics et redistribuer pour réduire encore les inégalités. Nous avons déjà très fortement amélioré le taux d'emploi, il faut continuer, en travaillant sur deux publics : les jeunes, à travers l'apprentissage et la réforme du lycée professionnel, et les seniors, d'où la réforme des retraites qui - comme l'a fait le passage de 60 à 62 ans - va améliorer leur taux d'emploi. La Direction générale du Trésor a estimé les recettes supplémentaires liées à la réforme des retraites à 12 milliards d'euros à horizon 2027. Je ne parle pas ici d'économies budgétaires, mais de recettes fiscales et sociales supplémentaires.

**TP :** Quand on regarde sur une longue période, depuis les années 80, et qu'on retire l'investissement public de notre déficit, on se rend compte que la dette n'a pas financé des dépenses courantes comme on l'entend souvent, mais plutôt l'investissement. Ce ne sera pas le cas cette année parce que nous avons une perte d'activité et une croissance plutôt faible cette année...

**GA :** Une croissance qui résiste bien quand même!

**TP :** Oui, qui résiste bien, mais qui va être plus faible que les prévisions de départ. Je ne trouve pas anormal qu'en période de crise on creuse les déficits, c'est ce qu'a fait le Président de la République avec le "quoi qu'il en coûte", pour faire de la politique contracyclique, c'est-à-dire soutenir l'activité, et c'était la bonne réponse. Ce qui me fait peur, c'est que le sérieux budgétaire, pour ne pas dire l'austérité - pas aussi forte qu'en Grèce certes, mais quand même présente - risque de freiner l'activité si nous n'avons pas une reprise suffisamment vigoureuse. Nous avons fait cette erreur en 2011 dans la zone euro et nous avons pratiquement mis neuf ans avant de revenir à notre niveau de richesse d'avant crise en France, quand les États-Unis ont mis trois ans.

**GA :** Je me réjouis que vous saluiez les choix qui ont été faits pendant la crise du Covid.

**TP :** Certains ont été bons.

**GA :** L'économiste américain Paul Krugman a d'ailleurs désigné la réponse de la France comme la meilleure au monde. On entend des critiques, notamment du côté du Rassemblement national, sur les choix qui ont été faits. Une étude du CEPREMAP (Centre pour la recherche économique et ses applications) montre que la dette aurait augmenté de dix points supplémentaires sans le "quoi qu'il en coûte". Si nous ne l'avions pas fait, il aurait fallu dépenser le double ou le triple en indemnités chômage pour ceux qui auraient perdu leur boulot, en accompagnement des entreprises qui auraient fait faillite... Sans cela, nous n'aurions pas pu repartir aussi vite et aussi fort.

**Le gouvernement veut lancer une nouvelle revue des dépenses publiques. C'est une méthode qu'on a connue par le passé, sous d'autres présidents, avec des effets sur lesquels la Cour des comptes est pour le moins circonspecte. Pourquoi ça va marcher cette fois-ci?**

**GA :** D'abord, il y a une véritable volonté politique portée au plus haut niveau, puisqu'un séminaire gouvernemental dédié à cette question-là, sera présidé par la Première ministre.

**Avant aussi! La RGPP sous Nicolas Sarkozy, la MAP sous François Hollande, c'était porté au plus haut niveau...**

**GA :** Ce qui est certain, c'est qu'on ne va pas fixer un objectif en milliards avant de se demander comment l'atteindre. Ce sont les transformations dans l'action publique qui permettent de produire des économies pérennes. Un exemple : à Bercy, ces vingt dernières années, les efforts en matière de numérisation, de digitalisation ont entraîné 2,5 milliards d'économies sur le fonctionnement du ministère. Les Français voient d'ailleurs qu'il est plus simple de payer ses impôts aujourd'hui. C'est cette logique-là qu'il nous faut chercher. Ensuite, avec Bruno Le Maire, on va regarder un certain nombre de politiques publiques, sur lesquelles on peut faire des économies, comme les aides aux entreprises qu'il faut davantage verdir. Certains dispositifs continuent à financer des activités qui sont polluantes. Si on veut être cohérent avec notre objectif de neutralité carbone, il faut qu'on agisse. Sur la question des dépenses de fonctionnement dans l'Etat et les collectivités, des aides à l'emploi, du coût des contrats dans les centres de formation à l'apprentissage, on peut encore faire des efforts. Nous en détaillerons la liste avec Bruno Le Maire. Mais, je le redis, le premier moyen d'équilibrer nos budgets, c'est d'abord les recettes supplémentaires liées à l'activité économique et à son soutien. C'est du gagnant-gagnant : plus d'activité pour les entreprises et leurs salariés, plus de recettes pour l'Etat et donc les services publics.

**TP :** Vous avez diminué les recettes en allégeant les impôts de 50 milliards sur le premier quinquennat. Il y a 20 milliards qui ont été ciblés sur les 1 % les plus riches avec notamment la suppression de l'ISF et les entreprises...

**GA :** C'est un milliard, l'ISF.

**TP :** Et 20 milliards en tout, avec l'ISF, la "flat tax" et la baisse de l'impôt sur les sociétés.

**GA :** L'impôt sur les sociétés, ce n'est pas les plus riches! Ce sont toutes nos entreprises.

**TP :** Bien sûr! Mais ce sont plutôt les grosses qui en profitent.

**GA :** Il y a eu 50 milliards de baisses d'impôts, moitié pour les ménages, moitié pour les entreprises. Notre première baisse d'impôt, c'est la suppression de la taxe d'habitation.

**TP :** Tout à fait, dont 20 milliards de recettes publiques en moins qui n'ont amené aucun débat sur la dette à cette époque-là! 42 % de la dépense publique est consacrée aux fonctionnaires et aux administrations. C'est 18 % du PIB. Ce chiffre est stable depuis 1978 en France, et il est inférieur à la Finlande, 26 %, et au Royaume-Uni, pays libéral qui est à 20 %. L'autre partie de la dépense publique, 58 %, ce sont les prestations sociales qui, elles, ont augmenté fortement, avec notamment 1,5 million de chômeurs en plus entre 2008 et 2015. Sauf que ces prestations chômage, elles finissent où? Rarement dans des comptes en Suisse ou au Luxembourg. Elles finissent en consommation, donc soutiennent l'activité. Le moteur de l'activité française, c'est la consommation. Si vous coupez dans la dépense

publique??à un moment où la consommation est minée par l'inflation, ça va devenir difficile de soutenir la croissance.

**GA :** Il ne s'agit pas de couper, mais de maîtriser le rythme d'augmentation de la dépense publique.

**TP :** Qui est déjà maîtrisé. En dehors du "quoi qu'il en coûte" et de la crise du Covid.

**GA :** On veut le maîtriser davantage dans les cinq ans à venir. On l'assume, pour réduire la part de la dépense publique dans le PIB d'ici à 2027 et refuser d'être exposés aux fluctuations des marchés.

### **Avec quel objectif?**

**GA :** Aujourd'hui, nous sommes quasiment à 58 % du PIB. On veut passer en dessous de 54 %. Un mot sur les impôts : c'est vrai que les taux d'imposition ont baissé fortement, mais l'enseignement c'est que les rentrées fiscales n'ont, elles, pas chuté. Prenez l'impôt sur les sociétés. Le taux était à 33 % quand Emmanuel Macron a été élu en 2017. On l'a ramené à 25 %, soit la moyenne des pays européens. L'an dernier, l'État a perçu un montant record de 62 milliards d'euros avec un taux à 25 % : c'est près de 15 milliards de plus que lorsque le taux était à 33 %. Quand vous taxez moins un gâteau qui grossit, vous gagnez plus que quand vous surtaxez un gâteau qui rétrécit précisément parce que vous le surtaxez. Sur la "flat tax", un rapport de France Stratégie indique que la réforme a été autofinancée. L'activité économique induite par la "flat tax" a permis qu'il n'y ait pas de perte de recettes. Ces réformes ont une cohérence d'ensemble : moins freiner l'activité économique par la taxation, baisser les impôts qui entravent l'activité économique, pour entraîner des recettes supplémentaires et des créations d'emplois. Il y a eu 1,5 million d'emplois créés depuis 2017 dans notre pays, d'après l'INSEE et la Dares. Ce sont 25 milliards de recettes supplémentaires dont 13 milliards pour notre système de retraite. J'entends certains dire que le déficit de notre système de retraites n'est pas si terrible parce que, ponctuellement l'an dernier, le système était excédentaire. Oui. Mais, pourquoi l'an dernier? Parce qu'on a créé beaucoup d'emplois! Et comment les a-t-on créés? Par une politique économique et fiscale qui favorise l'activité économique. Dans un contexte, où rappelons-le, nous sommes le deuxième des 38 pays de l'OCDE qui taxe le plus derrière le Danemark.

### **Une partie de la colère sociale vient aussi de Français qui disent : "Le service public n'est plus là, il est de mauvaise qualité". Comment s'attaquer à l'efficacité de la dépense publique?**

**GA :** Le sérieux budgétaire, ce n'est pas uniquement moins dépenser, c'est mieux dépenser. Le principal mouvement social que je perçois aujourd'hui dans le pays, c'est celui des classes moyennes qui estiment qu'elles n'en ont plus pour leurs impôts. Elles ont le sentiment de travailler toujours plus, pour financer un modèle qui permet à certains de ne pas travailler, et qui finance des services publics dégradés dont elles bénéficient de moins en moins. C'est la famille qui va peut-être renoncer à partir en vacances pour pouvoir payer une école privée à ses enfants parce que l'école publique près de chez elle dysfonctionne. Le budget de l'Éducation nationale a augmenté de 4,7 milliards cette année par rapport à 2022. Mais la question, sur laquelle je travaille beaucoup avec mon collègue Pap Ndiaye en ce moment, ce n'est pas uniquement le niveau de dépenses, je suis d'accord avec vous, c'est comment on dépense? Premier objectif : la revalorisation des enseignants, notamment en début et milieu de carrière. Deuxième objectif : la qualité du service public rendu aux familles. C'est le remplacement des professeurs, notamment au collège : des élèves peuvent perdre un tiers de leurs cours la semaine où le professeur est absent et n'est pas remplacé. C'est aussi un suivi plus individualisé et les activités périscolaires. Une partie des revalorisations qui sont prévues dans ce budget supplémentaire vont être fléchées, avec un pilotage du chef d'établissement, vers les enseignants qui accepteront de remplacer un collègue absent sur une courte durée en prenant sa classe. Ou d'accompagner davantage les élèves en dehors du temps scolaire.

**TP :** C'est très difficile de faire des économies sur la dépense publique. Même Emmanuel Macron, dans son programme de 2017, prévoyait 120 000 postes de fonctionnaires en moins, dont 50 000 dans la fonction publique d'État...

**GA :** C'est un des seuls engagements qu'on n'a pas tenus. On a assumé.

**TP :** Oui parce que c'était très difficile à tenir. Et ce sont les fonctionnaires des collectivités locales qui ont trinqué. Les collectivités locales, c'est quoi? C'est le périscolaire, la petite enfance, le loisir, la culture. Le débat sur l'efficacité n'est pas un débat nouveau. Toutes les réformes à l'hôpital, qui ont été remises en cause par le Covid, ont été faites

pour améliorer son efficacité, avec la mise en place d'un nouveau management public. Est-ce que ça a permis à l'hôpital d'être plus efficace? Non, et on en est revenu avec le Ségur de la santé. La libéralisation des marchés de l'énergie? C'était une façon de dire : on va laisser le marché gérer les entreprises publiques, elles vont être plus efficaces. On en revient aussi. L'efficacité, a toujours été avancée pour dégraisser le mammoth. Dans certains secteurs, comme la fonction publique d'Etat, ce n'est pas possible. Et puis dans d'autres, on brade le patrimoine public. Depuis 2015, 2 563 bâtiments publics ont été vendus. Depuis 1970, 79 entreprises publiques ont été cédées totalement ou partiellement au privé.

**Gabriel Attal, vous disiez que la France était le deuxième pays de l'OCDE à taxer le plus. Vous n'envisagez aucunement d'augmenter les prélèvements obligatoires sous une forme ou une autre?**

**GA :** J'assume de le dire : en matière d'impôts, on est au taquet. Pour autant, on a assumé de taxer les superprofits des entreprises de l'énergie en 2022 et 2023, parce qu'on considère que c'est de la rente induite liée à l'inflation. Ce sont deux taxes qui vont rapporter plusieurs milliards d'euros. Il ne faut pas oublier, cependant, que ce sont les baisses d'impôts engagées ces dernières années qui nous ont permis d'avoir des recettes supplémentaires grâce aux créations d'emplois. Depuis 2017, nous avons relancé l'économie, à présent il faut mieux partager les profits.

**TP :** Il y a eu des centaines de milliers d'emplois créés sous le quinquennat Macron, c'est vrai, mais comme nous en avons perdu 1,5 million entre 2008 et 2015, ce rattrapage était prévisible. L'ISF, dont on nous disait qu'il faisait fuir les riches, c'était 4 milliards. France Stratégie dit que ça n'a pas eu l'effet bénéfique escompté, ça ne s'est pas transformé en investissement, mais en spéculation. On a perdu une manne financière, qu'on pourrait tout à fait rétablir. Des économistes comme Gabriel Zucman montrent que plus nous nous enrichissons, plus la pression fiscale diminue.

**GA :** La France n'est un paradis fiscal pour personne. Ni pour les entreprises, ni pour les plus aisés, ni pour les Français qui travaillent.

**TP :** Convenez quand même que ces dernières années, les 1 % les plus riches se sont enrichis beaucoup plus rapidement que le reste de la population. Le consentement à l'impôt vient de là aussi. Lorsque vous avez une PME, la pression fiscale y est beaucoup plus forte que dans une grande entreprise qui peut jouer, elle, sur l'optimisation, y compris en Europe. Quant à savoir si la baisse des prélèvements obligatoires améliore la croissance, ce n'est pas évident. La Suède a eu parfois des taux de croissance beaucoup plus élevés que le Japon, qui avait des prélèvements obligatoires beaucoup plus faibles. Et ce même Japon, qui a une dépense publique plus faible que nous, à une dette plus élevée que nous.

**GA :** Si on avait une activité économique en berne et du chômage en hausse, j'entendrais parfaitement que les choix fiscaux faits lors du précédent quinquennat puissent interroger. Mais ce n'est pas le cas : la France a le taux d'emploi le plus élevé depuis 1975, c'est-à-dire depuis que l'INSEE le mesure; nous sommes aussi, pour la troisième année consécutive, le pays plus attractif d'Europe pour les investissements étrangers, on ouvre plus d'usines qu'on en ferme, on a recréé 90 000 emplois industriels en cinq ans alors que notre pays en avait détruit 520 000 entre 2007 et 2017. Tout cela ne vient pas de nulle part : c'est lié à nos choix en matière d'impôts. Quand Emmanuel Macron a été élu, les impôts de production en France étaient sept fois supérieurs à ceux de l'Allemagne. On les a baissés, même s'ils restent toujours supérieurs à nos voisins.

**TP :** L'Europe a longtemps favorisé cette concurrence fiscale. Souvenez-vous d'Apple qui payait 0,005 % d'impôts en Irlande en bénéficiant du premier marché mondial et de ses 500 millions de consommateurs riches qui font la queue devant ses boutiques... La France, qui est quand même la deuxième puissance de la zone euro, devrait dénoncer ces paradis fiscaux plutôt que de s'y aligner.

**GA :** La première chose que j'ai faite en arrivant au Budget l'été dernier, c'est de féliciter les services de Bercy pour l'amende de 1,3 milliard d'euros infligée à McDonalds, qui faisait de l'optimisation sur ses prix de transfert pour payer moins d'impôts en France. On a eu l'an dernier un montant record de mise en recouvrement de fraude fiscale dans notre pays, notamment pour les entreprises : 14,6 milliards en tout, dont 9 milliards pour les entreprises. Je vais présenter dans les prochaines semaines un plan de lutte contre les fraudes fiscales, sociales et douanières. Parce qu'il y a une catégorie de contribuables pour lesquels je n'ai pas d'état d'âme à aller chercher massivement les impôts qu'ils doivent, ce sont les fraudeurs qui font de l'évasion fiscale.



## **Une dernière réflexion sur l'Europe. Est-ce que le critère de Maastricht d'un déficit public inférieur à 3 % du PIB appartient « au siècle dernier », comme le disait Emmanuel Macron en 2019?**

**GA :** C'est une ancre qui a un sens économique. 3 %, c'est le niveau de déficit à partir duquel vous pouvez commencer à stabiliser et donc à rembourser votre dette. Si on n'avait pas ces ancres communes, il y aurait d'autres cordes de rappel pour nous dire de maîtriser nos déficits. A commencer par les marchés financiers donc les rappels seraient bien plus brutaux. Ce qui me semble daté dans le fameux critère des 3 %, c'est qu'il ne prenait pas en compte les dépenses d'investissement dans les transitions : écologique, numérique, démographique. Les Allemands n'étaient pas favorables à l'idée d'ajuster le rythme de réduction des déficits en fonction de ces investissements. Lors des dernières réunions des ministres de l'Économie et des Finances à Bruxelles, nous avons obtenu leur accord. Certaines dépenses sont indispensables à ces transitions et justifient qu'on accepte un certain endettement. Mais, un pays qui traîne un boulet de dette n'est pas un pays libre, parce qu'il se met lui-même à la merci des marchés.

**TP :** Les critères de Maastricht, comme le déficit à 3 % du PIB ou la dette publique à 60 %, n'ont plus lieu d'être. Sept pays ont aujourd'hui autour de 100 % de dette. Ces critères ont créé beaucoup d'ingénierie comptable, pour justifier le fait qu'on faisait de la maîtrise budgétaire. Maîtrise qui a souvent été imposée de l'extérieur, par la Commission et parfois le FMI, à travers des politiques qui ont été très douloureuses pour la population et qui ont fait apparaître le pire politiquement. Je pense à l'Italie, à la Hongrie. Il faut regarder la question de la dette avec sérieux. Dire qu'elle n'existe pas, c'est de l'aveuglement. Mais il ne faut pas tomber dans l'excès inverse non plus. Le pays qui a le moins de dette, c'est l'Estonie.

Je ne suis pas sûr que la France soit moins puissante que l'Estonie... Ceux qui disent qu'on laisse la dette aux générations futures, comme s'ils parlaient d'un passif en comptabilité, n'évoquent jamais l'actif : le patrimoine public. Avant le Covid, notre patrimoine public couvrait entièrement notre dette. C'est peut-être moins le cas aujourd'hui, mais la génération suivante n'héritera pas de 3 000 milliards de dettes comme on l'entend souvent. Un pays qui a une forte dette publique avec un fort patrimoine public a une dette beaucoup plus soutenable. C'est pour ça que des pays africains avec de petites dettes, parfois de quelques milliards seulement, tombent en banqueroute parce qu'ils n'ont pas de patrimoine public. Ils sont obligés de gager leurs ressources pétrolières ou minières pour rembourser leur dette. Le problème, ce n'est pas de rembourser notre dette, c'est qu'elle soit soutenable. On a déjà un sérieux budgétaire, on n'a pas besoin de faire plus de réformes.

*Gabriel Attal est ministre délégué en charge des comptes publics. De juillet 2020 à mai 2022, il était porte-parole du gouvernement Castex et précédemment secrétaire d'Etat auprès du ministère de l'éducation nationale.*

*Thomas Porcher, est économiste, professeur à la Paris School of Business, membre des économistes atterrés. Il est également l'auteur de " Mon dictionnaire d'économie" et de " Les délaissés" (Fayard ).*

30 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/monde/europe/michel-duclos-la-desoccidentalisation-du-monde-est-une-lame-de-fond-GYP7Y6X3XRASJFUUXDA4GHSYI/>

Europe, jeudi 30 mars 2023 1557 mots, p. 42

Michel Duclos :

« La désoccidentalisation du monde est une lame de fond »

CHARLOTTE LALANNE

Le diplomate appelle les Occidentaux à proposer un nouveau pacte au « Sud global », de plus en plus défiant à leur égard. PROPOS RECUEILLIS PAR CHARLOTTE LALANNE

Ancien ambassadeur de France en Syrie, en Suisse et auprès des Nations unies à New York, Michel Duclos décrit dans un ouvrage collectif, Guerre en Ukraine et nouvel ordre du monde (éditions de l'Observatoire), le grand divorce du « Sud global » avec l'Occident. Pour L'Express, il revient sur les origines de cette fracture et les pistes pour se préparer au monde de demain.

Un monde multipolaire La guerre en Ukraine a fait surgir un monde fragmenté entre un nouvel Est (l'axe russo-chinois), un nouvel Ouest (l'axe transatlantique et son prolongement asiatique, Japon et Australie) et un troisième bloc représenté par un « Sud global » qui refuse de suivre les Occidentaux dans la stratégie d'isolement de Moscou, non seulement parce que ces pays relativisent l'importance de l'agression russe, mais aussi parce qu'ils ne veulent pas s'aliéner la Chine. Au sein de ce Sud global, plusieurs puissances se dégagent par la taille critique qu'elles ont acquise : l'Inde, la Turquie, l'Arabie saoudite et, d'une certaine manière, l'Iran. Je les appelle les "puissances désinhibées", qui agissent dans leur unique intérêt et revendiquent leur autonomie.

**Dans le nouvel ordre qui se dessine, la désoccidentalisation du monde est une lame de fond : le poids économique de l'Ouest, ne serait-ce qu'en raison de la montée de la Chine, est plus relatif qu'auparavant. Ce qui affecte en conséquence l'influence militaire, politique et le mouvement des idées. Plus qu'un déclin, l'Occident a vu sa puissance relativisée par rapport aux autres. Il conserve toutefois une capacité d'attraction et d'innovation considérable. En outre, une question demeure : cette désoccidentalisation, qui touche les grands équilibres géopolitiques, atteint-elle les sociétés en profondeur? Rien n'est moins sûr. L'individualisme, qui est la matrice occidentale par excellence, continue à progresser, y compris en Chine ou en Iran.**

Cette guerre en Ukraine a, en réalité, révélé un paradoxe : l'Occident, qui domine encore le système mondial, est contesté de toutes parts... mais il a su s'unir et rester debout face à Moscou. Toutefois, les raisons qui ont laissé penser à Vladimir Poutine que le moment de passer à l'assaut était venu en février 2022 risquent de perdurer : la part de l'Ouest dans le PIB mondial ne va plus croître; les puissances moyennes ne vont pas ravalier leur ambition, et le ressentiment du Sud à l'égard de l'Occident persistera. Il n'y aura donc pas de retour en arrière.

### **L'émergence du Sud global**

**Le Sud global est un ensemble hétérogène : il comprend des Etats plus puissants que d'autres, n'appartenant pas aux mêmes continents, aux politiques et aux régimes différents. Il est d'autant plus frappant de voir que ce groupe très divers partage un ethos commun, à savoir cette défiance à l'égard de l'Occident.** Cette dernière s'est plutôt renforcée au cours des quinze dernières années, alors qu'objectivement la globalisation que l'on reproche aux Occidentaux a bénéficié à beaucoup de ces pays, notamment à ces puissances désinhibées.

Ces Etats se réfèrent souvent au mouvement des non-alignés. Mais le contexte a changé depuis les années 1950. Durant la guerre froide, les non-alignés n'ont pas beaucoup gêné les Occidentaux ni les Soviétiques. A contrario, si l'Inde ou la Turquie continuent à commercer avec la Russie, voire lui transfèrent des

microprocesseurs, cela fait une différence. Ces puissances contribuent déjà au financement de l'effort de guerre russe, via l'achat de pétrole; l'Arabie saoudite s'est aussi entendue avec Moscou au début de la guerre pour réduire les quotas de production de pétrole dans le cadre de l'OPEP+. Les non-alignés ne voulaient pas choisir; aujourd'hui, les puissances majeures du Sud veulent avoir le bénéfice des deux camps. L'ennui, c'est que les Occidentaux ont été les premiers à user de ce principe. Ils subissent en quelque sorte un retour de boomerang. Rompre avec cet engrenage est le défi majeur.

### La genèse du divorce

Si l'on établit une sorte d'archéologie de cette fracture, j'identifierais trois tournants à l'aube de ce siècle : l'invasion de l'Irak en 2003; le décollage économique de la Chine; la crise économique et financière de 2008. Ces trois phénomènes ont renversé la tendance de la fin du XXe siècle, marquée par le triomphe des idées libérales et du modèle occidental. J'étais représentant permanent adjoint de la France auprès des Nations unies à New York de 2002 à 2006 : dans un premier temps, j'ai vu à quel point les idées occidentales fédéraient nombre de pays dans le monde, non par prosélytisme, mais simplement parce que l'Occident avait fait la démonstration de sa supériorité en vainquant l'URSS. L'invasion américaine de l'Irak a stoppé cela en réactivant les germes anti-impérialistes dans le monde. Puis la crise de 2008 a beaucoup contribué à la baisse du prestige des Etats-Unis et de l'Europe. Et comme la Chine devenait à son tour une puissance économique, il y a eu un retour de bâton de « la fin de l'Histoire » soit la thèse de Francis Fukuyama, qui prédisait en 1989 le triomphe de la démocratie libérale.

D'autres facteurs ont ensuite joué, notamment une dynamique que nous avons sous-estimée : au milieu des années 2000, Vladimir Poutine a choisi la confrontation systématique avec l'Ouest. Dans cette perspective, il a investi les Bric, ce groupe de quatre pays réunissant la Russie, le Brésil, l'Inde et la Chine l'Afrique du Sud, le « s » de Brics, les rejoindra en 2010. En 2006, le ministre des Affaires étrangères russe Sergueï Lavrov réunit pour la première fois les ministres des Bric, puis, en 2009, Poutine rassemble les chefs d'Etat ou de gouvernement, un rendez-vous désormais annuel. Le chef du Kremlin a réussi à faire des Brics un instrument de rebranding de la marque Russie. D'ailleurs, l'édition de juillet 2014, après l'annexion de la Crimée, a marqué le retour de Poutine dans un sommet international. Plus tard, son investissement en Syrie a permis à la Russie de gagner une place de premier rang au Proche-Orient.

### Le rendez-vous de 2025

La crise de la démocratie libérale a eu lieu, même si elle n'est pas terminée. Celle du modèle autoritaire a commencé, et pourrait atteindre son pic à partir de 2025. Voyez ce qui se passe en Iran... Le côté aberrant des décisions de Poutine est également un symptôme de crise, de même que l'attitude de la Chine sur le Covid. Et cela va s'aggraver avec le tassement de la croissance chinoise. Quand les deux courbes, déclin des régimes autoritaires et remontée des régimes démocratiques, se croiseront, ces derniers devront être prêts. On ne pourra pas se contenter de répéter l'évangile d'Adam Smith [le « laissez-faire » ] corrigé par John Maynard Keynes [l'interventionnisme étatique]! Il faut proposer un projet actualisé aux peuples qui vont se soulever contre les régimes autoritaires, incluant une promesse de justice sociale, de liberté et de partenariat politique.

Pour l'heure, les chancelleries occidentales gèrent la crise ukrainienne avec prudence, sans vraiment anticiper la suite. Les principales puissances de la coalition soutenant l'Ukraine devraient, à mon sens, adopter l'équivalent des « quatorze points de Wilson » [NDLR : les propositions du président américain Woodrow Wilson pour mettre fin à la Première Guerre mondiale et reconstruire l'Europe]. Il s'agirait d'une déclaration politique indiquant nos buts de guerre, pas seulement ceux de l'Ukraine sur le front, mais aussi s'agissant de l'ordre du monde que nous souhaitons rebâtir. Autrement dit : quel nouveau contrat proposons-nous aux pays du Sud?

Le danger iranien La Russie restera dangereuse et animée de revanchisme. Pour les Européens, la priorité est donc de construire une capacité de défense et de dissuasion contre Moscou, sans quoi l'Europe ne sera jamais forte. Pour les Français, cela implique une conversion mentale, puisque nous avons toujours conçu l'Europe forte en opposition aux Etats-Unis. Emmanuel Macron est typique de cette mentalité : il fait ce qu'il faut en Ukraine, tout en continuant à rêver d'une entente ultérieure avec la Russie. Une fois cette Europe forte

consolidée, rien ne nous empêchera de renouer le cas échéant avec un autre pouvoir russe, tout en tenant la dragée haute aux Américains.

**De toute façon, l'Europe n'est pas la priorité des Etats-Unis. Pékin reste leur ennemi n° 1. Face à la menace chinoise, les Etats-Unis risquent, à l'avenir, de délaisser d'autres théâtres.** L'Iran pourrait ainsi devenir l'équivalent de la Yougoslavie du début des années 1990. A l'époque, les Américains ont dû gérer simultanément la première guerre du Golfe et la dissolution de l'URSS. Et ils ont négligé la Yougoslavie. Aujourd'hui, Washington a les yeux braqués sur la Chine et l'Ukraine et ne veut pas s'occuper du Proche-Orient. Les conditions sont de plus en plus réunies pour une crise majeure en Iran, que Poutine peut avoir intérêt à attiser. Plusieurs scénarios sont possibles : soit l'hubris iranienne conduit Téhéran à s'en prendre plus violemment que d'habitude à ses voisins, soit Israël estime nécessaire de déclencher une crise pour inciter les Américains à agir. Dans l'optique d'un désengagement des Etats-Unis des affaires du monde, la France doit rester à l'unisson du reste de l'Europe, pour assurer une alternative forte.

30 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/idees-et-debats/nous-voulions-montrer-a-charles-iii-une-france-qui-nexiste-pas-par-sylvain-fort-4L67ZHYZVREWHACWASBOIF2EZA/>

Idées et débats, lundi 27 mars 2023 793 mots

## Nous voulions montrer à Charles III une France qui n'existe pas, par Sylvain Fort

**Le souverain britannique devait découvrir une France de carte postale, loin des violences, des dissensions et des poubelles. Mais le réel s'est invité dans la mise en scène...**

Annuler la visite en France du roi Charles III pour des raisons de tensions sociales n'est évidemment pas très glorieux. Dès la conférence de presse bruxelloise du président de la République, un journaliste anglais parla d'humiliation pour la France, terme repris le lendemain par la presse française, notamment Le Figaro . En vérité, l'humiliation n'est pas où l'on croit. Elle était dès le début inscrite dans ce que nous avons résolu de montrer de la France au roi d'Angleterre. **Car cette visite n'était pas seulement marquée par la volonté de convaincre le roi d'Angleterre que nous sommes un beau et grand pays; elle était de part en part caractérisée par le désir étrange de lui montrer une France qui n'existe pas. Il suffit pour s'en convaincre de jeter un oeil au programme royal.**

Le premier jour, tout devait commencer par un moment mémoriel sous l'Arc de Triomphe, puis par un discours au Sénat, suivi d'une visite au 19M, fort beau lieu parisien fondé par Chanel et dédié à la mode, d'un crochet par le 104, temple de la culture selon Anne Hidalgo, puis en fin de journée un banquet d'Etat à Versailles. **Ah la France! Sa Garde républicaine! Ses sénateurs fleurant bon le terroir! Ses petites robes! Ses fastes monarchiques!** Voilà qui était supposé attester aux yeux du roi Charles la persistance dans son être du **génie français tel qu'on se l'imagine encore dans Emily in Paris** . Le deuxième jour, direction Bordeaux, sa mairie style XVIIIe siècle, puis dégustation de Smith Haut Laffite après un crochet par Landiras pour examiner la forêt brûlée l'été dernier.

**La France, on vous dit! Ses terroirs, ses vins fins, ses palais républicains, son goût de la nature!** Le summum était pour le troisième jour, avec la visite du marché aux fleurs à Paris, où l'on se souvient encore de la visite en 2014 d'Elizabeth II, qui aimait cet endroit intemporel, où petits oiseaux et fleurs exotiques s'exposent dans des cabanons en bois (et devenu en fait un lieu sinistre condamné par la Mairie de Paris, mais on l'eût sans doute repeint le temps d'une visite). **Ah! La France éternelle, la France insouciant, la France fière de ses arts et de ses mets, la France des moineaux et des fleurs multicolores!**

Zadistes de la République

**Voilà ce qu'on voulait présenter au monarque : une France Potemkine.** Nous souhaitions lui masquer les problèmes de la jeunesse ou du grand âge, qu'il aurait pu pourtant de mille manières appréhender en allant au-devant d'étudiants ou de soignants, en humaniste qu'il est. Nous souhaitions lui dissimuler une Assemblée nationale livrée aux zadistes de la République pour le confiner dans un Sénat aux ors présentables. **Nous avons entrepris de réunir la fine fleur de l'élite à Versailles, faute sans doute de pouvoir sécuriser suffisamment le périmètre de l'Elysée.**

Tout aussi bien, nous n'avions pas l'intention de lui faire rencontrer des pêcheurs de ports de la Manche, des associations de Calais, des industriels qui fabriquent des armes pour l'Ukraine, des betteraviers du Nord que les normes environnementales condamnent à mort, pas plus que nous n'avions envie de lui faire admirer le renouveau de l'automobile française, l'excellence de ses avions, le génie de ses scientifiques, le rayonnement d'institutions universitaires qui parfois remontent à Oxford ou à la LSE. **Bref, notre idée était de lui épargner soigneusement tout contact avec la France réelle, celle qui travaille, qui réussit, qui souffre, qui vit et qui meurt, loin des fastes et des clichés.**

**Mais le réel a frappé à la porte.** Oh, bien sûr, il n'y a pas de quoi se réjouir de laisser apercevoir au monarque la figure dévastée d'un pays en proie aux violences et aux dissensions. Il n'y a pas de quoi être fiers de nos poubelles et de nos incendies. Et certes il aurait fallu lui expliquer pourquoi, pénétrant dans la mairie de Bordeaux, le portail était calciné. Parce que nous avons résolu depuis le début de lui présenter une France de carte postale, nous ne pouvions prendre le risque de laisser le réel s'inviter dans la mise en scène. Nous ne pouvions accepter qu'il entrevoie entre deux châteaux et deux palais le visage d'une France au rimmel coulant, au fard craquelé. C'est ce que dit de nous ce désir fou de lui faire croire en une France fictive qui est, au fond, plus humiliant que tout. **L'annulation pour cause de principe de réalité de cette visite n'en est que la conclusion logique - et, hélas, l'aveu.**

30 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/economie/politique-economique/dette-avis-de-gros-temps-sur-nos-finances-publiques-CDKWQWTZ3FD5ZBFQAMJ3DANXNA/>

Politique économique, mardi 28 mars 2023 423 mots

## Dette : avis de gros temps sur nos finances publiques

La France est à découvert de presque 3 000 milliards d'euros, du jamais-vu dans l'histoire des finances publiques...

Dans leur dernier bulletin météo sur **la patrie du "quoi qu'il en coûte"**, les prévisionnistes du **Fonds monétaire international** soufflent le chaud et le froid. **"Globalement, le risque que la France fasse défaut est faible et sa dette est soutenable", indiquent-ils. A l'horizon, toutefois, le ciel s'assombrit, et l'inquiétude du FMI passe de "faible" à "modérée" : "Avec l'augmentation des taux d'intérêt, qui pèsent de plus en plus sur le service de la dette, et l'arrivée à échéance des emprunts à taux bas, les effets favorables sur la dynamique de la dette vont se dissiper à plus long terme, nécessitant des efforts toujours plus importants pour la stabiliser." Dit autrement, le vent se lève, et il est mauvais pour nos finances publiques...**

Eclipsé par le consensus national autour de la riposte budgétaire apportée au Covid, et par **l'"argent magique" lié à la diablerie des taux d'intérêt négatifs**, le débat sur la dette signe son grand retour, sur fond de remontée des taux directeurs de la Banque centrale européenne et de poussée inflationniste. Non sans charrier, comme souvent, son lot de raccourcis. "Nos enfants vont trinquer!", s'époumonent les uns, arguant des presque 3 000 milliards d'euros d'endettement que la France traîne comme un boulet, mais oubliant les effets redistributifs, par la dépense publique et l'héritage, à l'intérieur de chaque génération. "Annulons la part de dette détenue par la BCE!", ont proposé les autres, ladite part étant en réalité contractée par l'Etat à l'égard de la Banque de France, elle-même dans les mains de l'Etat, ou comment rhabiller Paul... en le déshabillant.

Pour y voir clair, le ministre des Comptes publics, Gabriel Attal, et l'économiste "atterré" Thomas Porcher ont accordé un long entretien croisé à L'Express. Les deux hommes divergent sur l'urgence à agir, les foyers d'économies, la place de la France dans le concert mondial des paniers percés... **Ils partagent néanmoins un même constat sur l'obligation de maintenir une activité économique et un marché de l'emploi dynamiques, seuls à même de générer un surplus de recettes, lesquelles, en rassurant nos créanciers, éloignent le spectre d'un emballement de la dette.**

**La croissance, fragile refuge face à l'orage en vue.** Et seul espoir pour le gouvernement de donner tort au Major Thompson de Daninos, et à **sa définition des insoucieux Français : "des gens qui sortent sans parapluie sous prétexte qu'il ne pleut pas."**

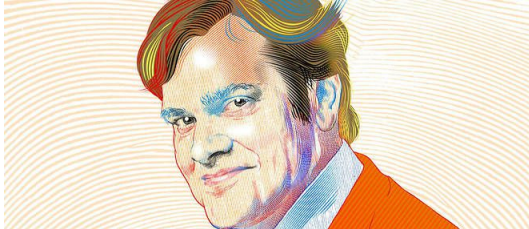
30 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/les-boules-de-petanque-du-bien-30-03-2023-2514224\\_782.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/les-boules-de-petanque-du-bien-30-03-2023-2514224_782.php)

## Les boules de pétanque du Bien

ÉDITO. La complaisance d'une partie du monde politico-médiatique envers la violence du black bloc est stupéfiante... **Tout est permis quand on est du « bon » côté ?**

Par Étienne Gernelle



Les boules de pétanque du Bien

Publié le 30/03/2023 à 07h30

**M**artin Luther King ou Jean-Paul Marat ? En matière de révolte, il y a deux écoles. Le premier affirmait que « *nous ne devons pas laisser notre protestation créatrice dégénérer en violence physique* ». Le second proclamait sa jubilation destructrice durant la Révolution française : « *C'est par la violence que l'on doit établir la liberté.* » Marat passa d'ailleurs de la théorie à la pratique, réclamant des têtes par milliers... Mais tout cela pour le Bien, sa cause étant plus juste, ou sa personne plus sainte. Les nervis du black bloc et autres militants d'extrême gauche qui, à Paris ou Sainte-Soline, avancent leurs arguments à coups de boules de pétanque sont manifestement de l'école Marat. La démonstration de leur **hyperviolence** – laquelle ne dispense évidemment pas les forces de l'ordre de la nécessaire exemplarité, chaque victime est une tragédie – n'est ni une surprise ni une nouveauté.

Ce qui est étonnant, en revanche, c'est l'indulgence, voire la complaisance à leur égard d'une partie non négligeable du monde politico-médiatique. La petite musique d'« on ne fait pas d'omelette sans casser des œufs » tourne en boucle sur les ondes.

**Bref, du folklore.** On ne parle évidemment pas ici d'Edwy Plenel, grand admirateur de Marat, auquel il a consacré des pages énamourées, et qui évoque désormais à propos des blessés graves de Sainte-Soline les « *martyrs* » de l'écologie. Ce vocabulaire de guerre sainte ne détonne pas chez lui. La violence ne le rebutait déjà pas en 1972, quand il prônait la solidarité avec les terroristes de Septembre noir ayant assassiné onze athlètes israéliens à Munich (position assez sobrement récusée par la suite).

Non, ce qui est intéressant, c'est que cet air de la compréhension bienveillante résonne aussi dans des milieux politiques et intellectuels jugés jusqu'ici plutôt modérés et dans les médias traditionnels, notamment l'audiovisuel public.

**La violence originelle**, entend-on souvent, serait celle de l'usage du 49.3 sur les retraites (quoi qu'on en pense sur le fond), ou des « **mégabassines** » (quelles que soient ses connaissances en hydrologie). Ce qui s'ensuit n'est que débordements inévitables, rituels, bref, du folklore. Pas de quoi s'émouvoir. Et puis c'est pour la bonne cause...



**La fin justifie-t-elle les moyens ?** Cela dépend de qui on parle. Dans un registre nettement plus bon enfant que celui du black bloc, on se souvient du mouvement des « **décrocheurs** », ces militants qui volaient dans les bâtiments publics des portraits du président de la République pour exprimer leur désaccord avec la politique climatique de la France. **Le tribunal correctionnel de Lyon avait relaxé deux d'entre eux en 2019, invoquant « l'état de nécessité » ! Cette bouffonne décision fut infirmée en appel, mais déjà perçait l'idée selon laquelle la loi, c'est pour les autres. Et que le camp du Bien, lui, a tous les droits.** Pas de chance pour les kiosquiers de Paris dont on a brûlé l'outil de travail, ou les agriculteurs de Sainte-Soline : ils ne sont manifestement pas du bon côté.

« **Quelques nuages** ». Il faut dire que nos révolutionnaires de salon et autres bourgeois mélenchonistes sont rarement confrontés à la violence. **Leur mansuétude à l'égard des casseurs ne leur coûte rien.** En tout cas pour l'instant. Car les héritiers actuels de Marat n'auront pas forcément toujours de la tendresse pour leurs compagnons de route des plateaux télévisés.

En témoigne l'histoire du député girondin Jean-Paul Rabaut Saint-Étienne, qui, en 1792, écrivait que « *les révolutions humaines arrivent pour des hommes, pour des choses, ou pour des opinions, toutes sont cimentées par du sang* ». Pour lui, les crimes commis lors des débuts de la Révolution étaient surtout imputables à la barbarie de la société d'Ancien Régime et n'étaient que « *quelques nuages* » sur un chemin qui s'annonçait radieux. Pas de chance, il fut ensuite dénoncé par plus radical que lui, le montagnard Marat, et – quelques mois après l'assassinat de ce dernier – guillotiné.

**À quoi pensent ceux qui relativisent ou légitiment l'agression des gendarmes à Sainte-Soline ? Probablement pas à Rabaut Saint-Étienne. Et c'est fort imprudent de leur parts**

30 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/chine-au-pays-du-mensonge-et-des-dissimulations-30-03-2023-2514219\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/chine-au-pays-du-mensonge-et-des-dissimulations-30-03-2023-2514219_24.php)

## Chine : Au pays du mensonge et des dissimulations

Les tromperies chinoises sur les origines du Covid montrent jusqu'où Pékin est prêt à aller pour asseoir sa domination mondiale.

Par [Julien Peyron](#)



**Hégémonie.** Le 10 mars, Xi Jinping a été reconduit à la tête du pays par le Parlement pour un troisième mandat. Une première depuis Mao.

Publié le 30/03/2023 à 07h00

**L**e 31 décembre 2019, la ville de Wuhan publiait un étrange communiqué à propos d'une « *pneumonie d'origine inconnue* » repérée autour d'un marché. Nul ne pouvait imaginer à quel point la nouvelle maladie allait bouleverser le monde, diviser les scientifiques et raviver les tensions géopolitiques. Car la coïncidence ne pouvait échapper à personne. La capitale de la région du Hubei abrite un institut de virologie réputé pour ses expériences à risque sur les coronavirus. La question d'un accident de laboratoire aurait dû se poser dès le début de la pandémie, mais elle a été rapidement censurée en Chine, où l'on s'est retranché derrière une opacité totale. Nul ne sait, encore aujourd'hui, le détail des recherches qui étaient menées à l'époque dans les laboratoires de Wuhan.

Même à l'étranger, le sujet est longtemps resté tabou, notamment par souci de ne pas accroître les tensions géopolitiques provoquées par la pandémie. Le 19 février 2020, la revue scientifique *The Lancet* publiait une tribune d'une trentaine de scientifiques internationaux condamnant de prétendues « *théories du complot* ». Le 17 mars 2020, un second article dans une revue majeure, *Nature Medicine*, assurait à son tour catégoriquement que « *le Sars-CoV-2 [le nom du virus, NDLR] n'est pas une construction de laboratoire ou un virus délibérément manipulé.* » Cette doctrine a été reprise en chœur par les autorités scientifiques les plus respectées de la planète, d'Anthony Fauci, patron révérend de la science médicale américaine, à l'Institut Pasteur en France.

**Piste inexplorée.** Aux États-Unis comme en Europe, on a toujours exclu officiellement l'hypothèse de programmes secrets d'armes biologiques ou de manipulations génétiques qui auraient mal tourné. Les rumeurs en ce sens étaient qualifiées en 2020 de « *théories délirantes* » par l'éminent scientifique danois Kristian Andersen, l'un des virologues consultés par la Maison-Blanche. Le grand public et la communauté internationale ont dû se contenter de croire sur parole

les explications des chercheurs de Wuhan, malgré la propension au mensonge et à la dissimulation du Parti communiste chinois. Même la piste d'un virus provenant d'animaux sauvages vendus dans un marché de la ville est restée inexplorée. Censée faire la lumière sur les causes du virus, la visite d'experts internationaux missionnés par l'Organisation mondiale de la santé (OMS) en février 2021 a tourné au fiasco. Au même moment, Pékin soutenait que le Covid-19 provenait de produits surgelés importés !



- 
- **Inquiétude.** Agnès Buzyn, alors ministre de la Santé, ici avec Jérôme Salomon, est la première à s'inquiéter de ce mystérieux virus apparu en Chine en décembre 2019.



- 
- **Crise sanitaire.** À Wuhan, début 2020, les services funéraires se trouvent débordés par les décès dus au Covid malgré les dénégations des autorités.



- 
- **Cité interdite.** En février 2021, une délégation d'experts de l'Organisation mondiale de la santé se rend à Wuhan. Ce sera un fiasco.

Deux ans après la calamiteuse visite de l'OMS, la pandémie a reflué mais le monde se déchire toujours sur la question de l'origine du virus. Faucons américains et loups guerriers chinois s'accusent mutuellement. Des sommités scientifiques excommunient leurs confrères qui osent

défendre l'idée d'une « fuite de labo ». D'autres, dans le camp adverse, désignent, sans preuve décisive, les chercheurs de Wuhan comme responsables des 7 millions de morts recensés par l'OMS début le début de l'épidémie. Comment la cause de la plus grande catastrophe sanitaire du XXI<sup>e</sup> siècle peut-elle rester un mystère ? Trois ans après, des documents et témoignages accablants commencent à émerger.

Le livre de notre journaliste Jérémy André, *Au nom de la science* (Albin Michel, à paraître le 6 avril), dévoile les coulisses du désastre et retrace, documents à l'appui, les débats qui ont agité les pouvoirs politiques à Pékin, Washington et Paris. On y apprend que l'hypothèse d'un accident de laboratoire a été évoquée en secret et prise au sérieux à tous les niveaux, dès le départ, notamment par le sommet de l'exécutif français. Le 22 avril 2020, un conseil de défense de l'Élysée l'a abordée en détail, exigeant des explications d'Alain Mérieux, champion de la coopération franco-chinoise qui a vu naître le laboratoire P4 (c'est-à-dire dédié aux virus les plus dangereux) de Wuhan.

**Opacité.** La Chine, de son côté, a saboté tous les projets d'enquête. Elle a supprimé des milliers de pages des sites Internet de ses centres de recherche, dont celle d'une base de données récapitulant les virus étudiés à Wuhan. Les autorités chinoises ont également enterré de précieux prélèvements réalisés sur le marché de la ville. Elles continuent de faire barrage à la quête du potentiel réservoir animal naturel du virus. Des chercheurs étrangers ont eux aussi une part de responsabilité. Des journalistes et organisations civiques américaines ont obtenu des e-mails pour le moins troublants : dans ces correspondances confidentielles, ceux-là mêmes qui ont assuré le public de leur certitude d'une origine naturelle évoquaient, en privé, leurs grands doutes.

Aujourd'hui, la thèse officielle est remise en cause. Les Républicains américains ont lancé plusieurs commissions d'enquêtes, visant les chercheurs ayant coopéré avec la Chine, accusés d'avoir voulu étouffer le scandale d'une origine en laboratoire. Et la Maison-Blanche vient de signer la déclassification des renseignements qui ont conduit deux services américains, le département de l'Énergie et le FBI, à réhabiliter la thèse d'un accident de la recherche. Tandis que l'Amérique semble s'engager sur le chemin de la transparence, la Chine reste muette et se rapproche de Moscou. La visite de Xi Jinping au Kremlin installe pour de bon la Chine au centre du camp antioccidental. Le Covid et son origine ont à peine été abordés lors des échanges entre le président chinois et Vladimir Poutine, qui imposent - dans le Donbass comme à Wuhan - leur vision révisionniste de l'Histoire. Le pouvoir chinois refuse désormais toute question sur sa désastreuse politique zéro Covid ou sur l'origine du virus. Une posture inacceptable pour les défenseurs de la vérité et qui présage le nouvel ordre mondial que tente de faire advenir le président chinois. Un empire du mensonge.



« Au nom de la science », de Jérémy André, Albin Michel, 21,90 €. En librairie le 6 avril.

## **EXTRAITS**

### **LES PREMIERS SOUPÇONS EN CHINE**

Les premiers prélèvements connus ont été réalisés le 24 décembre. Les résultats sont revenus à partir du 27. Un des laboratoires consultés, Vision Medicals, est basé à Canton, la Silicon Valley du sud de la Chine. Ses analyses ont rapidement identifié un nouveau coronavirus de la famille du Sars (syndrome respiratoire aigu sévère), un virus qui avait provoqué une grosse épidémie en Chine et dans plusieurs pays d'Asie en 2002-2003.

Un mois plus tard, l'employée de Vision Medicals qui a réalisé ces analyses s'est confiée sur son blog, où elle se faisait surnommer « Petit Chien de montagne » [...] : « La première chose qui vient à l'esprit est, bien sûr, cette histoire de contact avec des animaux sauvages. À ce moment-là, l'information était que le patient était retourné dans sa ville natale et il n'était pas exclu qu'il ait été en contact avec des chauves-souris ou qu'il ait été mordu par des chauves-souris.

On soupçonnait également que certains membres du personnel travaillant quelque part avec des virus artificiels avaient été infectés par accident en raison d'une manipulation imprudente. Après tout, la récente épidémie de brucellose a été causée par une stérilisation incomplète de la bactérie dans une certaine usine de production. »

En juillet 2019, une épidémie de brucellose (NDLR : maladie animale transmissible à l'homme) avait éclaté à Lanzhou, dans le nord-ouest de la Chine. Le 26 décembre 2019 exactement, un rapport d'enquête a conclu qu'elle provenait d'une usine de vaccins.

Le vendredi 27 décembre 2019 au matin, Petit Chien de montagne reçoit un nouveau message d'un collègue : « Hier, j'ai vu que le professeur XXX disait que l'Institut de virologie de Wuhan est situé à proximité. »

### **L'ALERTE D'AGNÈS BUZYN**

Une des premières personnes au monde à avoir eu connaissance de l'épidémie est la ministre de la Santé française Agnès Buzyn.

Fille d'un survivant de la Shoah - Élie Buzyn, mort au printemps 2022 -, elle est restée longtemps un personnage secondaire de la macronie, le clan du très jeune chef d'État français, Emmanuel Macron, élu en 2017. Studieuse, l'hématologue a été présidente de l'Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire et présidente de l'Institut national du cancer, avant d'entrer au gouvernement.

À la presse et lors d'une audition parlementaire, elle a assuré avoir repéré l'information sur la nouvelle épidémie sur Internet dès fin décembre 2019, avant même toute annonce officielle. A-t-elle alors conscience de ce qu'impliquent ses propos ?

Entre Noël et le réveillon 2019, elle profite de quelques jours de repos dans sa maison en Corse. Sur sa terrasse, elle aurait navigué sur son smartphone et serait tombée sur un « article d'un blog anglo-saxon », illustré d'une radiographie ou d'un scanner du thorax. Ce document, jamais identifié, aurait décrit des cas de pneumonies inexplicables en Chine.

Intriguée, Agnès Buzyn met donc le ministère de la Santé français en alerte dès début janvier 2020. Mais, dans l'immédiat, Paris se concentre sur un dossier décrit - déjà ! - comme capital : la réforme des retraites !

[...]

La « curieuse coïncidence » les frappe, mais ils ont d'autres chats à fouetter. Le ministère de la Santé français a fort à faire avec une grève « administrative » qui couve parmi les médecins

hospitaliers, souhaitant dénoncer leurs conditions de travail en arrêtant d'accomplir leurs tâches administratives. Cependant, le 11 janvier, l'annonce du premier mort par la Chine incite Agnès Buzyn à informer le sommet de l'État.

Deux messages quasi identiques sont envoyés, l'un au Premier ministre, Édouard Philippe, l'autre au président de la République. Après des généralités, la ministre va jusqu'à confier à Emmanuel Macron qu'elle « suspecte le labo P4 de manipuler le virus ».

Dans un récit écrit plus tard en 2020, la ministre de la Santé expliquera le fond de sa pensée : « Je me dis que je suis peut-être un peu paranoïaque sur le P4 dans mes SMS mais c'est Jérôme [Salomon, NDLR] qui m'a mis la puce à l'oreille et difficile de ne pas faire un lien. Je ne pense pas que j'y aurais pensé toute seule car je n'avais pas en tête le nom de la ville dans laquelle il était situé. Lors d'une réunion dans mon bureau, je demande tout de même à Jérôme Salomon de vérifier avec le secrétaire général de la défense et de la sécurité nationale s'ils ont des informations récentes sur le P4. »

## **DOUBLE DISCOURS À WASHINGTON**

Le 31 janvier 2020, le virologue Kristian Andersen répond à 22 h 32 (heure de Washington) à un précédent message d'Anthony Fauci qui lui faisait suivre l'article du magazine *Science*.

Andersen y est lui-même cité. Il y déclare une banalité sur la nécessité de « *déterminer quel est l'hôte naturel* ». Le même jour, sur Twitter, interpellé sur les déclarations du sénateur républicain Tom Cotton, qui s'est inquiété de la présence d'un laboratoire de haute sécurité P4 à Wuhan, Andersen les balaie du revers de la main : « Ces analyses sont complètement faussées et erronées. Elles peuvent être ignorées en toute sécurité. » En privé, sa réponse à Anthony Fauci laisse entendre un tout autre son de cloche : « Les caractéristiques inhabituelles de ce virus constituent une part très petite du génome (< 0,1 %), donc on doit regarder vraiment de très près toutes les séquences pour voir que certaines de ces caractéristiques semblent (potentiellement) conçues par ingénierie génétique. »

Dans cet e-mail, Andersen ne précise pas quelles sont ces « *caractéristiques inhabituelles* », mais il donne la conclusion préliminaire de ses premiers échanges avec trois autres virologues, Edward Holmes, Robert Garry et Michael Farzan : « Eddie, Bob, Mike et moi-même trouvons tous le génome incompatible avec les attentes de la théorie de l'évolution. »

À les suivre, un tel virus ne pourrait pas être apparu par hasard dans la nature, et doit donc avoir été fabriqué ou modifié en laboratoire.

[...]

Les spéculations de Kristian Andersen reposaient principalement sur une spécificité du nouveau coronavirus, son « site de clivage à la furine » ou « site furine ». Il s'agit d'une toute petite partie du génome qui démultiplie la capacité du virus à infecter les cellules humaines, et rend le Sars-CoV-2 très contagieux chez l'homme, contrairement aux autres virus semblables. Le site furine est la clé pour ouvrir le coffre-fort du corps humain. De tels sites furine jouent un rôle similaire chez certains autres virus, comme celui de la grippe. Sa présence dans un nouveau virus attire donc immédiatement l'attention des spécialistes, d'autant qu'un tel site n'avait jamais été observé jusque-là dans la famille du Sars.



**Tensions.** En mars 2020, Anthony Fauci (à g.), directeur de l'Institut national des allergies et maladies infectieuses, et Donald Trump lors d'une conférence de presse. Le président des États-Unis accusera la Chine d'avoir propagé le virus.

### **TRUMP CONTRE PÉKIN**

Donald Trump n'a pas subitement accusé la Chine seulement pour faire diversion sur sa gestion catastrophique de la pandémie. C'est en réalité d'abord la Chine qui a accusé Washington d'avoir créé le virus. Le 12 mars 2020, un porte-parole du ministère des Affaires étrangères chinois, le pugnace Zhao Lijian, a repris sur Twitter puis en conférence de presse quotidienne une « théorie » selon laquelle le virus serait originaire des États-Unis.

[...]

Il partage en effet précisément sur Twitter un article d'un obscur site Internet canadien, Global Research, se prétendant la publication d'un « Centre pour la recherche sur la mondialisation ». L'auteur, « Larry Romanoff », est faussement présenté comme professeur à l'université de Fudan à Shanghai. En 2021, une enquête approfondie de l'Irsem, un centre de réflexion rattaché au ministère de la Défense français, a retracé le parcours erratique de Romanoff.

Celui-ci aurait plus de 80 ans. Faisant des affaires avec la Chine depuis au moins vingt ans, il anime des sites relayant des fausses informations alimentant un discours antiaméricain et prochinois. Un cas d'école d'« "idiot utile", peut-être influencé et encadré par le Parti-État », jugent les chercheurs de l'Irsem. Dans l'organisation léniniste millimétrée du pouvoir chinois, la reprise d'une telle source par un officiel n'est pas une initiative personnelle. Le Parti s'est d'ailleurs tenu à cette version.

Contrairement aux discussions sur un éventuel accident de laboratoire à Wuhan, la théorie colportée par Romanoff et reprise par Zhao Lijian n'a aucune validité scientifique et contredit les données élémentaires sur l'apparition du virus. En résumé, l'article paru initialement le 4 mars 2020 assure que les États-Unis auraient connu une vague de pneumonies d'origine inconnue à l'été 2019, qui aurait été faussement attribuée aux cigarettes électroniques, et proviendrait en fait d'un accident dans un laboratoire militaire américain, le P4 de Fort Detrick - celui-là même où travaillait Bruce Ivins, l'homme suspecté d'être l'auteur des attaques à l'anthrax de 2001. Le virus aurait ensuite circulé sans jamais être détecté aux États-Unis, et aurait été introduit à Wuhan par des athlètes américains au cours des Jeux mondiaux militaires qui y ont eu lieu entre le 18 et le 27 octobre 2019. La Chine n'a pas apporté de preuves de cette théorie, qui apparaît comme une pure et simple fausse information.

C'est donc à ces fausses accusations contre les États-Unis que Donald Trump répond le 17 mars 2020 par ses propres invectives. L'expression « virus chinois » (Chinese virus en anglais) lâchée d'abord sur Twitter est répétée ensuite en conférence de presse à la Maison-Blanche, du seul fait que les Chinois accusent des soldats américains d'avoir apporté le virus à Wuhan.



**Suspect.** Un chien viverrin dans un marché aux animaux, à Canton.

### LES CHIENS VIVERRINS

En 2014, lors d'un de ces voyages, Zhang [Yongzhen, professeur de l'université Fudan de Shanghai, NDLR] a emmené [le virologue britannique Edward, NDLR] Holmes à Wuhan.

« Wuhan est un endroit incroyable, se souvient Holmes. Une ville énorme, 11 millions d'habitants, dans une plaine humide, comme des marais, où coule le Yangzi Jiang. La démarcation entre la ville et la campagne est très nette. D'un coup, il y a des campagnes très sauvages. Cela en fait un lieu incroyable pour des émergences de maladies. »

Les chercheurs se demandent alors quel serait le meilleur lieu à échantillonner. Ils arpentent les fermes hors de la ville, les fonds de vallées humides, l'ouest montagneux de la province du Hubei...

Et finissent par visiter le plus gros marché de la région : le marché aux fruits de mer de Huanan, en plein centre de Wuhan. « Le lieu était comme un zoo d'animaux, exactement le genre d'endroit où l'on peut imaginer qu'une émergence se produirait, décrit Holmes. J'ai visité un certain nombre de ces marchés aux animaux, particulièrement en Chine, et celui-là était très grand. Il y avait beaucoup d'animaux sauvages, ce qui m'a vraiment surpris, entre autres des chiens viverrins. Dès que vous y entriez, vous aperceviez ces cages. J'ai pris des photos avec mon téléphone. »

Autour d'un thé, Holmes, Zhang et les spécialistes du CDC local ont débattu de quelles recherches mener par la suite. Le Britannique voulait se concentrer sur les animaux sur le marché, Zhang préférait travailler avec les hôpitaux sur les humains. Deux stratégies opposées : étudier les virus avant qu'ils ne passent à l'homme, ou une fois qu'ils l'ont fait.

[...]

Après la mission conjointe de l'OMS en février [2021], des chercheurs chinois ont publié en juin 2021 dans *Scientific Reports*, une revue du groupe *Nature*, un article contredisant les informations fournies aux experts étrangers : des mammifères, en particulier des espèces susceptibles de porter les virus de la famille du Sars, étaient bien vendus vivants en 2019 dans les étals du marché de Huanan. Parmi eux, des chiens viverrins, des civettes palmistes et des visons, les suspects numéro un pour une éventuelle zoonose qui aurait pu y contaminer les premiers patients. Ces nouvelles données scientifiques contredisent le rapport de la mission conjointe affirmant qu'aucune preuve n'existait que des animaux vivants aient été commercés dans le marché de Huanan.



L'article avait été soumis à la revue en octobre 2020... et s'est perdu, sans explication, dans les limbes du comité de lecture durant huit mois. À cause de cette « disparition », il a échappé aux experts de la mission de l'OMS.

La rumeur veut qu'une fois paru il a valu à son auteur principal, le chercheur Xiao Xiao, affilié entre autres à l'université de médecine du Hubei, de sérieux ennuis avec les autorités.

### **LA THÉORIE DE LA « LICORNE »**

La chercheuse du MIT Alina Chan a élaboré une métaphore, comparant le virus à une licorne.

Imaginez qu'une licorne apparaisse soudainement.

À proximité se trouve un laboratoire, connu pour ses recherches sur les licornes.

Face à cette stupéfiante apparition, le laboratoire affirme que les licornes existent dans la nature, même si on n'en a jamais observé auparavant. Il promet qu'on en trouvera dans la nature. Mais cela ne se produit pas. Au lieu de cela, on trouve un projet de recherche longtemps tenu secret cosigné par ce laboratoire, qui visait à greffer des cornes sur des chevaux blancs. Or les cornes décrites dans le projet sont semblables à celle de la licorne apparue dans le parc. « Et tout ce temps, les chercheurs n'ont jamais parlé de cette corne », s'étonne encore Alina Chan.

30 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/jean-louis-bourlanges-nous-vivons-une-vraie-crise-de-la-decision-publique-dans-un-climat-d-insoumission-20230329>

## «Nous vivons une vraie crise de la décision publique dans un climat d'insoumission»

Par [Jean-Louis Bourlanges](#)

Publié hier à 19:56 , mis à jour hier à 19:56



Jean-Louis Bourlanges. *Fabien Clairefond*

**ENTRETIEN** - Face à la crise politique que traverse le pays, le député MoDem s'inquiète de la tentation anarchique qui plane sur notre pays. Alors que des voix s'élèvent pour critiquer le régime de la Ve République, **il plaide pour la mise en œuvre d'un scrutin proportionnel et la suppression de l'article 16 de la Constitution.**

---

*Jean-Louis Bourlanges est président de la commission des affaires étrangères de l'Assemblée nationale.*

**LE FIGARO.-** Devant la crise sociale et la crise politique qu'a provoquée la réforme des retraites, certains parlent de «crise de régime». L'expression vous paraît-elle appropriée?

Un président affaibli parce qu'il n'a plus le droit de se représenter, une majorité parlementaire introuvable, un Conseil constitutionnel suspecté: **nos institutions ne sont certes pas à la fête. Il me semble cependant que notre malheur vient de plus loin. Nous vivons une véritable crise de la décision publique, portée par un hyperindividualisme ravageur.** Cette crise se nourrit de deux ingrédients principaux: une fragmentation du corps social exacerbée par **une mise en réseau agressive de toutes les attentes qui interdit le compromis ; un climat délétère d'insoumission qui se traduit par une délégitimation générale des autorités institutionnelles et des procédures de la démocratie représentative.** Mélenchon a vraiment touché juste en termes de communication en plaçant son combat sous le signe de La France insoumise. **Michel Crozier définissait la France comme «une terre de commandement». Elle l'est restée, mais c'est devenu une terre de commandement où personne n'obéit plus.** Le pays est ressaisi par une vieille tentation anarchique. **C'est une tendance lourde et qui touche à l'essentiel du pacte républicain. Gare à l'inévitable retour de bâton: la crise de l'autorité porte en elle sa propre négation. Elle est potentiellement liberticide.**

**Des voix s'élèvent pour faire le procès de nos institutions. La Ve République et son régime présidentiel sont-ils responsables de la crise?**

C'est un fait que la dualité des pouvoirs issus du suffrage universel, telle qu'elle est organisée par la Ve République, crée une situation difficilement gérable. **Montesquieu avait tort de confondre pouvoir**

**exécutif et pouvoir gouvernemental.** Il y a de très belles pages de René Capitant rappelant qu'un gouvernement a pour mission d'orienter et non pas seulement d'exécuter et qu'il lui appartient de donner cohérence et continuité à un mouvement législatif qui, sans lui, serait informe. Comme le montre le contre-exemple du Directoire et de la II<sup>e</sup> République, il est donc essentiel que gouvernement et Parlement marchent d'un même pas et dans la même direction.

**Il apparaît rétrospectivement qu'il n'était pas sain de faire du président à la fois le symbole de l'État et le chef réel du gouvernement, le roi d'Angleterre et son premier ministre**

*Jean-Louis Bourlanges*

## **La tripartition de notre vie politique ne rend-elle pas ce système majoritaire obsolète?**

Nous avons vécu tranquilles dans les premières années de la V<sup>e</sup> République avec des **majorités présidentielle et législative concordantes**. Nous nous sommes par la suite accommodés de leur divergence au prix d'un partage des responsabilités dans le cadre de la **cohabitation**. Nous avons plus de difficultés aujourd'hui avec une situation inédite: **l'absence de majorité claire**. Or cette absence est la conséquence du partage de l'Assemblée en trois forces irréductibles. Elle est inévitable dès lors que le clivage dominant n'est plus seulement le clivage droite-gauche - même s'il n'a pas disparu -, mais celui **qui oppose libéraux et autoritaires, proeuropéens et nationalistes, amis de l'Occident et amis de la Russie**. Luc Ferry pleure hebdomadairement sur le paradis perdu du droite-gauche, mais la vraie frontière est celle qui sépare universalistes et wokistes, c'est-à-dire modérés, radicaux de droite et radicaux de gauche.

**La question se pose toutefois de savoir s'il ne serait pas prudent de substituer au scrutin uninominal majoritaire à deux tours une proportionnelle bien organisée - départementale, à la plus forte moyenne et avec un seuil d'accès à l'Assemblée de 5 %** - afin de libérer les forces d'opposition de la gauche et de la droite modérées d'une écrasante obligation de soumission à LFI d'un côté et au RN de l'autre. C'est une erreur de croire que les dernières élections auraient rendu la modification du mode de scrutin inutile sous prétexte que les principales forces du pays sont désormais bien représentées au Palais Bourbon. Le principal effet pervers du scrutin majoritaire, c'est-à-dire l'inféodation aux deux plus grandes formations du droite-gauche des partis petits et moyens, n'a pas disparu. **Simplet, ces deux formations ne s'appellent plus UMP ou PS mais RN et LFI**, et l'on voit bien qu'après la dissolution des socialistes dans la Nupes, c'est désormais aux élus de LR de passer à la casserole dont M. Bardella tient le manche. Quand je vois les menaces pesant sur les rescapés du bon vieux droite-gauche, je me sens revisité par le slogan de Mai 68: «Libérez nos camarades».

La création d'une majorité nouvelle assumant les valeurs de liberté, de solidarité et d'universalité est sans doute au prix de cette modification de la loi électorale.

## **La IV<sup>e</sup> République est souvent présentée comme un repoussoir justifiant la qualité de la Ve République... Est-ce mérité?**

La IV<sup>e</sup> République a été construite sur une fiction: l'idée que la stabilité gouvernementale serait garantie par l'existence de grands partis structurés - le PCF, la SFIO et le MRP - passant entre eux de solides pactes de gouvernement et imposant à leurs députés une stricte discipline de vote. Ce système a volé en éclats avec la guerre froide et le retour en force des vieux partis individualistes de la III<sup>e</sup> République. Pour que ça marche, il aurait fallu effacer le péché originel de 1877 et restaurer le droit présidentiel (ou primo-ministériel) de dissolution, seul garde-fou efficace contre l'instabilité ministérielle. C'était l'idée de Paul Reynaud, et c'est ce qu'a réalisé Michel Debré en 1958. **Cet équilibre intelligent a été compromis en 1962 par la décision de faire élire le chef de l'État au suffrage universel**. Il apparaît rétrospectivement qu'il n'était pas sain de faire du président à la fois le symbole de l'État et le chef réel du gouvernement, le roi d'Angleterre et son premier ministre. Je souhaite toutefois bien du plaisir à celui qui expliquerait aux Français que pour laisser les coudées franches au premier ministre, il serait préférable de remettre en cause l'élection du chef de l'État au suffrage universel!

## **Y a-t-il des ressources, des tentatives dans le passé dont nous pourrions nous inspirer pour réformer nos institutions?**

Il ne serait pas réaliste de tenter de remettre en **cause ce compromis un peu baroque passé par le général de Gaulle entre la monarchie et la République**. Il faut donc vivre avec, quitte à travailler autrement avec le Parlement. Outre la réforme du mode de scrutin, on devrait cependant, me semble-t-il, **s'interroger sur le maintien dans la Constitution de l'article 16. Celui-ci donne au président de la République le droit, dans certaines circonstances, mal définies et imparfaitement contrôlées par le Conseil constitutionnel, de s'attribuer les pleins pouvoirs exécutif et législatif. À la faveur de l'élection d'un leader issu de la radicalité de gauche ou de droite et des troubles qui ne manqueraient pas d'en résulter, l'article 16 serait un véhicule constitutionnel rêvé pour celui ou celle qui voudrait imposer au pays un tour de vis autoritaire. Prémunissons-nous contre ce risque!**

30 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/sonia-backes-l-islam-politique-veut-mettre-la-republique-a-genoux-20230329>

## Sonia Backès: «L’islam politique veut mettre la République à genoux»

Par [Jean Chichizola](#) et [Christophe Comevin](#)

Publié hier à 18:36 , mis à jour hier à 19:03



«Nous nous attaquons à tous les séparatismes, à tous ceux qui mènent des actions contre la République et contre l'idée de faire nation», déclare Sonia Backès, secrétaire d'État chargée de la Citoyenneté. Sébastien SORIANO/Le Figaro

**EXCLUSIF - Dix-huit mois après la promulgation de la loi contre le séparatisme, la secrétaire d'État à la Citoyenneté dévoile en exclusivité le premier bilan d'une lutte qui ne fait que commencer.**

Le 2 octobre 2020, dans son [discours des Mureaux](#), Emmanuel Macron avait déclaré la guerre au repli communautaire. *Le Figaro* en révèle les premiers résultats.

**LE FIGARO. - Dix-huit mois après la promulgation de la [loi séparatisme](#) en août 2021, nombre de cités semblent encore gangrenées par l'islam radical. N'avez-vous pas l'impression que les islamistes remportent la bataille sur le terrain?**

**Sonia BACKÈS. -** Le discours des Mureaux et la loi séparatisme qui en a découlé nous ont fait changer d'échelle. Jusqu'alors, dans le triangle séparatisme-radicalisation-terrorisme, on se concentrait surtout sur le terrorisme. Nous pouvons à présent nous attaquer à la base du problème. Le séparatisme nourrit les individus radicalisés qui nourrissent le [terrorisme](#). **La loi confortant le respect des principes de la République a permis de désinhiber l'administration et de lui donner des outils pour s'attaquer à tout ce qui fait le lit du séparatisme, du financement aux associations, de l'école à la famille ou au web. Il y a un véritable réveil républicain.**

La République n'avait pas les outils adaptés pour lutter. Un verrou psychologique et administratif a sauté. Ainsi, depuis le vote de la loi et la prise des décrets d'application, plus de 3000 contrôles ont été effectués sur le territoire national, 187 établissements ont été fermés temporairement ou définitivement et 8 millions d'euros ont été redressés ou recouverts. **On constate enfin que, dans les mosquées, les prêches radicaux se font plus rares car les islamistes savent qu'ils ne peuvent plus le faire impunément.**

À partir du moment où il y a de moins en moins de discours frontalement antirépublicains, nous devons aussi évoluer en visant des discours séparatistes plus subtils, des attitudes plus discrètes, mais qui ne sont pas moins dangereux. **C'est d'ailleurs une attente de l'immense majorité de nos concitoyens de confession musulmane qui veulent pouvoir vivre sereinement leur foi.** La loi a ainsi

créé une clause «anti-putsch» qui permet d'éviter le noyautage des associations par des extrémistes. **Notre adversaire est l'islam politique. Ce dernier n'a qu'un projet: l'établissement d'un régime théocratique après avoir mis la République à genoux.**

**En octobre 2020, Emmanuel Macron martelait que «l'école doit redevenir un creuset républicain». Que fait l'État pour endiguer les extrémistes religieux qui continuent à infiltrer les établissements hors contrat?**

Fille d'immigrés et de professeurs, je suis très attachée à cette question de l'école comme creuset de la nation et comme le lieu où l'on s'adresse aux plus jeunes. Or cette lutte contre le séparatisme ne donnera pas seulement des résultats sur un, deux ou trois ans. **Les graines que nous plantons aujourd'hui, nous en verrons les effets dans une génération. Il y a des résultats rapides et très concrets et d'autres seront plus lents comme pour l'école.**

**Ce que l'on a laissé faire pendant trop longtemps nous a amenés au séparatisme, à la radicalisation et au terrorisme.** Très concrètement, la loi de 2021 nous a notamment permis de nous attaquer aux établissements hors contrat. Quarante-sept établissements à visée séparatiste ont été contrôlés sans prévenir auparavant leurs responsables.

Six ont été fermés définitivement et cinq sont visés par une fermeture temporaire. Je veux insister sur un point: la loi s'attaque à tous les séparatismes et pas seulement à l'islam radical même si l'essentiel des dérives concerne ce dernier. Mais nous avons aussi procédé par exemple à la fermeture d'une école juive intégriste.

**Sur quels critères vise-t-on un établissement hors contrat?**

Les quarante-sept établissements contrôlés ont été ciblés après un travail en amont des services de renseignement, des préfetures et du comité interministériel de prévention de la délinquance et de la radicalisation (CIPDR). Les critères relèvent notamment des enseignements prodigués ou de la discrimination apparente entre les sexes.

Avec, par exemple, concernant ce dernier point, des fillettes de 6 ans arrivant à l'école voilées de la tête aux pieds, une séparation des filles et des garçons, des dessins sur les murs sans le visage, les yeux, la bouche ou encore des livres se limitant au Coran et à des ouvrages proches de la mouvance fréro-salafiste... Nous contrôlons aussi les contrats de travail ou l'honorabilité des professeurs.

Les cellules départementales de lutte contre l'islamisme radical et le repli communautaire (Clir), créées en 2019, jouent un rôle essentiel en permettant de croiser les informations des différents services de l'administration.

**Que répondez-vous à ceux qui vous accusent de mollesse face aux écoles coraniques accueillant les mineurs?**

On peut bien sûr toujours faire mieux et c'est ce que nous souhaitons faire! Je tiens à souligner que nous ne nous attaquons qu'aux écoles séparatistes. **Reste que nous avons des décennies de retard et que nous avons affaire à des structures qui s'appuient parfois sur des soutiens de puissances étrangères avec des fonds colossaux.** La loi a été adoptée en août 2021 et les décrets d'application ont été pris courant 2022.

Les chiffres que j'évoque concernent donc seulement l'année dernière, certaines actions n'ayant commencé qu'en juillet. Nous avons été très actifs et le ministre de l'Intérieur incite fortement les préfets à agir. Cela prendra du temps mais on est passé d'une forme de déni à la prise en compte de la réalité avec la mobilisation de tout l'appareil de l'État sur une priorité gouvernementale.

En quelques mois, et sur cette seule question des écoles coraniques, quatorze établissements accueillant du public mineur ont été contrôlés et visés par une mesure de fermeture, temporaire ou

définitive. C'est ainsi le cas à Montpellier du Centre multiculturel d'Occitanie, qui accueillait illégalement près d'une soixantaine de mineurs, dont les plus jeunes avaient 3 ou 4 ans. Nous devons encore faire évoluer les choses puisque, aujourd'hui, on peut uniquement s'attaquer aux structures séparatistes qui accueillent plus de sept enfants pendant plus de quinze jours. Or nous constatons que les établissements à visée séparatiste s'adaptent: il nous faudra avoir la capacité de viser les plus petites structures.

## **À l'automne 2021, pas moins de 89 lieux de cultes soupçonnés d'être radicaux avaient été répertoriés par les services de renseignement. Où en êtes-vous dans la lutte contre les mosquées radicales?**

En 2022, sept lieux de culte ont fait l'objet d'une mesure de fermeture temporaire. Ce qui signifie que ces mosquées doivent, au niveau de leur bureau, du conseil d'administration, se débarrasser de leurs responsables qui tiennent des discours radicaux. Cinq associations ou groupements islamistes ont par ailleurs été dissous. Il en a ainsi été à Allonnes, dans la Sarthe, de l'Association allonnaise pour le juste milieu et de l'association Al Qalam, toutes deux salafistes et légitimant les attentats, le recours au djihad armé ou l'instauration de la charia.

## **Le repli identitaire commence par une salafisation des esprits des plus jeunes, dans l'intimité même des foyers. On a l'impression que l'État est impuissant pour ramener ces mineurs en danger dans le giron de la République...**

Nous avons là aussi de nouveaux outils. Notamment pour le contrôle de l'instruction en famille. On avait jusqu'à présent 72.000 demandes annuelles venant de particuliers. Dont 42.000 n'étaient sans doute pas liées au séparatisme car justifiées par des problèmes de santé, la pratique d'un sport, des voyages de longue durée, etc.

Mais l'autre partie, soit 30.000 demandes, pouvait être liée à une volonté de proposer aux enfants un autre schéma de pensée que celui de l'école républicaine. On s'est attaqué très fortement à ce phénomène et les résultats sont déjà visibles avec, en 2022, une baisse significative de 29 % du nombre d'enfants instruits en famille. Et on est passé globalement de 72.000 à 58.000 demandes par an. On va encore accentuer cet effort en systématisant notamment les contrôles surprises.

**Nous nous intéressons également à la question du web. 90 % des contenus Google liés à l'islam amènent indirectement à des contenus liés à l'islam radical.** Nous avons engagé un dialogue avec des plateformes sur cette question et nous faisons monter en puissance notre unité de contre-discours républicain au sein du CIPDR qui produit des contenus expliquant les risques de la radicalisation. À ma demande, une réunion a eu lieu il y a quelques semaines avec les principales plateformes pour les sensibiliser. Le contact a été fructueux car ces professionnels sont conscients qu'il existe des marges de progression.

Et l'idée est de pouvoir travailler avec eux pour contribuer à la formation de leurs modérateurs ou pour qu'ils nous aident davantage face aux contenus toxiques. Leur premier rôle doit être de promouvoir les contre-discours républicains. Non pas, bien sûr, pour imposer une pensée mais pour faire réfléchir et mettre en garde contre la dangerosité des discours islamistes. Nous voulons aussi nouer un partenariat de confiance avec les plateformes pour le retrait rapide de contenus toxiques et le signalement de tels contenus.

## **L'argent reste, dans la lutte contre le séparatisme comme ailleurs, le nerf de la guerre. Où en est-on dans la traque du financement de l'islam radical?**

Un écosystème séparatiste, islamiste ou autre, ne peut par définition vivre sans argent. Ces mouvements ont utilisé un texte adopté en 2008 sur les fonds de dotation. Un système sans véritable contrôle et permettant notamment de rassembler des fonds privés pour des structures séparatistes. De l'argent pouvant venir de l'étranger, de fidèles plus ou moins fortunés, d'organismes spécifiques comme c'est le cas pour l'islamisme turc.

En vertu de la nouvelle loi séparatiste, ces structures peuvent être contrôlées par les préfets et doivent déclarer tout financement étranger de plus de 15.300 euros. **Toutes les associations culturelles doivent par ailleurs nous transmettre leurs comptes.** À ce jour, quatre fonds de dotation ont été suspendus et quatre autres sont visés par une procédure de dissolution. Mais nous en sommes au tout début de notre action car l'analyse des comptes va demander du temps. Nous avons d'ailleurs créé au sein du ministère de l'Intérieur un pôle juridique spécifique pour l'analyse et la lutte contre ces fonds de dotation alimentant le séparatisme.

**Pourquoi avoir attendu si longtemps pour le faire alors que l'islam radical est connu depuis des décennies et que, selon les services de renseignement, on est passé de 5000 salafistes en 2004 à 100.000 salafistes et Frères musulmans en 2019?**

En début de quinquennat, on s'est d'abord attaqué au terrorisme, qui était déjà un problème important, puis on a compris qu'il fallait aussi s'attaquer à ses racines. **Et le fait que la France a été malheureusement le pays le plus frappé par le terrorisme djihadiste explique aussi pourquoi aujourd'hui elle est en pointe dans la lutte contre l'islam radical en Europe.** Nos voisins européens nous rejoignent d'ailleurs de plus en plus dans ce combat.

**Par ailleurs, il y a eu aussi une forme de mauvaise conscience ou une crainte d'être accusé «d'islamophobie».** Ce qui n'est pas le cas puisque nous nous attaquons à tous les séparatismes, à tous ceux qui mènent des actions contre la République et contre l'idée de faire nation.

**Jusqu'à l'élection du président Macron, on a été effectivement trop longtemps en réaction et on paie des décennies d'insuffisance.** Vous parlez des chiffres des services de renseignement mais on peut aussi parler du voile. En 1989, trois collégiennes se présentaient voilées à Creil et en 2022 des centaines de collégiennes et de collégiens se confrontent à la laïcité à l'école. **Les dynamiques séparatistes sont exponentielles.** Nous en sommes une nouvelle fois bien conscients et on se donne les moyens pour lutter contre ces dynamiques sans mauvaise conscience. Si l'on utilise les nouveaux outils créés par la loi, et c'est ce que font le ministre de l'Intérieur et les préfets, on pourra prendre les séparatistes en étau.

**En vertu d'un clientélisme coupable, certains élus provoquent de graves entorses dans le contrat républicain en permettant le port du burkini dans les piscines. Ne serait-il pas temps de mettre fin à ces pratiques?**

**Sur la question du burkini à Grenoble,** nous n'avions pas d'outil jusqu'à présent. Le maire de Grenoble a modifié le règlement intérieur des piscines en pensant que personne ne l'empêcherait de le faire. **C'est ainsi que, petit à petit, la République recule et que le séparatisme progresse.** Le déferé laïcité, introduit par la loi séparatisme, confirmé par le Conseil d'État, a mis fin à cette situation.

Cette procédure permet au préfet d'intervenir lorsqu'une décision prise par une collectivité est considérée comme étant contraire au respect du principe de laïcité et de neutralité des services publics. **Dans ce cas précis se posait la question de la mixité et de la laïcité.** Le préfet de l'Isère a pu tout de suite intervenir. Et le juge administratif doit se prononcer dans les 48 heures. Nous restons vigilants sur cette question du clientélisme.

**À Grenoble de nouveau, la mairie, dans sa nouvelle campagne de communication, réduit ainsi la femme musulmane au port du voile.** Ce qui a valu au maire un message de soutien sur les réseaux sociaux émanant du Collectif contre l'islamophobie en Europe (CCIE) installé à Bruxelles et directement issu du CCIF dissous après l'assassinat de Samuel Paty... **On est là dans une communication d'une grande ville française qui reprend les poncifs de l'islam politique.**



29 mars 2023 (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziologe-martin-schroeder-ueber-gleichberechtigung-und-feminismus-18781985.html>

GLEICHBERECHTIGUNG:

„Frauen geht es viel besser, als der Feminismus es uns glauben lässt“

VON [JOHANNES PENNEKAMP](#) UND [INKEN SCHÖNAUER](#)

-AKTUALISIERT AM 29.03.2023-06:15



Frauen werden kaum noch benachteiligt und es geht ihnen viel besser als behauptet, sagt der Soziologe Martin Schröder. Mit dem „illiberalen Feminismus“ geht er hart ins Gericht.

Herr Schröder, wie kommt man als Mann darauf, ausgerechnet ein Buch darüber zu schreiben, wann Frauen wirklich zufrieden sind?

**Mich interessiert als Forscher, wenn der öffentliche Diskurs ganz anders läuft, als es die Daten vermuten lassen würden. Und das ist beim Thema Frauen so.**

Inwiefern?

Frauen gelten gegenüber Männern als benachteiligt. Das ist heute in Deutschland aber nicht mehr pauschal der Fall, weder im Arbeitsleben, noch privat. Das zeigen zum Beispiel die Umfragen des Sozio-oekonomischen Panels. Oder kurz gesagt: **Frauen geht es viel besser, als der Feminismus es uns glauben lässt.**

Starke These – woran machen Sie das fest?

Ganz grundsätzlich erst einmal daran, dass **Frauen und Männer in Deutschland heute fast gleich zufrieden mit ihrem Leben sind.** Wenn man sie fragt, wo sie sich auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen, geben beide etwas mehr als eine 7 an.

Frauen verdienen noch immer weniger als Männer. Sie berichten über diskriminierende Erfahrungen in Bewerbungsgesprächen und kümmern sich mehr um Kinder und Haushalt. Und das soll Gleichberechtigung sein?

Vor fünf Jahren hätten wir dieses Gespräch so nicht führen können. **Aber inzwischen gibt es etliche Studien, die zeigen, dass Frauen nicht im Nachteil sind.** Bei Bewerbungsverfahren gibt es über normale Berufe hinweg keine Benachteiligung mehr. **Bei der Berufung von Professoren in den Gesellschaftswissenschaften gibt es sogar Untersuchungen, die zeigen, dass es genau andersherum ist, Frauen also bei gleichen Qualifikationen höhere Chancen haben.** Auch mit ihrem Einkommen und Privatleben sind Frauen nicht unzufriedener als Männer. **Und die subjektive empfundene Zufriedenheit ist nun mal ein wichtiger Faktor, wenn man die Menschen ernst nimmt.** Es

mag traditionsreiche Bereiche wie **Medizin und Jura** geben, in denen Frauen noch benachteiligt sind. **Aber pauschal lässt sich das nicht mehr belegen.**

Wenn schon so viel erreicht ist, **warum arbeiten dann noch immer so viele Frauen in Deutschland in Teilzeit und die Männer machen Karriere?**

**Ein wichtiger Grund fällt in der Debatte gerne unter den Tisch: Mütter wollen häufig gar nicht so viel arbeiten wie Väter.** Mütter, die weniger arbeiten, sind nicht unzufriedener. Bei Vätern ist es anders – sie sind zufriedener, wenn sie mehr arbeiten. **Die Zufriedenheit der Frauen ist übrigens auch dann am höchsten, wenn ihre Partner viel arbeiten.** Der Begriff **Teilzeitfalle**, mit dem man Frauen sagt, es sei furchtbar, wenn sie weniger arbeiten, ist insofern unpassend.

Aber kann der geringere Arbeitszeitwunsch der Mütter nicht einfach mit den noch immer **lückenhaften Betreuungsangeboten** in Deutschland zu tun haben?

Das habe ich mich auch gefragt. **Die Ergebnisse gelten aber in allen sieben Ländern, für die es entsprechende Daten gibt.** Über die Gründe müsste ich jetzt spekulieren. **Erstmal ist da nur eine sehr robuste Korrelation zu beobachten.** Und die passt nicht zu dem Bild, dass Frauen im Berufsleben genau dasselbe wollen wie Männer.

Die Politik gibt das Ziel aus, dass Frauen stärker auf den Arbeitsmarkt drängen und häufiger in Vollzeit arbeiten sollen. Ist das in Ihren Augen ein Fehler?

Einerseits gibt es den berechtigten Wunsch, dass Frauen länger arbeiten, um zum Beispiel zu verhindern, dass sie im Alter weniger Rente bekommen und verarmen. **Aber um das Ziel zu erreichen, muss man ein Stück weit gegen die Wünsche der Frauen vorgehen, die sie selbst äußern.** Warum sollten wir uns einbilden, zu wissen, welches Leben richtig für jemanden ist, obwohl er mit einem anderen Leben zufrieden ist? **Ich finde, das passt nicht zu einer liberalen Gesellschaft, in der jeder nach seinen Vorstellungen glücklich werden sollte.**

Sie werten als empirisch arbeitender Soziologe aus, was Frauen und Männer in Umfragen sagen. Kommt dabei nicht zu kurz, dass schon kleine Kinder bestimmte Geschlechterrollen lernen und sich Frauen deshalb mit geringerem beruflichem Erfolg zufriedengeben?

**Natürlich sind Erziehung und tradierte Rollen ein wichtiger Faktor. Die Frage ist, ob das heute immer noch zum größten Teil erklärt, wie Menschen leben. Ich bin da skeptisch.**

Warum?

Wegen Beispielen wie diesen: **Frauen studieren am häufigsten in jenen Ländern naturwissenschaftliche MINT-Fächer, in denen es am wenigsten Gleichberechtigung gibt.** In den Ländern mit dem höchsten Grad der Gleichberechtigung und Freiheit studieren sie dahingegen am häufigsten die sogenannten Frauenfächer. Das heißt: **Wenn man behauptet, es liegt an der falschen Erziehung, dass Frauen und Männer etwas anderes wollen, dann müsste man argumentieren, dass in Finnland, Schweden, Dänemark, Norwegen in der Erziehung irgendwas furchtbar falsch läuft, das in der Türkei und Saudi-Arabien richtig läuft. Das fällt schon schwer.**

Wenn die **Geschlechterunterschiede** nicht in erster Linie soziologische Gründe haben, dann vielleicht **biologische?**

**Vor dieser Debatte drücke ich mich in dem Buch. Sie ist auch unerheblich für den Punkt, den ich machen will:** Frauen und Männer sind in Deutschland im großen und ganzen gleichberechtigt und gleich zufrieden. **Sie haben aber unterschiedliche Präferenzen, ganz egal, woher die kommen.** Es sollte deshalb niemand nervös werden, wenn Gleichberechtigung nicht automatisch zur **vollkommenen Gleichstellung** führt, es also weiter Unterschiede in der Rollenverteilung und

den beruflichen Entscheidungen geben wird. Es ist kein Beweis für eine strukturelle Diskriminierung, wenn das so ist. Im Gegenteil: Alle sind eigentlich ziemlich zufrieden damit.

Angenommen Sie liegen richtig: Wer redet den Frauen denn ein, benachteiligt zu sein?

Damit begeben Sie sich jetzt in Teufels Küche. Aber es gibt natürlich den ganzen akademischen Bereich der Gender Studies. Da sind viele Lehrstühle entstanden, und nachdem das Ziel der Gleichberechtigung weitgehend erreicht ist, können die nicht einfach sagen: Ja super, dann schaffen wir uns wieder ab! Das Ganze erinnert mich ein bisschen an die marxistische Theorie früher. Laut dieser Theorie muss der Arbeiter ausgebeutet sein. Wenn die Arbeiter dann gesagt haben, dass es ihnen gar nicht so schlecht ging, hieß es von Theoretikern wie Herbert Marcuse sinngemäß: Wenn ihr das so seht, werdet ihr manipuliert und habt ein falsches Bewusstsein.

Aber der Feminismus hat in Deutschland zweifelsfrei viel für die Gleichberechtigung erreicht.

Das bestreite ich auch nicht. Ich würde mich auch selbst als Feminist bezeichnen, wenn das bedeutet für Gleichberechtigung zu sein – und nicht für Gleichstellung um jeden Preis. Mir begegnet aber immer häufiger ein illiberaler Feminismus. In meinem Buch zitiere ich mehrere einflussreiche Feministinnen, die Frauen zu verstehen geben: Selbst wenn ihr euch emanzipiert fühlt, seid ihr in Wahrheit unterdrückt. Und das finde ich problematisch.

Sie schreiben ein ganzes Kapitel darüber, wie Sie missverstanden werden könnten. Warum?

Man kann schnell in eine Schublade gesteckt werden. Ich streite ja keineswegs ab, dass Frauen noch hier und da benachteiligt werden. An anderen Stellen sind es dann vielleicht Männer, die benachteiligt werden. Das muss dann erkannt und zielgenau bekämpft werden.

Was folgt aus alledem in Ihren Augen politisch?

Jeder soll möglichst so leben können, wie es sie oder ihn zufrieden macht. Dazu gehört für mich, dass wir in Deutschland möglichst die weltbeste Kinderbetreuung bekommen. Eltern können die dann nutzen, müssen es aber nicht. Die skandinavischen Länder sind da vorbildlich. In Ländern, in denen Frauen und Männer als möglichst gleichberechtigt gesehen werden, ist übrigens auch die Zufriedenheit insgesamt am höchsten.

Und die Frauenquote?

Die Forschung lässt da unterschiedliche Empfehlungen zu. In Experimenten, in denen Probanden Matheaufgaben lösen müssen, sieht man, dass sich Frauen und Männer überschätzen. Männer überschätzen sich aber überraschenderweise noch mehr...

...sagten Sie gerade überraschenderweise?

Naja, vielleicht auch wenig überraschend. Das spräche für eine Quote. Es zeigt sich aber auch, dass Männer in Konkurrenzsituationen ihre Leistung tatsächlich steigern, während Frauen tendenziell weniger Lust auf solche Konkurrenz haben. Durch die Quote kämen sie dann aber im Beruf zwangsläufig häufiger in solche Situationen, die sie eigentlich eher vermeiden wollen.

Bösartig könnte man sagen: Sie meinen, man müsste die Frauen vor sich selbst schützen.

Und die gutartige wäre: Eine Quote macht Sinn, weil sich Männer stärker überschätzen. Die Quotenfrage kann die Forschung am Ende nicht beantworten. Dafür braucht es ein Werturteil und wir können nur Argumente liefern.

Sie werden sich mit Ihrem Buch nicht nur Freundinnen machen.

**Das ist mir klar. Und ich hätte es auch nicht geschrieben, wenn ich Nachwuchswissenschaftler wäre und mich noch auf einen Lehrstuhl bewerben müsste.** Vielleicht geht es aber auch vielen so, dass sie beim Lesen merken: Ja, das habe ich auch schon gedacht und es wird Zeit, dass das mal von jemandem ausgesprochen wird. **Mir ist wichtig, die Daten, mit denen ich gearbeitet habe, offen zu legen. Jeder kann meine Argumente nachvollziehen und vielleicht steht ja am Ende auch, dass ich im Unrecht bin.**

*Zur Person: Martin Schröder ist ein empirisch arbeitender Soziologe, der an der Universität des Saarlandes arbeitet. Mit statistischen Methoden erforscht der 42-Jährige unter anderem, wie zufrieden Menschen sind. Schröder promovierte am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und studierte in Osnabrück, der Sciences Po Paris und der Harvard University. Als Autor hat veröffentlicht er populärwissenschaftliche Bücher, unter anderem darüber, dass an Daten gemessen die Welt besser und nicht schlechter wird.*

*Am 29. März erscheint sein Buch „**Wann sind Frauen wirklich zufrieden?**“ (C. Bertelsmann Verlag).*

29 mars 2023 (NYT)

<https://www.nytimes.com/2023/03/28/opinion/israel-protest-bibi-netanyahu-democracy.html>

OPINION

BRET STEPHENS

## In Israel, Democracy Still Holds

March 28, 2023



Credit...Ariel Schalit/Associated Press

By [Bret Stephens](#) Opinion Columnist

Even Israel's vehement critics might pause and marvel at what ordinary Israelis achieved this week.

After weeks of mounting demonstrations against the government's judicial-reform bills, hundreds of thousands took to the streets on Sunday night — **proportionally, as if millions of Americans were on the march** — when Prime Minister Benjamin Netanyahu announced that he would fire his defense minister, Yoav Gallant, for backing away from the legislation.

The demonstrators were joined by labor unions, which went on a nationwide strike that shut down the country's main airport; by diplomats, who shut down Israeli consulates and embassies; and by at least some reservists, who threatened to refuse call-up orders. **This was as close to a revolution as the modern state of Israel has ever seen.**

On Monday, Netanyahu blinked, saying he would postpone the legislation to “take a timeout for dialogue.” **In a better world — or a younger Israel — he would have resigned.** As a matter of politics, he turned what should have been an electoral mandate for stability, security and economic growth into a **fiasco for his own partisans.** As a matter of statesmanship, he brought Israel to the brink of disaster for the apparent sake of his personal legal expediency and the ideological fixations of some of his criminal, extremist, lowlife coalition partners.

**Still, he blinked.**

That deserves a measure of respect. Yes, it isn't clear whether he means to have a genuine dialogue with the opposition or merely maneuver for tactical political advantage, and **Israelis should be wary of every word he utters and every step he takes.**

**But it's more than can be said for President Emmanuel Macron of France, who defied huge public protests and his own parliament to enact his controversial pension reforms.** Or for President Andrés Manuel López Obrador of Mexico, who rammed through

legislation to gut the country's electoral institutions, also over huge protests. Or for a certain former American president, who incited a mob to overturn the results of a democratic election.

**If Israel's democracy is to be judged, let it at least be judged against other democracies. By that standard, it may be in better health than is sometimes believed.**

This is true in at least three respects.

First, Israel's demonstrators were not against the status quo or "the system." On the contrary, they came out to defend it. At every protest, marchers waved Israeli flags. I have seen no reports of serious property damage or physical injury, much less of death. The government and its allies have tried to dismiss the demonstrators as "leftists." It's a preposterous claim when critics of the judicial reforms include the right-wing former prime minister Naftali Bennett and [a dozen former National Security Council chiefs](#), such as the former Mossad chief Yossi Cohen and others who served directly under Netanyahu.

**In other words, this was a revolt of the political center against the fringe — showing that the former is far more vital and energized than it is elsewhere in the democratic world.**

Second, principled opponents of the government will often concede that there is a reasonable case to be made in favor of some type of judicial reform. **The Israeli Supreme Court is unusually powerful, and it is legitimate in any democracy to question and sometimes move the boundary lines among executive, legislative and judicial powers.** Benny Gantz, a former defense minister and one of the leaders of the political opposition, [has noted](#) that "a majority of Israeli citizens, at least 80 percent, agree on 80 percent of the issues" in terms of the reforms.

**So there's ample room for compromise.** With broad consultation and a clearer process, **court restructuring could win broad support.** **But Netanyahu's efforts will never escape the taint of partisanship and self-dealing if he continues to grab for the ability to overturn court decisions with the slimmest parliamentary majority while potentially appointing judges in his own corruption trial.**

Third, Israelis appreciate that their physical security rests less on their military power than on social trust; that even bitter political rivals must recognize each other as comrades in arms. Netanyahu acknowledged as much when he warned last week that the refusal of reservists to serve put the state itself in "[terrible danger](#)." **A Jewish state that loses the trust of half of its citizens — particularly the wealthier, more secular and more globally mobile half — will do itself in even before its enemies do.**

Most Israelis, who grow up with the understanding that their country's margin of safety is unusually narrow, know this; it's only opportunists and fanatics who forget. This week, the demonstrators reminded them that raw majoritarianism puts everyone at risk.

**On Sunday, the [Israeli writer Amotz Asa-El](#) of the Shalom Hartman Institute pointed out to me that ancient Israel endured 12 civil wars, beginning with the war between the tribe of Benjamin and the rest of Israel (Judges 19-21) and ending with the fighting among the Jewish militias in Jerusalem during the Great Revolt against the Romans. "That's an average of roughly one war every four generations," he said.**

In May, Israel will turn 75 — three generations, at least. It's too soon to celebrate a victory, but the Israelis who have taken to the streets may have spared their country from repeating that history.

29 mars 2023 (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/federal-reserve-michael-barr-senate-testimony-martin-gruenberg-silicon-valley-bank-failure-f16d23d8?mod=hp\\_opin\\_pos\\_1](https://www.wsj.com/articles/federal-reserve-michael-barr-senate-testimony-martin-gruenberg-silicon-valley-bank-failure-f16d23d8?mod=hp_opin_pos_1)

OPINION

## The Fed Passes the Buck on Bank Failures

Michael Barr's excuses for regulatory blunders are simply unbelievable.

By [The Editorial Board](#) Follow

March 28, 2023 6:58 pm ET



*Federal Reserve Board Vice Chair for Supervision Michael Barr testifies at a Senate Banking, Housing and Urban Affairs Committee hearing on March 28.*

PHOTO: EVELYN HOCKSTEIN/REUTERS

[Queue](#)

**One certainty in politics is that the Federal Reserve will never accept responsibility for any financial problem.** Fed Vice Chair for Supervision Michael Barr played that **self-exoneration** game on Tuesday before the Senate as he blamed bankers and Congress for Silicon Valley Bank's failure. **This act is simply unbelievable.**

**No one disputes that bankers failed to hedge the risk posed by rising interest rates to asset prices and deposits. What Mr. Barr didn't say is that the Fed's historic monetary mistake created the incentives for the bank blunders.** The Fed fueled the fantastic deposit growth at SVB and other banks with **its prolonged quantitative easing and zero interest-rate policy that caused banks to pile into longer-term, higher-yielding assets.**

Federal Deposit Insurance Corp. Chairman Martin Gruenberg noted in his testimony Tuesday that SVB's balance sheet more than tripled in size between the end of 2019 and 2022, "coinciding with rapid growth in the innovation economy and a significant increase in the valuation placed on public and private companies." That's a cagey way of saying the Fed inflated tech valuations.

Silicon Valley investors cashed out shares at elevated prices and poured their windfall into startups with SVB accounts. SVB had more deposits than it could safely lend, so it loaded up on long-dated Treasuries and [Fannie Mae](#) securities that offered relatively high yields and were deemed low or no risk by regulators. What could go wrong?

**When near-zero interest rates persist for nearly 13 years with hardly a blip upward, some bankers will bet this will last forever as they hunt for yield. The Fed had also assured the world until very late in 2021 that it had no plans to change its policies because inflation was transitory.**

The Fed's rapid and necessary course correction last year to subdue inflation seemingly caught banks like SVB off guard. SVB's long-dated assets lost value and had to be sold at a loss to cover deposit outflows as startups burned cash and customers moved their money into money-market funds or Treasuries.

**Mr. Barr also passes the buck on the failures of bank supervision.** He claims Fed supervisors flagged deficiencies in SVB's liquidity risk management, stress testing and contingency funding in late 2021 and with its board oversight, risk management and internal audits in May 2022. In October 2022, he says, supervisors raised concerns with senior management over its interest rate risk profile.

He blames bank managers for failing to heed those warnings. But are these supervisors helpless bystanders? Surely they had the power to raise a louder fuss with management or kick the matter up to more senior regulatory officials. Congress should subpoena all of the internal supervisory documents and emails.

Mr. Barr's exoneration of supervisors contradicts his narrative blaming a 2018 bipartisan law for liberating midsize banks from too-big-to-fail regulations. But SVB had higher capital than some bigger banks and likely would have met Dodd-Frank's liquidity coverage ratio requirement, according to the Bank Policy Institute.

Mr. Barr acknowledged that the 2018 law gave the Fed "substantial discretion" to impose too-big-to-fail regulations on banks with more than \$100 billion in assets to promote financial stability and soundness. Fed supervisors therefore could have demanded that SVB comply with too-big-to-fail regulation had they deemed the bank systemically important.

Yet regulators only did so after SVB's collapse so they could guarantee its uninsured deposits. In any case, the Fed's "severely adverse scenario" stress test in February 2022 forecast a hypothetical world in which the three-month Treasury rate stayed near zero while the 10-year



Treasury yield declined to 0.75%. This suggests the Fed staff in Washington were oblivious to risks from rising interest rates.

**When monetary policy creates perverse incentives with negative real interest rates for years, regulators have a particular obligation to watch for banking mistakes and rising risks. And when interest rates suddenly turn upward to correct the Fed's monetary mistake, examiners have an obligation to impel bankers to hedge or unwind their interest-rate risks.**

Why regulators and supervisors failed to do so is a question that Mr. Barr needs to be asked with far more vigor when he appears before the House on Wednesday.

29 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/asia/2023/03/27/india-the-worlds-biggest-democracy-is-becoming-less-free>

Rahul Gandhi

## India, the world's biggest democracy, is becoming less free

**Narendra Modi's party seems keen to eliminate any significant dissent**



Mar 27th 2023 | DELHI

The world's biggest democracy has taken a serious hit. On March 24th Rahul Gandhi, leader of India's Congress party and by far the country's best-known opposition figure, was disqualified from parliament after a court sentenced him to two years in prison on what Mr Gandhi says is a spurious defamation charge. A son, grandson and great-grandson of Indian prime ministers, he has vowed to appeal against his conviction, which was handed down by a lowly district court in Gujarat, the home state of Narendra Modi, India's prime minister. Yet even if Mr Gandhi avoids prison, he may struggle to clear his name in time to lead his party into the general election due next year.

The court ruling followed weeks of tussling between Mr Gandhi and members of Mr Modi's Bharatiya Janata Party (bjp). Mr Gandhi had repeatedly called for an inquiry into the relationship between Mr Modi and Gautam Adani, a billionaire tycoon whose business practices and closeness to power have come under scrutiny. In a series of speeches in Britain he also criticised the state of Indian democracy, prompting the bjp to block parliamentary business while it demanded that Mr Gandhi apologise for, it said, insulting the country abroad.

The Congress leader had been sued for defamation in Gujarat over a sardonic remark he made on the stump in 2019. He had noted that a pair of well-known fugitives from Indian justice were called Modi, a common family name in western India. Any observer of India's roughhouse politics would recognise such rhetoric as par for the course; the bjp's standard moniker for Mr Gandhi is *pappu* ("dimwit"). Yet Purnesh Modi, a minor bjp politician unrelated to the prime minister, claimed that he and his community had been deeply wounded by Mr Gandhi's remark.

The court found in Purnesh Modi's favour on March 23rd. The sentence it meted out to Mr Gandhi was unusually harsh, legal experts said. It also amounted to precisely the minimum jail time that triggers automatic expulsion from India's parliament. Mr Gandhi was duly chucked out the following day.

India's opposition leaders have increasingly found themselves facing legal difficulties. Two leaders of the Aam Aadmi Party, the other main opposition party, are in hot water with the government's Directorate of Enforcement, which investigates economic crimes. Yet Mr Gandhi's troubles appear to represent a serious escalation in the bjp's hounding of its opponents. Even if his appeal is successful, it will take time. The episode will therefore make Mr Gandhi even less effective at the helm of Congress than he has been hitherto (which is saying something). His treatment may also be regarded by other opposition leaders as a warning not to be too forthright in criticism of Mr Modi and the bjp.

This might seem gratuitous given the modesty of the threat posed to Mr Modi by Mr Gandhi. Congress has been trounced by the bjp in two successive general elections, and shown little sign of a resurgence ahead of next year's vote. Nor has the government struggled to fend off Mr Gandhi's demands for an inquiry into Mr Modi's involvement in the Adani saga. Even so, suggests Milan Vaishnav of the Carnegie Endowment for International Peace, a think-tank in Washington, Mr Gandhi's needling was too much for senior bjp members to stomach: "One reason for their success is that for them, no threat is too small to obsess over."

It is at least possible that Mr Gandhi's rough treatment will backfire. His disqualification from parliament was condemned by other national opposition leaders, in a rare show of solidarity. Yet the Gandhi princeling makes an unlikely victim. The leaders of the biggest regional parties, Mr Modi's most serious challengers, show little inclination to work with him. **The only indisputable victim is India's increasingly Modi-stressed democracy.**

29 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/finance-and-economics/2023/03/28/will-the-recent-banking-chaos-lead-to-an-economic-crash>

Dime turners

## Will the recent banking chaos lead to an economic crash?

So far, people seem remarkably **blasé**



Mar 28th 2023

How quickly things change. A few weeks ago analysts were convinced the global economy was powering ahead. Now they worry about a deep recession caused by fallout from the collapse of [Silicon Valley Bank \(svb\)](#) and the rescue of [Credit Suisse](#). “From no landing to hard landing”, as Torsten Slok, an economist at Apollo Global Management, an asset manager, has written. Analysts at JPMorgan Chase—better at economics than metaphors, one hopes—say that “a soft landing now looks unlikely, with the airplane in a tailspin (lack of market confidence) and engines about to turn off (bank lending)”.

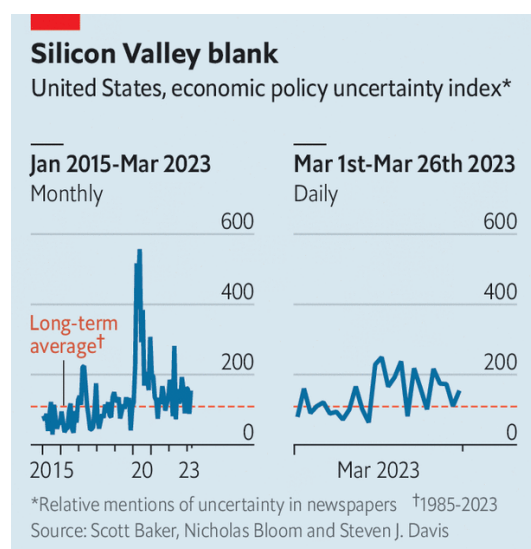


The Economist

Evidence from before the recent [banking chaos](#) suggested that global gdp was increasing at an annualised rate of around 3%. In rich countries, job markets were on fire. **So far there is scant evidence of a shift in “real-time” data towards slower growth.** A “current-activity indicator” produced by Goldman Sachs, a bank, derived from a variety of high-frequency measures, looks steady. Purchasing-manager indices showed a slight improvement in March. Weekly measures of gdp produced by the oecd, a rich-country club, are holding up. ubs, another bank, tracks global gdp growth as priced by financial markets (in prices of oil and cyclical shares, for example). This currently indicates growth of 3.4%, versus 3.7% before svb collapsed.

**It is still early days. The pain may be on the way.** And as the JPMorgan analysts illustrated with their metaphor, economists have two worries. The first is uncertainty. If people fear a banking crisis and the accompanying economic pain, they may cut consumption and investment. The second relates to credit. Financial institutions, fearing losses, may pull back on lending, depriving firms of much-needed capital. Fortunately, though, there is reason to believe that the recent banking turmoil will have less impact than many fear.

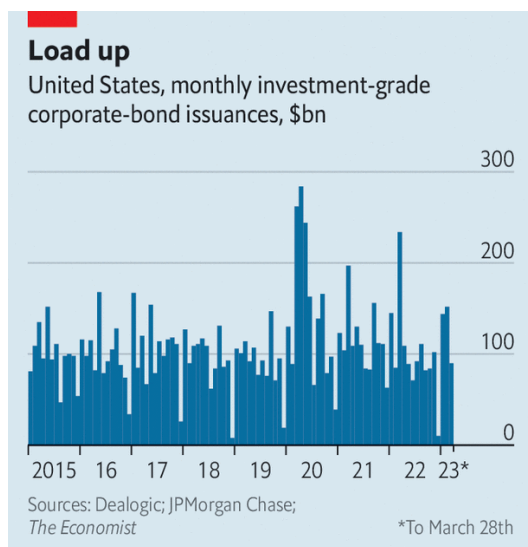
Take **uncertainty** first. Research published by the imf in 2013 finds that leaps in uncertainty—which had been caused by things like America’s invasion of Iraq and bank collapses—can trim annual gdp growth by up to 0.5 percentage points, largely because firms delay investment. If such a hit were to materialise, global growth would fall from 3% to perhaps 2.5%.



The Economist

**Yet unless the turmoil continues, the impact is unlikely to be that significant—because the bank collapses made surprisingly little impression on people.** A survey by Ipsos, a pollster, found that from early to mid-March American consumer confidence actually edged up, even as startups in Silicon Valley worried their money was going to vanish. An “uncertainty index” derived from analysis of newspapers by Nick Bloom of Stanford University and colleagues, rose a bit when the turmoil began, but is drifting back down. German business sentiment unexpectedly continued to improve in March. Global Google searches for terms related to “banking crisis” jumped in early March, but have also fallen again. It is hard to say why people are so blasé. Perhaps after the past years of pestilence and war, ructions in the banking industry seem like a walk in the park. Or perhaps people think governments will step in to protect them.

**Many economists worry more about the second problem: credit.** If firms cannot get their hands on finance, they cannot grow so easily. On March 22nd Jerome Powell, chairman of the Federal Reserve, referred to a “very large body of literature” when asked about the connection between tighter credit conditions and economic activity. In the years after the global financial crisis of 2007-09, broken credit markets held back both short-term economic recovery and long-term productivity growth.



The Economist

After the collapse of svb, capital markets essentially froze. From March 11th-19th American corporations issued no new investment-grade bonds, having issued a daily average of \$5bn in January and February. This caused consternation. But fewer people noticed that the market has since picked up. In recent days Brown-Forman, which makes Jack Daniel's whiskey among other tipples, and NiSource, a big utility firm, have raised large amounts of money in debt markets. Although spreads on corporate bonds rose a little after the collapse of svb, they too have fallen back in recent days. Companies may have briefly held off issuing new debt to check that the coast was clear. It seems likely that March 2023 will turn out to be a fairly average month for corporate-debt issuance.

**Damage to the banking system will almost certainly prove more consequential.** Since the start of March global banks' share prices have tumbled by a sixth. Academic evidence suggests that falling share prices tend to hit loan growth. Banks may also cut back on lending if they see deposit outflows, or if they need to raise capital because investors doubt their safety. Indeed, banks across the rich world already appear to be tightening standards. The hit to bank lending implies a growth drag of around 0.4 percentage points in both America and the euro area, according to a new paper by Goldman Sachs. The turmoil may have hit American banks harder, but the euro-zone economy is more dependent on bank lending. That could cut global growth yet further, from 2.5% to something more like 2%.

**Although the recent banking turmoil is hardly good news, it is unlikely to push the world economy over the edge. True, things could yet deteriorate. The discovery of another rotten bank could cause a downward spiral.** Banks will take time to rebuild balance-sheets and get lending. **Rising interest rates will continue to impede growth until central bankers judge their work done.**

**But there are forces working in the other direction, too. One is the rebound of China.** Economists expect the world's second-largest economy to have grown by over 7% year on year in the second quarter of the year. Meanwhile, **supply-chain bottlenecks have mostly disappeared and energy prices have fallen. Do not be surprised if the world economy's unusual resilience continues.**

29 mars 2023 (Mediapart)

<https://www.mediapart.fr/journal/international/280323/la-finance-internationale-prend-ses-distances-avec-macron>

## La finance internationale prend ses distances avec Macron

Le monde de la finance le créditait d'un succès depuis le début de sa présidence : sa politique pro-business. Alors que la crise sociale et politique s'approfondit en France, il redoute de voir toute cette politique remise en cause. Par la seule faute d'Emmanuel Macron.

Martine Orange

28 mars 2023 à 07h32

Pendant deux mois, ils n'y avaient prêté qu'une attention distraite. Les manifestations, les grèves, tout cela pour s'opposer au report de l'âge de la retraite de 62 à 64 ans... Pour ce monde de la finance internationale, cela relevait du folklore français habituel. Depuis la fin de la semaine dernière, ce n'est plus le cas.

Le coup de force d'Emmanuel Macron avec le recours au 49-3, la permanence des manifestations et des grèves, les violences policières, la montée de l'exaspération de la population allant jusqu'à obliger le roi Charles III à repousser sa visite en France les amènent à s'interroger. Le président de la République peut-il encore contrôler la situation ? Sa présidence n'est-elle pas déjà condamnée ?

Il y a longtemps que l'engouement suscité par Emmanuel Macron après son élection de 2017 est retombé chez les investisseurs internationaux. Au fil des années, ceux-ci ont appris à relativiser les envolées du chef d'État français, si prompt à faire la leçon à tout le monde. Mais tous lui reconnaissent un acquis essentiel à leurs yeux : il mène une politique pro-business.

*« Son extraordinaire ascension politique a été suivie par l'obtention d'une large majorité au Parlement, ce qui lui a permis de lancer à toute vitesse une liste de réformes favorables aux entreprises, notamment la baisse des impôts sur les sociétés et une refonte de la législation du travail, rappelle [un article de Bloomberg](#). Celles-ci ont réduit les risques financiers pour les entreprises licenciant des travailleurs et supprimé les couches complexes de négociation entre les employés et les employeurs. »*

Mais tout cela n'est-il pas sur le point d'être remis en question, s'inquiètent de nombreux observateurs financiers qui se relaient dans la presse internationale ? Pour tous, la semaine dernière marque un tournant politique, plongeant la France dans l'incertitude. Sur la responsabilité de la situation actuelle en France, le verdict est sans appel : la faute en incombe à Emmanuel Macron lui-même, à son style, à sa façon d'exercer le pouvoir, de s'emparer des institutions. *« Le responsable de cette dernière régression est l'architecte du changement »*, [note le Financial Times](#), qui a consacré pas moins de cinq articles ces derniers jours à la crise politique en France. *« Depuis son entrée en fonction, M. Macron a exercé son autorité d'une manière, qui, selon les critiques, ferait rougir le général de Gaulle »*, [ironise le Wall Street Journal](#). Critiquant le style monarchique d'Emmanuel Macron, qui se présente comme « le maître des horloges », le quotidien financier italien [Il sole 24 Ore](#) enfonce le clou : *« Le président français a toujours revendiqué le droit de décider de quoi et quand intervenir, mais la succession des décisions a été la source de ses erreurs. »*

## Déficit démocratique

Alors qu'avec la guerre en Ukraine, le camp occidental se veut le défenseur des libertés et de la démocratie face à l'autoritarisme, la manière dont Emmanuel Macron a ignoré les syndicats et les manifestations puis contourné le Parlement pour n'avoir pas à essuyer un refus les met particulièrement mal à l'aise. *« Ce déficit démocratique »* [souligné par Der Spiegel](#) leur semble une faute impardonnable. *« Il a balayé l'opposition parlementaire et l'opinion publique d'une manière*

qui ne convient pas à la politique démocratique et à l'état d'esprit de la société », poursuit un article du *Financial Times*.

La dérive technocratique du pouvoir présidentiel et son incapacité à tenir compte de l'opinion publique soulèvent de nombreuses critiques. « *Mercredi, il se lamentait encore : nous n'avons pas réussi à partager la nécessité de faire cette réforme, comme si le problème était l'inaptitude de la population à comprendre la réalité* », grince Simon Kuper dans le *Financial Times*. « *La marche forcée de M. Macron pour transformer l'économie française en un environnement pro-business se fait cependant au prix de la cohésion sociale en France* », relève le *Wall Street Journal*.

À ce stade de tension, la présidence d'Emmanuel Macron leur semble dans une impasse. Ou en tout cas considérablement affaiblie. Lors du conseil européen du 24 mars, le chef de l'État a tenté de donner le change, clamant que de nouvelles réformes étaient toujours à l'ordre du jour. Les journalistes ont surtout noté un président isolé, fatigué, perdant la plupart des arbitrages au niveau européen, se demandant avec quelle majorité il pourrait travailler dans les quatre ans à venir. La présidence Macron court le risque de devenir « *un canard boiteux* » pour Bloomberg, « *le forçant à abandonner ses nouvelles initiatives pro-business, alors que ses politiques précédentes avait fait de la France la destination privilégiée des investissements internationaux et le premier bénéficiaire du Brexit* ».

## « Après moi, le déluge »

« *La rébellion parlementaire à laquelle a fait face le gouvernement cette semaine, et le chaos qui s'étend dans le pays soulèvent des questions inquiétantes sur l'avenir pour quiconque espère voir la France rester fermement ancrée dans le camp libéral, pro-UE, pro-Otan* », écrit [Politico](#), reprochant à Emmanuel Macron d'opter pour la voie d'« *après moi le déluge* ». Une attitude irresponsable, pour beaucoup de commentateurs. « *Il ne s'agit plus de réformer les retraites. Les manifestants voient la démocratie elle-même en danger. Et il est facile pour les populistes de droite de capitaliser sur leur colère* », s'alarme l'hebdomadaire allemand [Der Spiegel](#), qui ne voit qu'un vainqueur dans ce moment : le Rassemblement national (RN) de Marine Le Pen.

Une crainte largement partagée par le *Financial Times* qui redoute de voir la France « *suivre les Américains, Britanniques et Italiens et opter pour le vote populiste : Marine Le Pen en 2027* ». Au point que certains financiers se demandent s'il ne faut pas désormais inclure « *un risque géopolitique* » dans leurs investissements en France.

« *La France ne peut pas continuer comme cela. Il est temps d'en finir avec la V<sup>e</sup> République, avec sa présidence toute-puissante – la plus proche dans le monde développé d'un dictateur élu – et d'inaugurer une sixième République moins autocratique* », en appelle le *Financial Times*, demandant à Emmanuel Macron d'engager lui-même cette réforme. Sourd aux appels de la population, des syndicats, des politiques, ces mises en garde du monde de l'argent sont peut-être les seules qui pourraient l'incliner à changer.



29 mars 2023 (Mediapart)

<https://www.mediapart.fr/journal/economie-et-social/280323/au-congres-de-clermont-ferrand-une-cgt-plus-desunie-que-jamais>

## Au congrès de Clermont-Ferrand, une CGT plus désunie que jamais

Lors du cinquante-troisième congrès de la CGT, mardi, les participants ont majoritairement voté contre le rapport d'activité de la direction sortante. Un camouflet pour Philippe Martinez et sa successeuse désignée, Marie Buisson. **En plein mouvement social contre la réforme des retraites, la confédération semble plus désunie que jamais.**

[Khedidja Zerouali](#)

28 mars 2023 à 22h08

**C**lermontClermont-Ferrand (Puy-de-Dôme). – « *On est la CGT, vous êtes la CGT* », chantent en chœur des centaines de syndiqué-es, reprenant un slogan devenu très populaire depuis son apparition sur [TikTok](#). Ils viennent de Pantin, de Saint-Étienne, du Gers, de la Meuse ou de la Côte d'Azur, et, ce mardi matin, ils se sont absentés du 53<sup>e</sup> congrès de la confédération qui a lieu dans l'agglomération de Clermont-Ferrand pour grossir les rangs de la manifestation, en cette dixième journée de mobilisation intersyndicale et interprofessionnelle contre la réforme des retraites.

La CGT y est unie comme un bloc. En tout cas, le temps du cortège. Pourtant, depuis la veille, les congressistes s'écharpent. Quelques heures plus tard, chose rare, **les délégué-es voteront même contre le rapport d'activité présentée par la direction.**

Il est bientôt 10 heures, ce mardi 28 mars, et la centrale pousse Marie Buisson, successeuse désignée de Philippe Martinez, devant les nombreuses caméras. Or, c'est le secrétaire général qui est largement interrogé lors de la conférence de presse. « *Comme on l'a décidé en intersyndicale, on a proposé une nouvelle fois au président de suspendre son projet, de mener une médiation, déclare Philippe Martinez. Comme dans tous les conflits sociaux qui durent, on essaye de trouver une solution. Nous allons écrire au président pour faire cette proposition par écrit.* » Reprenant presque mot pour mot la proposition de Laurent Berger, secrétaire général de la CFDT... Sans que cela ait été débattu au sein de la CGT, ni au sein de l'intersyndicale, qui devait se réunir de nouveau mardi soir.

La dauphine désignée de Philippe Martinez, Marie Buisson, affiche, elle aussi, un sourire serein dans le carré de tête de la manifestation et préfère répondre aux questions sur la réforme des retraites qu'à celles concernant le congrès de la CGT : « *C'est un congrès de la CGT en fait, avec des militantes et des militants qui ne sont pas d'accord sur tout mais qui sont capables de venir à mille ce matin manifester contre la réforme.* »

La décision de reporter les débats du matin pour se rendre en manifestation ce mardi 28 mars est d'ailleurs bien la seule décision consensuelle de ce début de congrès.

## Les retraites avant le congrès

La dissension que vit la CGT est au cœur de toutes les discussions des congressistes, mais du côté des syndiqué-es du Puy-de-Dôme, l'urgence est plutôt au retrait de la réforme. Pascal, salarié de la direction des travaux de l'hôpital de Clermont-Ferrand et Alain, ambulancier, eux, n'ont pas regardé les débats. Ce matin, ils manifestent ici, ce soir, ils manifesteront à Issoire, à quelques kilomètres de là. Elle est là leur priorité. « *J'ai mal partout, on force pendant des années, je suis*

*cassé. Moi, j'irai jusqu'au bout pour que la réforme soit retirée* », assure l'ambulancier, qui a enchaîné les dix journées de mobilisation.

Les deux sont syndiqués depuis plusieurs dizaines d'années à la CGT. Ils se préoccupent peu des débats animant le congrès mais souhaitent surtout que la centrale ne se fonde pas dans l'intersyndicale et « *reste un syndicat de lutte de classes, qu'elle garde son âme de défense des salariés* », comme le dit Pascal. « *Nous, on n'a pas à être des réformistes. La lutte des classes, ce n'est pas dépassé.* »

Théa et Éva, 18 ans et étudiantes en première année d'un cursus de tourisme, manifestent pour la première fois contre la réforme des retraites. Hier soir, elles ont fabriqué des pancartes reprenant des références populaires sur Internet. « *C'est ça qu'on appelle le multiverse* », lit-on sur l'une d'entre elles. « *Ce qui se passe est aberrant*, débute Théa. *Le multiverse c'est un monde parallèle et là on a l'impression d'être dans un monde parallèle. Je pense à mes parents, mon père est facteur et ma mère est à la Banque postale. Ils n'ont même pas 50 ans et ils ont déjà mal partout. Mal au dos, mal au cou. Ma mère passe sa journée debout à piétiner, elle n'en peut plus.* »

Elles sont prêtes à bloquer leur fac, à manifester une nouvelle fois, pour la retraite de leurs parents mais aussi pour la leur. Elles discutent, suivent les prises de parole, heureuses d'en « *faire partie* ».

Les chasubles rouges déferlent dans la ville, visiblement plus nombreux que ceux de la CFDT ou de la FSU, encore plus que d'habitude. 35 000 Clermontois-es ont manifesté selon les syndicats, 11 000 selon la police. Dont Régine, un sticker CGT sur le cœur. Elle chante, le poing levé, les couplets de *L'Internationale*. Ancienne salariée de Michelin, elle est partie à la retraite à 60 ans, il y a quatre ans, et se souvient de la joie qui fut la sienne le jour de son pot de départ.

« *Depuis, je voyage avec les copains, je m'occupe des petits-enfants, je pêche, je fais des randonnées, des repas. On est un groupe de retraités très gais*, explique-t-elle, montrant du doigt ses amies. *Mais on est aussi très en colère contre le coup de force de Macron. Alors on est là pour la retraite de nos enfants, de nos petits-enfants.* » En fin de course, elle confie dans un sourire ne jamais avoir été syndiquée à la CGT. Si elle manifeste aux couleurs de la confédération, c'est parce qu'elle s'estime proche de la CGT, « *c'est un syndicat qui défend les travailleurs* ». Et de filer vers la buvette où ses « *camarades* » l'attendent.

## Un congrès à l'ambiance électrique

L'ambiance est beaucoup moins enjouée au congrès de la CGT, mardi après-midi. Dans les bus de retour de la manifestation, les congressistes rangent les drapeaux et se préparent à une autre confrontation.

De retour dans la Grande Halle d'Auvergne à Cournon-d'Auvergne, où se déroulent les débats, la confédération se montre profondément désunie, presque disloquée. La direction a été mise en minorité sur le rapport d'activité qui vient solder quatre années de mandature : 50,32 % des délégués ont voté contre le bilan porté par la confédération, « *du jamais-vu* ». D'habitude, ces rapports sont votés à 70 % ou plus, même en temps de tempête interne.

Le désaveu n'est pas seulement celui de la moitié des congressistes mais aussi des milliers de syndiqué-es dont ils ont le mandat. C'est près de la moitié des syndicats composant la CGT qui ont opposé une fin de non-recevoir à la direction sortante.

L'après-midi, comme la veille, s'affrontent les soutiens de Marie Buisson, soutenue par la direction sortante, et ceux de Céline Verzeletti, qui assume désormais être candidate, et ceux d'[Olivier Mateu](#), charismatique représentant de l'union départementale des Bouches-du-Rhône, qui a cependant peu de chance d'accéder au poste de secrétaire général. Au vu de la tournure des débats, la désignation de Céline Verzeletti, en forme de motion de synthèse, paraît de plus en plus probable.

Au-delà des personnes, c'est surtout des lignes politiques différentes qui s'affrontent, avec des points de fracture nombreux : le rapport du syndicat aux ONG écologues, les décisions prises par la commission violences sexistes et sexuelles de la confédération, les modalités de la poursuite du

mouvement des retraites et surtout le fonctionnement de la CGT, jugé par beaucoup peu démocratique.

Depuis deux jours, les vociférations fusent, toujours accompagnées de précautions linguistiques du type « *cher camarade* », les décisions sont prises à de très courtes majorités, sous les huées ou les applaudissements, quand la tribune n'est pas carrément envahie par des mécontents.

N'arrangeant rien aux affaires de la direction sortante, l'opposant Olivier Mateu pourra finalement se présenter sur la liste de la commission exécutive confédérale (CEC), direction d'une soixantaine de personnes parmi lesquelles seront désignés les dix membres du bureau confédéral, dont le ou la secrétaire générale. Et cela, bien que son organisation, l'union départementale des Bouches-du-Rhône, n'ait pas présenté un binôme fait d'une femme et d'un homme. Ce qui paraissait impossible avant le début du congrès l'est devenu, sur décision de la majorité des congressistes.

La tribune envahie par des congressistes mécontents. © JEFF PACHOUD / AFP

Dès 14 heures, à la reprise des débats sur le rapport d'activité, le Syndicat national des journalistes de la CGT s'est approprié le micro, mettant fin à des débats qui n'ont pas encore commencé. Il s'insurge du sort réservé à Ludovic, l'un des rédacteurs du journal de la CGT, *Le Peuple*. « *Ludovic a été congédié hier*, explique Pablo Aiquel, du SNJ-CGT. *On lui a demandé de rentrer à Montreuil parce qu'il avait le discours de Marie Buisson et il l'a donné à un collègue de l'Humanité pour qu'il puisse commencer à faire son travail* [avant que ce discours n'ait été prononcé – ndlr]. *Quelqu'un a pris en photo l'ordinateur du directeur de l'Huma. Et on a dit à Ludovic qu'il n'avait pas à donner ce discours à un autre journaliste. Pour nous, c'est inacceptable.* » Une dizaine de journalistes de la CGT sont ensuite descendu de la tribune, qu'ils avaient momentanément occupée, sous les applaudissements nourris de la salle.

L'incident peut paraître anecdotique, mais les accrocs de ce type ont été nombreux en seulement deux journées de congrès, démontrant un très haut niveau de tension.

Par la suite, c'est la proposition formulée par le tandem phare de l'intersyndicale (Martinez-Berger) qui a mis en émoi les congressistes. « *Camarade Philippe Martinez, qui t'a donné mandat pour parler de médiation alors que les travailleurs sont la rue ?* », interroge, sous les applaudissements, Murielle Morand, de la Fédération nationale des industries chimiques. Plusieurs autres poseront la même question. Le ton est donné pour tout le reste de l'après-midi. C'est dans cette ambiance que les débats avaient débuté au premier jour du congrès, le 27 mars. « *C'est le bordel* », est peut-être l'expression la plus entendue dans les allées du Zénith.

## De nombreux incidents

En effet, la journée a été rythmée par les huées, les discours sifflés comme les applaudissements, quelques coups ont même été échangés. Bien loin du « *moment de sororité, de fraternité, de débat* » que présentait Marie Buisson en introduction.

Avant même le début des discussions, une dizaine de militants de la fédération commerce distribuaient un tract à l'entrée de la salle, contestant le choix des délégués les représentant. Pour rappel, lors de ce congrès, mille délégués représentent quelque six cent mille syndiqués et sont désignés à la fois par les fédérations professionnelles et les unions départementales.

Sauf qu'entre l'union départementale de Paris et la fédération du commerce, aucune entente n'a été trouvée... Jusqu'à aller devant le tribunal judiciaire de Paris qui, dans une ordonnance de référé rendue le 23 mars, a déclaré irrecevables les demandes de la fédération du commerce.

Ce sont donc les neuf délégués défendus par l'union départementale qui obtiennent le sésame, le badge bleu des congressistes. Les délégués alternatifs, au nombre de huit et défendus par la fédération commerce, restent à la porte, littéralement. Une affaire picrocholine qui a, pourtant, animé la première heure du congrès.

Les syndiqués privés de débats ont tenté de forcer l'entrée, alors qu'une prestation artistique était donnée. Une salle, deux ambiances. Les organisateurs les en ont empêchés, avec vigueur.

Les syndiqués de la fédération commerce privés de congrès ont tenté de forcer l'entrée, quelques coups ont été échangés, lundi 27 mars. © Khedidja Zerouali / Mediapart

« *Se bagarrer comme ça, c'est une honte pour la CGT* », souffle, émue, celle qui s'est pris le premier coup, Ratiba Hammache, secrétaire de l'Union syndicale du commerce et des services du Rhône. En face d'elle, celui qui les lui a donnés. « *Il n'a pas fait exprès, assure la militante. Mais les règles démocratiques n'ont pas été respectées par la confédération. Magouille et compagnie, on se bat pour les huit exclus.* »

« *C'est un sketch tout ça, commente un fin connaisseur de la CGT présent sur place. Ça fait vingt ans qu'il y a des conflits dans cette fédération.* » D'autres estiment, en « off », que cette « *mise en scène* » serait aussi le fait des opposants à la direction sortante, profitant de chaque conflit pour se jauger, se compter, avant le vote désignant la commission exécutive confédérale (CEC).

Un autre délégué est resté à la porte, celui de la toute petite fédération de la police. La commission a aussi dû s'expliquer sur son exclusion du congrès, mais a fini par lui en autoriser l'accès, en tant qu'observateur.

## **L'opposition se compte**

Sur chaque point, même les plus anecdotiques, l'opposition à la direction sortante s'est fait bruyamment entendre, une opposition faite à la fois des soutiens de Céline Verzeletti et d'Olivier Mateu. Les fédérations des cheminots, des électriciens et des gaziers, de la pétrochimie, ainsi qu'une partie de la fédération commerce, de celle des services publics ou de la santé ont été les plus remuantes.

C'est à seulement huit voix d'écart que la commission « mandats et vote » a été élue par le congrès, lundi 27 mars. D'ailleurs, deux votes ont dû être organisés puisque, visiblement, la confédération s'est permis, la première fois, de compter les votants comme elle compte les manifestants : à la louche. Le deuxième vote, compté, fut très serré. Parmi ceux qui ont voté contre, le dirigeant de la puissante fédération de la chimie, Emmanuel Lépine, n'a pas caché ses motivations : « *On est bien dans un coup d'État au sein de la CGT... La commission est arrangée avant le début du congrès donc on peut soupçonner toute magouille qui peut se passer derrière, au niveau des votes. Ils vont les fausser.* »

La direction sortante, qui avait débuté le congrès avec assurance, a ainsi de quoi s'inquiéter. Mardi soir, le congrès a pris fin à 18 heures. Une fois les lumières éteintes, un rectangle rouge continuait de faire défiler des mots clés : « *Reconquête* », « *Fédéralisme* » ou encore « *Rupture* ».

29 mars 2023 (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2023/03/29/453461-la-crise-bancaire-nest-pas-une-crise-du-capitalisme>

## La crise bancaire n'est pas une crise du capitalisme

[Rainer Zitelmann](#)

**Les politiques des banques centrales ont à la fois causé et exacerbé les problèmes de la crise bancaire.**

Publié le 29 mars 2023

Il est impossible de comprendre les turbulences actuelles sur les marchés financiers et les problèmes auxquels sont confrontées de nombreuses banques sans revenir sur la crise financière de 2008 et les méthodes utilisées pour la « combattre ». C'est en effet à ce moment-là qu'ont été jetées les bases des dernières turbulences.

**Comme le veut la légende, la crise financière de 2008 a été provoquée par une déréglementation radicale.** En fait, sur les 28 mesures différentes introduites pour réglementer ou déréglementer l'industrie financière au cours des années 1980 à 2009, c'est-à-dire au cours des années où l'industrie financière américaine était censée déréglementée sans retenue, **seules cinq ont réellement réduit la réglementation – les 23 autres ont créé des réglementations supplémentaires.**

**En fait, les marchés financiers n'avaient rien d'un capitalisme de laissez-faire.** Juste avant la crise financière, 12 190 personnes travaillaient à plein temps à la réglementation du marché financier rien qu'à Washington, D.C., soit cinq fois plus qu'en 1960. En outre, les dépenses annuelles des États-Unis pour les agences fédérales chargées de réglementer le marché financier sont passées de 725 millions de dollars à 2,3 milliards de dollars corrigés de l'inflation depuis les années 1980, date à laquelle la phase de laissez-faire aurait commencé.

**Même les économistes britanniques Paul Collier et John Kay, qui ont affirmé à tort que le « fondamentalisme du marché » avait fini par dominer la politique économique des sociétés occidentales au cours des dernières décennies, sont obligés de reconnaître :**

**« Ceux qui imputent la crise financière à la déréglementation ne reconnaissent pas qu'il y a aujourd'hui, et qu'il y avait en 2008, beaucoup plus de réglementation financière que jamais auparavant : l'État a été de plus en plus actif mais de moins en moins efficace ».**

## La crise de 2008, davantage de réglementation

L'espace manque ici pour entrer dans les détails de la dernière crise financière mais, comme je l'ai montré dans mes livres *The Power of Capitalism* et *In Defence of Capitalism*, c'est l'inverse qui s'est produit : **la crise a été le résultat d'un excès de réglementation étatique et des politiques insensées des banques centrales.**

Et je prédisais déjà à l'époque que les mesures prises par les politiciens et les banques centrales pour lutter contre la crise de 2008 provoqueraient des crises encore plus graves à l'avenir.

En 2019, dans mon livre *Le pouvoir du capitalisme*, j'ai mis en garde :

Un diagnostic erroné des causes de la crise financière signifie que les thérapies proposées sont également erronées. **La crise financière a été causée par des taux d'intérêt excessivement bas, des interventions de marché musclées et le surendettement.** Devons-nous sérieusement croire que la bonne thérapie implique des taux d'intérêt encore plus bas, des interventions plus fortes sur le marché et un endettement plus important ? **Ces mesures peuvent avoir un impact à court terme mais les marchés deviennent de plus en plus dépendants des taux d'intérêt bas.** Des taux d'intérêt aussi bas ne résolvent en rien les problèmes sous-jacents – ils ne font que supprimer les symptômes et les repousser dans l'avenir. La combinaison actuelle d'une réglementation excessive et de taux d'intérêt nuls entraînera des problèmes considérables à moyen terme pour de nombreuses banques et constitue le terreau de nouvelles crises encore plus graves...

**Je crains donc que nous soyons un jour confrontés à une nouvelle crise financière.** Et même celle-ci ne servira probablement pas de signal d'alarme pour nous faire évoluer vers une véritable économie de marché. C'est plutôt le contraire qui se produira : **les politiciens et les médias citeront une telle crise comme preuve des échecs inhérents au système capitaliste et concluront une fois de plus, comme ils l'ont fait tant de fois auparavant, que l'État doit intervenir encore plus intensément dans l'économie.** À mon avis, ces interventions sont les plus grandes menaces qui pèsent sur le capitalisme ».

Le secteur financier est moins basé sur l'économie de marché et plus fortement réglementé que tout autre secteur, à l'exception peut-être des soins de santé. Le fait que les deux secteurs les plus strictement réglementés de l'économie soient les plus instables devrait faire réfléchir les anticapitalistes.

**Les politiques des banques centrales ont à la fois causé et exacerbé les problèmes.** L'argent gratuit a eu pour conséquence – comme je l'avais prédit – que les entreprises, les gouvernements, les investisseurs et les ménages privés sont aujourd'hui endettés à hauteur de 280 000 milliards d'euros, soit environ deux fois plus qu'avant la crise financière de 2008 !

La Fed et les autres banques centrales sont prises au piège : leurs politiques d'argent bon marché/gratuit et d'achat d'obligations ont finalement déclenché l'inflation, d'abord des prix des actifs

(immobilier, actions, etc.), puis des prix à la consommation. Pour lutter contre l'inflation, ils sont contraints d'augmenter les taux d'intérêt. Et dès qu'ils le font, ils déclenchent la prochaine crise bancaire.

**C'est un cercle vicieux que l'économiste Ludwig von Mises a qualifié de « spirale d'intervention ».** L'aspect le plus perfide de tout cela est que les problèmes découlant d'une violation totale des principes du capitalisme finissent par être imputés au capitalisme. C'est comme si le voleur criait : « Arrête, voleur ». Comme on pouvait s'y attendre, il est probable qu'afin de détourner l'attention de leurs propres échecs, les hommes politiques désigneront une fois de plus les « banquiers cupides » comme les coupables, ce qui est à peu près une aussi bonne explication que de rendre la gravité responsable d'un accident d'avion.

Rainer Zitelmann est l'auteur du livre récemment publié *In Defence of Capitalism*

29 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/l-allemande-s-apprete-a-recevoir-le-roi-charles-iii-en-grande-pompe-29-03-2023-2514024\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/l-allemande-s-apprete-a-recevoir-le-roi-charles-iii-en-grande-pompe-29-03-2023-2514024_24.php)

## L'Allemagne s'apprête à recevoir le roi Charles III en grande pompe

Le couple royal devait à l'origine se rendre en premier lieu en France, mais les troubles sociaux liés à la réforme des retraites ont eu raison de leur venue.

Par V.D. avec AFP



Le souverain et la reine consort doivent atterrir en début d'après-midi à l'aéroport international de Berlin. © Kirsty Wigglesworth / Avalon / MAXPPP / PHOTOSHOT/MAXPPP

Publié le 29/03/2023 à 05h14

**B**erlin accueille mercredi avec faste et sous très haute sécurité le roi Charles III accompagné de son épouse Camilla pour sa première visite d'État à l'étranger depuis son accession au trône. Le couple royal devait à l'origine se rendre en premier lieu en France avant l'Allemagne, mais ce voyage a dû être annulé en raison des troubles sociaux liés à la réforme des retraites dans le pays. Le souverain et la reine consort doivent atterrir en début d'après-midi à l'aéroport international de la ville.

Les forces de l'ordre ont prévu un déploiement massif à Berlin, où les époux resteront deux jours avant de se rendre à Hambourg vendredi, dernière étape de la visite. Jusqu'à 1 100 policiers seront mobilisés, des renforts d'autres régions ont été réquisitionnés ainsi que 20 chiens renifleurs d'explosifs. Plusieurs axes seront fermés à la circulation dans le centre. « Le couple royal a émis le vœu de parler directement avec les Berlinoises », ce qui ne facilite pas la tâche des forces de sécurité, a déclaré le directeur de la police Thomas Drechsler dans les médias allemands.

### « Geste européen important »

Les curieux pourront déjà observer de près le couple dans l'après-midi à la Porte de Brandebourg, au cœur de Berlin, où ils seront accueillis par le chef de l'État Frank-Walter Steinmeier et son épouse. C'est la première fois qu'un invité d'État recevra les honneurs militaires au pied de ce monument emblématique, qui fut aussi un symbole de la partition de la ville pendant trois décennies. Il y aura de la place pour seulement 1 500 personnes. La police conseille donc de venir tôt et de s'armer de patience. L'accès aux visiteurs sera ouvert dès 10 h 30 local pour une cérémonie qui doit débiter vers 15 heures.



Le roi se rendra ensuite au palais présidentiel où un banquet aura lieu dans le cadre de la visite, qui se veut une occasion solennelle de célébrer la relation d'amitié entre les deux pays. Frank-Walter Steinmeier, qui accompagnera le monarque tout au long de son déplacement, a qualifié la venue du roi avant même son couronnement le 6 mai de « geste européen important ». « Je veux lui dire, mais bien sûr le dire aussi à tous les Britanniques : nous en Allemagne, nous en Europe, voulons des liens étroits et amicaux avec le Royaume-Uni, même après le Brexit », a souligné le président, qui avait formulé son invitation à Charles lors des funérailles d'Elizabeth II en septembre. Jeudi, le roi doit notamment s'entretenir avec le chancelier Olaf Scholz, se promener avec la maire de la ville sur un marché, prononcer un discours à la chambre des députés allemand et rencontrer des réfugiés ukrainiens.

## « Alliés et amis »

Le dernier déplacement d'Elizabeth II en Allemagne en 2015, du temps d'Angela Merkel, avait déclenché un vif enthousiasme dans le pays. Sa visite la plus marquante remonte à 1965, dans un Berlin séparé par le mur. Elle est perçue comme le moment qui a scellé la réconciliation entre les deux pays après la Seconde Guerre mondiale. Son fils devrait s'attendre lui aussi à un accueil chaleureux : il connaît bien le pays, où il s'est rendu plus de 40 fois, selon l'ambassade britannique à Berlin.

Par ailleurs, les Allemands restent de grands fans des « Royals », issus d'une « très longue tradition » de monarques et leur « grand intérêt » n'est pas près de se dissiper même après le décès de la populaire reine, dit à l'AFP Michael Hartmann, sociologue à l'Université technique de Damstadt. Alors encore prince de Galles, Charles avait insisté sur « les relations naturelles en tant qu'alliés et amis » entre les deux pays lors d'une intervention devant les députés allemands en 2020, prononcée en partie dans la langue de Goethe. Il avait aussi rappelé les racines allemandes des Windsor, évoquant notamment la mémoire de son arrière-arrière-arrière grand-père Albert de Saxe-Cobourg-Ghota, époux allemand de la reine Victoria.

29 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/automobile/carburants-de-synthese-le-rideau-de-fumee-29-03-2023-2514039\\_646.php](https://www.lepoint.fr/automobile/carburants-de-synthese-le-rideau-de-fumee-29-03-2023-2514039_646.php)

## Carburants de synthèse, le rideau de fumée

Les nouveaux moteurs thermiques seront interdits à compter de 2035 en Europe, mais l'usage des plus anciens perdurera sans doute bien après cette date.

Par [Jacques Chevalier](#)



Expérimenté sur les voitures de compétition, le carburant de synthèse produit au Chili devra se rapprocher des lieux où il se vendra pour améliorer son bilan carbone © DR

Publié le 29/03/2023 à 08h00

**E**st-ce un service rendu au moteur traditionnel, essence ou diesel, que ce blanc-seing accordé à l'arraché aux carburants de synthèse ? Ce n'est pas encore sûr car beaucoup de questions restent posées sur leur impact réel sur l'environnement et leur prix de vente prévisible, de l'ordre de 3 euros le litre en 2030 selon [Porsche](#). Principal promoteur de cette technologie, dans laquelle vont s'engouffrer d'autres acteurs de poids, Porsche estime qu'à terme, le prix du litre sera équivalent à celui de l'essence aujourd'hui.

Si tel est le cas, et malgré une production qui ne couvrirait que 2 % des besoins, les e-fuels participeraient à sauver la technologie du moteur thermique, maîtrisée par la vieille [Europe](#). Jalosée pour cette avance, notamment par la [Chine](#), l'Europe devrait ne pas regretter cette exception accordée sous la pression allemande.

## E-fuels et biocarburants

Mais il reste étrange, d'un côté, d'interdire les moteurs à combustion interne et, de l'autre, d'autoriser leur usage avec ces carburants de synthèse. **En toute logique, le moteur thermique devrait être diffusé au-delà de 2035 car la recherche va pouvoir s'employer à trouver des substituts crédibles aux carburants fossiles.**

Après l'initiative allemande, d'autres États membres de l'UE, l'[Italie](#) en tête, veulent défendre les bio-carburants obtenus à partir de l'agriculture, des déchets et d'huiles usagées. Une piste intéressante, qui a débouché en [France](#) sur l'E85, ou bioéthanol, aidé par les pouvoirs publics. **Cette solution reste limitée en termes de volumes produits, mais la mobilité du futur ne peut en aucun cas relever d'une seule énergie, mais bien d'une combinaison harmonieuse de différentes solutions.** Autoriser les carburants de synthèse ouvre des pistes de recherche pour les constructeurs et les producteurs d'énergie qui peuvent réserver de jolies surprises.

29 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/emmanuel-macron-et-la-dette-six-ans-de-rendez-vous-rates-20230328>

## Emmanuel Macron et la dette: six ans de rendez-vous ratés

Par [Anne de Guigné](#)

Publié hier à 18:37 , mis à jour hier à 18:37



Comme ses prédécesseurs, dès le pouvoir conquis, Emmanuel Macron a oublié ses promesses de modération pour déverser des dizaines de milliards d'euros sur tous les tourments du pays. *Witt Jacques/Witt Jacques/Pool/ABACA*

### **DÉCRYPTAGE - De crise en crise, les finances publiques se sont dégradées comme jamais sous sa présidence.**

**Bercy respire:** le plafond hautement symbolique des 3000 milliards de dette publique n'a pas été franchi. Fin 2022, elle atteignait 2950 milliards d'euros, soit 111,6 % du produit intérieur brut (PIB) français, tandis que le déficit, de 4,7%, apparaît lui aussi un peu plus faible qu'anticipé. **Le temps paraît loin, où le seuil des 100 % cristallisait toutes les craintes des hauts fonctionnaires. C'était au printemps 2017, lorsqu'Emmanuel Macron s'installait à l'Élysée.**

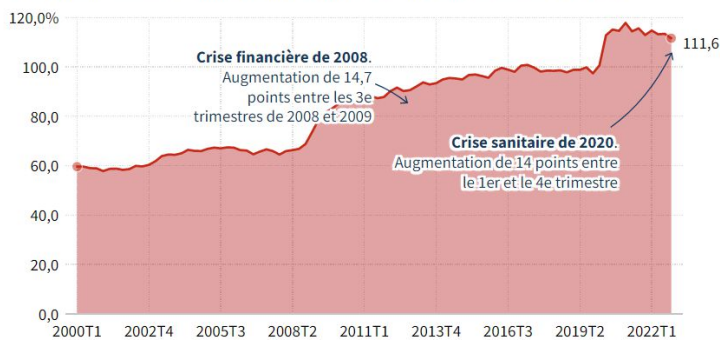
**Comme ses prédécesseurs, dès le pouvoir conquis, le jeune président a oublié ses promesses de modération pour déverser des dizaines de milliards d'euros sur tous les tourments du pays.** L'histoire lui reprochera sans doute davantage: sous son quinquennat, **les crises sociales à répétition ont souligné l'inanité de cette politique du chéquier, et la bascule de l'environnement financier, sa toxicité. L'envol des taux d'intérêt, dans la foulée de l'inflation, place désormais la France face à un mur budgétaire.** Cette pression explique en partie la crispation autour de la réforme des retraites, jugée indispensable pour rassurer les marchés. Emmanuel Macron n'a pas assumé cette contrainte ; difficile pour cet esprit conquérant de s'avouer tenu par de basses réalités comptables. Candidat en 2017, il avait tenté de dessiner un juste milieu entre le strict programme d'économies de François Fillon et le laisser-aller de la gauche, promettant simplement de *«ne pas léguer une dette insoutenable à nos enfants»*. **Lors de sa seconde campagne, il n'en parlait même plus.**

## **Un rapport ambigu aux finances publiques**

Ces dernières années n'ont, il est vrai, pas été de tout repos. **Entre les «gilets jaunes», la pandémie de coronavirus, la guerre en Ukraine et l'explosion de l'inflation, les occasions d'assainissement budgétaire furent rares. Le même environnement n'a toutefois pas produit les mêmes résultats chez nos voisins européens:** entre fin 2017 et le troisième trimestre 2022 - dernier chiffre connu pour l'ensemble de l'Europe -, le ratio de dette française sur PIB a progressé de 16 %, contre 6 % seulement en moyenne dans la zone euro.

## L'inexorable dégradation des soldes publics depuis 2000

Dettes trimestrielles des administrations publiques au sens de Maastricht en % du PIB



Pour expliquer ce décalage, il faut évoquer le rapport ambigu d'Emmanuel Macron aux finances publiques. Vis-à-vis des contraintes de Bruxelles, le président se donne volontiers des airs détachés, qui exaspèrent à Bercy. Élu le 7 mai 2017, il attend octobre de la même année pour faire passer un collectif budgétaire, pourtant à forte portée politique. *«Il s'en fout»*, se désole-t-on, un jour de dépit, dans les couloirs de son ex-ministère. Un ancien camarade de l'ENA tempère: *«Il maîtrise parfaitement les rouages des finances de l'État car il s'était débrouillé, quand il était à l'Inspection des finances (de 2004 à 2008, NDLR), pour s'occuper du prestigieux rapport du Conseil des prélèvements obligatoires, mais il a toujours pensé qu'il pourrait s'en sortir autrement que les autres.»*

**Nous devons avoir des dépenses publiques qui augmentent moins vite que la production**

Bruno Le Maire

L'anti-modèle, pour le président, c'est François Hollande et ses budgets rafistolés jusqu'à l'insincérité selon la Cour des comptes. Emmanuel Macron refuse pour sa part d'ouvrir la chasse aux dépenses. Le cataclysme politique provoqué par le coup de rabot de 5 euros à l'aide personnalisée au logement (APL) lors de son premier budget, qui actait aussi la suppression de l'ISF, l'aura conforté en ce sens.

**Depuis sa première élection, son objectif apparaît constant: juguler le ratio de dette sur PIB en jouant sur le dénominateur de la fraction, la croissance, plutôt que sur le numérateur, la dette.** *«Nous devons avoir des dépenses publiques qui augmentent moins vite que la production»*, résume le ministre des Finances, Bruno Le Maire. *D'où les lancements réguliers de vastes plans d'investissement public censés donner un coup de fouet à l'activité, voire réindustrialiser le pays.* Un premier programme, doté de 50 milliards, concocté par Jean Pisani-Ferry pendant la campagne, s'est très vite perdu dans les limbes administratifs. *Ont suivi, après la pandémie, le plan de relance, puis les 54 milliards de France 2030, qui doit propulser le pays sur la voie de la modernisation, mais dont l'application demeure des plus brumeuses. L'idée est séduisante, les résultats moins probants.* Faute aux crises répétitives ou à la difficulté de l'administration à mener à bien ces projets au long cours, **la croissance potentielle n'a pas bougé d'un iota depuis 2017.**

**Emmanuel Macron estime qu'un État peut s'endetter pour investir dans l'avenir : l'école, la transition énergétique, les infrastructures, s'il donne par ailleurs des preuves de sérieux budgétaire. D'où la nécessité pour lui de passer la réforme des retraites**

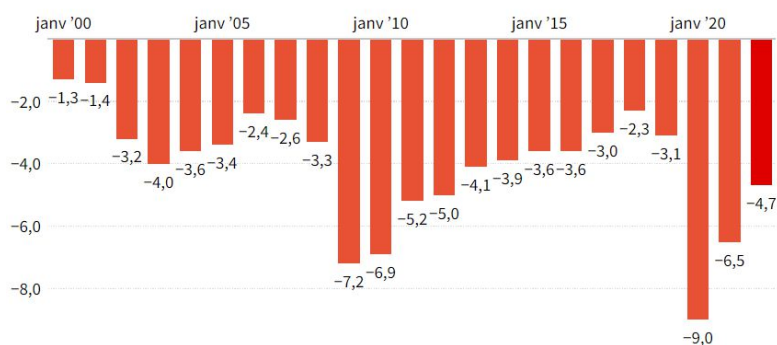
Philippe Aghion, économiste

Au lendemain de la crise sanitaire, le président a amendé son schéma. *«À mon sens, Emmanuel Macron s'est converti au système Draghi, c'est-à-dire qu'il estime qu'un État peut s'endetter pour investir dans l'avenir: l'école, la transition énergétique, les infrastructures, s'il donne par ailleurs des preuves de sérieux budgétaire,* avance l'économiste Philippe Aghion. **D'où la nécessité pour lui de passer la réforme des retraites.»** La proximité intellectuelle entre Emmanuel Macron et **Mario Draghi** est connue. Dans la zone euro, le président français est d'ailleurs l'un des seuls à avoir suivi, *mezza-voce*, l'Italien dans ses interrogations sur la décision de la

Banque centrale européenne (BCE) de durcir rapidement sa politique monétaire afin de lutter contre l'inflation.

## Déficit public en France

Au sens de Maastricht en % du PIB



Source: Insee

## Des initiatives qui s'enlissent les unes après les autres

Pour Emmanuel Macron, la **dépense publique apparaît, au départ, davantage comme une solution qu'un problème**. Cette vision a nourri la chronique de ses dissensions avec **Édouard Philippe, soucieux d'un strict rétablissement des comptes**. Depuis Bercy, **Bruno Le Maire** tient aussi régulièrement le rôle de la vigie inquiète: dès 2020, il bataille pour une réforme budgétaire des retraites, affirme que la «cote d'alerte» sur les finances publiques est atteinte, déclare être «à l'euro près». Emmanuel Macron les laisse faire. En 2018, Édouard Philippe lance le comité Cap 2022 pour la réforme de l'État. À la sortie des «gilets jaunes», Bruno Le Maire promet de tailler dans les aides aux entreprises et d'imposer une taxe sur les Gafa. En 2021, **Jean Castex missionne la commission Arthuis pour l'avenir des finances publiques**. Les parlementaires réfléchissent à des pistes d'économies... À peine lancées, ces initiatives, nécessairement impopulaires, s'enlissent les unes après les autres, sous le regard distrait de l'Élysée. Une nouvelle revue des dépenses est annoncée pour cet été. Bruno Le Maire promet plusieurs milliards d'économies dans les niches fiscales «brunes», ces aides favorisant les énergies fossiles, et une fois de plus le magma des aides au logement. Début janvier, Emmanuel Macron a fini par asséner à ses ministres que la hausse des taux d'emprunt du pays sur les marchés nécessite de serrer les boulons des dépenses. De là à se passionner pour le budget 2024... L'époque ne semble pas plaider pour une telle inflexion.

**Le fond du problème, c'est que depuis la crise sanitaire, on a habitué les Français à la perfusion en termes d'aides, sans contrebalancer les chèques par un discours solide sur les finances publiques**

Gilbert Cette, économiste

Le président endosse avec davantage d'aisance son rôle de protecteur de la nation et de gardien d'une ligne favorable aux entreprises. Malgré les nombreuses pressions, l'ancien banquier est ainsi resté constant, depuis 2017, dans son refus d'augmenter les impôts. Il n'hésite jamais, pour tenter de rétablir la paix sociale ou protéger l'activité, à dépenser sans compter dans les périodes de crise. Le mouvement des «gilets jaunes» se clôt ainsi sur 17 milliards d'euros de nouvelles dépenses ou moindres recettes, et par l'enterrement de l'objectif de campagne de suppression de 120.000 postes de fonctionnaires.

Le 12 mars 2020, alors que la France se caleface au Covid, le chef de l'État, à nouveau, assume: «Le gouvernement mobilisera tous les moyens financiers nécessaires pour porter assistance, pour prendre en charge les malades, pour sauver des vies, quoi qu'il en coûte.» Dans l'émotion, on dépense à tout va: pendant ces mois de confinement, l'épargne des

ménages s'envole et les marges de plusieurs secteurs progressent par rapport à 2019. **La facture s'élèvera à 140 milliards d'euros. Face à l'inflation, 100 milliards sont à nouveau mobilisés afin de protéger le pouvoir d'achat des ménages et la rentabilité des entreprises les plus fragiles.** *«Le fond du problème, c'est que depuis la crise sanitaire, on a habitué les Français à la perfusion en termes d'aides, sans contrebalancer les chèques par un discours solide sur les finances publiques»*, s'inquiète l'économiste Gilbert Cette.

**Et maintenant?** Alors que de nombreuses voix en Europe réclament un retour aux règles budgétaires plus strictes qui prévalaient avant le Covid, **Paris n'a plus qu'à espérer que l'inflation se calme rapidement**, comme le prévoient les économistes, afin de pouvoir stabiliser sa dette et tenter de converger vers la moyenne de la zone euro.

Pour se rassurer, à Bercy, on aime regarder vers les pays du sud de l'Europe, nettement plus endettés que la France. Rien ne dit pourtant qu'ils demeurent longtemps des points de comparaison flatteurs. **«Notre déficit est plus élevé que celui de l'Italie, qui est considéré comme un pays dangereux, mais affiche un excédent primaire. Nous en sommes très loin»**, prévenait récemment dans *Le Figaro* le Prix Nobel d'économie Jean Tirole.

29 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/retraites-pourquoi-le-rip-a-des-chances-d-aboutir-20230328>

## Retraites: «Pourquoi le RIP a des chances d’aboutir»

Par [Jean-eric Schoettl](#) et [Jean-pierre Camby](#)

Publié hier à 20:21 , mis à jour hier à 20:21



Jean-Éric Schoettl et Jean-Pierre Camby. *Fabien Clairefond*

**TRIBUNE - Si le chemin conduisant vers le référendum d’initiative partagée est pavé d’incertitudes, sa mise en place n’est toutefois pas impossible, analysent Jean-Éric Schoettl, ancien secrétaire général du Conseil constitutionnel, et Jean-Pierre Camby, professeur associé à l’Université Paris-Saclay.**

Le référendum d’initiative partagée (RIP) est prévu par l’article 11 de la Constitution, dans la rédaction que lui a donnée la révision constitutionnelle du 23 juillet 2008. Son chemin est pavé d’incertitudes. Ce n’est pas pour autant une impasse.

Le 20 mars, le Conseil constitutionnel a été saisi d’une proposition de loi référendaire (RIP) présentée par 252 parlementaires de l’opposition. Elle dispose que l’âge de liquidation des droits à la retraite «*ne peut être fixé au-delà de 62 ans*». Le lendemain, lui était déférée par quatre mémoires (dont une invitation à tout examiner, émanant de la première ministre) la loi de financement de la Sécurité sociale rectificative portant sur les retraites, dont l’article 7 fait passer cet âge de 62 à 64 ans. Si elles mettent un terme aux débats juridiques, les deux décisions à venir éteindront-elles pour autant l’incendie politique?

Le Conseil devra se prononcer sur chacun des deux textes dans le mois de sa saisine. Il n’a pas à les examiner dans un ordre déterminé. Quelle chronologie adoptera-t-il? S’il suit celle du précédent Aéroports de Paris (Cons. const., 9 mai 2019), il statuera d’abord sur le RIP, puis sur la loi contrée par le RIP. La réception de ces décisions par l’opinion peut dépendre de leur chronologie.

Il est clair que la proposition de loi (PPL) déposée le 20 mars tend à abroger (fût-ce indirectement et de façon différée) l’article 7 de la loi sur les retraites. C’est son objet proclamé, même si elle ne mentionne pas cet article 7 (et, pour cause: la loi sur les retraites n’est pas promulguée au moment où la PPL est enregistrée Rue de Montpensier). Méconnaît-elle pour autant la condition, énoncée par l’article 11 de la Constitution, selon laquelle un RIP «*ne peut avoir pour objet l’abrogation d’une disposition législative promulguée depuis moins d’un an*»? La réponse, contre-intuitive, est négative, car, comme le juge le précédent Aéroports de Paris de 2019, cette condition s’apprécie à la date à laquelle la PPL est enregistrée au Conseil constitutionnel. Or, le 20 mars, la loi sur les retraites n’est pas promulguée. La révision constitutionnelle inaboutie de 2019 répare cette faille du dispositif en ajoutant aux conditions de recevabilité prévues par l’article 11 de la Constitution l’exigence selon

laquelle le RIP ne devait pas «porter sur le même objet qu'une disposition en cours de discussion au Parlement».

Le Conseil doit en outre se prononcer sur la conformité du texte de la PPL à l'ensemble des règles et principes constitutionnels. Il pourra notamment s'interroger sur la «recevabilité financière» du RIP. L'article 40 de la Constitution prévoit en effet que sont irrecevables les propositions formulées «par les membres du Parlement» lorsque leur adoption aurait pour conséquence la création ou l'aggravation d'une charge publique. Le Conseil constitutionnel, statuant sur la loi organique le 5 décembre 2013, a jugé qu'il lui appartiendrait d'examiner, en amont de la procédure, la conformité d'une PPL référendaire à l'article 40 (quoique la décision Aéroports de Paris ne porte pas trace de ce contrôle).

En tout état de cause, la PPL référendaire enregistrée le 20 mars, si elle passe l'épreuve du Conseil constitutionnel, entretiendra pendant de longs mois les braises de la contestation contre la loi sur les retraites et fera peser une lourde hypothèque sur le devenir de la réforme

La PPL enregistrée le 20 mars induit-elle des dépenses supplémentaires de pensions? Pour répondre à cette question, il faut savoir à quelle base se référer pour apprécier un surcroît de dépenses. Si c'est le droit en vigueur lors de son enregistrement au Conseil constitutionnel, le RIP n'entraîne pas de dépense supplémentaire puisqu'il se borne à cristalliser le droit en vigueur. En revanche, si la base de référence comprenait la loi sur les retraites, le RIP se heurterait à l'article 40. Pourrait jouer en faveur de cette seconde interprétation l'éventualité que la loi sur les retraites soit validée (au moins partiellement) par le Conseil avant l'examen du RIP.

Notons que par sa rédaction («... ne peut être fixé au-delà de 62 ans»), la PPL pourrait tomber sous le coup d'un tout autre grief: le législateur ne peut s'adresser d'injonction à lui-même ; la loi actuelle ne peut contraindre la loi future. Seule la Constitution peut en effet soumettre la loi à des prohibitions ou à des obligations. Du point de vue de la hiérarchie des normes, l'argument est sérieux. Le caractère référendaire de la PPL, qui fait appel au peuple souverain, permettrait-il d'y parer? Le Conseil préférera-t-il une réserve d'interprétation à une censure?

Si ces obstacles sont franchis, commence le recueil des soutiens: 10 % des inscrits, soit aujourd'hui environ 4.880.000 électeurs. La barre de 10 % a été placée très haut en 2008 (pour être infranchissable, a-t-on dit). Elle pourrait cependant être atteinte et même dépassée cette fois-ci, compte tenu de l'impopularité de la réforme. Que se passe-t-il si ce seuil est atteint avant l'expiration des neuf mois prévus par la loi organique du 6 décembre 2013? Le II de l'article 4 de cette loi est lapidaire: «La durée de la période de recueil des soutiens est de neuf mois». À s'en tenir à cette formulation, il faudrait attendre l'expiration des neuf mois dans une inutile (autant que fébrile) impatience.

Si la PPL recueille le soutien d'un dixième des électeurs, s'ouvre la troisième étape du RIP. En vertu de la loi organique du 6 décembre 2013 (article 9), la PPL doit être «examinée au moins une fois par les deux assemblées» dans les six mois suivant le constat fait par le Conseil constitutionnel qu'elle a obtenu ce soutien. À défaut de cet examen dans chaque assemblée, le président de la République doit convoquer le référendum. L'obtention du soutien du dixième des électeurs ne déclenche donc pas par elle-même le référendum. Le Parlement doit pouvoir reprendre la main lors d'un RIP: c'est une option essentielle de la révision de 2008, qui, ici, peut devenir un nouveau cauchemar pour le gouvernement. Que signifie l'expression «examinée au moins une fois par les deux assemblées», utilisée par la loi organique? Le choix de la première assemblée saisie n'est pas indifférent. Une lecture devant le Sénat, suivie d'un début d'examen (sans vote final) à l'Assemblée nationale, suffiraient-ils à éviter le référendum? Cette interprétation n'irait pas à l'encontre directe des dispositions constitutionnelles et organiques relatives aux RIP. En revanche, si, par «examinée au moins une fois par les deux assemblées», on doit entendre au moins une lecture complète dans chaque Chambre, l'examen par une Assemblée nationale défavorablement disposée à l'égard de la loi serait une redoutable échéance.

Elle risquerait en effet de conduire soit à l'adoption de la PPL (sans référendum) par les députés, soit à une nouvelle obstruction de la part de ceux-ci. Une obstruction peut sembler paradoxale, car les



députés d'opposition, signataires de la PPL, ne sont bien sûr pas hostiles à celle-ci. Ils pourraient cependant vouloir provoquer le référendum en empêchant l'achèvement de la lecture avant l'expiration du délai de six mois. Dans les deux cas (approbation de la PPL ou inachèvement de la lecture à l'Assemblée nationale dans les six mois), la mesure d'âge fixée par la loi sur les retraites serait condamnée. Elle le serait à bref délai dans le premier cas et à terme dans le second, tant sont peu douteux les résultats d'un référendum sur l'âge de liquidation des droits à la retraite.

D'autres scénarios sont envisageables. Par exemple celui d'un vote de l'Assemblée nationale, première assemblée saisie, dans les six mois, suivi d'une lecture sénatoriale avant l'expiration de ce délai, ce qui ferait disparaître l'obligation présidentielle de convoquer un référendum. Il y a aussi l'hypothèse d'une dissolution en cours de procédure... En tout état de cause, la PPL référendaire enregistrée le 20 mars, si elle passe l'épreuve du Conseil constitutionnel, entretiendra pendant de longs mois les braises de la contestation contre la loi sur les retraites et fera peser une lourde hypothèque sur le devenir de la réforme.

Que conclure? Les règles régissant l'organisation d'un RIP présentent des points d'incertitude que seul pourra lever le Conseil constitutionnel. Elles présentent aussi des failles que seule pourra corriger une future loi constitutionnelle. Pour autant, dans des circonstances comme celles que nous connaissons aujourd'hui, un RIP peut prospérer. On a trop vite dit que les règles régissant les RIP étaient faites pour les empêcher d'aboutir.

29 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/les-chars-arrivent-l-ukraine-prepare-sa-contre-offensive-20230328>

## L'Ukraine prépare sa contre-offensive, équipée de ses nouveaux chars occidentaux

Par [Nicolas Barotte](#)

Publié hier à 17:33 , mis à jour hier à 22:09



*Des militaires ukrainiens manœuvrent sur des chars de combat Leopard 2 au centre d'entraînement de l'armée espagnole de San Gregorio, à Saragosse, le 13 mars. OSCAR DEL POZO/AFP*

### **DÉCRYPTAGE - Les premiers chars occidentaux Leopard 2 et Challenger 2 sont arrivés sur le champ de bataille.**

Les premiers chars occidentaux sont arrivés. Après quatorze chars légers français AMX 10 RC, 18 chars lourds Leopard 2, de fabrication allemande, et des Challenger, fournis par l'armée britannique (14 ont été promis), ont été livrés aux forces ukrainiennes. Le ministre de la Défense, Oleksiy Reznikov, s'est réjoui des «*fantastiques*» véhicules blindés britanniques mais aussi «*des Stryker et des Cougar américains et des Marder allemands*», autant de véhicules de transport d'infanterie.

Des matériels polonais ou encore canadiens sont aussi arrivés en Ukraine sans qu'évidemment leur localisation exacte soit spécifiée. Dans une phase de communication stratégique, le ministre ukrainien a diffusé des vidéos des chars occidentaux, laissant s'installer l'idée d'une prochaine offensive ukrainienne. La bataille psychologique, qui doit galvaniser les troupes et démoraliser l'adversaire, est le prélude à l'affrontement réel.

Depuis la fin de l'hiver, Russes et Ukrainiens cherchent à saisir le moment d'une nouvelle initiative sur le terrain. Engagée sur plusieurs fronts dans le Donbass, l'armée de Vladimir Poutine a tenté de grignoter les positions adverses. À Bakhmout, les Russes, malgré leurs efforts, n'ont pas encore réussi à s'emparer des ruines de la ville. À Avdiivka, ils piétinent aussi et, selon le ministère britannique de la Défense, ils auraient perdu «*une large proportion de leurs chars*».

Ailleurs, notamment à Vuhledar, les chars russes ont subi des revers face aux défenses ukrainiennes. Pour les observateurs occidentaux, ces micro-offensives, bien qu'infructueuses, pourraient avoir empêché l'armée ukrainienne de préparer sa propre offensive. L'inverse est possible aussi.

**Ça va se jouer sur une opportunité**

Source militaire française

Depuis les annonces de livraisons de chars occidentaux cet hiver, l'offensive ukrainienne paraissait programmée pour la fin du printemps, dit-on au sein de l'armée française. L'ordre d'attaquer n'arrivera-t-il pas trop tard? *«Les chars sans munitions, c'est de l'affichage»*, prévient un gradé. Les quelques dizaines de véhicules qui viennent d'être pris en mains par les Ukrainiens ne seront par ailleurs pas encore en nombre suffisant pour permettre de passer à l'attaque. L'état-major ukrainien en réclamait 300.

## Avantage technique

L'armée ukrainienne devra aussi être en mesure de définir ses objectifs et d'y concentrer ses forces sans être décelée par l'adversaire. Or *«les Ukrainiens sont eux aussi fatigués»*, prévient une source militaire française. *«Ils devront trouver un endroit où le dispositif russe est plus fragile. Ça va se jouer sur une opportunité»*, dit-on. Plusieurs axes d'attaque sont possibles. Au Sud, vers Zaporijjia ou Melitopol, pour tenter de briser la continuité territoriale russe. Ou bien dans le Donbass. Grâce à l'arrivée de nouveaux matériels, l'armée ukrainienne va quoi qu'il en soit retrouver une capacité de manœuvre. En termes tactiques, c'est décisif.

Les blindés occidentaux apporteront un avantage technique aux Ukrainiens, même si l'armée russe dispose toujours d'une masse militaire suffisante pour tenir un rapport de force. Contre les vieux matériels russes comme les T62, les chars occidentaux détiennent certains avantages clés, comme le viseur de tir. Cette fonctionnalité permet au chef de bord d'identifier des cibles indépendamment du tireur et de rallier le canon automatiquement.

*«Cela double la capacité d'attaque»*, explique un tankiste. Les équipements sont aussi dotés de capacité de vision nocturne. Enfin, la portée de tir des chars est supérieure à celle des matériels adverses. Les Ukrainiens peuvent espérer toucher leurs cibles avant d'être à portée de riposte. L'artillerie longue portée participe du même avantage.

Les matériels occidentaux ne suffiront pas pour permettre à l'Ukraine de remporter une victoire décisive. *«La Russie aura toujours plus d'hommes sur le terrain»*, prévient-on, en s'inquiétant de la prochaine vague de conscription qui renverra des centaines de milliers de soldats sur le front. Alors, *«les Ukrainiens cherchent à faire revenir des hommes qui avaient quitté le pays. Ils commencent aussi à recruter dans les prisons en promettant des remises de peine à des détenus condamnés à des peines inférieures à 10 mois de prison»*, poursuit la source militaire. Outre les matériels et la masse des soldats, la préparation des unités jouera un rôle clé dans les prochains affrontements. Du côté russe, celle-ci s'avère souvent de mauvaise qualité. Les Occidentaux ont quant à eux tenté d'entraîner des soldats ukrainiens non seulement au maniement des armes fournies *«mais aussi aux techniques de guerre»*, raconte un militaire au contact de ces formations.

Même si leur nombre est demeuré modeste, ces formations ont été prodiguées aussi bien aux forces spéciales ukrainiennes qu'à de plus jeunes recrues. Des soldats ont été entraînés en Allemagne au pilotage des Leopard 2 et au Royaume-Uni à celui des Challenger. Lundi, le ministère britannique de la Défense a annoncé qu'ils étaient rentrés dans leur pays.

28 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/debats/jean-marc-daniel-notre-grandeur-passee-est-aujourd-hui-fantasmee-28-03-2023-2513963\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/jean-marc-daniel-notre-grandeur-passee-est-aujourd-hui-fantasmee-28-03-2023-2513963_2.php)

## Jean-Marc Daniel : « Notre grandeur passée est aujourd'hui fantasmée »

INTERVIEW. L'économiste et essayiste libéral réagit au recul de la France dans le classement des pays dont le niveau de vie est le plus élevé.

Propos recueillis par [Kévin Badeau](#)



Jean-Marc Daniel est économiste, professeur émérite à l'ESCP Business School et directeur de la rédaction de la revue « Sociétal ». © Romain Gaillard/REA

Publié le 28/03/2023 à 17h05

**L**a France décroche au classement des pays ayant le PIB par habitant le plus élevé au monde. Cet indicateur économique – aussi appelé **PIB/tête** – permet de mesurer le niveau de vie d'une population. Les données collectées par le Fonds monétaire international (FMI) font apparaître un lent mais certain recul tricolore : 25<sup>e</sup> en 2023, la France était 24<sup>e</sup> il y a dix ans, 17<sup>e</sup> il y a vingt ans et 13<sup>e</sup> il y a trente ans... Dans un entretien au *Point*, l'économiste libéral Jean-Marc Daniel décrypte les raisons de ce déclin, ses conséquences, et esquisse quelques pistes pour remonter la pente.

**Le Point : En trente ans, la France a chuté au classement mondial du niveau de vie. Est-elle en voie de déclassement économique ?**

**Jean-Marc Daniel :** On est obligé d'admettre un recul de la France. Si on regarde le PIB à l'échelle du pays, elle a été distancée aussi bien par l'Inde et la Chine, du fait de leur population, que par la Californie, du fait de sa position en pointe sur le plan technologique. En outre, une partie de ce déclassement est masquée par le recours à l'endettement ; celui de l'État, qui est bien connu, mais plus inquiétant, celui du pays. Notre actif extérieur net, c'est-à-dire la différence entre les actifs détenus à l'étranger par des Français et les actifs français détenus par des étrangers, est en notre défaveur à hauteur de 30 % du PIB.

Déjà, **Raymond Barre (1924-2007)** avait affirmé quand il était Premier ministre que « la France vit au-dessus de ses moyens ». Cela est encore le cas aujourd'hui puisque le pays accumule les déficits extérieurs. Pour payer nos importations et donc une partie de notre consommation, nous vendons notre patrimoine national.

**Ce recul dans les classements internationaux signifie-t-il que les Français s'appauvrissent ?**

Le constat sur l'évolution relative du PIB/habitant ne veut pas dire que la population vit de moins en moins bien. Cela signifie simplement que nous nous enrichissons moins que certains. **On pourrait penser que c'est un choix assumé. C'est ce qu'a écrit par exemple l'économiste américain Paul Krugman.** Dans un article où il compare la France et la Californie, **il affirme que les Français sont moins riches que les Californiens parce qu'ils ont fait le choix d'une meilleure qualité de vie.** En réalité, Paul Krugman se trompe, car les Français souhaiteraient être plus riches. **Les revendications sur le pouvoir d'achat ont été au centre de la campagne présidentielle de 2022.**

**Quelles sont les tendances de fond qui expliquent ce décrochage ?**

Parmi **les dix principes par lesquels l'économiste américain Nicholas Gregory Mankiw résume les résultats fondamentaux de la science économique**, le huitième principe s'énonce ainsi : « **Le pouvoir d'achat d'un pays dépend de sa capacité à produire des biens et services** » et donc, implicitement, **de la qualité et de la quantité du travail de sa population.** La qualité du travail se mesure par ce que l'on appelle sa **productivité**. Citons à ce propos de nouveau Paul Krugman : « La capacité d'un pays à améliorer son niveau de vie dépend presque entièrement de sa capacité à faire progresser sa production par travailleur. » **Force est de constater que cette productivité n'est plus guère au rendez-vous. Elle augmentait au rythme de 5 % par an dans les années 1950-1960. Aujourd'hui, elle stagne.**

**Comment y remédier ?**

**La priorité des priorités est de retrouver des gains de productivité.** Cela passe par l'innovation, même si, objectivement, le terme est plutôt galvaudé. Mais comme il ne suffit pas d'en parler, ni même d'augmenter les budgets tant publics que privés de recherche et de développement pour obtenir des résultats, **la solution réside dans l'augmentation du temps de travail.** Rappelons qu'il est écrit dans le préambule de notre Constitution : « **Chacun a le devoir de travailler et le droit d'obtenir un emploi.** » **Cette option s'incarne aujourd'hui dans la réforme des retraites. Elle mériterait d'être confortée par une réflexion sur le nombre de jours fériés ou sur la durée hebdomadaire du travail.**

**De quel pays ferions-nous bien de nous inspirer ?**

Les **États-Unis** restent parmi les pays auxquels nous pouvons nous comparer : **c'est le pays le plus développé, le plus riche et celui dont l'avenir est le plus prometteur.** Mais il ne s'agit pas de le copier sans réfléchir. En particulier, **les Américains vivent comme nous « au-dessus de leurs moyens » puisqu'ils accumulent les déficits extérieurs.** Le Japon est également un cas intéressant, puisque le vieillissement de la population a été intégré dans la stratégie à long terme de l'économie, si bien que le taux d'épargne, qui conditionne les revenus futurs, est particulièrement élevé. **En France, notre épargne se perd dans le financement du déficit public, et ne nous préserve pas des problèmes à venir.**

**Le déclin français est parfois vécu comme un psychodrame. Notre supposée grandeur n'était-elle pas en réalité fantasmée ?**

**Notre grandeur passée est aujourd'hui, de fait, fantasmée.** Beaucoup d'historiens considèrent que depuis le milieu du XVIII<sup>e</sup> siècle, la France n'est plus le pays le plus puissant économiquement et le plus porteur d'avenir. Mais notre déclin relatif a connu des rémissions, **comme aux débuts de la III<sup>e</sup> République**, où la France faisait la course en tête sur le plan des innovations avec

l'automobile ou le cinéma. Un des éléments marquants de cette époque est le souci apporté au développement du capital humain : les instituteurs, les célèbres « hussards noirs de République », ont contribué aux gains de productivité des années 1900 et à la sortie de la longue période de déflation allant de 1873 à 1893. C'est une leçon à ne pas négliger.

28 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/alexis-carre-sommes-nous-a-la-veille-d-une-revolution-20230328>

## «Sommes-nous à la veille d'une révolution?»

Par [Alexis Carré](#)

Publié il y a 1 heure , mis à jour il y a 1 heure



Alexis Carré. *Fabien Clairefond*

**TRIBUNE - Loin d'annoncer de grands bouleversements, la violence qui caractérise notre climat social est le signe d'un déclin politique et moral profond qui prospère sur l'affrontement stérile de trois blocs sociologiques et politiques pour l'heure irréconciliables, analyse le philosophe et normalien.**

*Alexis Carré est le «2022-23 Thomas W. Smith Postdoctoral Research Associate» du James Madison Program à l'Université de Princeton. Ses recherches portent sur les mutations de l'ordre libéral dans son rapport à l'hostilité et à la guerre. Il a reçu cette année le prix Raymond-Aron pour la recherche pour ses travaux de doctorat réalisés à l'ENS.*

---

La France serait-elle à la veille d'une révolution? La presse internationale s'étonne dernièrement de la violence des mobilisations contre la réforme des retraites. Beaucoup y voient la preuve que la légitimité du gouvernement actuel, voire de la V<sup>e</sup> République, est en question. C'est par ailleurs un fantasme courant que la gauche et la droite s'approprient chacune à leur manière sous la forme de la grande révolution écologique et sociale ou de la guerre civile. La vérité est tout autre. Les querelles qui agitent le pays depuis vingt ans montrent suffisamment que les Français sont en réalité fort las, même dans les haines qu'ils se portent. Loin d'annoncer de grands bouleversements, la violence qui caractérise notre climat social et politique indique plutôt que nous ne savons plus exactement que faire de nous-mêmes, ni même ce que signifie, pour un peuple uni, de se gouverner lui-même.

À voir les choses en gros, on peut distinguer trois forces principales qui s'opposent aujourd'hui dans la détermination de nos destinées. Il y a d'abord le bloc des retraités auquel s'adjoint celui des intérêts économiques, ceux des entrepreneurs et d'une portion conséquente des cadres des grandes entreprises. C'est à cette base sociale que le président actuel dut son élection, et plus encore, sa réélection. Sa première composante est en réalité la seule qui, électoralement, compte. C'est pourquoi il ne fut jamais question de demander aux inactifs de contribuer à la réforme par la baisse des pensions. Leur soutien est aussi électoralement solide qu'il est politiquement fragile.

Ne pouvant plus produire la part de la richesse nationale qu'elle ne détient que sous la forme figée du capital et de la rente, cette classe doit s'en remettre entièrement à l'État pour assurer la possession de biens qu'elle ne peut se permettre de perdre. Sa tranquillité dépend d'un monde où,

fondamentalement, rien ne se passe. Le parti susceptible de maintenir les autres classes dans l'incapacité de remettre en cause cet état de fait trouve donc en elle un soutien indéfectible. Néanmoins, si les retraités votent, ils sont peu susceptibles de se battre. La contestation dût-elle prendre une tournure révolutionnaire que le gouvernement devrait chercher ailleurs le soutien vigoureux dont il aurait besoin.

**L'extrême gauche n'a paradoxalement aucune vision claire du futur et se projette avant tout dans la poursuite d'un présent indéfini libéré de la nécessité**

*Alexis Carré*

L'extrême gauche, qui fournit à la contestation en question le gros de ses troupes, bénéficie quant à elle du soutien de la jeunesse étudiante, auquel s'ajoute celui des personnes issues de l'immigration, de certains fonctionnaires, des professions intellectuelles et artistiques. Uni dans ses rejets, ce bloc ne peut être réduit à un intérêt commun aussi clairement constitué que le précédent. Il aspire plutôt à prolonger sa condition d'irresponsabilité. Progressiste, il n'a paradoxalement aucune vision claire du futur et se projette avant tout dans la poursuite d'un présent indéfini libéré de la nécessité: celle du travail ou encore du remboursement de la dette. Il souhaite obtenir ce qui lui est dû, mais en laissant à d'autres le soin de réunir les conditions nécessaires à la satisfaction de ses demandes.

Le Rassemblement national, enfin, capte l'attention de cette masse centrale, celle qui n'étudie plus, ou n'a jamais étudié, et qui ne se repose pas encore. Bref, la masse des Français qui travaillent et sont en âge de fonder une famille. À bien y regarder, c'est de son consentement à l'effort que dépend la capacité des deux autres blocs à réclamer quoi que ce soit. Ce sont pourtant ces Français chez qui les partis s'acharnent à éteindre tout sentiment de solidarité. Alors qu'ils détiennent les moyens de donner la vie et de subvenir à ses besoins, le fonctionnement actuel du régime les prive complètement du pouvoir de l'organiser et de lui fournir ses buts à l'échelle collective.

Subissant le désordre généralisé et toujours plus dépossédés du fruit de leur travail, leur apathie tient probablement au fait que des membres de leur famille bénéficient de la situation qu'il leur faudrait remettre en cause. Plutôt que de prendre ses responsabilités, le Rassemblement national se contente donc de leur promettre la même retraite, et plus généralement la même vie, que leurs parents. Et comme l'irritation croissante de cette part de la population rapproche chaque année son parti du pouvoir, Marine Le Pen est peu disposée à risquer de démentir leur aspiration illusoire à la restauration d'un système responsable des déséquilibres actuels.

**Chacun devenant plus habile à cajoler sa clientèle respective, tous dédaignent de parler aux Français dans un langage capable de les faire consentir à l'effort collectif indispensable**

*Alexis Carré*

Un contrat redistributif qui prélève les jeunes familles qui devraient plus logiquement bénéficier de son soutien au profit de ceux qui jouissent déjà d'une meilleure condition économique devrait être facile à attaquer. Des trois forces politiques dont nous parlions, aucune n'ose pourtant évoquer le poids excessif des inactifs sur notre vie politique. Toutes trois, au plus fort des haines qu'elles se portent, continuent de craindre la sanction électorale de ceux qui, pourtant, ne pourraient rien faire, si l'opposition avait véritablement l'intention d'entrer dans une confrontation politique.

Nous pourrions nous réjouir de l'impuissance des aspirations radicales si elle n'était pas le signe d'un déclin politique et moral plus profond. En réalité, aucun des partis ne réunit les qualités de volonté, de force et de clairvoyance d'un pouvoir constituant qui, par la persuasion et la contrainte, parviendrait à résoudre les intérêts rivaux à la poursuite du bien commun. Dans cet état d'inexistence politique, les forces qui s'opposent font leur recette de cette agitation sans conséquence qui trouvera dans quelques mois la jeunesse plus indignée, les actifs plus irrités et les retraités plus inquiets.

Passions tristes et avant tout déclamatoires qui ont peu de chance de susciter de grandes actions, mais qui réclament un réconfort dont les partis sont trop heureux de faire le commerce. Chacun devenant



plus habile à cajoler sa clientèle respective, tous dédaignent de parler aux Français dans un langage capable de les faire consentir à l'effort collectif indispensable au renouvellement de notre pays.

8 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/03/28/la-dette-francaise-frole-les-3-000-milliards-d-euros\\_6167237\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/03/28/la-dette-francaise-frole-les-3-000-milliards-d-euros_6167237_823448.html)

## La dette française frôle les 3 000 milliards d'euros

Selon l'Insee, la dette française a atteint 2 950 milliards d'euros fin 2022. **L'endettement demeure une épée de Damoclès pour l'exécutif, alors que les dépenses publiques vont continuer à croître pour financer notamment la transition environnementale.**

Par [Elsa Conesa](#) et [Audrey Tonnelier](#)

Publié aujourd'hui à 08h16, mis à jour à 10h07

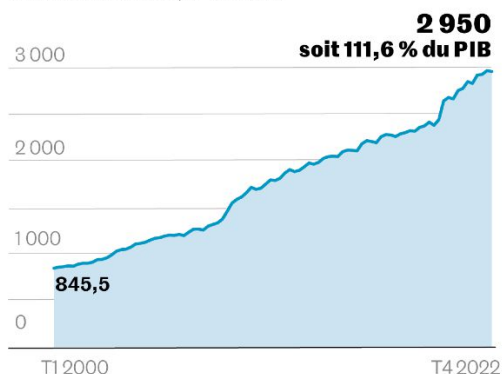


Le ministre de l'économie et des finances, Bruno Le Maire, lors d'une séance de questions au gouvernement à l'Assemblée nationale, à Paris, le 21 mars 2023. EMMANUEL DUNAND / AFP

**Les douze zéros ont été évités de peu. Mais** la dette publique tricolore tutoie le seuil spectaculaire des 3 000 milliards d'euros. Selon les données de l'Insee publiées mardi 28 mars, elle est restée contenue à 2 950 milliards d'euros à fin 2022, soit 111,6 % du produit intérieur brut (PIB), en léger recul par rapport au troisième trimestre. Grâce à un rebond continu des recettes fiscales, dopées par l'inflation, le déficit 2022, lui, ressort un peu meilleur qu'attendu : 4,7 % du PIB quand le gouvernement attendait 5 %.

*« Les chiffres de l'Insee pour l'année 2022 confirment la bonne tenue de la croissance française et donc de nos recettes fiscales, notamment l'impôt sur les sociétés, a réagi le ministre de l'économie, Bruno Le Maire. Notre stratégie reste la même : améliorer la croissance de la France pour diminuer la dette et maîtriser nos dépenses. »*

**Dette au sens de Maastricht,**  
en milliards d'euros, par trimestre



Source : Insee • Infographie : Le Monde

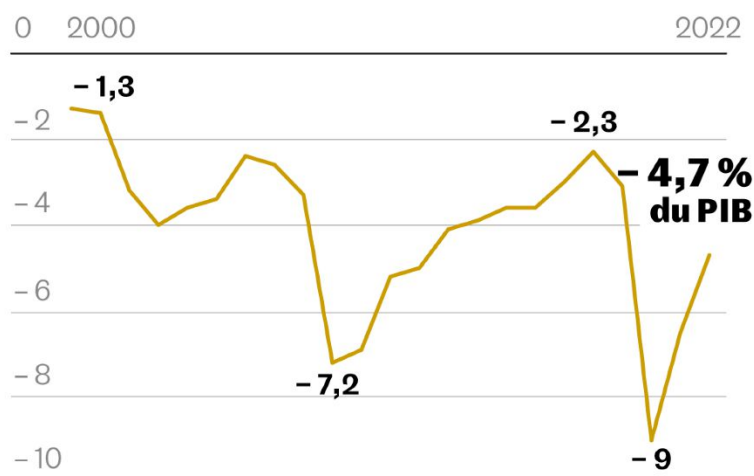
Une dette approchant la barre des 3 000 milliards d'euros peut-elle alarmer dans un contexte d'accoutumance généralisée à la dette ? « Dans notre baromètre de novembre 2022, la réduction de la dette publique arrivait dans les dernières priorités des sondés, ne devant que la lutte contre le Covid et l'Union européenne », constate Frédéric Dabi, directeur général de l'IFOP. Les centaines de milliards d'euros dépensés par l'Etat face à la crise sanitaire, puis l'inflation, ont « montré qu'on peut vivre avec la dette », résume le sondeur. Signe selon lui de ce désintérêt, « l'argument macroéconomique n'a pas porté pour justifier la réforme des retraites, alors qu'il était très présent lors du report de l'âge à 62 ans, en 2010 ».

## Agences de notation pas convaincues

L'indifférence de l'opinion et d'une partie de la classe politique pour le sujet préoccupe néanmoins Bercy, qui voit les taux d'intérêt flirter de plus en plus souvent avec les 3 % depuis la fin 2022, alors que la France empruntait encore en terrain négatif un an plus tôt. La charge de la dette devrait frôler les 52 milliards d'euros en 2023, en hausse de plus de 12 milliards sur un an, selon le [projet de loi de finances 2023](#), en faisant le deuxième poste de dépenses après l'éducation nationale.

« Notre dette avait subi un choc important avec la crise de 2008, puis elle a continué à gonfler avec la crise du Covid et celle de l'énergie, rappelle Mathieu Plane, économiste à l'Observatoire français des conjonctures économiques. Entre 2020 et 2023, 300 milliards d'euros ont été injectés dans l'économie. L'Etat a joué le rôle de pompier et d'amortisseur de crise mais, à un moment, la trajectoire de déficit va bel et bien être contrainte. »

### Déficit public, en % du PIB



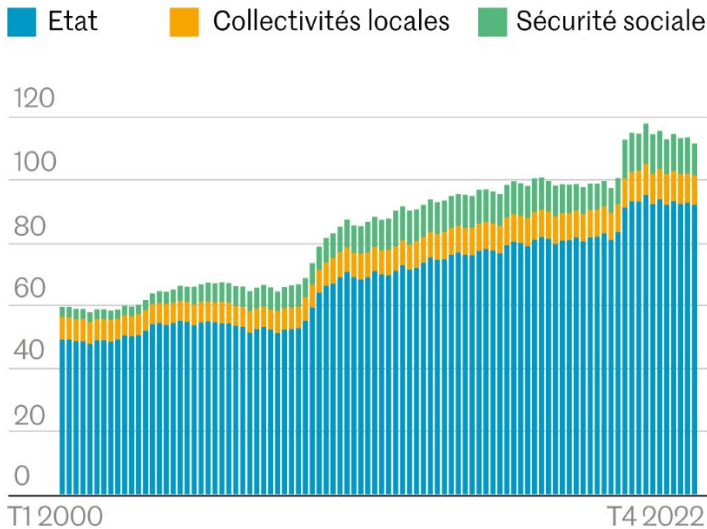
Source : Insee • Infographie : Le Monde

Emmanuel Macron le sait, qui a fixé comme horizon aux finances publiques un objectif de déficit de 3 % du PIB en 2027, et une diminution de la dette à partir de 2026. « Je considère qu'en l'état les risques financiers, économiques sont trop grands », a-t-il même assuré, jeudi 16 mars, pour justifier le recours à l'article 49.3 afin de sécuriser l'adoption de la réforme des retraites. Pas de quoi convaincre les agences de notation : avant même la recrudescence de la contestation, Moody's jugeait, jeudi, que le procédé allait « rendre difficile l'adoption de futures réformes » tandis que l'agence Fitch craignait qu'il ne limite « la capacité du gouvernement à mettre en œuvre des politiques visant à réduire la dette publique », en raison des « tensions politiques et des troubles sociaux qui l'accompagnent ». Car, du point de vue des finances publiques, la réforme des retraites ne suffira pas pour atteindre les objectifs que la France s'est fixés vis-à-vis de Bruxelles, qui rétablira en 2024 les règles budgétaires suspendues depuis le Covid.

## « On ne produit pas assez et redistribue trop »

Dans la loi de programmation des finances publiques, Paris a promis de ramener la croissance moyenne de la dépense publique en volume à 0,6 % d'ici à 2027 contre... 1,2 % entre 2018 et 2022 (hors effet de l'extinction des mesures d'urgence et de relance). Un sacré coup de frein, alors que l'exécutif entend continuer à dépenser. « *On doit investir dans nos services publics, notre école, notre santé, on ne peut pas prendre cet argent pour le mettre sur les retraites !* », a rappelé le chef de l'Etat lors de son intervention télévisée, mercredi 22 mars.

### Dette des administrations publiques au sens de Maastricht par sous-secteur, en % du PIB, par trimestre



Source : Insee • Infographie : Le Monde

S'ajoutent « 60 milliards à 70 milliards d'euros supplémentaires par an » pour la transition énergétique, de l'aveu même de Bruno Le Maire, dans [un entretien au Journal du dimanche](#), en janvier – un montant qui mêle investissements publics et privés. La [loi de programmation militaire annoncée](#) début 2023 prévoit quant à elle de consacrer plus de 400 milliards d'euros à la défense jusqu'en 2030.

Alors, comment faire ? Hors de question d'augmenter les impôts, prévient d'emblée Bruno Le Maire. « *La politique de l'offre est la seule réponse efficace* » au « *problème structurel* » français, a-t-il répété, lundi 27 mars, lors d'un échange avec des journalistes, à savoir « *le fait qu'[on] ne produit pas assez et redistribue trop* ». Pour garantir « *la prospérité nationale* », la dépense publique doit augmenter moins vite que la création de richesses. Une revue des dépenses publiques devant aboutir pour le budget 2024 a donc été lancée par Bercy, afin d'économiser « *plusieurs milliards d'euros* », promet le ministre. Objectif : « *s'assurer que la dépense publique va au bon endroit, avec de bons résultats* ». Des consultations ont déjà été engagées avec les collectivités locales, avant des « *assises* » prévues fin mai sous l'égide de Matignon.

## « Il faut parler des niches fiscales »

Bruno Le Maire entend combiner ce chantier avec un objectif de verdissement de l'industrie, qui fera l'objet d'un texte dans les prochaines semaines. Dans le viseur : les « *dépenses brunes* » – celles qui subventionnent les énergies fossiles –, mais aussi les aides aux entreprises, la formation professionnelle, la masse salariale des collectivités locales, la politique du logement, ou encore certaines dépenses sociales, comme les indemnités journalières versées aux salariés en arrêt de travail. Des réflexions ont aussi été engagées pour évaluer si l'Etat peut prêter plutôt que subventionner. Au total, une dizaine de chantiers ont été lancés pour identifier des gisements d'économies potentielles.

Bercy espère mobiliser l'ensemble du gouvernement et des élus autour de cet objectif, rappelant que la droite a bloqué l'adoption de la loi de programmation des finances publiques en 2022. « *C'est évidemment un sujet important, mais il ne s'agit pas de débattre de la dette en soi. Il faut un débat politique sur les orientations*

*stratégiques : plutôt que des assises de la dépense, des Etats généraux de la nation »,* corrige le député (Les Républicains, LR) du Lot Aurélien Pradié, fer de lance de l'opposition d'une partie de son camp à la réforme des retraites. Pour le député La France insoumise (LFI) de Seine-Saint-Denis Eric Coquerel, président de la commission des finances de l'Assemblée, *« la dette ne doit pas être le sujet qui va permettre une cure d'austérité. Si on aborde le sujet, il faut aussi parler des niches fiscales pour les plus riches ».*

Un avertissement qui résonne jusque dans la majorité, où certains militent déjà pour corriger les montages fiscaux qui permettent d'échapper légalement à la taxation du capital. *« Les Etats se sont entendus au niveau international pour un impôt sur les sociétés minimum, explique une cadre de la majorité. Il faut la même réflexion au niveau national et international sur les très gros patrimoines. »* D'autres refusent un discours *« punitif »* sur la dépense publique. *« Elle est essentielle pour relever les défis qui nous attendent, à commencer par la transition écologique et les services publics, rappelle le député (Renaissance) de Paris David Amiel, qui coordonna le programme d'Emmanuel Macron à la présidentielle de 2022. Si on s'y intéresse, c'est justement pour allouer les fonds de manière plus efficace. »*

28 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/03/27/excision-en-afrique-quand-les-hommes-aussi-veulent-en-finir-avec-les-mutilations-genitales-feminines\\_6167172\\_3212.html](https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/03/27/excision-en-afrique-quand-les-hommes-aussi-veulent-en-finir-avec-les-mutilations-genitales-feminines_6167172_3212.html)

## Excision en Afrique : quand les hommes aussi veulent aussi en finir

La majorité des Africains se déclare contre les mutilations génitales féminines, une pratique qui demeure un fléau dans plusieurs pays. Le risque d'y être exposée a pourtant été divisé par trois en vingt ans.

Par [Sandrine Berthaud-Clair](#)

Publié hier à 19h00, mis à jour à 10h45



Groupe de parole mixte dans une école primaire en Somalie, en février 2014, pour expliquer les multiples conséquences graves de l'excision (mutilations génitales féminines, MGF) et changer les normes sociales. NICHOLE SOBECKI / AFP

*« Tant que les hommes exigeront des femmes excisées, il y aura des femmes exciseuses et des mères pour les soutenir. »* Ces mots forts ne sont pas prononcés par une militante de la lutte contre les mutilations génitales féminines (MGF), mais par un homme. Babacar Sy a 46 ans. Il est travailleur social à Kolda, en Casamance, dans le sud du Sénégal : *« Dans ce combat difficile, il faut cibler les hommes, car ce sont eux qui ont le pouvoir de décision, eux qui président aux cérémonies, même si ce sont les femmes qui font le geste. »*

Cela fait quinze ans que Babacar Sy travaille auprès des jeunes sur les questions de santé sexuelle et reproductive, qu'il informe, explique, accompagne garçons et filles pour qu'ils comprennent de quoi il est exactement question quand on parle de *« pratiques néfastes »*. Mais aussi pour qu'ils entrent en pleine possession de leur corps à l'aube de l'âge adulte. Qu'un espace soit ouvert pour *« interroger les normes sociales toxiques. La plupart du temps, c'est par ignorance que ces pratiques perdurent. Les jeunes filles ne savent pas pourquoi elles enchaînent les infections, les douleurs, avant même d'avoir commencé leur vie sexuelle »*, explique le professionnel. Son engagement est devenu une vocation à 28 ans, lorsqu'il a dû prendre en charge une jeune fille que l'excision avait handicapée à vie. *« Je l'ai accompagnée sur le chemin de la reconstruction. Aujourd'hui, elle a un travail et elle est autonome. Elle m'a beaucoup marquée. Sur le terrain, la mission devient personnelle, vous brûlez de faire savoir combien les femmes sont résilientes. »*

Pour Brehima Ballo, *« c'est d'avoir vu l'une de mes cousines excisée saigner beaucoup et tant souffrir que j'ai compris que cette pratique n'apportait rien à la femme, à part des ennuis »*. Ce Malien de 48 ans a créé et dirige l'Association pour le suivi et l'orientation des pratiques traditionnelles (Amsopt) et travaille en partenariat avec l'ONG française EquiPop, avec laquelle il mène des programmes au Mali et au Burkina Faso. *« C'est durant mes études universitaires que je me suis intéressé à la santé sexuelle. J'ai compris que je voulais changer les choses. Lever les tabous dans les communautés. C'est un défi vraiment fort. »*

## Paradoxe

Babacar Sy et Brehima Ballo font partie de cette génération d'hommes dont le regard a changé sur les relations hommes-femmes, sur les conditionnements à déconstruire qui ne trouvent plus de justifications dans les traditions ni la religion. En plus du travail quotidien des services sociaux dépendants des ministères de la santé des pays africains, où les hommes trouvent leur place année après année, le programme conjoint du Fonds des Nations unies pour la population (FNUAP) et de l'Unicef a soutenu plus de 3 000 initiatives militantes masculines ces cinq dernières années pour porter un plaidoyer de zéro tolérance.

Une lame de fond qui s'appuie sur un constat étonnant. Alors que les actes de mutilation perdurent presque partout sur le continent, les hommes y sont majoritairement opposés. En Ethiopie par exemple, l'un des trois pays où le taux d'excision des filles est le plus élevé avec l'Egypte et la Somalie, 87 % des hommes se sont déclarés contre, selon une analyse de l'Unicef mise en avant le 6 février lors de la Journée internationale dédiée à la lutte contre les MGF.

Ce qui apparaît comme un paradoxe dans ces pays où entre 85 % et 98 % de la population féminine a subi une excision partielle ou totale du clitoris, des grandes lèvres, avec parfois une fibulation – qui consiste à coudre entre elles les petites lèvres – pourrait bien se révéler l'un des leviers les plus puissants pour la reléguer aux oubliettes de l'histoire. *« C'est une bataille de longue haleine, rappelle Julie Dubois, spécialiste de la protection de l'enfant au sein du programme FNUAP-Unicef lancé en 2008. Mais cette stratégie, associée à la sensibilisation des jeunes filles et des mères, porte ses fruits. En vingt ans, le risque pour les filles d'être exposées a été divisé par trois. »*

Si l'on regarde en effet les chiffres de plus près, on voit une nette tendance au déclin pour la génération des 15-19 ans. L'Ethiopie enregistre de vrais progrès avec une baisse du taux de prévalence de 79 % à 47 % en 2016 sur cette tranche d'âge. Idem pour l'Egypte, l'Erythrée, le Soudan, le Burkina, la Mauritanie et le Libéria.

## Résistances tenaces

Mais les résistances sont tenaces et les crises économiques, l'instabilité politique, les conflits, les déplacements de populations, les pandémies qui déstabilisent les structures sociales et les relais de santé freinent les actions de plaidoyer.

Brehima Ballo en sait quelque chose. Sur le terrain, son action sociale et sanitaire continue, mais la lutte militante a marqué le pas. Son association Amsopt mène une bataille contre l'Etat malien, signataire, à l'instar de 48 autres pays du continent, du Protocole de Maputo (2003-2005), [un texte ambitieux de l'Union africaine \(UA\) relatif aux droits humains qui garantit l'intégrité physique des femmes et la lutte contre les MGF](#). *« Il s'agit d'une loi supranationale que le Mali a ratifiée, explique Brehima Ballo. Face à l'échec des discussions pour accélérer l'éradication de ces pratiques néfastes à laquelle l'Etat s'est engagé, nous avons introduit en 2020 une plainte auprès de la Cour de justice de la Communauté économique des Etats d'Afrique de l'Ouest pour "défaut de protection de ses enfants et non-respect du Protocole". Mais la CEDEAO a exclu le Mali de ses rangs après les deux coups d'Etat de 2020 et 2021. La cause des femmes est donc suspendue au retour de la démocratie dans notre pays », se désole-t-il.*

Est aussi observée une tendance à la médicalisation des GMF notamment en Egypte, au Soudan, en Guinée, à Djibouti, au Kenya et au Nigeria, où une fille sur dix a été excisée par un professionnel de santé. *« Quand le geste s'installe à l'hôpital, comme c'est le cas en Egypte, explique Julie Dubois, il est beaucoup plus difficile de l'éradiquer, car les familles s'abritent derrière le soignant, garant d'une relative sécurité sanitaire. Elles sont persuadées qu'elles ne prennent aucun risque pour leur enfant. »*

Pis, le geste se pratique de plus en plus tôt, comme en Côte d'Ivoire, pourtant l'un des champions ouest-africains de la lutte avec des taux de prévalence de 36,7 % (15-49 ans) et de 10,9 % (0 à 14 ans) : *« Beaucoup d'Etats du continent ont adopté des lois qui punissent de plusieurs années d'emprisonnement et d'amendes les auteurs de MGF. C'est une bonne chose, mais on ne change pas les mentalités de toute une population en faisant de la répression, analyse Ghislain Coulibaly, fondateur et président du Réseau des hommes engagés pour l'égalité de genre en Côte d'Ivoire. L'infatigable militant a participé à l'élaboration de la Stratégie nationale d'autonomisation de la femme de son pays. Cela aboutit à renforcer la culture du*

*secret que nous combattons et nous voyons des bébés excisées au berceau, lors des cérémonies d'accueil dans la communauté. »*

## **« Parler aussi de sexualité »**

Le sociologue, à l'instar de tous les « *he for she* » (hommes engagés pour l'égalité), est convaincu que seule la pédagogie fait émerger de nouvelles normes sociales élaborées par les communautés elles-mêmes. Dans les causeries de village et de quartier, la question de la santé des femmes met tout le monde d'accord. « *C'est l'argument le plus efficace, témoigne le Sénégalais Babacar Sy. Il faut du temps pour préparer un auditoire, parler d'anatomie et des graves conséquences de l'excision. Mais quand on sent que la salle est prête, on leur montre photos et vidéos, ils entendent la parole des femmes elles-mêmes. A ce moment-là, les gens sont touchés dans leur chair et beaucoup pleurent, même les hommes. Ce n'est que comme cela que toute une communauté en arrive à déclarer publiquement l'abandon de l'excision. »*

A l'appui de cette démonstration, les chefs traditionnels et religieux, musulmans comme catholiques, s'associent davantage à la lutte. Comme la Fondation Djigui La Grande Espérance, créée il y a vingt ans par l'imam ivoirien Cissé Djiguiba qui parcourt la région et les plateaux télé pour convaincre que ces pratiques n'ont rien à voir ni avec l'islam ni avec l'impureté supposée des femmes. « *Aujourd'hui, nous travaillons ensemble, se réjouit Ghislain Coulibaly. Tant que les femmes continuent d'être des victimes de toutes ces violences, c'est tout le pays qui est perdant, y compris sur le plan économique. »*

Un argument qui fait aussi son chemin auprès des décideurs politiques et a été évalué par la Banque mondiale en 2018 dans son rapport « Et si le développement était une femme ». Pour ce seul pays, le deuxième plus riche d'Afrique de l'Ouest, la perte de revenus due aux inégalités s'élève chaque année entre 6 et 8 milliards de dollars.

Mais le signe qu'un changement profond est en cours, ce sont ces maux échangés encore timidement dans l'intimité des groupes de parole. « *Les hommes viennent désormais aussi parler de leur sexualité. Du désarroi qu'ils vivent face à la souffrance de leur femme. C'est un sujet encore tabou, mais les hommes qui s'engagent le font aussi parce qu'ils veulent en finir avec le malheur* », explique Babacar Sy. « *Santé du couple, plaisir, douleur, épanouissement, les préjugés tombent quand le dialogue s'installe* », conclut le Malien Brehima Ballo.



28 mars 2023 (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/co2-preise-bringen-mehr-klimaschutz-fuers-gleiche-geld-18774143.html?premium=0x5420acbeda734e6298bc86c1486a671cbc646abdc5bfdaaad9fea8b970f45860>

## CO<sub>2</sub> -Preise bringen mehr Klimaschutz fürs gleiche Geld

VON CHRISTIAN BAYER

-AKTUALISIERT AM 24.03.2023-20:02



Ist das Haus energetisch saniert oder nicht? Beim Heizen macht das einen großen Unterschied. Bild: dpa

**Ökonomen geben CO<sub>2</sub>-Preisen meist den Vorzug vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen, also Verboten und Pflichten. Dennoch sind diese politisch beliebter. Auch das lässt sich ökonomisch begründen. Ein Gastbeitrag.**

Den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen, aufzuhalten, gar umzukehren, ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Ohne diesbezügliche Anstrengungen wird es auch schwieriger, Armut, Krankheiten und Hunger zu bekämpfen, mehr Menschen in Wohlstand zu bringen und ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit zu sichern. **Gleichzeitig gibt es einen pragmatischen Konflikt: Klimaschutz braucht Zeit, Mühe und Arbeitskraft, also Ressourcen, die anderen Zwecken nicht mehr zur Verfügung stehen. Effizient zu sein, ist daher sehr wichtig. Dies gilt gerade für Klimaschutz, weil hier auch die Armen davon überzeugt werden müssen, dass ein Beitrag zum globalen Gut Klimaschutz ihr Streben nach Wohlstand nicht in Frage stellt.**

**Um Effizienz zu erreichen, sind Preisinstrumente die erste Wahl, so lautet jedenfalls das übliche ökonomische Argument.** Sie führen dazu, dass knappe CO<sub>2</sub>-Emissionen dort genutzt werden, wo diese am wertvollsten sind oder dort eingespart werden, wo es am wenigsten schadet. Wie mächtig der Marktmechanismus darin ist, mit Knappheit schonend umzugehen, hat uns die Energiekrise des vergangenen Jahres vor Augen geführt. Bei allen Härten ist die wirtschaftliche Großkrise ausgeblieben, obwohl wir in Rekordzeit mit gut einem Fünftel weniger Gas auskommen mussten. So zeigt dann auch **eine aktuelle Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung** – aus dieser Perspektive wenig überraschend –, dass **ein Verzicht auf Preisinstrumente die Kosten des Klimaschutzes schnell um den Faktor drei oder mehr ansteigen lässt. CO<sub>2</sub>-Preise bringen also mehr Klimaschutz fürs gleiche Geld.**

**Dennoch sind einheitliche CO<sub>2</sub>-Preise als Prinzip der Klimapolitik nicht sehr beliebt – insbesondere im Verkehr und beim Heizen.** Vielleicht befürchtet mancher, sie seien eine Steuererhöhung auf Umwegen, weil sie letztlich doch nicht als Klimageld pro Kopf wieder ausgeschüttet werden – wie es die Ampel in Aussicht gestellt hat. Aber selbst dort, wo man mit einer Pro-Kopf-Rückzahlung rechnet, scheinen CO<sub>2</sub>-Preise keine große Beliebtheit zu haben. **Stattdessen sollen technische Standards helfen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken, so die aktuelle Diskussion um eine Wärmepumpenpflicht. Auch in Umfragen sind solche ordnungsrechtlichen Maßnahmen beliebter als CO<sub>2</sub>-Preise. Fehlt es hier an ökonomischer Bildung? Oder übersieht das ökonomische Argument wichtige Aspekte?**

**Zunächst ermöglichen Standards Netzwerkeffekte.** Wir müssen als Gesellschaft entscheiden, ob wir das Heizen elektrifizieren wollen, denn dann braucht es andere Stromnetze. Bleiben aber die Wärmepumpen aus, ist es wenig sinnvoll, Straßen aufzureißen und städtische Stromleitungen auf

wesentlich höhere Strombedarfe auszurichten. Dann braucht es umgekehrt aber global die entsprechende Produktionskapazität für synthetisches Heizöl oder synthetisches Gas und zudem, wegen der niedrigeren energetischen Effizienz solcher Lösungen, auch eine wesentlich größere erneuerbare Energieproduktion.

## Gleichmäßige Belastung

Ähnliches gilt für Autos. Ohne ausreichende Ladeinfrastruktur kauft niemand elektrische Fahrzeuge. Umgekehrt baut auch niemand privat eine hinreichende Ladeinfrastruktur, wenn niemand elektrische Fahrzeuge kauft. **Es ist eine alte ökonomische Erkenntnis, dass solche Henne-Ei-Probleme Marktlösungen ineffizient machen können. Eine Festlegung auf einen technischen Standard erscheint also durchaus sinnvoll.**

Über die Frage von Standards hinaus treiben die **Verteilungswirkungen eines CO<sub>2</sub>-Preises** die Debatte. **Insgesamt verursachen einkommensstarke Haushalte weit mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen als einkommensschwache.** Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit pro Kopf zurückerstatteten Einnahmen aus CO<sub>2</sub>-Steuern oder einem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel verteilt also systematisch von Reich zu Arm. Nur ist diese Globalbetrachtung irreführend, wenn es um die Frage der zusätzlichen Besteuerung bei Wohnen und Verkehr geht. **Gerade beim Heizen von Wohnungen ist der Zusammenhang von Einkommen und Energieverbrauch besonders schwach.**

Innerhalb der Einkommensgruppen ist die Streuung des Verbrauchs hingegen groß. **Bei gleichem Haushaltseinkommen verbrauchen Vielheizer das Zweieinhalbfache der Wenigheizer, so man oberstes und unterstes Verbrauchsviertel vergleicht. Irgendwer muss ja die bislang energetisch nicht sanierten Häuser bewohnen, solange kein Ersatz vorhanden ist.** Und es sind eben in der Regel nicht die Reichen, die in den billigeren, wenn auch etwas kleineren, dafür aber zugigen Altbauten wohnen.

Kosten sind gleicher verteilt, aber auch höher

**Ähnliches gilt – mit gewissen Abschwächungen – für die Entscheidung, im Stadtzentrum, am Stadtrand oder auf dem Land zu leben.** Will man den stadtexternen Raum nicht ungenutzt lassen, so wird dort jemand leben und zwar egal, ob dies nun einen relativ höheren CO<sub>2</sub>-Abdruck generiert oder nicht. **Dies bedeutet aber, dass jene, die jetzt auf dem Land oder im Altbau wohnen, recht einseitig die Kosten einer nötigen Anpassung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung tragen würden.** Selbst Mieter können nicht einfach den Kosten entgehen. Man ist ja irgendwann verwurzelt und zieht nicht so ohne Weiteres um. **Für Eigentümer steht zusätzlich der Wert der Immobilie und damit gegebenenfalls die erarbeitete Absicherung des Alters und anderer Lebensrisiken in Frage.**

**Umgekehrt: Wer im energetisch sanierten Neubau in der Innenstadtlage wohnt, wird durch ein einheitliches Klimageld überkompensiert.** **Die ineffizienten ordnungsrechtlichen Maßnahmen belasten die Bürger hingegen gleichmäßiger.** Sie zwingen – anders als der CO<sub>2</sub>-Preis – auch in gut gedämmten Häusern, CO<sub>2</sub>-neutrale Heizungen einzubauen, und zwingen auch denjenigen, der nur wenig fährt, aber aus anderen Gründen nicht aufs eigene Auto verzichten mag, ein Elektroauto zu kaufen. **Die Kosten des Klimaschutzes sind so gleicher verteilt, aber auch höher.**

**Sinnvoller wäre es daher, die Stärke der Preislogik zu nutzen, gleichzeitig aber zu versuchen, in der Kompensation mehr zu differenzieren, als es ein stumpfes Klimageld tut.** Beim Heizen hieße dies, für eine Zeit die Entschädigung am historischen und damit nicht mehr beeinflussbaren Verbrauch eines Gebäudes zu orientieren, ähnlich wie bei der Gaspreisbremse; beim Verkehr wäre ein denkbarer Weg, die Pendlerpauschale, deren Steuervorteil einkommensabhängig ist, auf Zeit zu einem höheren, einkommensunabhängigen Pendlergeld auszubauen.

*Christian Bayer ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Bonn.*

28 mars 2023 (Der Spiegel)

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewerkschaften-frankreich-vs-deutschland-so-gefaehrlich-dumm-kann-nur-die-linke-sein-a-9ad1037b-cc63-440d-a450-e8f8ea575093>

Gewerkschaften in Frankreich

## So gefährlich dumm kann nur die Linke sein

Eine Kolumne von [Nikolaus Blome](#)

Der Verkehrstreik heute ist nichts gegen den Irrsinn in Frankreich. Kommunisten und Grüne streiken den letzten demokratischen Staatspräsidenten kaputt. Und Berlin schaut zu.

27.03.2023, 12.05 Uhr



Protestmarsch mit anschließender Randalie in Paris vergangene Woche: »Sprachlos blickt man auf brennende Barrikaden, randalierende Demonstranten und knüppelnde Polizisten.«

Nicht, dass ich mich lustig machen möchte: Aber was [Ver.di](#) und EVG heute aufführen, ist Kindergeburtstag gegen das, was in [Frankreich](#) passiert. Bei uns geht es um einen bundesweit gelähmten Montag, auch wenn das für einen Warnstreik – zugegeben – happig ist. In Frankreich hingegen wird seit Wochen der letzte demokratische Staatspräsident kaputt gestreikt. Nicht etwa aus materieller Not oder demokratischem Widerstand gegen eine unmenschliche Wirtschaftsreform, nein. Die Linken und die Grünen wollen sich im Aufstand ein letztes Mal selbst fühlen und zahlen jeden Preis dafür: Sie machen sich zur fünften Kolonne des Kreml und werfen ihr Land dem Rassemblement National in den Rachen. Bingo.

Neulich habe ich im Radio einen französischen Gewerkschafter sagen hören, dass die Pariser U-Bahn-Lokführer weiter mit 52 Jahren in Rente gehen müssen, weil es da unten kein Tageslicht gebe. Augen auf bei der Berufswahl, dachte ich noch, »U« kommt von Untergrund. Es gibt 40 weitere solcher Spezial-Rentenkassen, die am Narrensaum der französischen Staatssozialpolitik nun nach und nach verschwinden sollen. Der große Rest der Sache ist einfach: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Frankreich liegt im europäischen Vergleich mit gut 60 Jahren sehr niedrig. Die durchschnittliche Rente hingegen liegt im Vergleich sehr hoch. In [Deutschland](#) arbeiten im Alter zwischen 55 und 64 sieben von zehn, in Frankreich ist es nur gut jeder zweite. In einer alternden Gesellschaft bedeutet das ein rasch wachsendes Problem. Die mehrfach weichgespülte, gewiss nicht neoliberal zu nennende Reform verlängert darum die Lebensarbeitszeit schrittweise um zwei Jahre. Im TV-Interview sagte der Präsident: »Ich bereue nichts.« Die Demonstranten skandieren: »Stürzt Macron!«

Dabei hat der Präsident die Reform nicht einmal durchs Parlament »gepeitscht«, wie auch in Deutschland geschrieben wird. Das Rentengesetz wird seit 2019 diskutiert, nun hat es die Premierministerin mit der Vertrauensfrage verbunden, das ist in Frankreich und Deutschland nicht unüblich. Sprachlos blickt man darum auf brennende Barrikaden, randalierende Demonstranten und knüppelnde Polizisten. Als ich vor gut 35 Jahren in [Paris](#) studiert habe, war es nicht anders. Es gehört zu den ewigen Eigenheiten der französischen Linken, ausgerechnet jenen Staat besiegen und demütigen zu wollen, von dessen Stärke sie sich unmittelbar

danach die Erlösung von aller irdischen Mühsal erwarten. De Gaulle sagte: »Ein Land, das zweihundertsechundvierzig Käsesorten hat, kann man nicht regieren.« Ein Land, das solche Gewerkschaften hat, auch nicht.

Zur Präsidentenstichwahl vergangenes Jahr warnte unter anderem die Gewerkschaft CGT vor dem »Faschismus« und erklärte: »Keine Stimme für Le Pen!« Wären Sie ehrlich, müssten sie sagen: Unsere Leute, die Arbeiter, stimmen in Massen schon lange für Le Pen. Sie vergrätzt und verloren zu haben, ist das historische Versagen der Linken in Frankreich. Mit den Rentenprotesten wollen diese Kleinbürgerkommunisten nun etwas gutmachen, aber in Wahrheit schenken sie der Frau das ganze Land. So sträflich dumm kann man sein: Die Gewalt, das Chaos, die Wut und die links-missionarische Maßlosigkeit – all’ das relativiert Le Pen und rückt sie politisch weiter in die Mitte hinein, als sie es aus eigener Kraft je vermögen könnte. Vergleichbares leistet rechts von ihr ein schöngeistiger Schreihals namens Zemmour, noch radikaler, noch eitler und böser. Folglich muss Madame Le Pen ihren Zielen und Motiven nicht abschwören. Sie schweigt zumeist, das reicht. Es ist der perfekte Sturm.

Doch Frankreichs Linke, Kommunisten und Grüne, streiken lieber für die traditionsalte Rente, die sie für das Sinnbild ihrer Arbeiterlehre halten. Sie sehnen die »trente glorieuses« zurück, die 30 goldenen Jahre der französischen Industrialisierung nach dem Krieg. Aber wie geschichtsvergessen kann man sein, zu glauben, die extreme Rechte würde der extremen Linken (und den extrem dummen Grünen) etwas danken? Eine Linke, die Marine Le Pen in den Sattel hilft, hat hinterher nichts zu erwarten als einen Stiefeltritt in den Nacken.

Die Märkte, also alle kleinen und großen Anleger rund um die Welt, würden mit Frankreich und einer Staatspräsidentin Le Pen Schlitten fahren, so wie sie es mit [Griechenland](#) getan haben. Madame zieht dann nach Sotschi unter Putins Palmen. Die Zeche müssten die kleinen Leute in Frankreich zahlen. Auch den amerikanischen Arbeitern im rust belt hat es nichts gebracht, [Trump](#) zu wählen.

Die deutsche Linkspartei erklärt trotzdem volle Solidarität mit den Gegnern Macrons, die anti-EU, anti-Euro-, anti-Nato und sehr oft auch anti-deutsch sind. Das ist bigott und peinlich, aber in der Wirkung begrenzt. Schlimmer ist: Was, außer ungläubig zu glotzen, tun die staatstragenden Parteien in Deutschland? Hebt im Kanzleramt oder im Außenministerium irgendjemand den Hörer hoch und fragt im Élysée: Was können wir für euch tun? Frau Baerbock verschraubt sich in eine »feministische Außenpolitik«, derweil der innerste Kern deutscher Interessen vor ihren Augen zerspringt: die deutsch-französische Gemeinschaft für [Europa](#) und den Euro.

[Angela Merkel](#) und [Olaf Scholz](#) sind nie richtig auf Macrons Europa-Ambition eingegangen. Sie haben nicht einmal versucht, das Gute davon zu nehmen und das Wirre davon zu trennen. Bis heute schaut die deutsche Politik weg, wie sie weggeschaut hat, als der Brexit heraufzog oder Donald Trumps Triumph alle überraschte. Begreift denn niemand: Französische Innenpolitik ist europäische Innenpolitik ist deutsche Innenpolitik. [Bonn](#) war nie [Weimar](#). Paris könnte es werden. Wir sind die Schlafwandler.

28 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/florence-bergeaud-blackler-muslimbruderschaft-hijab-islamismus-bruessel-belgien-frankreich-ld.1731479>

## «In Brüssel tummeln sich die Islamisten: Vom Jihadisten, der Verbindungen ins Drogenmilieu hat, bis zum «soften» Muslimbruder, der im Europaviertel verkehrt»

Die französische Anthropologin Florence Bergeaud-Blackler forscht seit Jahrzehnten in den islamistischen Parallelgesellschaften Belgiens und Frankreichs. **Jetzt hat sie ein Buch über die Muslimbrüder geschrieben – und erhält Todesdrohungen.**

Lucien Scherrer

28.03.2023, 05.30 Uhr



«Die EU muss aufhören, toxische Projekte zu unterstützen»: Florence Bergeaud-Blackler, aufgenommen in Brüssel, Januar 2022. Sébastien Leban / Divergence

Das Milieu, das die Sozialwissenschaftlerin Florence Bergeaud-Blackler erforscht, mag Diskretion. Kaum jemand bekennt sich öffentlich zur Muslimbruderschaft, jener radikal-islamischen Bewegung, die Ende der 1920er Jahre in Ägypten gegründet wurde, um die Kolonialherren zu vertreiben. Doch die «Frères» (Brüder), wie man sie in Frankreich und Belgien nennt, sind in Europa sehr aktiv. Imame, die der Ideologie der Muslimbruderschaft nahestehen, rufen Muslime zur Desintegration auf, und sie hetzen gegen Juden und Ungläubige.

Mit ihrer marokkanischstämmigen Kollegin Fadila Maaroufi hat Florence Bergeaud-Blackler die islamischen Parallelgesellschaften untersucht, die in den letzten Jahren in Frankreich und Belgien entstanden sind. Damit hat sich die 58-jährige Forscherin des staatlichen Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) viele Feinde gemacht. Seit sie im Januar ihr Buch «Le frérisme et ses réseaux» (der Frérismus und seine Netzwerke) veröffentlicht hat, erhält sie massive Drohungen. Denn sie zeigt auf, welche Strategien die «Frères» verfolgen, wie sie junge Frauen indoktrinieren und Städte wie Brüssel verändern.

Heruntergekommene Vorstädte voller Extremisten und verschleierter Frauen, Medien, die Hassprediger als Rassismuskörper präsentieren: In der israelischen Serie «Fauda» erscheint Brüssel wie ein Moloch, der den Kampf gegen den Islamismus verloren hat. Entspricht das der Realität?

Was die Sicht auf die belgische Polizei betrifft, ist die Serie sehr realistisch: Der Staat hat in Belgien weder die Mittel noch die Überzeugung, konsequent gegen Islamisten vorzugehen. Aber anders als suggeriert, wurde für «Fauda» nicht in Molenbeek gedreht, in diesem Brüsseler Stadtteil dominieren keine Hochhäuser, sondern klassische Wohnhäuser. In Brüssel tummeln sich alle Typen von Islamisten, vom Jihadisten, der Verbindungen ins Drogenmilieu hat, bis zum «soften» Muslimbruder, der als Lobbyist im Europaviertel verkehrt.

Von den Attentätern, die 2015 in Paris und 2016 in Brüssel über 160 Menschen getötet und Hunderte verletzt haben, kamen einige aus Molenbeek. Warum nimmt man das Problem in Belgien und anderswo nicht ernst?

Brüssel gehört zu den europäischen Städten, die am stärksten vom Frérisme unterwandert sind. Den Terrorismus nimmt man zwar ernst, aber man fällt auf all jene Frères herein, die mit legalen Mitteln kämpfen. Sie tragen Anzüge und bunte Hijabs und geben der angeblich islamophoben Gesellschaft in Europa die Schuld am Terrorismus. Aus ihrer Sicht haben sich die Europäer an ihre Auslegung des Islam anzupassen und nicht umgekehrt. Die Bevölkerung soll sich an ihre fundamentalistischen Normen gewöhnen, von Ess- und Beziehungsvorschriften bis zum Kopftuch. Im Gegensatz zu den Fréro-Salafisten geben sich diese Frères friedfertig, sie reden von Freiheit, Dialog und Diversity. Das macht sie als Partner attraktiv, besonders seit den Attentaten von 2015. Die Frères sagten damals: «Wir sind gegen Jihadismus, wir hindern junge Leute daran, sich dem IS anzuschließen. Deshalb brauchen wir finanzielle Mittel.»

Die Fréro-Salafisten versuchen die westlichen Gesellschaften mit Gewalt zu verändern. Was ist die Strategie der formell gemäßigten Muslimbrüder?

Im Gegensatz zu Islamisten in arabischen Ländern streben sie keinen gewaltsamen Staatsstreich an. Der Frérisme, den ich beschreibe, wurde ab den 1960er Jahren in westlichen Ländern entwickelt, von islamistischen Studenten und Flüchtlingen aus dem arabischen Raum, die sich damit abgefunden hatten, unter «Ungläubigen» zu leben. Da sie zu wenig stark sind, um die Scharia durchzusetzen, versuchen sie, die Gesellschaft Scharia-kompatibel zu machen: Sie soll die Geschlechtertrennung, die Unsichtbarmachung der Frauen und die religiöse, auf Separation ausgerichtete Erziehung von Kindern akzeptieren. Dazu infiltrieren sie Organisationen, sie versuchen, sich überall einzubringen und den Diskurs über den Islam zu bestimmen, in der Bildung, in Stiftungen, in der Polizei, in der Justiz, auch in den Parteien. Keine Brüsseler Partei kann Wahlen ohne Muslime gewinnen.

Das klingt so, als würden alle Muslime im Sinne der Frères stimmen.

Nicht unbedingt. Aber die Frères dominieren oft das religiöse Umfeld der Muslime, und sie impfen jenen, die sie nicht akzeptieren, Schuldgefühle ein. Sie sagen ihnen immer wieder, dass die Europäer sie hassten, und fordern sie auf, Parteien zu wählen, die gegen «Islamophobie» kämpfen. In Belgien etwa die Grünen oder in Frankreich La France insoumise. Jean-Luc Mélenchon wurde von 69 Prozent der muslimischen Wähler gewählt, auch weil er an islamistischen Demonstrationen teilnimmt und seine Partei mit Islamisten gemeinsame Sache macht.

Brüssel ist für die Muslimbruderschaft strategisch wichtig, weil es hier Hunderte Lobbys und Kommissionen gibt, mit denen sich die Politik beeinflussen lässt. Können Sie ein Beispiel nennen für den Einfluss der Frères?

Die EU hat gerade ein Projekt gegen «gegenderte Islamophobie» mit über 250 000 Euro unterstützt, in das zahlreiche Organisationen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft involviert sind, unter anderem aus Belgien. Ergebnis dieses Projekts ist ein Leitfaden für Medien, wie sie über muslimische Frauen zu berichten haben. Auch der Europarat unterstützt Kampagnen gegen «Islamophobie», hinter denen Organisationen wie

die fréristische Femyo oder die antirassistische Enar stehen, welche den Diskurs der Muslimbruderschaft verbreiten.

Gibt es denn keine Islamophobie?

Es gibt leider ordinären Rassismus, der sich gegen Migranten richtet. Wenn man die Islamophobie-Berichte genauer anschaut, sieht man jedoch, dass es meist um Islamistophobie geht und nicht um Islamophobie. Die meisten Menschen wollen sich nicht den Kopf abschlagen lassen, sie wollen nicht mit bärtigen Männern und verschleierten Frauen zusammenarbeiten, die ihnen das Gefühl geben, sie zu verachten. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie alle Muslime hassen. Sie lehnen diese intolerante und suprematistische Interpretation des Islam ab.

Warum werden islamistische Aktivisten von der EU oder auch dem Europarat in Strassburg unterstützt, wo ihre Verbindungen doch bekannt sind?

Vergessen Sie nicht, im Europarat sind auch Länder wie die Türkei vertreten, welche die Agenda der Muslimbruderschaft unterstützen. Was das Verhalten von EU-Politikern und -Beamten betrifft, bin ich etwas ratlos. Es gibt mittlerweile doch einige Studien und Geheimdienstberichte, die die ideologischen und personellen Verbindungen der Frères aufzeigen. Trotzdem arbeitet man mit ihnen zusammen. Es gibt Leute, die verführt und blind werden, wie in Paarbeziehungen, in denen sich ein Partner dominieren lässt von einem Perversen – und es nicht schafft, da herauszukommen. Die Frères sind sehr geschickt darin, Brüderlichkeit zu vermitteln. Sie wissen, wie sie reden müssen, und sie spielen mit der Faszination für das Orientalische.

Der Hijab ist kürzlich auch im Jugendkanal der deutschen Fernsehsender ARD und ZDF als Symbol der Freiheit, des Feminismus und des Antirassismus beworben worden. Wundert Sie das?

Viele glauben tatsächlich, das Kopftuch sei nur ein Kleidungsstück oder gar ein Symbol der Freiheit. Sie fallen auf das Marketing der Frères herein. Das gilt aber nicht nur für Medien und Politik. Am internationalen Frauentag hat man viele Plakate von Firmen gesehen, die mit verhüllten Frauen geworben haben. Das Kopftuch ist ein Symbol der Diversity, mit der man nach neoliberaler Logik Produkte vermarktet. Aber die Frères wollen keine Diversität, für sie gibt es Diversität nur unter der Scharia.

In Ihrem Buch schreiben Sie, die Frères trügen in Europa zu einer Orwellschen Postrealität bei. Wie meinen Sie das?

Ihr Diskurs passt sehr gut in eine Zeit, in der uns Aktivisten glauben machen wollen, ein Mann sei eine Frau oder dass man sich als Hase definieren kann, auch wenn man wie eine Kuh aussieht. Da passt es doch, wenn die Frères behaupten, ein Kopftuch, das viele Frauen tragen müssten, sei ein Symbol der Freiheit. Die Frères passen ihre Aussagen stets ihrem Publikum an. Nach aussen sagen sie: «Seht her, wie bunt wir sind, mein Kopftuch, meine Wahl.» In der Moschee sagen sie dann, dass «Freiheit» die Freiheit Gottes meine. Junge Frauen, die Werbung für die Verhüllung machen und sich stark schminken, werden von den Männern zurückgepfiffen und darüber aufgeklärt, dass dies eine nuttige Attitüde sei.

Sie forschen seit dreissig Jahren im Milieu der Muslimbruderschaft, haben in Bordeaux in Moscheen verkehrt und mit muslimischen Familien gearbeitet. Waren Sie schon immer derart kritisch?

Zuerst bin ich auf die Frères hereingefallen, wie viele andere auch. Ich dachte, man müsse ihnen zuhören, es seien Leute, die sich integrieren wollten. Erst nach einiger Zeit habe ich erkannt, dass ihre Handlungen nicht zu ihren Worten passen. Gilles Kepel war einer der Ersten, die über Islamismus geschrieben haben. Zuvor glaubte man, es gebe in Frankreich keine Islamisten. Es war tabu, darüber zu sprechen. Das taten nur Rechtsextreme wie Jean-Marie Le Pen, der einen antisemitischen, rassistischen Diskurs pflegte. Aus der Sicht der Universitäten gab es nur Migranten, die von der Mehrheitsgesellschaft unterdrückt werden. Man wollte nicht sehen, dass es solche gibt, die der Gesellschaft ihre Werte aufzwingen und sie verändern wollen.

Und wie haben die Frères auf Sie reagiert?

Zuerst wollten sie mich rekrutieren.

Sie scherzen!

Überhaupt nicht. Die Frères suchen Leute, die gut integriert sind, sie sind keine Sektierer, die einen vom eigenen Milieu entfremden. Im Gegenteil, sie wollen, dass man das eigene Milieu für sie öffnet. Sie wollen Kompetenzen und Wissen, Leute, die an Universitäten arbeiten. Das erlaubt ihnen, den Islam zu französisieren und ihren Diskurs zu intellektualisieren, etwa indem sie ihre Sprache mit postkolonialistischem Jargon anreichern. Als ich nicht konvertiert bin, mich nicht verhüllt habe und nicht geschrieben habe, was sie wollten, wurde ich in den Augen der Frères eine Feindin. Da hatte ich es schwieriger, Zugang zu Diskussionskreisen und Moscheen zu erhalten.

Islamismus ist in Belgien und Frankreich immer noch ein heikles Thema, besonders an den Universitäten. Studienautoren beschäftigen sich oft lieber mit «struktureller Diskriminierung» als mit der Erforschung von extremistischen Strukturen.

Bis 2015 war die Ablehnung an den Universitäten fast total. Vor allem Linke wollten das Problem oft nicht sehen. Dabei muss man nur die Vordenker lesen, auf die sich die Frères beziehen, Yusuf al-Karadawi, Hasan al-Banna, Said Qutb und so weiter. Dann sieht man, was sie wollen. Aber es war wie bei Erdogan: Den hat man lange als islamistischen Demokraten missverstanden, als muslimischen Christlichdemokraten. Das sagten Leute, die sich nicht mit dieser Ideologie beschäftigt hatten und bloss Phrasen verbreiteten.

Forscher, die sich an den Universitäten mit Islamismus befassen, werden häufig angefeindet. Ihr pensionierter CNRS-Kollege François Burgat wirft Ihnen vor, Verschwörungstheorien zu verbreiten, die Reinheit der Nation zu beschwören und sich einer «antisemitischen Rhetorik» zu bedienen.

Burgat ist für die Frères seit Jahren ein Bruder im Geiste. Er verteidigt sie bei jeder Gelegenheit. Dass er Kritik am Islamismus der Frères mit einem rassistischen, islamophoben Diskurs gleichsetzt, ist ein klassischer Trick. Islamisten und ihre Verteidiger versuchen seit Jahrzehnten, sich die Geschichte des Antisemitismus anzueignen. Sie behaupten, Islamophobie sei der neue Antisemitismus, um sich selbst als Unterdrückte darzustellen. Dass man mir Rassismus vorwirft, bin ich gewohnt, obwohl ich überhaupt nicht rassistisch bin. Aber dass es diesmal so heftig wird, mit Morddrohungen und dergleichen, überrascht mich.

Wenn man Ihnen zuhört, erhält man den Eindruck, dass sich der Frérisme in Europa fest etabliert hat. Wie kann man ihn bekämpfen?

Er kann nur bekämpft werden, wenn wir verstehen, wie die Frères funktionieren. Es bringt nichts, sie zu verachten. Wir müssen sie verstehen, um sie nicht zu füttern, ihre Projekte zu alimentieren. Wir müssen uns deindoktrinieren, unseren Kindern beibringen, dass sie nicht schuld am Kolonialismus sind und dass man religiöse Fanatiker nicht lieben muss. Solange die EU Millionen Euro in toxische Projekte steckt und Kritiker dieser Politik als Verschwörungstheoretiker beschimpft werden, bin ich nicht sehr optimistisch. Darum habe ich mein Buch geschrieben: Es zeigt, dass die Frères einen Plan haben, den man ernst nehmen muss.

**Florence Bergeaud-Blackler: Le Frérisme et ses réseaux. L'enquête. Vorwort von Gilles Kepel. Verlag Odile Jacob, Paris 2023. 400 S., € 24.90.**



28 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/tunesien-ist-das-neue-sorgenkind-der-eu-ld.1732266>

## Tunesien ist das neue Sorgenkind der EU

Tunesien war einmal der Demokratie-Leuchtturm der arabischen Welt. Inzwischen fürchtet die EU den wirtschaftlichen Absturz des Landes und eine neue Flüchtlingskrise. Dabei flossen in den letzten Jahren viele Milliarden als Entwicklungshilfe nach Tunis.

Daniel Steinvorth, Brüssel

28.03.2023, 05.30 Uhr



Migranten aus Subsahara-Afrika demonstrieren vor dem UNHCR-Hauptgebäude in Tunis gegen die Anfeindungen in dem nordafrikanischen Land. Imago

Vor der Küste Tunesiens nimmt das Sterben derzeit kein Ende. Mindestens 29 afrikanische Migranten kamen bei zwei Bootsunglücken allein am Sonntag ums Leben. Sie hatten sich nahe der tunesischen Stadt Sfax auf den Weg gemacht und planten, die italienische Insel Lampedusa zu erreichen. [Es war, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet](#), bereits der vierte Tag in Folge, an dem die tunesische Küstenwache Dutzende von Leichen aus dem Wasser zog.

Wegen seiner Nähe zur europäischen Aussengrenze ist das kleine Mittelmeerland seit Jahren ein wichtiges Transitland für Migration. Nur etwa 190 Kilometer trennen die Küstenstadt Sfax von Lampedusa. Noch nie aber sollen sich von hier aus so viele Menschen in eines der völlig überfüllten Schlauchboote begeben haben, um in Europa ihr Glück zu suchen, wie in diesem Jahr. Nach Angaben der Vereinten Nationen riskierten in den letzten drei Monaten 12 000 Migranten die gefährliche Überfahrt, [während es im gleichen Zeitraum des letzten Jahres nur 1300 waren](#).

### «Beispiellose Migrationswelle»

Könnten es demnächst noch mehr werden? Sie sehe in Tunesien die Gefahr einer «beispiellosen Migrationswelle», sagte die Italienerin Giorgia Meloni vergangene Woche. Die Ministerpräsidentin hatte das Thema am Brüsseler EU-Gipfel angesprochen, um ihre Kollegen vor einem weiteren instabilen Land in Europas Nachbarschaft zu warnen. Für die Rechtsausenpolitikerin, die sich geschworen hat, hart gegen die illegale Migration auf dem Seeweg vorzugehen, [sind die Bilder toter Bootsflüchtlinge ein Debakel](#).

Noch drastischer hatte sich zuvor der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell geäußert. «Wenn Tunesien wirtschaftlich oder sozial zusammenbricht, werden wir in eine Situation geraten, in der neue Migrantenströme nach Europa kommen werden», prophezeite Borrell gegenüber Journalisten. Man müsse sich auf einen «Zusammenbruch» des wirtschaftlich angeschlagenen Landes einstellen, wenn es der Regierung in Tunis nicht gelinge, sich mit dem Internationalen Währungsfonds auf einen Kredit zu einigen, so Borrell.

Ist Nordafrikas früherer Musterschüler Europas neuestes Sorgenkind? Schon seit Monaten kämpft das Land mit einer schweren Wirtschaftskrise, die sich zunächst durch die Pandemie, dann durch den Ukraine-Krieg verschärft hatte – und auf die der zunehmend autoritär herrschende Präsident Kais Saied keine Antworten

findet. Inzwischen liegt die Staatsverschuldung bei über 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts, [die Verhandlungen mit dem Währungsfonds kommen nicht vom Fleck](#). Viele Tunesierinnen und Tunesier sehen keine Perspektiven mehr und verlassen ihre Heimat, gut ausgebildete Leute folgen dem Ruf westlicher Unternehmen.

### **Druck auf Oppositionelle, Hass auf Schwarze**

Saied, 2019 mit grosser Mehrheit ins Amt gewählt, verhängte im Juli 2021 den Ausnahmezustand, setzte die Gewaltenteilung ausser Kraft, entliess den Ministerpräsidenten, [legte die Arbeit des Parlaments auf Eis und löste es schliesslich auf](#). De facto schaffte der konservative Populist in kürzester Zeit quasi alle demokratischen Errungenschaften in dem Mutterland des Arabischen Frühlings ab. Oppositionelle, längst nicht nur islamistische, wurden in Polizeigewahrsam genommen.

Dieses Abdriften in die Autokratie fiel einigen Europaabgeordneten und Menschenrechtsgruppen frühzeitig auf. [2021 forderte das EU-Parlament den Präsidenten in einer Resolution dazu auf, zur Demokratie zurückzukehren](#). Die Haltung der Mitgliedstaaten und der Brüsseler Kommission blieb jedoch wohlwollend gegenüber Saied. Noch im Frühjahr 2022 versprach der für die Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissar Oliver Varhelyi, Tunesien weitere 450 Millionen Euro an Budgethilfe zukommen zu lassen.

Im Februar machte Saied schliesslich mit [rassistischen Äusserungen über «Horden» irregulärer Migranten aus Subsahara-Afrika](#) von sich reden. Die Schwarzafrikaner seien Teil einer Verschwörung, die Tunesiens arabisch-muslimische Identität bedrohe, raunte er, um vom eigenen politischen Versagen abzulenken. Tausende Migranten waren nach seinen Worten mit gewaltsamen Vertreibungen und Angriffen konfrontiert. Und viele von ihnen, auch solche, die schon länger im Land lebten, entschlossen sich zur Flucht. Doch es sind auch junge Tunesier, die wegen der Hoffnungslosigkeit Reissaus nehmen.

### **«Too big to fail»?**

Für die EU, die das Land seit dem Umbruch im Jahr 2011 mit Milliardenhilfen unterstützt, ist die Entwicklung ein Fiasko. Denn von nachhaltigen Ergebnissen ist bei der Förderung von Demokratie, Marktwirtschaft und verantwortungsvoller Staatsführung im kleinsten Maghrebstaat wenig zu sehen. [Allein zwischen 2014 und 2020 zahlte Brüssel Tunis über 1,6 Milliarden Euro an Zuschüssen](#); daneben erhielt das Land zwei Darlehen in Höhe von 800 Millionen Euro. Die Mitgliedstaaten leisten weitere Finanzhilfen, allein aus Deutschland kam seit 2011 schätzungsweise eine Milliarde Euro aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit.

Dass die Europäer bereits so viel Geld investiert haben, ist für Alexander Knipperts, den Leiter der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung in Tunis, ein gewichtiger Grund, Tunesien nicht fallenzulassen. «Niemand will, dass das letzte Land der Arabellion abgleitet», sagt er. Knipperts will aber nicht nur schwarzsehen. Es herrschten im regionalen Vergleich immer noch ein hohes Mass an Meinungsfreiheit im Land und keine autoritäre Verfestigung wie unter dem gestürzten Diktator Ben Ali.

War die EU also zu naiv? Auf jeden Fall gingen Brüssel und viele Mitgliedstaaten wohl zu nachsichtig mit der mangelnden Reformbereitschaft vieler tunesischer Entscheidungsträger um, [wie die Bertelsmann-Stiftung 2022 in einer Studie festhielt](#). Man habe befürchtet, dass das Knüpfen an Bedingungen die Fragilität der einzigen arabischen Demokratie verstärken und die EU dadurch gegenüber anderen Mächten an Einfluss verlieren könnte. Womöglich habe die EU aber auch den Einfluss finanzieller Anreize überschätzt. Trotzdem: Weil ihre Priorität derzeit auf der Eindämmung der irregulären Migration liegt, wird sie Tunis wohl wieder mit Geld locken müssen.

28 mars 2023 (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/migration-nach-europa-die-angst-dass-tunesien-kollabiert-18780066.html>

MIGRATION NACH EUROPA:

## Die Angst, dass Tunesien kollabiert

VON [HANS-CHRISTIAN RÖSSLE](#), MADRID

-AKTUALISIERT AM 27.03.2023-21:56



Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara demonstrieren vor dem Sitz der Internationalen Organisation für Migration in Tunis.

**Die Wirtschaftskrise in Tunesien verschärft sich. Aber Präsident Saïed unterschreibt einen Kreditvertrag mit dem Internationalen Währungsfonds nicht. Immer mehr Menschen verlassen das Land. In Europa wächst die Sorge.**

Die vielen Toten und Vermissten schrecken nicht ab. Auch die tunesischen Sicherheitskräfte können die Migranten nicht aufhalten. Fast 14.000 Menschen aus [Tunesien](#) und anderen afrikanischen Staaten fing die Polizei schon seit Jahresbeginn ab, bevor sie sich in eines der Boote nach Italien setzen konnten, wie das „Tunesische Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte“ (FTDES) berichtet. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren es demnach 2900.

**Es sei kaum möglich, die Zahl der Ertrunkenen und Verschwundenen der vergangenen tragischen Woche zu beziffern**, schreibt der FTDES-Sprecher Romdhane Ben Amor bei Facebook. Die meisten seien zuletzt aus Staaten südlich der Sahara gekommen. Die Schuld gibt er der europäischen Migrationspolitik und zum Teil auch dem tunesischen Präsidenten [Kaïs Saïed](#). Dessen im Februar verkündete „Maßnahmen gegen Subsahara-Afrikaner haben die Krise noch vertieft“, schreibt Ben Amor.

Der tunesische Staatschef hatte damals „Horden illegaler Einwanderer“ für Gewalt und Verbrechen verantwortlich gemacht, es kam zu Massenfestnahmen und rassistisch motivierten Übergriffen, die zu einer regelrechten Flucht afrikanischer Migranten führte. Allein die Botschaft der Elfenbeinküste hat laut Presseberichten schon mehr als tausend Staatsangehörige in das westafrikanische Land zurückgebracht, 1800 weitere sind für eine Rückreise registriert.

### Selbst die obere Mittelschicht will weg

Viele der mehr als 20.000 Afrikaner, die in Tunesien leben, wollten ursprünglich weiter nach [Europa](#), blieben aber dann dort. Wie groß ihr Anteil unter denjenigen ist, die nun nach Italien aufbrechen, lässt sich nicht genauer feststellen. **Den größten Teil machen weiterhin die Tunesier aus. „Die wirtschaftliche Lage wird immer schlimmer. Die Perspektivlosigkeit nimmt zu, sodass auch für die**

obere Mittelschicht die Ausreise eine Option wird“, sagt Johannes Kadura, der in Tunis das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.

Die **EU** und die **Vereinigten Staaten** halten die Lage in dem nordafrikanischen Land für sehr **bedenklich**. „Wenn das Land wirtschaftlich oder sozial zusammenbricht, werden neue **Migrantenströme nach Europa kommen**“, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. Der amerikanische Außenminister Anthony Blinken warnte davor, dass die tunesische Wirtschaft Gefahr laufe, „ins Bodenlose zu fallen“, sollte nicht bald eine Einigung mit den internationalen Gebern zustande kommen.

Paris und Rom wollen europäische Hilfsinitiative

Die Regierung in Tunis wies diese Äußerungen empört als „unverhältnismäßig“ zurück und rühmt lieber die „Widerstandsfähigkeit des tunesischen Volkes“. Ende 2022 schien **der neue überlebenswichtige Kredit in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar des Internationalen Währungsfonds** (IWF) in trockenen Tüchern zu sein. Doch die Regierung ist bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in Verzug geraten, besonders bei der Verringerung der Treibstoffsubventionen und dem versprochenen Gesetz über Unternehmen mit staatlicher Beteiligung.

**Der mächtige Gewerkschaftsverband UGTT lehnt die Reformen und Kürzungen ab**. Präsident Saïed macht keine Anstalten, den Vertrag mit dem IWF zu unterzeichnen. Jetzt versuchen Frankreich und Italien, mit einer europäischen Initiative zu helfen. **Es müsse „sehr kurzfristig gelingen, die Migrationströme aus Tunesien zu stoppen**“, sagte der französische Präsident Emmanuel Macron.

Paris stellt 250 Millionen Euro bei einem Abschluss des IWF-Abkommens in Aussicht. Italien regte an, Saudi-Arabien könnte helfen. **Die tunesische Zeitung „Achourouk“ kritisierte, Europa wolle das Land weniger vor einem Bankrott bewahren, als viel mehr dazu bewegen wolle, die Migranten aufzuhalten. Aber Tunesien sei nicht „der Gendarm des Mittelmeers“.**

28 mars 2023 (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/volksentscheid-in-berlin-zum-klimaschutz-nicht-ohne-den-buerger-18780247.html>

ABSTIMMUNG IN BERLIN:

## Klimaschutz? Nicht ohne das Volk!

EIN KOMMENTAR VON [REINHARD MÜLLER](#)

-AKTUALISIERT AM 28.03.2023-06:13



Mitglieder des Bündnisses „Berlin 2030 Klimaneutral“ reagieren auf das Scheitern des Volksentscheids. Bild: dpa

Wer mehr Klimaschutz will, der muss überzeugen. Es gibt kein Recht auf zivilen Ungehorsam. Wer das nicht begreifen will, der muss gestoppt werden.

Ja zum Klimaschutz – wer sagt das eigentlich nicht? Spannend wird es, wenn es konkret wird. So hat im Berliner [Volksentscheid](#) immerhin eine Mehrheit dafür gestimmt, dass die Hauptstadt sich dazu verpflichtet, schon im Jahr 2030 (statt 2045) klimaneutral zu sein. Auch die Beteiligung war durchaus nicht unbeträchtlich.

Aber das Quorum, das es für Wahlen nicht gibt, ist verfehlt worden. Bemerkenswert viele haben auch ausdrücklich mit Nein gestimmt – anstatt einfach diesem Volksentscheid fernzubleiben, für den mit erheblichen Mitteln geworben worden war.

### Zu welchem Preis?

Die Regierende Bürgermeisterin, die mit der CDU Koalitionsverhandlungen führt, hat ihr Bekenntnis zum Klimaschutz abermals bekräftigt. Es ist ihr ja auch unbenommen, gemeinsam mit der Union noch viel früher ein klimaneutrales Berlin zu erreichen.

Aber wie – und zu welchem Preis? Kein Wunder, dass Giffey wie auch die hauptberuflichen Klimaaktivisten recht vage bleiben. Die Durchhalteparole, man werde sich von Kritikern und Nörglern nicht aufhalten lassen, deutet an, warum der Volksentscheid scheiterte, und zeigt die Hürden der Zukunft.

In der Demokratie geht letztlich nichts ohne das Mandat der Bürger. Dafür muss man überzeugen. Natürlich kann auch jeder den Rechtsweg beschreiten. Aber es gibt im Rechtsstaat kein Recht auf zivilen Ungehorsam oder gar Widerstand. Wer das nicht begreifen will, der muss gestoppt werden – aus Verfassungsgründen.

28 mars 2023 (NYT)

<https://www.nytimes.com/2023/03/27/world/europe/germany-chips-subsidies.html>

## Germany Wants More Chip Makers, but They Won't Come Cheap

The global competition to attract semiconductor companies is expected to cost Berlin billions. Some wonder if it's a good use of money.



A site in Magdeburg, Germany, where Intel will build its first European semiconductor factory, with a government subsidy of about \$7.5 billion. Credit...Katrin Streicher for The New York Times

By [Melissa Eddy](#)

Reporting from Berlin

March 27, 2023

Intel, the Silicon Valley chip-making giant, paved the way last year when it picked the eastern German city of Magdeburg as the site for its first semiconductor factory in Europe, pledging to invest 17 billion euros (about \$18.3 billion) — provided that Berlin throw in nearly €7 billion in subsidies.

Wolfspeed, a North Carolina-based maker of silicon carbide chips used in electric cars, decided last month that southwestern Germany would be the perfect place for it to invest €2.5 billion to build its first European factory. Again, the agreement was contingent on hundreds of millions more from the government.

Infineon, Germany's largest chip maker, is looking to add two plants at its manufacturing site in Dresden, spending €5 billion, but it wants the government to cover about a fifth of that.

Each of the projects promises to help ease the shortages of microchips that German industries have faced since the pandemic and create thousands of jobs, fueling an ecosystem that could bolster the economy for decades. For the chip makers, Germany offers a location in the heart of Europe near many of their customers, including the country's €410 billion auto industry.

But each project is also conditional on millions, if not billions, in government subsidies. Germany and the European Union find themselves in competition with the United States and other countries seeking the security of a robust domestic chip industry. Dangling bountiful subsidies and other benefits is the price for landing these companies.

Image



Marking Wolfspeed's plans for a chip factory on the site of a former power plant in Saarland were, from left, Holger Klein, who runs ZF, a car-parts manufacturer; Anke Rehlinger, the leader of Saarland; Chancellor Olaf Scholz; Gregg Lowe, chief executive of Wolfspeed; and Economy Minister Robert Habeck. Credit... Thilo Schmuellen/Reuters

Handing out subsidies is complicated in the European Union, because Brussels strictly controls such aid to avoid distortions within its single market. The assistance for these chip makers will be financed by the national and regional governments, as well as E.U. funds to stimulate investment.

The pots of public money being lavished on these companies reflect the critical need for their tiny slivers of silicon, which are essential for an endless list of modern devices, including cars, refrigerators and military equipment.

“The shift toward electric vehicles is highly dependent on semiconductors. The shift toward renewable energy is also highly dependent on semiconductors,” said Thomas Kirschstein, an expert on electronics and microchips with Roland Berger, a consulting firm. “All of the megatrends that you have in the world rely on semiconductors to produce the end product.”

Right now, German companies rely on factories in Taiwan and North America for most of their microchips, a potential national security threat.

Image



An Infineon plant in Villach, Austria. The German chip maker wants the government to cover about a fifth of the cost of adding two plants in Dresden. Credit... Alexandra Schwarz-Goerlich/Reuters

The Economy Ministry has not commented on how much it is willing to spend on individual production sites, but has already pledged billions that require approval by the European Union as part of the proposed E.U. Chips Act. National governments are still negotiating that €42 billion program, one of several existing or proposed large-scale investment funds set up to attract more technology manufacturing to the European Union's 27 countries.

But critics warn that even the enormous European pledges pale next to efforts in the United States, which has its own [CHIPS Act](#) and is offering at least [\\$76 billion in grants, tax credits and other subsidies](#) to encourage domestic chip production. Some in Germany have questioned the wisdom

of lavish public spending on companies with healthy earnings, in an age of stubbornly high inflation and high interest rates.

## The Global Race for Computer Chips

- **CHIPS Act:** The sprawling new program for the semiconductor industry is foremost about national security, but it will try to advance other priorities as well. [Here's what the program aims to do and how it will work.](#)
- **Federal Aid:** The [policy conditions](#) the Biden administration has attached to \$40 billion in new subsidies for U.S. chip makers is a bet on the [power of the federal government to transform private industry.](#)
- **Arizona Factory:** [Internal doubts are mounting](#) at Taiwan Semiconductor Manufacturing Company, the world's biggest maker of advanced chips, over its investment in a [new factory in Phoenix.](#)
- **A Ramp-Up in Spending:** Amid a [tech cold war with China](#), U.S. companies have [pledged nearly \\$200 billion](#) for chip manufacturing projects since early 2020. But the investments have limits.

“Why don't we let the Americans subsidize the chip production and we could just buy cheap chips from them?” asked Reint Gropp, an economist who is president of the Halle Institute for Economic Research.

Others suggest that the U.S. approach, such as the Inflation Reduction Act, which encourages billions of dollars in clean-energy investment, could be a model for Europe.

“With the I.R.A., the Americans are showing the E.U. how it can be done,” said Siegfried Russwurm, president of the German industrial lobby association, B.D.I.

Image



A Frankfurt charging station for electric vehicles. The European Union has a goal of net-zero carbon emissions by 2050. Credit...Felix Schmitt for The New York Times

The push to expand semiconductor production is also about Germany's race to meet the European Union's goal of net-zero carbon emissions by 2050. That means replacing fossil fuels with renewable energy generated by chip-hungry devices, such as wind turbines.

Symbolically, the Wolfspeed facilities will be built on the site of a shuttered coal-fired power plant in Saarland, a center of coal mining for hundreds of years.

“Some people speak nostalgically of the good old days,” Chancellor Olaf Scholz said in announcing the project last month. “But, ladies and gentlemen, the fact that the good old days are over does not mean that a good new era cannot dawn.”

Part of that new era, its supporters say, will mean capitalizing on the skills of the many experienced and highly trained engineers and workers in the region. The European Union is the world's third-largest economy, after the United States and China, but accounts for only about 10 percent of the



global chips market. The E.U. Chips Act has a goal of bringing at least 20 percent of the world's microchip production into the bloc by the end of the decade.

Others argue that even if microchips are produced locally, they require imported raw materials. China dominates the processing of rare earth minerals, which are essential to chip manufacturing.

“You know, if we really wanted to be independent of Taiwanese production, then we need to have the whole supply chain here — not just the production but the rare earths that go into them,” Mr. Gropp said.

Image



The site of the defunct Saarland plant, in the city of Ens Dorf, where Wolfspeed is getting German subsidies to build a chip factory. Credit... Felix Schmitt for The New York Times

Germany is also facing not having enough young people entering skilled jobs, especially in mechanical and automotive engineering, electrical engineering, and software development and programming — exactly the employees needed in the microchip industry.

Plans are in the works to revamp German immigration laws to attract more talent, but that might not be soon enough.

“Firms that already exist have real trouble finding skilled labor,” Mr. Gropp said. “Do we want to make that even worse and put those firms that didn’t benefit from the subsidies out of business?”

The city of Magdeburg saw the situation differently. Home to a number of technology research centers and a university with a long tradition of engineering, it lost most of its heavy industry — and those jobs — after German reunification in 1990. The new Intel site is expected to hire about 3,000 permanent employees.

Attracting a company that draws on the skill sets in the region could help ensure the area’s future, said Sandra Yvonne Stieger, deputy mayor of Magdeburg, who helped negotiate the Intel deal.

Image



Saarland has been a center of coal mining for centuries. Credit...Felix Schmitt for The New York Times

“R.&D. is the keyword, and we Europeans are really good at that,” Ms. Stieger said in an interview. “We should stay focused on that advantage and not squander it.”

But it appears that the billions in government subsidies promised for Intel may not be enough. Even as trucks began preparing its site for construction, Intel was seeking several more billions in government support, [German media reported](#).

A spokeswoman for Intel, Lisa Malloy, confirmed that the company was speaking with officials in Berlin, as it contended with a jump in the cost of energy and construction materials since it signed the agreement last year. But she insisted that the project was moving ahead.

“We appreciate the constructive dialogue with the federal government to address the cost gap that exists with building in other locations and make this project globally competitive,” Ms. Malloy said. While economists question how much is too much to invest for chip production, Ms. Stieger said that in Magdeburg, the calculation was clear: “If we want to attract the kind of high-quality production that depends on such research, I believe that we have to use financial support to do so.”  
Image



Sandra Yvonne Stieger, deputy mayor of Magdeburg, at the Intel site. Credit...Katrin Streicher for The New York Times

28 mars 2023 (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/americans-pull-back-from-values-that-once-defined-u-s-wsj-norc-poll-finds-df8534cd?mod=hp\\_lead\\_pos9](https://www.wsj.com/articles/americans-pull-back-from-values-that-once-defined-u-s-wsj-norc-poll-finds-df8534cd?mod=hp_lead_pos9)

## America Pulls Back From Values That Once Defined It, WSJ-NORC Poll Finds

**Patriotism, religion and hard work hold less importance**



*Some 38% of poll respondents said patriotism was very important to them, down sharply from prior years.*

PHOTO: DAVID GOLDMAN/ASSOCIATED PRESS

By [Aaron Zitner](#)

March 27, 2023 5:30 am ET

Patriotism, religious faith, having children and other priorities that helped define the national character for generations [are receding in importance to Americans](#), a new Wall Street Journal-NORC poll finds.

The survey, conducted with NORC at the University of Chicago, a nonpartisan research organization, also finds the country sharply divided by political party over social trends such as the push for [racial diversity in businesses](#) and the use of [gender-neutral pronouns](#). Some 38% of respondents said patriotism was very important to them, and 39% said religion was very important. That was down sharply from when the Journal first asked the question in 1998, when 70% deemed patriotism to be very important, and 62% said so of religion.

The share of Americans who say that having children, involvement in their community and hard work are very important values has also fallen. Tolerance for others, deemed very important by 80% of Americans as recently as four years ago, has fallen to 58% since then.

Bill McInturff, a pollster who worked on a previous Journal survey that measured these attitudes along with NBC News, said that “these differences are so dramatic, it paints a new and surprising portrait of a changing America.” He surmised that “perhaps the toll of our

political division, Covid and the lowest economic confidence in decades is having a startling effect on our core values.”

A number of events have shaken and in some ways fractured the nation since the Journal first asked about unifying values, among them the Sept. 11, 2001, terrorist attacks, the financial crisis of 2008 and subsequent economic downturn and the rise of former President [Donald Trump](#).

The only priority the Journal tested that has grown in importance in the past quarter-century is money, which was cited as very important by 43% in the new survey, up from 31% in 1998.

Aside from money, all age groups, including seniors, attached far less importance to these priorities and values than when pollsters asked about them in 1998 and 2019. But younger Americans in particular place low importance on these values, many of which were central to the lives of their parents.

Some 23% of adults under age 30 said in the new survey that patriotism was very important to them personally, compared with 59% of seniors ages 65 or older. Some 31% of younger respondents said that religion was very important to them, compared with 55% among seniors.

Only 23% of adults under age 30 said that having children was very important.

To Kevin Williams, a commercial and residential painter in Bend, Ore., many of these values are linked. Mr. Williams, 33 years old, said he thought that patriotism is declining as a civic value in tandem with rising individualism, a sense of entitlement among many people and a decline in community involvement, possibly because of people focusing on their own racial or cultural backgrounds rather than what Americans have in common.

“I think patriotism encompasses being part of your community and helping other Americans,” said Mr. Williams, who said he coaches youth sports and volunteers with a group that provides security at protests and rallies.

Mr. Williams said that, as a middle-school student at the time of the Sept. 11, 2001, attacks, he knew then that he would join the military. “I just felt that I wanted to do my part to protect my country,” said Mr. Williams, who supported former President Donald Trump’s two White House campaigns. He eventually served four years in the Marines.



***Poll respondents Janet Boyer, Kevin Williams and Elana Reiser.***

PHOTO: RON BOYER; KEVIN WILLIAMS; MICHAEL J. EPSTEIN

To Janet Boyer, a former Pentecostal minister who lives in Cumberland Township in Southwestern Pennsylvania’s coal country, patriotism has taken on a political sheen and is no longer important to her. “For me, patriotism has turned into right-wing nationalism,” said Ms. Boyer, who backed President Biden in 2020.

Political divisiveness also weighs on her. “Back in the day, Republicans and Democrats had a sense of deference to one another,” said Ms. Boyer, 52, a self-help author and jewelry designer. “They didn’t act like they were in a schoolyard trying to be vengeful and reactive.”

Asked what values unite the nation, Elana Reiser, 43, of Brookhaven, N.Y., pointed to economic opportunity. “No matter your starting point, you can always become successful,” she said.

Some 21% in the survey said that America stands above all other countries in the world, a view that some call American exceptionalism. Half said that America is one of the greatest countries, along with some others. The share who said other countries are better than the U.S. rose to 27%, up from 19% when the same question was asked in 2016.

Ms. Reiser said that, as a university math teacher, she knows that other countries rank higher on tests of math performance. She said longer vacations and maternal leaves in some European countries mean they have a better quality of life. “In America, you basically have to work your whole life, and you don’t get breaks,” she said.

Jennifer Benz, vice president of public affairs and media research at NORC, said that views in the survey might have been colored by [the downbeat economic outlook](#) that the poll also found. “People are just sort of down on everything about the country,” she said. The survey found sharp differences by political party on social issues that have gained prominence.

It asked whether society had gone far enough—or had gone too far—when it comes to businesses taking steps to promote racial and ethnic diversity. Just over half of Republicans

said society had gone too far, compared with 7% of Democrats. Some 61% of Democrats said diversity efforts hadn't gone far enough, compared with 14% of Republicans.

Three quarters of Republicans said society had gone too far in accepting people who are transgender, while 56% of Democrats said society hadn't gone far enough.

Overall, 63% of people in the survey said that companies shouldn't take public stands on social and political issues, while 36% of people said companies should take such stands. Among Republicans, 80% opposed companies doing so, while 56% of Democrats favored the idea.

Half of people in the survey said they didn't like the practice of being asked to use gender-neutral pronouns, such as "they" or "them," when addressing another person, compared with 18% who viewed it favorably. Some 30% of respondents under age 35 viewed the practice favorably, compared with 9% of seniors.

The Journal-NORC survey polled 1,019 people from March 1-13, mostly online. The margin of error was plus or minus 4.1 percentage points.

Differences in how the new poll and prior surveys were conducted might account for a small portion of the reported decline in importance of the American values tested. Prior surveys, conducted for the Journal and NBC News, used live interviewers to reach people by phone.

28 mars 2023 (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/europe-backtracks-on-its-gas-car-ban-internal-combustion-engines-2035-european-union-7d67cbc2?mod=hp\\_opin\\_pos\\_5#cxrecs\\_s](https://www.wsj.com/articles/europe-backtracks-on-its-gas-car-ban-internal-combustion-engines-2035-european-union-7d67cbc2?mod=hp_opin_pos_5#cxrecs_s)

## Europe Backtracks on Its Gas-Car Ban

Will California and other progressive states now recognize reality?

By [The Editorial Board](#)

March 27, 2023 6:31 pm ET



*Vehicles on a motorway in Belgium.*

PHOTO: ANP/ZUMA PRESS

The implausibility of a net-zero carbon energy future is becoming so obvious that even Europeans are starting to notice. Witness the weekend decision to step back from the ban on internal-combustion automobile engines that the European Union had intended to implement by 2035.

The eurocrats in Brussels had formulated the ban as part of their plan to reach net-zero carbon-dioxide emissions by 2050. But what regulators imagine would replace conventional engines remains a mystery. Battery technologies don't exist to replace fossil fuels in driving distance or ease of refueling, and no one can say if or when such batteries will materialize. EVs also need subsidies for consumers and for production across the supply chain to be profitable, as we reported last week.

Electric vehicles also require rare-earth minerals often sourced from dirty mines in China. They're only as green and affordable as the electricity used to charge them. In Europe that means coal-fired power for which consumers pay a huge price owing to the costs of forcing intermittent renewables such as wind and solar into the grid.

For these reasons plus a strong dose of old-fashioned commercial self-interest, Germany's auto industry objected to the ban on internal-combustion engines, and it's good someone

**did.** Resistance from Berlin and several other European governments has forced Brussels into all but abandoning its engine ban.

Consumers will be allowed to buy internal-combustion autos as long as those cars can run on **synthetic fuels**, which are fuels made from captured carbon or renewable energy. Brussels still seems to hope that these cars will run only on such “e-fuels” by that deadline. **But doubts about the technological feasibility of that pledge may explain why environmental groups were aghast at the weekend decision.**

**The usual suspects complain that this is another earth-destroying crony gift from Berlin to its auto industry—as if there’s no cronyism or corporate welfare involved in subsidizing electric vehicles that carry their own high environmental costs.** The reality is that the big winners are consumers, who will enjoy a wider range of motors and fuel types with which to balance their mobility needs and their green aspirations.

That’s a luxury consumers won’t enjoy in California, Oregon and Washington state, where bans on new cars with internal-combustion-engines remain on the books for 2035. You know your state capital has taken a wrong turn when your lawmakers would do well to learn a lesson from Brussels.



28 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/middle-east-and-africa/2023/03/27/binyamin-netanyahu-has-lost-his-aura-of-invincibility>

People power and populism

## Binyamin Netanyahu has lost his aura of invincibility

Mass protests halt the Israeli prime minister's plans to curb judicial independence



Mar 27th 2023 | JERUSALEM

Israel's prime minister, Binyamin Netanyahu, was for many years seen as one of the most gifted politicians of his time. **His ability to keep winning elections, becoming Israel's longest-serving prime minister, earned him the nickname "The Magician"**. His tenacity—Mr Netanyahu fought five elections in four years in a bid to win a solid majority—was rewarded last year when he returned to office, after a year and a half in opposition, at **the head of a coalition of religious zealots, Jewish supremacists and homophobes**. **Yet his panicked actions over the past few days suggest he has lost his political touch, and with it the aura of invincibility that has made him such a formidable politician for the best part of three decades.**

**The bargain Mr Netanyahu struck last December with religious and right-wing parties included a pledge to weaken the powers and independence of the Supreme Court.** Many on the right object to unelected judges, whom they see as intent on thwarting the will of elected politicians. **Yet for the past 12 weeks Israelis have come onto the streets to protect judicial independence.** Their numbers have grown steadily. **The demonstrations, by mainly secular Israelis,** intensified in recent days as Mr Netanyahu's government tried to push through its legislation before April 2nd, when the Knesset (parliament) enters recess for about a month.

Crucial to the protest movement too are **the thousands of pilots and officers, many in elite military reserve units, who are threatening not to report for service.** They have declared in petitions that they will not "serve a dictatorship", creating potential problems for the Israeli army, which relies heavily on its reserves. The security chiefs complain this is making it difficult for them to confront escalating violence on the Palestinian front in the occupied West Bank, as well as more distant threats from Iran and its proxies in the region. The issue came to a head on March 25th when the defence minister, Yoav Galant, publicly warned that tensions over the judicial reforms were affecting the defence force and security agencies. **"This poses a clear, immediate, and tangible threat to the security of the state," he said.**

**A day later Mr Netanyahu fired him—in what may well have been the biggest political misstep of his career.** Rather than take the advice of allies and ministers within his Likud party to pause the legislation and seek compromise, he seems to have been more concerned about losing the support of the far-right and ultra-religious parties in his coalition, whose backing he needs to stay in government. Within hours of his sacking of Mr Galant, Israelis again began pouring onto the streets, besieging Mr

Netanyahu's home in Jerusalem and blocking main roads in Tel Aviv. **The following morning the trade unions and the country's main employers announced a general strike that shut ports, grounded flights at the main airport and brought much of the country to a halt. By then it was clear that the game was up.**

**In the evening of March 27th Mr Netanyahu backed down, announcing a "timeout" for negotiations over the legislation. Yet again instead of calming tempers he inflamed them,** spluttering that "there are a minority of extremists that are willing to tear our country to shreds...escorting us to civil war and calling for refusal of army service, which is a terrible crime."

A senior official in his government argues that **these talks could provide an opportunity for Israel to grapple at last with its lack of a formal constitution and to clarify the status of its "basic" laws, to which the Supreme Court has given a quasi constitutional status.** Yet the unavoidable fact is that Mr Netanyahu has lost this battle and will find it difficult to get the legislation moving in the next parliamentary session. **Having risen up once, secular and liberal Israelis seem unlikely to back down in a month or two over an issue that they see as an acute threat to Israel's democracy.** Efforts to ram through changes without broad support will doubtless lead to more protests. Yet if Mr Netanyahu waters them down considerably, he may struggle to keep the support of the right-wing and religious parties.

Even if Mr Netanyahu is able to keep his coalition in power, **his actions have gravely damaged him in the eyes of business and the defence establishment, two vital constituencies for a prime minister who has based his entire career on a growing economy and the security of Israel.** **Instead, history may remember him for bringing Israel to the brink of civil conflict, and leaving it deeply divided.**

28 mars 2023 (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2023/03/28/451396-au-revoir-contrepoints>

## Au revoir Contrepoints !

Frédéric Mas

Contrepoints aujourd'hui a toutes les cartes en main pour rester la voix dissonante dans le concert collectiviste existant. Bon courage et bon vent !



goodbye friends source <https://unsplash.com/photos/gJhG4gM7NA>

Publié le 28 mars 2023

Après huit ans de bons et loyaux services pour *Contrepoints*, dont trois à la tête de la rédaction, il est temps de passer la main. Huit années de découvertes, de rencontres et de débats acharnés pour défendre la liberté par principe dans un monde de moins en moins libre a été une expérience personnelle extraordinaire et la traduction d'un engagement constant depuis maintenant plus de dix ans. *Contrepoints* n'est pas seulement un média libéral, il est devenu au fil des années un acteur majeur de l'histoire des libéraux français et de la reconnaissance de leur message dans le débat public national.

*Contrepoints* est à mes yeux le pur produit de l'optimisme libéral et technologique des deux décennies précédentes. Média participatif, cosmopolite, critique voire sarcastique, pétri de contre-culture libertarienne techno-progressiste il voyait dans la révolution de l'information portée par Internet une source immense d'échanges et d'émancipation. En cela, le journal a longtemps été indissociable d'un véritable écosystème de militants, d'esprits libres et brillants fédérés par un même besoin fondamental, trouver des alternatives politiques et philosophiques à la route de la servitude sur laquelle s'est engagé le modèle politique français depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale.

C'est un peu après la bataille que je rejoins le mouvement libéral français, qui après s'être mobilisé politiquement en 2003 au moment de la loi Fillon sur les retraites (déjà !) se transmue pour porter le combat sur le plan des idées. À partir de là commencent à fourmiller des dizaines d'initiatives politiques, associatives, culturelles visant à mieux faire connaître le libéralisme en France et à proposer ses solutions explorant une tradition intellectuelle ancienne mais toujours vivante et provocatrice.

Alors étudiant en thèse de doctorat à Paris, le lecteur de Constant, Tocqueville, Locke que je suis rencontre à la fois un peu interloqué et sceptique une nouvelle génération lectrice de l'école « austro-libertarienne » dont les principaux penseurs sont déjà largement lus et commentés aux États-Unis. Le forum de l'association Libéraux.org y tient une place essentielle sur le net.

Dans la vraie vie, les colloques, les séminaires de Michel Leter ou encore les cafés liberté, c'est de Murray Rothbard, Ludwig von Mises ou encore Friedrich Hayek que l'on discute avec autant de passion, voire de tensions.

En d'autres termes, la diffusion de ces idées nouvelles pour moi résulte très directement d'une autre révolution liée à Internet, celle de la mondialisation des idées : en quelques années, s'ouvrent de nouveaux horizons en matière de réflexion philosophique et économique grâce à une meilleure diffusion des idées libérales. Jusqu'alors le flambeau de la tradition intellectuelle et politique libérale n'avait pu se transmettre que par le courage et l'abnégation de quelques associations comme l'ALEPS ou quelques figures brillantes comme Henri Lepage ou Pascal Salin. Avec Internet, la diffusion du message libéral, autrefois cantonné à certains cénacles, a pris une dimension quasi industrielle.

Je ne sors pas indemne de ces débats et discussions enflammés qui parfois durent toute la nuit, entre libéraux, libertariens, anarcho-capitalistes et libéraux-conservateurs. Je commence à explorer sérieusement les fondements de l'école autrichienne, de l'école de Paris, mais aussi les théoriciens de l'école du Public Choice. À la veille des années 2010, je devore les livres de James Buchanan, David Gauthier et surtout Anthony de Jasay, qui reste encore pour moi une référence essentielle dans mon évolution d'un libéralisme tempéré à une position assise sur des principes clairs.

Mais il n'y a pas que des débats et des lectures. Avec Liberaux.org s'organisent des rencontres, des discussions et *Contrepoints* prend de l'ampleur : le média associatif se professionnalise, sa diffusion s'étend, et en 2014, je deviens le premier employé, bientôt rejoint par Séverine Berthier, pour un site qui devient une véritable référence. Son rôle de passeur d'idées, de dénicheur de talents et sa capacité à populariser des idées nouvelles attirent la lumière des médias mainstream. *Contrepoints* devient à la fois la caisse de résonance d'un mouvement libéral naissant et un laboratoire d'idées dans lequel les uns et les autres viennent puiser en *open source*.

Avec une équipe dévouée, d'abord dirigée par Alexis Vintray et Arnaud Bichon, ensuite par Ludovic Delory, la diffusion des idées est un travail quotidien, pratique, qui se traduit par des dizaines de contributions, d'entretiens, de traductions, de réunions, de dialogues et d'échanges pour traiter l'actualité à contre-courant.

*Contrepoints* grossit, se professionnalise et prospère grâce à des plumes qui allient compétence, courage et engagement. Je me forme aux outils web, deviens journaliste professionnel et apprends à diriger une équipe au quotidien. Je suis très fier d'avoir travaillé avec eux des auteurs formidables, et des collaborateurs alliant rigueur et conscience professionnelle comme Séverine, Justine, Alexandre, Dominique, sans compter l'infatigable H16 et le très talentueux René Le Honzec. J'en oublie plein, qu'ils me pardonnent, ce n'est pas un adieu mais un au revoir.

Aujourd'hui, l'optimisme technologique qui portait Internet a disparu et les nouveaux challenges qui attendent les défenseurs de la liberté pointent vers la reprise en main par les États technocratiques de la diffusion de l'information, ce qui tend à stériliser un débat public devenu théâtre de guignols. À une époque où le pluralisme politique est malmené, le combat pour les libertés demeure cependant essentiel. *Contrepoints* aujourd'hui a toutes les cartes en main pour rester la voix dissonante dans le concert collectiviste existant. Bon courage et bon vent !

28 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/guerre-en-ukraine-amnesty-denonce-un-deux-poids-deux-mesures-de-l-occident-28-03-2023-2513837\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/guerre-en-ukraine-amnesty-denonce-un-deux-poids-deux-mesures-de-l-occident-28-03-2023-2513837_24.php)

## Guerre en Ukraine : Amnesty dénonce « un deux poids, deux mesures » de l'Occident

L'invasion de l'Ukraine par la Russie a « dévoilé au grand jour l'hypocrisie des États occidentaux », a dénoncé l'ONG dans son rapport annuel.

[Source AFP](#)



Les portes de l'Union européenne, « grandes ouvertes pour accueillir les réfugiés ukrainiens », sont restées « fermées » pour les personnes fuyant l'Afghanistan ou la Syrie. (Photo d'illustration).© XOSE BOUZAS / Hans Lucas / Hans Lucas via AFP

Publié le 28/03/2023 à 04h20

**E**n soutien constant de l'Ukraine depuis que la Russie l'a envahie en février 2022, l'Occident se distingue par la « mollesse » de ses réactions face à d'autres violations majeures de droits humains, observe Amnesty International mardi, dénonçant ce « deux poids, deux mesures ». L'invasion de l'Ukraine par la Russie en 2022 a « dévoilé au grand jour l'hypocrisie des États occidentaux, qui ont réagi avec force à l'agression russe, mais ont fermé les yeux sur de graves violations commises ailleurs, voire en ont été complices », déplore l'ONG dans son rapport annuel.

Et Amnesty d'épingler le « silence assourdissant » entourant l'Arabie saoudite – où selon l'ONG la justice a notamment prononcé la peine de mort lors de procès « à l'iniquité flagrante » et des manifestants pacifiques ont été « condamnés à de longues peines de prison » – ou l'Égypte, où des milliers d'opposants au régime « demeurent détenus arbitrairement et/ou poursuivis injustement ».

### « Des réponses pitoyables »

« La réponse à ce qui s'est passé à l'agression russe contre le peuple ukrainien, c'est une réponse formidable. C'est une réponse qui devrait être un modèle pour les autres crises présentes et futures », a réagi Agnès Callamard, la secrétaire générale d'Amnesty, interrogée par l'AFP. Mais « en négligeant les autres crises, on amoindrit la valeur de ce qui a été fait en Ukraine », a-t-elle poursuivi, son organisation se désolant que l'Occident ait « toléré » des « actes d'agression similaires dans d'autres pays », « uniquement parce que ses intérêts sont en jeu ».

En Israël, les gouvernements l'an passé ont ainsi « déployé des mesures contraignant toujours plus de Palestiniens à partir de chez eux, développant des colonies illégales et légalisant les implantations » en Cisjordanie occupée, mais nombre de gouvernements occidentaux « ont préféré s'en prendre à ceux qui dénonçaient l'apartheid », regrette Amnesty. En Éthiopie, l'ONG critique « les réponses pitoyables » face à « l'un des conflits les plus meurtriers de l'histoire récente », qui aurait fait 500 000 morts, selon les États-Unis.

## Portes fermées

Signaux contradictoires toujours, les portes de l'Union européenne, « grandes ouvertes pour accueillir les réfugiés ukrainiens », sont restées « fermées » pour les personnes fuyant l'Afghanistan ou la Syrie, a regretté Amnesty. Les États-Unis, qui ont accueilli des dizaines de milliers d'Ukrainiens, ont entre septembre 2021 et mai 2022 « expulsé plus de 25 000 Haïtiens, souvent après les avoir placés en détention et soumis nombre d'entre eux à la torture », s'est indignée Agnès Callamard.

L'approche « sélective et intéressée » des droits fondamentaux par l'Occident a également conforté dans leurs agissements d'autres pays critiqués pour leurs violations des droits de l'homme, notamment la Chine, où la « répression systématique des minorités ethniques du Xinjiang et du Tibet s'est poursuivie », et le « gouvernement de Hongkong a continué de réprimer le mouvement de lutte pour la démocratie », d'après l'ONG.

La guerre en Ukraine a enfin détourné « non seulement des ressources, mais également l'attention de la crise climatique », alors que les catastrophes liées au réchauffement paraissent « hors de contrôle » et que les dirigeants mondiaux ont échoué à s'accorder sur les mesures visant à limiter la hausse des températures sous le seuil des 1,5 °C. L'année 2022 a globalement connu une « détérioration des droits civils et politiques », ceux-ci subissant une « répression » dans certains pays occidentaux comme la France, où Agnès Callamard pointe « un exercice illégal de la force » par policiers et gendarmes contre des manifestants.

28 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/sciences-nature/brevets-en-europe-record-pour-la-france-encore-loin-derriere-l-allemande-28-03-2023-2513827\\_1924.php](https://www.lepoint.fr/sciences-nature/brevets-en-europe-record-pour-la-france-encore-loin-derriere-l-allemande-28-03-2023-2513827_1924.php)

## Brevets en Europe : record pour la France, **encore loin derrière l'Allemagne**

Transports, énergie, chimie... L'Hexagone a augmenté son nombre de demandes de protection intellectuelle en Europe. Points forts et points faibles.

Par [Héloïse Pons](#)



La chimiste française Claude Grison a remporté le prix de l'inventeur européen 2022 de l'Office européen des brevets, dans la catégorie « Recherche », pour ses travaux sur la dépollution des sites industriels par les plantes. © European Patent Office. Photo by Nanda Gonzague

Publié le 28/03/2023 à 00h02

**A**vec 10 900 demandes de brevets déposées en 2022 auprès de l'Office européen des brevets (OEB), **la France marque un nouveau record dans son histoire. Elle confirme, par là même, sa deuxième position au niveau européen derrière l'Allemagne, et son cinquième rang dans le classement mondial des pays d'origine du plus grand nombre de brevets.**

« La France devient un solide second européen en matière d'innovation, constate Yann Ménière, économiste en chef à l'OEB, qui vient de publier le baromètre annuel de l'innovation 2022. Parallèlement, l'Allemagne connaît une baisse des demandes de dépôts de brevet (- 4,7 %). Cependant, avec ses plus de 24 000 brevets déposés en 2022, il y a encore un gros écart à combler pour que la France puisse venir la concurrencer. »

Mais il faut se méfier de l'eau qui dort. « **Historiquement, l'Allemagne est un pays plus industrialisé avec une forte culture du brevet et de l'innovation, notamment dans des PME industrielles de niche**, poursuit le docteur en économie. Mais depuis dix ans, le poids de ce pays diminue au profit d'autres territoires européens. » En cause ? Le poids de l'industrie automobile et mécanique dans l'économie germanique, « chamboulée par une double transition à gérer : celle de l'électrification et celle du digital, avec le déploiement des voitures connectées et intelligentes ».

## Un paysage industriel diversifié

Côté français, parmi les secteurs qui enregistrent le plus grand nombre de demandes de brevets à l'OEB en 2022, on retrouve aussi celui des transports, en première place, permettant au pays de se hisser au 4<sup>e</sup> rang mondial dans ce domaine, devant la Chine. La forte activité des brevets en France

dans les transports se reflète d'ailleurs à travers le Top 10 des entreprises les plus innovantes du pays : Valeo (1<sup>re</sup> en France et 7<sup>e</sup> mondial), Safran (2<sup>e</sup>), Thales (5<sup>e</sup>) et Renault (10<sup>e</sup>).

## Principaux domaines technologiques pour les demandes de brevets européens originaires de France en 2022

TOP 15	2022	Evolution
1 Transports	1 005	-1,6% ↓
2 Machines, appareils et énergie électriques	777	+17,2% ↑
3 Technologies médicales	733	-1,1% ↓
4 Informatique	711	+0,9% ↑
5 Techniques de mesure	587	+5,0% ↑
6 Produits pharmaceutiques	507	+3,3% ↑
7 Autres machines spéciales	494	+0,4% ↑
8 Biotechnologies	462	-4,7% ↓
9 Chimie fine organique	403	-2,9% ↓
10 Moteurs, pompes, turbines	376	-3,8% ↓
11 Génie civil	350	+5,1% ↑
12 Communication numérique	340	-9,8% ↓
13 Techniques audiovisuelles	335	+22,3% ↑
14 Éléments mécaniques	325	-1,5% ↓
15 Chimie de base	275	+25,0% ↑

Office européen des brevets 2023

L'un des principaux atouts de l'Hexagone face à l'Allemagne est de ne pas concentrer tous ses œufs dans le même panier. « Le paysage industriel français est assez diversifié : de gros acteurs travaillent sur l'automobile et l'aéronautique mais nous sommes aussi bons en santé avec Sanofi, en chimie avec Total ou Air Liquide par exemple », analyse Yann Ménière.

D'ailleurs, la France s'investit aussi dans l'innovation pour la transition énergétique. « On voit de moins en moins de brevets dans les technologies traditionnelles de moteurs à combustion et beaucoup plus dans les technologies de transition, comme les batteries et l'électrification, constate l'économiste en chef de l'OEB. Valeo en est un bon exemple : il est numéro un dans le secteur du transport traditionnel, mais aussi de la propulsion électrique, c'est un équipementier automobile qui redéploie sa R & D dans une stratégie post-carbone. »

## Les centres de recherche : l'atout français

Mais là où la France tire vraiment son épingle du jeu, c'est dans le nombre de dépôts de brevets opérés par des organismes de recherche. « Ces organisations publiques jouent un rôle majeur dans l'innovation nationale, observe l'économiste. Le CEA [Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives, NDLR], champion européen des batteries et des semi-conducteurs, est le troisième acteur le plus innovant du pays ; l'Inserm [Institut national de la santé et de la recherche médicale, NDLR] est le 7<sup>e</sup> et en 2<sup>e</sup> position dans le classement mondial pour les produits pharmaceutiques et les biotechnologies. Une telle concentration est unique à la France, et c'est d'ailleurs ce qui lui permet de faire la différence avec la Suisse, qui la suit dans le classement. »



## Principaux demandeurs français à l'OEB en 2022 (par nombre de demandes de brevets)

### TOP30

1 VALEO	588	15 CNRS (CENTRE NATIONAL DE LA RECHERCHE SCIENTIFIQUE)	154
2 SAFRAN	569	16 L'OREAL	153
3 CEA (COMMISSARIAT A L'ÉNERGIE ATOMIQUE ET AUX ÉNERGIES ALTERNATIVES)	544	17 ORANGE	152
4 SAINT-GOBAIN	410	18 ALSTOM	134
5 THALES	363	19 SEB	88
6 SANOFI	305	20 NEXANS	81
7 INSTITUT NATIONAL DE LA SANTE ET DE LA RECHERCHE MEDICALE (INSERM)	255	21 IFP ENERGIES NOUVELLES	75
8 TOTALENERGIES	250	22 SAGEMCOM	60
9 ARKEMA	245	23 ATOS	52
10 RENAULT	200	24 IDEMIA	48
11 SCHNEIDER ELECTRIC	198	25 FAURECIA	45
12 MICHELIN	190	26 ROQUETTE FRERES	41
13 AIR LIQUIDE	183	27 NOVARES FRANCE	35
14 ESSILORLUXOTTICA	158	27 DASSAULT SYSTEMES	34
		29 ELECTRICITE DE FRANCE	33
		29 GAZTRANSPORT ET TECHNIGAZ	33

Office européen des brevets 2023

La France n'a donc pas à rougir de ses performances. Yann Ménière en veut pour exemple un certain nombre de brevets déposés pour lutter contre le cancer. « Élodie Belnoue et Madiha Derouazi ont inventé une plateforme de vaccins thérapeutiques contre le cancer pour aider le système immunitaire à connaître et détecter les cellules cancéreuses, illustre-t-il. Avec Damae Medical, Anais Barut développe, quant à elle, un dispositif d'imagerie non invasif qui permet de dépister et suivre les cancers de la peau sans biopsie. »

En chimie, le brevet déposé par la chimiste Claude Grison – prix de l'inventeur 2022 – et sa société BioInspir, qui a développé des méthodes pour décontaminer les sols et l'eau grâce à des plantes, promet aussi de faire parler de lui dans les prochaines années.

Malheureusement, si les exemples de l'expert économique mettent en lumière des femmes, là où le chemin est encore long, et ce, pour tous les pays, c'est dans la parité en matière d'innovation. Seul un inventeur sur six est une inventrice, selon un rapport publié par l'OEB. « Promouvoir les femmes dans les sciences et l'innovation reste un défi majeur pour l'Europe, conclut Antonio Campinos, président de l'OEB, dans ce rapport. C'est un élément clé de sa durabilité et de sa compétitivité futures. »

27 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/sports/football/coupe-du-monde/foot-l-indonesie-ne-veut-pas-d-israel-a-la-coupe-du-monde-u20-le-tirage-au-sort-annule-20230327>

## Foot : l'Indonésie ne veut pas d'Israël à la Coupe du monde U20, le tirage au sort annulé

Par Le Figaro avec Reuters

Publié il y a 3 heures



Des manifestants indonésiens à Jakarta, le 20 mars, protestant contre la participation d'Israël à la Coupe du monde de football des moins de 20 ans. ADEK BERRY / AFP

**Le tirage au sort du Mondial des moins de 20 ans, prévu vendredi, a été annulé. Le pays organisateur, l'Indonésie, ne souhaite pas accueillir Israël pour des raisons politiques.**

Le tirage au sort de la Coupe du monde de football des moins de 20 ans n'aura pas lieu ce vendredi 31 mars, comme prévu initialement. Le pays organisateur, l'Indonésie, n'accepte pas la participation d'Israël, qui s'était qualifié en juillet dernier après avoir atteint la finale de l'Euro U19 (défaite contre l'Angleterre, 1-3).

La fédération indonésienne de football (PSSI) a informé de l'annulation du tirage au sort. Cette Coupe du monde à 24 équipes, prévue du 20 mai au 11 juin, doit être la première d'Israël dans cette catégorie d'âge. La France est également qualifiée.

### Des manifestations contre Israël à Jakarta

Le *Jakarta Post* a révélé, plus tôt au mois de mars, que le gouverneur de Bali, Wayan Koster, a écrit au ministre de la Jeunesse et des Sports. Il l'a invité à «adopter une politique interdisant l'équipe israélienne de venir jouer à Bali» en raison de son conflit avec la Palestine. L'Indonésie compte près de 270 millions d'habitants, dont une majorité de musulmans.

Le courrier a aussi été transmis à la PSSI, qui a confirmé la volonté de Wayan Koster. La semaine dernière, des manifestations ont eu lieu dans la capitale indonésienne, Jakarta. Des drapeaux de l'Indonésie et de la Palestine y étaient agités. Les manifestants s'opposaient à la participation d'Israël à la Coupe du monde.

Le ministre de la Jeunesse et des Sports avait assuré qu'il n'y avait pas de raison de remettre en cause l'engagement du gouvernement à accueillir Israël. L'imbroglio suscité a entraîné la suspension du tirage au sort. Aucune nouvelle date n'a été annoncée. La Fifa, organisatrice de la Coupe du monde, n'a pas communiqué.

27 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/amtlich-bewilligte-hetze-wie-staaten-denunzianten-foerdern-ld.1730589>

KOMMENTAR

## Die Macht der Denunzianten – mit Slogans wie «#KeinPlatzfürHass» verteilen europäische Politiker Millionenbeiträge. Sie fördern damit Leute, die selber Hass verbreiten

Professoren werden als Faschisten verleumdet, Aktivisten prangern Wissenschaftler und Journalisten als Rassisten an. Statt diese Kultur des Verdachts und der Einschüchterung zu bekämpfen, wird sie von staatlichen Institutionen gefördert.

Lucien Scherrer

24.03.2023, 05.30 Uhr

Am 4. März 2021 werden **die Professoren Klaus Kinzler und Vincent Tournier** eines Verbrechens für schuldig befunden, von dem sie selber gar nichts wissen. «Faschisten in unseren Hörsälen», hat jemand am Eingang der Universität Grenoble geschrieben, «Kinzler und Tournier Rücktritt», und: «Islamophobie tötet». Auch in den sozialen Netzwerken werden die beiden beschimpft, von linken Studentengruppen, anonymen Trollen und Staatsangestellten. Es gibt Aufrufe, ihre Äusserungen in Vorlesungen aufzuschreiben und Verdächtiges zu melden. Eine Geschichtsprofessorin aus Rouen nennt Tournier einen Rassisten und einen Negationisten, also eine Person, die Auschwitz und Völkermorde leugnet. Die Angriffe auf die beiden Professoren sind so heftig, dass sie unter Polizeischutz gestellt werden müssen.

**Der Fall der beiden Professoren hat für internationale Schlagzeilen gesorgt, die französische Justiz beschäftigt er bis heute.** Eine von der französischen Regierung angeordnete Untersuchung ergab, dass Vincent Tournier und Klaus Kinzler weit davon entfernt sind, Faschisten zu sein. Sie träumen weder von einem Führerstaat, noch rufen sie zum Rassenhass auf. **Sie beschäftigen sich bloss kritisch mit fundamentalistischen Strömungen im Islam.**

Ein Klima der Angst und der Denunziation

**Die «Affäre von Grenoble» ist mit Kafkas Prozess verglichen worden, mit Schauprozessen in sozialistischen Staaten, in denen Kritiker der absurdesten Verbrechen bezichtigt wurden.** Die Studenten, so ist dem Bericht zu entnehmen, **hätten ein Klima der Angst geschaffen, mit Methoden, die an dunkelste Zeiten erinnerten:** Denunziation, Einschüchterung und Zermürbung. **Statt einzuschreiten, liess sie die Universität Grenoble wochenlang gewähren, aus Feigheit, wohl aber auch aufgrund politischer Sympathien im stark nach links neigenden Lehrpersonal.**

**Grenoble mag ein Extrembeispiel sein,** aber die Kultur des Verdachts, der Verleumdung und der aktivistischen Paralleljustiz, die dort zum Ausdruck kam, ist auch anderswo wieder salonfähig.

Paradoxerweise wird diese Kultur von staatlichen Institutionen begünstigt, die sich dem Kampf gegen Hass und Hetze verschrieben haben. Nicht selten kooperieren sie mit radikalen Aktivisten und verleihen ihnen damit eine Macht, die ihnen in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zusteht. Dort bestimmen Gesetze und Gerichte, was strafbar ist und was nicht. Wer nicht justiziable Äusserungen wie Verbrechen ahnden will, weil sie ihm politisch nicht passen, sollte in diesem System weder als Demokratieexperte noch als Richter zu Rate gezogen werden.

Im an sich hehren Bemühen, Rassismus und Frauenverachtung zu bekämpfen oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, geschieht in westlichen Demokratien jedoch oft genau das. Mit staatlichen Geldern alimentierte NGO, Stiftungen und Aktivisten werden dazu ermuntert, verdächtige Meinungen und Personen anzuprangern und die Grenzen des Sagbaren nach eigenem politischem Gutdünken festzulegen.

### EU-Geld für Verschwörungstheoretiker

Die EU zum Beispiel hat 2019 einen «Islamophobiereport» mitfinanziert, der jedes Jahr darüber aufklären soll, welchen Anfeindungen Muslime in Europa ausgesetzt sind. Herausgegeben wird der Report von Sympathisanten der Muslimbruderschaft und der türkischen Regierung von Recep Tayyip Erdogan. Erdogan ist ein Islamist, der den französischen Präsidenten Emmanuel Macron aufforderte, er solle sich in psychologische Behandlung begeben, weil er nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty Massnahmen gegen Islamisten angeordnet hatte.

Die Jahresberichte lesen sich denn auch so, als hätten sich europäische Medien und Politiker gegen «den» Islam und «die» Muslime verschworen. Die medialen Reaktionen auf die islamistischen Terroranschläge in Frankreich finden die Autoren «hysterisch». Gefährlich sind ihrer Meinung nach nicht nur rechtsextreme Fremdenfeinde und Islamhasser. Sie stellen im Grunde alle Politiker, Journalisten und Wissenschaftler unter Rassismusverdacht, die sich kritisch mit Islamismus befassen.

Der französische Philosoph Pascal Bruckner, die liberale Berliner Muslimin Seyran Ates, die Schweizer Islamkritikerin Saïda Keller-Messahli, der französische Präsident Emmanuel Macron und die Zeichner von «Charlie Hebdo» – sie alle sind gemäss den EU-geförderten Autoren islamophob, und sie normalisieren eine «antimuslimische Rhetorik». Eine jüdische Journalistin, die für die Zeitung «Figaro» über islamistische Umtriebe recherchiert, wird namentlich genannt, weil sie «antimuslimische Sichtweisen» fördere.

### Die Grüne Lisa Paus baut ein Bollwerk gegen Extremismus

Das sind ähnliche Methoden, mit denen auch die Professoren von Grenoble mundtot gemacht werden sollten. Es gehe, so erklärte einer der Verfasser des Islamophobie-Berichts einmal, nicht um Denunziation. Vielmehr prangere man Personen an, die nicht die Mächtigen, sondern «die bereits Marginalisierten und Ausgeschlossenen» kritisierten. Dass diese angeblichen Büttel der Mächtigen in einigen Fällen nur noch unter Polizeischutz leben können, während die angeblich marginalisierten Islamisten in Brüsseler Salons ein- und ausgehen, erwähnte er nicht.

Die EU hat ihre finanziellen Beiträge an den «Islamophobie-Report» mittlerweile zwar eingestellt, weil Betroffene wie Seyran Ates protestiert haben. Aber sobald ein Fördertopf versiegt, geht ein nächster auf. Dafür sorgt unter anderem der deutsche Staat, der sich mit gut gemeinten Demokratieförderungsmaßnahmen laufend in Widersprüche verstrickt. Begleitet von Slogans wie «Demokratie leben» werden jährlich Millionenbeträge verteilt, um ein «Bollwerk gegen den Extremismus» aufzubauen.

Allein in diesem Jahr will das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend von Lisa Paus (Grüne) im Rahmen des Programms «Demokratie leben» 200 Millionen Euro ausschütten, für all «jene, die sich für ein gutes Miteinander engagieren». Zu diesen Stützen der Gesellschaft gehört unter anderem die Amadeu-Antonio-Stiftung. Ursprünglich dem wichtigen Kampf gegen Rechtsextremismus verpflichtet, fasst diese Institution ihren Auftrag mittlerweile derart weit, dass sie überall «rechte Narrative» wittert.

Verweise auf die Stasi-Vergangenheit sind «rechts»

Wer zum Beispiel über den «importierten Antisemitismus» von Muslimen spricht, macht sich verdächtig, weil er angeblich den einheimischen Judenhass leugnet. Auch Begriffe wie «Zuwanderung» und «Clan-Kriminalität» sollte man vorsichtig verwenden, denn die Stiftung betrachtet sie als potenziell rassistische «Chiffren». Kürzlich hat die den regierenden Grünen nahe stehende Stiftung einen kleinen Skandal provoziert, weil sie ein Online-Meldeportal für antifeministische Vorfälle eingerichtet hat.

Denn um Frauenrechte, Gewalt oder Hasskriminalität geht es dabei nur zum Teil. Ähnlich wie die oben erwähnten Islamophobie-Forscher stellen die Stiftungsmitarbeiter Kritik an linksgrüner Ideologie faktisch auf eine Stufe mit körperlichen Übergriffen gegen Frauen. Wer Genderstudies als Geldverschwendung bezeichnet, Glottisschläge für Unfug hält oder an einer Veranstaltung mit bekannten Antifeminist\*innen teilnimmt, kann anonym gemeldet werden. Nachdem Kritik an diesen Methoden laut geworden war, versicherte die Stiftung, die Daten würden anonymisiert verarbeitet. Man wolle «keine Meinungen» dokumentieren, sondern nur «antifeministische Vorfälle».

Gleichzeitig hält sie aber fest, dass sie «Angriffe auf Geschlechtergerechtigkeit sowie Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken» als «indiskutable Angriffe auf die Demokratie» betrachte. Sprich, die eigenen «Politiken» sind unantastbar, ihre Kritiker Feinde der Demokratie. Und bei allem Respekt vor der Anonymität behält sich die Stiftung vor, in ihren Lageberichten öffentliche Äusserungen von Politikern und Medienberichte zu zitieren, die sie für problematisch hält. Dass die bis 2022 amtierende Vorsitzende der Stiftung, Anetta Kahane, von 1974 bis 1982 für die DDR-Stasi politisch verdächtige Leute bespitzelt hat, sollte besser nicht thematisiert werden. Denn die Stiftung und ihre Verteidiger stellen die bloße Erwähnung dieser Tatsache unter Rechtsextremismus-Verdacht.

Hilfe für die «Zivilgesellschaft»

Mit seinen Fördermassnahmen für «jene, die sich für ein gutes Miteinander engagieren» unterstützt der deutsche Staat auch Organisationen, die sich in die französische Innenpolitik einmischen – und die Massnahmen der Regierung Macron gegen islamistische Hetzer und Demokratiefeinde hintertreiben. Das gilt für die sogenannte «Claim-Allianz», die sich unter Hashtags wie «#KeinPlatzfürHass» gegen antimuslimischen Rassismus einsetzt. Vertreter dieser Allianz fallen nicht nur mit Beschimpfungen von Islamkritikern auf, sie lobbyieren auch dafür, dass Verbote von islamistischen Organisationen in Frankreich rückgängig gemacht werden.

Am Herzen liegt Claim unter anderem das Komitee gegen die Islamophobie in Frankreich (CCIF), das die Regierung Macron im Herbst 2020 zur Selbstaflösung gezwungen hat, nach dem Mord an Samuel Paty. Dies, weil sich dieses Komitee im Dunstkreis der Muslimbruderschaft bewegt und seine Vertreter mit homophoben und antisemitischen Hasspredigern sympathisieren. Mit Slogans wie «Islamophobie tötet», Demonstrationen und Verschwörungstheorien über den angeblich strukturell rassistischen Staat Frankreich hat das CCIF genau jenes politische Klima mitgeprägt, in dem die «Affäre von Grenoble» überhaupt erst möglich war.

Die französische Justiz hat Untersuchungen gegen mehrere Personen eingeleitet, die sich an der Hetzjagd gegen Klaus Kinzler und Vincent Tournier beteiligt haben. Sie zeigten wenig Unrechtsbewusstsein. Die Professorin, die Tournier als Holocaust-Leugner verleumdet hat, ist Anfang Januar zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Ein funktionierender Rechtsstaat fördert keine Denunzianten und Verleumder. Er bekämpft sie. Das ist immer noch das beste Mittel für ein gutes Miteinander.



27 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/le-bikini-d-arabie-ou-les-heroines-de-teheran-27-03-2023-2513667\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/le-bikini-d-arabie-ou-les-heroines-de-teheran-27-03-2023-2513667_24.php)

## Le bikini d'Arabie ou les héroïnes de Téhéran ?

CHRONIQUE. Qui va l'emporter dans la lutte contre l'islamisme ? Les courageuses femmes iraniennes ou la stratégie d'« ouverture » de MBS ?

Par [Kamel Daoud](#)



Téhéran, le 1<sup>er</sup> octobre 2022, après la mort en détention de Mahsa Amini.

Publié le 27/03/2023 à 09h00

**A**u-delà des radicalismes français, des manifestations et du populisme revigoré, que se passe-t-il dans le reste du monde qui nous concerne directement ? **Une lutte acharnée pour le leadership de l'islam entre l'Arabie saoudite, la Turquie et l'Iran.** En quoi est-ce important ? Réponse : celui qui a le monopole de l'interprétation de cette religion fixe l'orthodoxie et influe sur les musulmans, y compris ceux de **France**. Voici une topographie, peut-être trop simplifiée, des rivalités qui impactent le projet islamiste mondial.

Un, [la Turquie d'Erdogan](#).

Pour ce dernier, l'islamisme représente une ressource majeure du soft power exercé sur le reste du monde musulman. **S'accaparer la confrérie transnationale des Frères musulmans exilée de l'Égypte de Sissi, c'est s'octroyer le moyen de mettre pied là où cette confrérie a ses « frères » : Tunisie, Algérie, Libye, Soudan, Mali, etc. La galaxie des « frères » permet de s'installer en Europe et sert d'instrument de chantage communautaire et de pression identitaire sur l'Occident affaibli par ses « woke » et ses culpabilisations manipulées.** L'usage politique assure une légitimité aux clercs de la confrérie et donc à leur version de l'islam.

Deux, l'Iran.

**Ici, l'islamisme chiite est en jeu et le leadership sur l'islam aussi. Les manifestations des courageuses femmes iraniennes contre le voile, les violences, les meurtres et les répressions ne vont pas faire chuter le régime dans l'immédiat. Elles en affaiblissent cependant le prestige interne, contestent son interprétation monopolistique de l'islam et son modèle de théocratie - cette théocratie « réussie » qui a alimenté le moteur et les imaginaires des conquêtes islamistes dans le reste du monde musulman.** Sa chute, par une longue contestation, sonnera le glas d'une version violente de l'islam.

Ce qui est en jeu dans ces deux pays, c'est justement cette question : **quel sera l'avenir de l'islam et de l'islamisme ?** La Turquie d'Erdogan répond qu'on peut les reproduire, les utiliser en les

domestiquant pour les exploiter à l'usage des foules dites arabes en manque d'espoirs. Les femmes héroïques de l'Iran expliquent que le seul moyen de réformer cet islam et de lutter contre l'islamisme qui a atteint comme une métastase la théocratie, c'est le combat, le sacrifice, la manifestation et le dévoilement. **L'islamisme peut donc entrer en péremption en Iran ou se perpétuer comme projet mondial en Turquie. Dans les deux cas, cela redéfinirait l'islam pour des millions.**

Reste le dernier cas. **Trois, l'Arabie saoudite.**

Là, le prince héritier, roi de facto du royaume qui détient les « lieux saints » de La Mecque et de Médine, mais surtout le codex de l'interprétation la plus dure et la plus répandue de l'islam, s'engage dans une voie inédite. À la question « Comment vaincre l'islamisme endogène, engager une réforme de l'islam et garder le monopole sur l'interprétation ? » **le prince MBS répond par un déluge de loisirs.** Des îles transformées en stations balnéaires sur la mer Rouge, de grands festivals à l'aura internationale, des lumières de fête et des milliards de dollars. Mais aussi une révision profonde et inédite des textes fondateurs sunnites désormais expurgés, et un contrôle strict sur le clergé wahhabite et les prêches. **Ici, on croit qu'on vaincra l'islamisme par l'industrie de l'amusement et qu'on sauvera l'islam par l'« ouverture ».**

**Qui va l'emporter dans la lutte contre l'islamisme, inséparable de l'islam depuis un siècle ou deux, et refondre cette religion paralysée par des « propriétaires » ? L'héroïsme des femmes ? La stratégie des loisirs du prince ? La manipulation du calife ? Ou l'Europe des réformes et des contritions ? On ne sait pas encore.** Quelque chose se joue en Iran, en France (en Occident) et en Arabie, cela se passe maintenant, sous les radars des médias, et cela va impacter l'avenir des croyances, des croyants et nos vies quotidiennes§



27 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/debats/israeliens-et-juifs-de-la-diaspora-se-doivent-de-resister-pour-sauver-la-democratie-en-israel-23-03-2023-2513237\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/israeliens-et-juifs-de-la-diaspora-se-doivent-de-resister-pour-sauver-la-democratie-en-israel-23-03-2023-2513237_2.php)

## « Israéliens et Juifs de la diaspora se doivent de résister pour sauver la démocratie en Israël »

TRIBUNE. L'historien Marc Knobel fustige le gouvernement Netanyahu et refuse que le pays devienne « une autocratie gouvernée par l'obscurantisme ».

Par Marc Knobel



Des manifestants à Tel-Aviv, le 23 mars 2023, contre la réforme juridique controversée défendue par le gouvernement. © Jack Guez/AFP

Publié le 23/03/2023 à 15h54

**B**ezelel Smotrich, le ministre israélien des Finances, est venu à Paris, dimanche 19 mars. À l'invitation d'un groupuscule israélien d'extrême droite, il s'est adressé à une centaine de personnes. Et il s'est tenu debout, derrière un pupitre, où était affichée la carte qui représente le territoire du Mandat britannique de 1920 dont sont issus Israël, la Jordanie et les Territoires palestiniens. Alors que deux journalistes israéliens étaient empêchés d'assister à cette conférence – une première pour Israël –, il a nié l'existence du peuple palestinien, un déni qui s'apparente à un mépris.

Mais qui est donc Bezelel Smotrich ? Les provocations de ce ministre raciste, sexiste et homophobe sont incessantes. Quelques exemples ? En juillet 2015, à la Knesset, le parlement israélien, le député défend des promoteurs immobiliers qui refusent de vendre des maisons aux Arabes. En avril 2016, il prône la séparation des Juifs et des Arabes dans les maternités. En juillet 2016, il déclare que le judaïsme réformé – qui souhaite insérer la religion et la culture juives dans la vie moderne – est une « fausse religion ».

En octobre 2021, Smotrich affirme que David Ben Gourion, le fondateur de l'État d'Israël, aurait dû « terminer le travail » et expulser, lors de sa fondation, tous les Arabes du pays. En avril 2021, il déclare que « les Arabes sont des citoyens d'Israël, pour le moment du moins. Ils ont des représentants, des députés, pour l'instant du moins ». En août 2021, il laisse entendre que le défilé de la fierté gay de Tel-Aviv avait déclenché une nouvelle vague d'infections au coronavirus. En novembre 2022, il accuse le service de Sécurité intérieure israélien, le Shin Bet, d'avoir assassiné l'ancien Premier ministre Yitzhak Rabin.

# Corruption

Dans mes pires cauchemars, je n'aurais imaginé que Bezalel Smotrich et Itamar Ben-Gvir – l'actuel ministre de la Sécurité intérieure, un agitateur de l'extrême droite israélienne – puissent siéger dans un gouvernement. Mais ces nominations sont le seul fait de Benyamin Netanyahu qui, par ailleurs, est accusé de corruption dans une série d'affaires.

Et, comme si cela ne suffisait pas, la Cour suprême, qui exerce un contrôle de constitutionnalité afin de protéger à la fois les droits fondamentaux et les valeurs démocratiques de l'État d'Israël, se trouve dans la ligne de mire de ce gouvernement. Netanyahu souhaite donner aux députés le droit de réformer les lois sans que la Cour suprême ne puisse s'y opposer.

C'est cette réforme de la justice qui scandalise plus d'une moitié de la population israélienne, entrée en résistance. Depuis douze semaines, des centaines de milliers d'Israéliens, dont d'anciens électeurs de Benyamin Netanyahu, attachés aux valeurs démocratiques de leur État, manifestent dans les rues.

## « Révolution démocratique »

Parce que j'aime ce pays et son peuple, je refuse le chantage à l'émotion, le diktat qui consisterait à interdire à des Juifs de la diaspora de parler et de critiquer l'actuel gouvernement. Si les Juifs ont tant espéré pouvoir, un jour, retrouver la terre d'Israël, c'est au nom des valeurs fondamentales du judaïsme et notamment le respect de la justice et celui de l'autre : « Tu aimeras l'étranger comme toi-même, car tu as été étranger en terre d'Égypte » (Lévitique 19:34).

Si les Juifs ont tant attendu de la création d'un État, c'est pour être protégé de l'iniquité, de l'injustice et des persécutions antisémites qui les ont décimés. Si nous avons tant espéré de la création de l'État d'Israël, ce n'est pas pour qu'il s'abîme, perde son âme et son identité et devienne une autocratie gouvernée par l'obscurantisme.

**Nous voulons qu'Israël soit une démocratie vivante et respectueuse.** Alors, aux Juifs de la diaspora, je veux écrire ceci : si vous aimez Israël, vous devez vous battre pour défendre un Israël des lumières et non celui des ténèbres. Alors, aux Israéliens, Juifs et Arabes, je dis : continuez vos luttes ; battez-vous pour qu'Israël résonne encore en votre/notre cœur ; soyez les acteurs d'une véritable révolution démocratique. Car, où que l'on soit dans le monde, et en Israël aussi, les peuples doivent se protéger des faiseurs de haine.

\* *Marc Knobel* est historien, membre de JCall et de La Paix Maintenant. Il a publié, chez Hermann, en 2021, « Cyberhaine. Propagande, antisémitisme sur Internet ».

27 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/27/reforme-des-retraites-crise-francaise-incomprehension-europeenne\\_6167125\\_3232.html#xtor=AL-32280270-\[mail\]-\[ios\]](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/27/reforme-des-retraites-crise-francaise-incomprehension-europeenne_6167125_3232.html#xtor=AL-32280270-[mail]-[ios])

## Réforme des retraites : crise française, incompréhension européenne

### Éditorial

Le Monde

Le report de la visite de Charles III à Paris, en raison du mouvement social, illustre combien la France, avec son président aux larges pouvoirs, ses corps intermédiaires affaiblis et sa tradition éruptive, fait figure de phénomène.

Publié aujourd'hui à 12h13 Temps de Lecture 2 min.

Le langage diplomatique de Downing Street masque à peine l'ampleur du camouflet essuyé par Paris : la décision de reporter la venue en France du roi Charles III « *a été prise avec l'accord de toutes les parties après que le président français a demandé au gouvernement britannique de reporter la visite* ».

Alors que la France pouvait s'enorgueillir d'avoir été choisie par le nouveau chef de l'Etat britannique pour sa première visite officielle à l'étranger, [l'obligation dans laquelle s'est trouvé Emmanuel Macron d'y renoncer à la dernière minute](#), vendredi 24 mars, sonne comme une humiliation. Au lieu d'inaugurer sa mini-tournée européenne de retrouvailles post-Brexit en descendant les Champs-Élysées en compagnie de son homologue français, Charles d'Angleterre la démarrera jeudi 30 mars à Berlin par un discours devant le Bundestag.

Le président français, que les manifestations répétées dans tout le pays ne font pas dévier sur la réforme des retraites, a dû, en renonçant à accueillir le roi d'Angleterre, tenir compte pour la première fois de façon explicite et retentissante de la mobilisation de la rue. Les opposants au projet gouvernemental, en amenant M. Macron à bousculer le voyage d'un dirigeant étranger, ont, de fait, donné au conflit qui agite la France une dimension européenne.

Non que l'annulation de l'étape française de Charles III remette en cause la volonté commune, de part et d'autre de la Manche, d'afficher sa solidarité dans le contexte de la guerre en Ukraine et de relancer la coopération. Dans la tradition britannique, les voyages royaux ont surtout une fonction « émolliente », préparant le terrain aux diplomates et aux responsables politiques. Or Rishi Sunak et Emmanuel Macron ont mis en scène, le 10 mars, à l'Élysée, le « *nouveau départ* » des relations franco-britanniques.

## Violences récurrentes

Le report de la visite royale, en projetant la crise française sur la scène continentale, met en lumière la double incompréhension dont elle fait l'objet chez nos voisins : comment le report de l'âge de la retraite à 64 ans, âge souvent nettement inférieur à celui en vigueur chez nos voisins, peut-il mettre sens dessus dessous un pays comme la France ? Comment l'exécutif d'un pays qui prétend jouer un rôle de leader dans l'Union européenne, peut-il se révéler à ce point incapable de gérer par le dialogue un conflit politique interne ? Des questions auxquelles il n'est pas inutile, loin de là, pour les Français, de rechercher des réponses.

La France n'est évidemment pas le seul pays d'Europe à connaître des querelles politiques et des contestations sociales. Mais il est l'un des rares où le recours à la violence apparaisse comme un passage récurrent pour les régler. Certes, un peu partout, le fonctionnement des démocraties est interrogé, la stabilité des gouvernements de plus en plus incertaine, les partis politiques toujours plus mouvants et fragmentés. Mais la France, avec son président aux larges pouvoirs, son Etat supposé omnipotent, ses corps intermédiaires affaiblis et sa tradition éruptive, fait figure de phénomène.

Dans aucun des trois autres pays européens – Allemagne, Italie, Royaume-Uni – étudiés récemment par [l'enquête réalisée par l'institut OpinionWay](#) pour le Cevipof publiée dans *Le Monde*, le niveau de défiance envers les institutions n'atteint celui de l'opinion française. La crise politique et sociale qui secoue le pays exige de s'attaquer d'urgence aux multiples causes de cet inquiétant décrochage, sauf à accroître les risques d'isolement de la France en Europe, voire de déclassement.

27 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/27/laureline-fontaine-professeure-de-droit-public-le-conseil-constitutionnel-n-est-malheureusement-pas-un-veritable-contre-pouvoir\\_6167122\\_3232.html#xtor=AL-32280270-\[mail\]-\[ios\]](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/27/laureline-fontaine-professeure-de-droit-public-le-conseil-constitutionnel-n-est-malheureusement-pas-un-veritable-contre-pouvoir_6167122_3232.html#xtor=AL-32280270-[mail]-[ios])

## Lauréline Fontaine, professeure de droit public : « Le Conseil constitutionnel n'est malheureusement pas un véritable contre-pouvoir »

Par [Anne Chemin](#) Publié aujourd'hui à 12h00, mis à jour à 12h00

Entretien



La professeure de droit souligne les faiblesses constitutionnelles de la loi sur les retraites, mais s'inquiète du manque d'impartialité et d'indépendance des conseillers de la Rue de Montpensier.

Au moment même où tous les regards sont fixés sur le Conseil constitutionnel, qui doit se prononcer sur la réforme des retraites, Lauréline Fontaine, professeure de droit public et constitutionnel à la Sorbonne-Nouvelle, publie un ouvrage sur l'institution de la rue de Montpensier. Dans ce livre, préfacé par le spécialiste du droit du travail Alain Supiot, *La Constitution maltraitée. Anatomie du Conseil constitutionnel* (Amsterdam, 288 pages, 20 euros), elle critique le manque d'indépendance et d'impartialité du Conseil.

### **Le Conseil constitutionnel va devoir se prononcer sur la réforme des retraites. Y a-t-il, selon vous, matière à une censure ?**

Le premier point de faiblesse de la réforme des retraites est, bien sûr, le « véhicule » législatif choisi par le gouvernement – l'article 47-1 de la Constitution sur les projets de loi de financement rectificative de la Sécurité sociale. Cette procédure est légale, mais elle n'est ni habituelle ni anodine : elle n'a jamais été utilisée pour une réforme aussi importante que le report de l'âge légal de la retraite – elle est réservée, en principe, à des textes de fin d'année sur le financement de la Sécurité sociale – et, surtout, elle restreint considérablement la durée des débats : le Parlement n'a que cinquante jours pour se prononcer.

Le second point de faiblesse de ce texte, c'est son contenu. Je ne pense pas au report de l'âge légal, qui a déjà été modifié à plusieurs reprises au cours de la V<sup>e</sup> République sans que le Conseil constitutionnel y fasse obstacle, mais à certains « cavaliers » sociaux. C'est le cas de la création d'un « index senior » obligatoire dans les entreprises de plus de 300 salariés : cette disposition n'a rien à voir avec le financement de la Sécurité sociale, ce qui pourrait pousser le Conseil, au nom de la cohérence législative, à la censurer.

### **Dans votre livre, vous êtes très critique à l'égard du Conseil constitutionnel. Est-ce à dire que vous contestez le principe même de la justice constitutionnelle ?**

Je ne fais pas partie, loin de là, de ceux qui s'insurgent contre le « gouvernement des juges » : la justice constitutionnelle doit, à mes yeux, être la garante de l'Etat de droit. Depuis l'émergence des Constitutions, au XVIII<sup>e</sup> siècle, les textes fondamentaux fixent des limites au pouvoir politique : la justice constitutionnelle doit opposer aux majorités successives et volatiles la parole stable et forte de la Constitution et constituer un rempart contre les atteintes aux droits et aux libertés. Le problème, c'est que le Conseil, en France, n'est pas à la hauteur de cette mission.

## **Vous soulignez, dans votre ouvrage, le manque d'impartialité du Conseil. Quels en sont les signes ?**

Ses membres sont à la fois juges et parties, ce qui est contraire au principe d'impartialité. La plupart d'entre eux sont issus des pouvoirs qu'ils sont censés contrôler : parce qu'ils ont été parlementaires, secrétaires généraux de l'Assemblée nationale, directeurs de cabinets ministériels, ministres, voire premier ministre – c'est le cas du président actuel, Laurent Fabius –, ils ont participé, d'une manière ou d'une autre, à l'élaboration des lois. Etant donné qu'ils ne se déportent pas toujours, cet entre-soi engendre des situations ubuesques de partialité : Jacqueline Gourault a ainsi été amenée à se prononcer sur la constitutionnalité d'une loi dont elle avait rédigé la circulaire d'application !

Quant à la procédure devant le Conseil, elle ne respecte pas les règles minimales du procès équitable. Le procès constitutionnel n'est pas un procès contradictoire : le gouvernement est omniprésent – il est très longuement consulté lors de réunions informelles –, alors que les parlementaires ne sont pas entendus : une fois qu'ils ont déposé leur recours, ils ne peuvent plus faire valoir leurs arguments en faveur de l'inconstitutionnalité d'une loi. Le débat est un peu plus ouvert dans le cadre des questions prioritaires de constitutionnalité, mais l'impartialité du juge constitutionnel est loin d'être garantie.

## **Vous dénoncez le manque d'indépendance des membres du Conseil constitutionnel, non en critiquant le système de nomination, comme on le fait souvent, mais en soulignant le climat d'entre-soi qui entoure cette procédure. Quel est-il ?**

Les neuf membres du Conseil constitutionnel sont nommés par le président de la République, le président de l'Assemblée nationale et le président du Sénat. Ce n'est certes pas une marque d'indépendance, mais tous les pays, ou presque, ont mis en place des procédures comparables. Ce qui caractérise la France, ce n'est donc pas le lien de dépendance créé par le système de nomination, mais le climat de cooptation, voire de connivence, qui l'accompagne – ce qui n'est pas le cas, par exemple, outre-Atlantique.

Aux Etats-Unis, le candidat à la Cour suprême est auditionné pendant plusieurs jours par le Sénat, qui l'interroge de manière insistante et approfondie sur sa conception de la Constitution. Les sénateurs disposent d'une grande quantité de données – une enquête du FBI, une enquête des services fiscaux et une enquête de l'Office of Government Ethics, chargé de rechercher les conflits d'intérêts des agents du pouvoir exécutif. Ils peuvent aussi entendre des témoins et demander des compléments d'investigations.

En France, le candidat est entendu pendant environ une heure par les parlementaires. Cette discussion entre personnes de bonne compagnie donne lieu à un concert de louanges pendant lequel nul n'évoque les conflits d'intérêts éventuels du futur conseiller, ni même ses compétences juridiques. Lorsque Alain Juppé a été interrogé sur ce point, il a d'ailleurs plaidé le « droit à l'oubli » en ce qui concerne ses cours de droit constitutionnel de Sciences Po – ce qui est quand même un comble pour un futur membre du Conseil !

## **Faudrait-il que les membres du Conseil constitutionnel aient obligatoirement des compétences juridiques ?**

Il est sain, à mes yeux, que le Conseil comprenne des non-juristes, mais la France se situe à l'extrême inverse : les professeurs de droit et les juges sont très rares dans notre justice constitutionnelle ! Ce mépris du droit nous distingue des autres pays : seulement trois d'entre eux n'exigent aucune compétence juridique – la France, les Etats-Unis et la Suisse –, mais la France est la seule à puiser quasi exclusivement ses juges constitutionnels dans le vivier politique. Aux Etats-Unis et en Suisse, l'usage veut que les candidats aient une solide expérience dans le domaine du droit.

## **Vous critiquez la faiblesse des décisions du Conseil, voire leur « pauvreté intellectuelle ». N'est-ce pas exagéré ?**

Les décisions sont motivées, mais, la plupart du temps, cette motivation se résume à un « parce que » aux allures minimalistes : dans ses décisions, le Conseil se contente de dire que la loi est censurée ou validée

parce qu'elle est contraire ou non à la Constitution, et ce, sans plus de détails, ou presque. Il est très rare qu'il y ait un travail approfondi de mise en perspective des notions constitutionnelles, comme le fait, par exemple, la Cour européenne des droits de l'homme : en 2005, dans un arrêt sur le port du voile dans les universités turques, elle invoque ainsi longuement des données historiques, politiques et juridiques qui permettent d'éclairer la notion de laïcité en Turquie.

## **Beaucoup de décisions du Conseil sont le signe de sa complaisance envers le pouvoir politique. Comment étayez-vous une telle accusation ?**

Il est vrai qu'il est difficile de démontrer de manière incontestable cette loyauté envers le pouvoir politique. Des analyses statistiques montrent cependant que le Conseil, au fil de la session parlementaire, censure de moins en moins les textes qui lui sont soumis, comme s'il estimait qu'il ne pouvait aller au-delà d'un certain « quota ».

Beaucoup de témoignages, parfois même ceux des conseillers, montrent, en outre, une très grande proximité, voire une très grande connivence, entre le Conseil et les élites politiques. Enfin, certaines décisions sont ouvertement politiques : c'est le cas, par exemple, de la validation des comptes de campagne de Jacques Chirac et d'Edouard Balladur, en 1995, qui étaient notoirement irréguliers – le président Roland Dumas s'était alors justifié en déclarant qu'il fallait « sauver la République ».

## **La réforme de 2008 a introduit une procédure nouvelle, la question prioritaire de constitutionnalité, qui permet à un justiciable d'interroger le Conseil sur une loi déjà promulguée. Quel bilan faites-vous de cette innovation démocratique qui ouvre le Conseil aux citoyens et institue un contrôle non plus seulement a priori, mais aussi a posteriori ?**

L'idée que les lois inconstitutionnelles déjà promulguées ne puissent plus prospérer dans l'ordre juridique est très bonne. L'excellente décision du Conseil sur le renforcement du rôle de l'avocat pendant la garde à vue, en 2010, a d'ailleurs été prise dans le cadre d'une question prioritaire de constitutionnalité. Mais cette procédure a renforcé la proximité du Conseil avec les intérêts économiques : leurs représentants l'utilisent plus souvent et avec plus de succès que les citoyens, qui étaient pourtant les plus concernés par cette réforme.

## **Votre réquisitoire est si accablant que l'on se demande si vous reconnaissez la portée de ce que l'on appelle les « grandes décisions » du Conseil constitutionnel – je pense, par exemple, à celle sur la liberté d'association en 1971. Est-ce le cas ?**

Je ne condamne évidemment pas toute la jurisprudence du Conseil constitutionnel : la décision sur la liberté d'association de 1971 est salubre, comme celle sur la fouille des véhicules de 1977 – le Conseil l'avait alors assimilée à une perquisition dans un domicile privé, ce qui a conduit à limiter les pouvoirs de la police. Mais, sur la durée et compte tenu des évolutions juridiques des dernières décennies, le Conseil n'est malheureusement pas un véritable contre-pouvoir : si un gouvernement autoritaire tentait, demain, de restreindre plus encore qu'aujourd'hui nos droits et libertés, je crains qu'il ait du mal à s'y opposer.

« La Constitution maltraitée », les failles démocratiques du Conseil constitutionnel

C'est un réquisitoire sans concession contre une institution pourtant respectée de la V<sup>e</sup> République : dans *La Constitution maltraitée. Anatomie du Conseil constitutionnel*, Lauréline Fontaine, professeure de droit public et constitutionnel à la Sorbonne-Nouvelle, affirme que l'institution de la rue de Montpensier est un « antimodèle » qui propose une « justice au rabais où la réflexion constitutionnelle ne tient quasiment aucune place ». « Les rudiments d'une justice indépendante, impartiale et démocratique sont ignorés », affirme-t-elle dans cet ouvrage préfacé par le juriste Alain Supiot.

Si la conclusion est accablante, le livre n'a rien d'un pamphlet : cette « anatomie » critique du Conseil constitutionnel est nourrie par un examen approfondi des règles déontologiques et procédurales qui régissent le Conseil, une analyse pointue de sa jurisprudence depuis 1958 et une comparaison détaillée avec les cours

constitutionnelles du monde entier. Si l'on peut regretter le choix de ne pas évoquer les avancées instituées par le contrôle de constitutionnalité, le travail solide et argumenté de Lauréline Fontaine sur les failles démocratiques de la V<sup>e</sup> République est précieux.

« La Constitution maltraitée. Anatomie du Conseil constitutionnel », de Lauréline Fontaine, préface d'Alain Supiot (Amsterdam, 288 pages, 20 euros).



27 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/zuversicht-dank-technologie-und-fortschritt-ld.1730674>

GASTKOMMENTAR

## Zuversicht dank Technologie und Fortschritt

Der Klimawandel ist real und sorgt gerade bei jungen Menschen für Zukunftsängste. Aber falsch wäre es, sich von dieser Angst leiten zu lassen. Wir können die Zukunft gestalten. Die Technologie ist schon da.

Matthias Rebellius

27.03.2023, 05.30 Uhr



In der Schweiz wird sich der Ausbau von Ladestationen in den nächsten Jahren stark beschleunigen.

Rene Traut / Imago

Die Welt wird nachhaltiger. Man muss nur hinsehen und kann die Transformation der Wirtschaft beobachten. Länder investieren massiv in die Abkehr von fossilen Energien und den Auf- und Ausbau von erneuerbaren Energien.

Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche des wirtschaftlichen Handelns und schafft Transparenz und Impulse für Innovationen. Nachhaltigkeit ist Teil der wirtschaftlichen Realität geworden. Es geht nicht mehr nur um die Frage, wie wir schneller und effizienter produzieren können, sondern immer auch darum, welchen Beitrag wir zum Schutz des Planeten leisten können.

## Ladesäulen – ein Massenmarkt

Ein Beispiel ist die Elektromobilität. Automobilhersteller planen weltweit, bis 2030 mehr als 450 Milliarden Euro für neue Fahrzeuge und Batterien auszugeben. Immer leistungsfähigere Akkus erlauben die Skalierung der Elektroautos in Richtung Massenmarkt. Die globale Flotte von E-Autos wächst derzeit pro Monat um so viele Fahrzeuge, wie es 2016 insgesamt gab: eine Million. Gleichzeitig investieren Infrastrukturanbieter in den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, um E-Autos überall und immer schneller laden zu können.

Auch hier sorgt der technische Fortschritt dafür, dass die Ladesäulen ein Massenmarkt werden. Und dabei steht die nächste revolutionäre Technologie, das kabellose Laden, bereits in den Startlöchern. Auch in der Schweiz wird sich der Ausbau öffentlicher Ladestationen in den nächsten Jahren stark beschleunigen. So rechnet der Verband Swiss eMobility bis 2035 mit einer Vollelektrifizierung bei den neu immatrikulierten Fahrzeugen und einem Bestand von rund 3 Millionen E-Autos. Bei gleicher Dichte des Ladenetzes wie heute ergibt sich folglich ein Bedarf an 300 000 öffentlichen Ladestationen.

Ein zweites Beispiel für nachhaltige Technologie mit enormer Dynamik ist grüner Wasserstoff. Siemens hat hier in einigen lokalen Projekten praktische Erfahrung gesammelt. Wir haben gelernt, wie man grünen Wasserstoff effizient herstellen und zum Verbraucher transportieren kann. Dieses Gelernte wollen wir in den nächsten Schritten skalieren. Auch im Rahmen von Industriepartnerschaften.

## Grüner Wasserstoff

Die Schweiz will Wasserstoff-Vorreiter in Europa werden. Seit einigen Jahren fahren hierzulande rund 50 wasserstoffbetriebene Lkw im täglichen Verteilverkehr. Und ein heimisches Unternehmen plant gar mit Strom aus einem Offshore-Windpark in Dänemark die weltgrösste Wasserstoff-Produktionsanlage mit 1 Gigawatt Leistung. Skalierungseffekte noch grösseren Zuschnitts lassen transnationale Kooperationen erwarten. Hier haben sich jüngst Kanada, Namibia und Indien ins Spiel gebracht. Das wird ganz neue Perspektiven bei grünem Wasserstoff eröffnen.

Auch bei den bereits bewährten Instrumenten sehe ich weiter grosses Potenzial. Da denke ich beispielsweise an CO<sub>2</sub>-Einsparung durch mehr Energieeffizienz in Gebäuden und Industriebetrieben. Oder an die stärkere Nutzung der Digitalisierung, um unsere Stromnetze, die durch die Vielzahl an Erzeugern erneuerbarer Energie immer komplexer werden, intelligenter zu machen. Auch das wird den Fortschritt antreiben.

Ein Fortschritt, der Mut machen sollte und für Zuversicht sorgen kann. Denn bei aller Verunsicherung über die Zukunft unserer Welt müssen wir diese Tatsachen doch anerkennen und richtig einordnen. Vielen geht der Wandel vielleicht zu langsam. Aber er findet statt, das macht zuversichtlich.

Matthias Rebellius ist CEO von Siemens Smart Infrastructure, Vorstandsmitglied der Siemens AG und Verwaltungsratspräsident der Siemens Schweiz AG.

27 mars 2023 (Wall Street Journal)

[https://www.wsj.com/articles/you-cant-cancel-me-i-quit-furman-university-speech-mary-eberstadt-free-speech-sexual-revolution-e1f375c9?mod=hp\\_opin\\_pos\\_1](https://www.wsj.com/articles/you-cant-cancel-me-i-quit-furman-university-speech-mary-eberstadt-free-speech-sexual-revolution-e1f375c9?mod=hp_opin_pos_1)

## You Can't Cancel Me, I Quit

I was supposed to speak at Furman University. I decided to beg off rather than indulge an angry mob.

By Mary Eberstadt

March 26, 2023 1:34 pm ET



PHOTO: GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

I was scheduled to give a speech on Monday at Furman University about my recent book, “Primal Screams: How the Sexual Revolution Created Identity Politics.” I canceled it. Here’s why.

In the spring of 2014—in retrospect, the dress rehearsal for cancel culture—some commencement speakers around the country were disinvited or withdrew themselves from consideration owing to left-wing protests. I wasn’t among them. A few faculty members at Seton Hall University tried to have my invitation rescinded on the grounds that I wasn’t what they meant by “Catholic”—progressive. They failed. I delivered my address as scheduled at New Jersey’s Meadowlands Arena to some 6,000 graduates, families and friends, and was awarded an honorary doctorate in humane letters.

It was a thrilling event. I enjoy talking to students. I teach graduate students and young professionals, and I founded an organization that helps mentor hundreds of women involved in journalism and media, many of them right out of college. Those experiences probably explain why I had never been the object of protest by students.

But 2023 is light years from 2014. Some months ago, the head of Furman’s Tocqueville Program invited me to give a public lecture about “Primal Screams.” Not knowing a soul there, I googled. Nestled in scenic Greenville, S.C., the university was founded in 1826 by the Southern Baptist Convention. Furman’s website features young people said to be “innovative in their thinking, and compassionate in their approach to career, community, and life.” The Tocqueville Program has hosted impressive speakers. This seemed a promising opportunity to

visit an attractive campus, befriend some students and faculty, and talk over ideas. What could go wrong?

Well, consider what happened to the speaker who preceded me last month in the same series: Scott Yenor, a professor of political science at Boise State University.

Mr. Yenor had been invited to speak on “Dostoevsky and Conscience.” An inhospitality committee sprang into action, “triggered” not by his speech topic but by opinions that he had expressed elsewhere, including his critique of feminism and support for “sex-role realism.” Scores of faculty and student protesters “silently” objected inside and outside as he spoke. Three armed policemen were assigned to his protection. Within the auditorium, protesters lined the walls the professor had to pass, holding posters with ad hominem slogans and quotations of his taken out of context, staring balefully at him throughout.

I called Mr. Yenor to ask for his take. “Never in my life have I experienced a crowd so uninterested in learning, and so unwilling to hear,” he said. “They were simply filled with malice.” No one in the administration commented on his treatment, much less apologized for it.

Soon after, something called the Cultural Life Program at Furman, which requires students to attend a certain number of public speeches, mysteriously decided to deny credit for mine unless the program inserted a different faculty interlocuter rather than the one who had invited me—presumably because the latter would have been too supportive. An article was posted by the independent online student newspaper, the *Paladin*, attacking the Tocqueville Program, applauding the public abomination of Scott Yenor, darkly noting that Catholics had been invited as speakers, and taking potshots at me. There’s no evidence that the indignant writer had read my books or even knew their titles. The piece accused me of perpetuating “dangerous” (dog whistle) myths, adding that students “demand to interrogate” (another whistle) the Tocqueville Program.

Posters advertising my speech disappeared en masse around campus the week before the event. They were replaced and disappeared again. Furman community members following social media and conversations on campus relayed independently that the protest was expected to be “substantial,” as two put it. They also informed me about a letter that was sent by some students to the Cultural Life Program’s committee, caricaturing my work and calling me names in an effort to revoke credit for attending my speech.

As I mulled what to do about such unexpected hostility, different calculations came to mind. What might be the odds of an ugly Yenor-style experience? Likely high.

What about the odds of physical injury? Low, but not nonexistent. In 2017 students at Vermont's Middlebury College attacked Prof. Allison Stanger, sending her to the hospital, after she hosted a talk by Charles Murray. Bystanders have been injured during other recent campus brawls, like the March 14 protest of a Charlie Kirk speech at the University of California, Davis that left an officer injured. In 2021 the Foundation for Individual Rights in Education [polled 37,000 students at 159 campuses](#); 23% said they believe violence is justified against unwanted speech. Not all students think sending campus guests to the emergency room is good form—but 1 in 4?

In the end, it was a different thought that led me to pull the plug. As Liel Leibovitz put it recently in *First Things*, “The terrible power our pursuers hold over us, the power of intimidation and of setting the terms of the debate, dissolves the moment you realize you’re free to disengage.” To which I add: Bullies have a right to protest, but that right doesn’t extend to dragooning others into untruths—including the untruth that people who join a hateful mob have any intention of listening to a speaker in the first place. They don’t, and the rest of us are under no obligation to help them live that lie by playing along.

To the students who did want to hear my speech: I’m sorry to miss you. On a positive note, it’s better to read than to watch. Copies of “Primal Screams” have been sent to every student in Furman’s Tocqueville Program, and two dozen more will be available this week for whoever wants them—delivered care of the university president’s office, since social-media mobs lack mailing addresses.

The book makes the case that social upheavals since the 1960s have led to compounded fractures on generations and that the implosion of family, real-life community and religion has weakened many people’s sense of identity. It further argues that the rise in mental and emotional problems, increasingly visible on campuses and on the streets, is a result. The students revulsed by free speech these days aren’t victims of that analysis but poster children for it.

*Ms. Eberstadt is author of “Primal Screams” and “Adam and Eve After the Pill, Revisited.”*

27 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/culture/2023/03/23/beyond-the-wall-adds-depth-to-caricatures-of-east-germany>

Inside the GDR

## “Beyond the Wall” adds depth to caricatures of East Germany

“There was oppression and brutality,” Katja Hoyer writes, but also “opportunity and belonging”



Mar 23rd 2023

**Beyond the Wall.** By Katja Hoyer. *Allen Lane*; 496 pages; £25. To be published in America by *Basic Books* in September; \$35

In the eyes of its critics, the communist-run part of Germany was never a proper country. The Kremlin-backed puppet state belied its moniker, being neither German, nor Democratic, nor a Republic. To the day of [its incorporation](#) into West Germany in 1990, it was at most the “gdr”, written with inverted commas, or more contemptuously, the Zone—recalling its original status as the Soviet-occupied bit of defeated Nazi Germany.

**From this dismissive premise, cliché sprouts easily.** The “East Germans” were caricatured as clueless and robotic, ill-dressed and housed in dimly lit concrete hutches. They were thought to drive ridiculous little Trabant cars, with plastic bodywork and powered by lawnmower engines. The food was notoriously awful too. The few Westerners who experienced the gdr did so when driving across it to the fleshpots of West Berlin, or when they caught a budget flight to a far-flung destination (Cuba was a favourite) at the dismal Schönefeld airport.

**In “Beyond the Wall”, Katja Hoyer adds depth, texture and colour to this simplistic picture.** Her book’s backbone is a vivid political history of the communist German state. The people who founded it were relics, survivors of the Stalinist purges that wiped out three-quarters of the exiled communists who had fled to the Soviet Union in the 1930s. Her sharply drawn pen-portraits bring to life Walter Ulbricht, the ghastly party overlord, and his cronies. Only their “abdication of morality”, she writes, enabled them to escape the purges.

**This “ideological sediment” of diehard loyalists determinedly recreated the Soviet system they revered.** They faced a population traumatised by defeat (and the accompanying mass rapes by Soviet soldiers), along with an economy crippled by their occupiers’ relentless demands for reparations. **Harsh economic conditions prompted the workers’ uprising of 1953. It was bloodily crushed by the Soviets, dispelling any pretence that the place was run on behalf of the toiling masses.**

Relations with the Kremlin were perennially mistrustful. The Soviet leadership would have readily sacrificed its comrades in Berlin if that meant securing a neutral, demilitarised Germany. Moscow also disliked warming ties between the two Germanys, though **by the end West German bail-outs were keeping the easterners’ economy afloat.**

Amid the great-power machinations, East Germans were real people, not cartoon characters from a cold-war comic book. They lived as best they could inside a political and economic system that mostly functioned badly and harshly. Their achievements—[cultural](#), sporting and industrial—stoked genuine pride. Previously the author of an acclaimed history of the German empire, Ms Hoyer is now a British academic but was born in the gdr. **“There was oppression and brutality,” she writes, but also “opportunity and belonging”.**

Her book is packed with vignettes and anecdotes that bring this half-forgotten side of German history to life. Your reviewer was a foreign correspondent covering the gdr in the late 1980s and married an East German. These stories ring true.

The book challenges **Western smugness. Social mobility was far more common in East Germany than West Germany, Ms Hoyer relates. Working-class people went to university in much greater numbers. Child-care provision was superior.** Unlike the situation in West Germany at the time, [women](#) could be army officers in the gdr. When their country was abolished, they were promptly sacked.

**These are all fair points.** West Germany itself was stiflingly conformist. Not only that, it was infested with Nazis in its early decades, plagued by political corruption and subject to hidden American tutelage. **It came close to adopting police-state tactics against terrorism in the 1970s.**

**For all that, West Germany defies comparison to the brutal sham in the east.** Cheap Soviet energy mitigated the gdr’s economic failures. Snooping and bullying by the secret policemen of the [Stasi](#) cowed its people. So did the presence of some 350,000 Soviet troops. **For most of its existence it murdered people caught escaping.**

These features of life in the gdr were fundamental not incidental, whether in its heyday decade after the mid-1960s or its moribund decay in the 1980s. Ms Hoyer rightly highlights the gaps in modern Germany’s understanding of the four decades of oppression in its eastern regions and the resentments that bequeathed. **But sentimentality and relativism distort her evaluation of a loathsome dictatorship.**

27 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/united-states/2023/03/22/how-the-iraq-war-became-a-threat-to-american-democracy>

Lexington

## How the Iraq war became a threat to American democracy

The country has yet to recover from its bitter lessons



Mar 22nd 2023

Twenty years ago, President George W. Bush stood before the American people and proposed a radical intervention to head off a growing menace in one of the world's most troubled regions. "Seldom has history offered a greater opportunity to do so much for so many," he said in his state-of-the-union message in 2003.

The years would prove him right. Millions more people would have died of [hiv/aids in Africa](#) if Mr Bush had not defied his party's isolationist wing, ever contemptuous of foreign assistance, and pressed Congress to spend billions of dollars on what became, at least pre-covid, the largest commitment ever by a nation to fight a single disease. Mr Bush's initiative was not just compassionate but wise. Would that it was his defining act.

In that same speech Mr Bush pivoted from his few sentences about fighting aids to the threat he said Saddam Hussein posed to America and his own people. "If this is not evil," he said, in his moralistic key, "then evil has no meaning." He said that the secretary of state, Colin Powell, would soon disclose intelligence to the un Security Council about Iraq's weapons programmes and links to terrorists. But he made clear that, if he thought it necessary, he would act against Saddam without the un's blessing.

Pick a sorrow from [the millions that ensued](#): an Iraqi child who lost both parents to an American missile; a man standing on a box in the Americans' Abu Ghraib prison with a sack over his head and his arms spread, wires twisting from his fingers; an American veteran who cannot stop drinking, cannot sustain a relationship, cannot sit without his back to a wall. Any one is enough to make you wish you could run back down the hall of history, calling to Mr Bush to stop. You need not even pause to survey the bigger picture—the empowerment of Iran, the rise of Islamic State, the metastasis of the Syrian civil war, the soiling of America's image, and self-image, as competent, honest and decent.

There were voices raised against the invasion, of course, but America's interlocking political, security and media elites—its establishment—rallied behind it. During a Senate debate over the Iraq-war authorisation, Senator Joe Biden recalled "the sin of Vietnam" and "the failure of two presidents to level with the American people" over that war's costs. Then he voted for the measure. Three years later, he called that vote a mistake.



Not all America's woes can be traced to that fateful invasion, when America's arrogance rather than its generosity—the flip sides of its idealism—became its global calling-card. The global financial meltdown later that decade rounded out the failure of the establishment. But the Iraq war propelled America down the road to Donald Trump.

Barack Obama represented hope of sharp change from Mr Bush, yet those two leaders were much more like each other than like the president who came next. They obeyed the conventions of American politics, probably unaware of how brittle those had become: that expertise mattered; that the press, though flawed, was after the truth; that the meritocracy was real; that not everyone was out just for money and power. They both promoted two central ideals of American public life: that in the world America had causes beyond the pursuit of raw national interest, and that at home the national interest superseded the political one.

Mr Trump told Americans what they had come to suspect, that all this was crap. America should have taken Iraq's oil. Generals could be fools, and even so-called war heroes could be losers. America should use more severe forms of torture than waterboarding. China was raping America while its leaders did nothing. The press lied. The experts lied. Politicians, of course, lied all the time. The establishment was out for itself. You were a sucker if you did not assume corruption and self-seeking were the essentials of human behaviour. "You think our country's so innocent?" Mr Trump said, when asked how he could defend Vladimir Putin.

Mr Biden, a throwback in so many ways, is trying as president to [restore the idea of American idealism](#). America is meant again to be the guardian of a rules-based international order. Much has been made of the administration's decision, on the eve of Russia's invasion of Ukraine, to share intelligence about what was to come. Yet that is what Mr Powell did, in greater detail, at the United Nations. The difference was that this time the intelligence was correct. This time America has matched its words and deeds. It has sought and sustained support within the UN. It has led competently, in Ukraine if not Afghanistan, and meant what it said about rights and democracy. So far.

## Who are the trusted?

Mr Biden recently recalled how, after he assured European leaders two years ago that America was back in the struggle against autocracy and climate change, Emmanuel Macron of France replied: "For how long?" Mr Biden is right to feel haunted by that challenge. If Mr Trump has his way with the Republican Party, and he usually does, it will swing from imagining just 20 years ago it would swaddle the planet in democracy to advocating its surrender to Russian dominion in Europe.

At home, idealism may seem to be staging a comeback, but that is only on the surface. On the right, the American Greatness school has yet to clothe Trumpism in an ideology amounting to more than grandiose self-interest. On the left, identity politics has licensed the meritocratic elite—including the new socialists—to ignore class, to celebrate their own enlightenment and to feel contempt for poor white Americans. Americans' embrace of consoling ideologies is making them even more righteous and credulous than they were on the eve of the Iraq war, provided the propaganda comes from their own side.

Mr Bush is said not to regret the Iraq war. He should. In service to his decency rather than his hubris, his persistence might have endured as an example for a far better America.

27 mars 2023 (Atlantico)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/deferlement-de-violences-a-sainte-soline-dans-quoi-basculons-nous-gendarmes-maintien-de-l-ordre-extreme-gauche-militants-ecologistes-environnement-eau-manifestation-mega-bassine-gerald-pandelon-jean-petaux-claude-moniquet>

BASSINE DES DEUX-SÈVRES

## Déferlement de violences à Sainte-Soline : dans quoi basculons-nous ?

28 gendarmes ont été blessés, dont deux hospitalisés en urgence absolue, lors de la manifestation contre les bassines à Sainte-Soline, dans les Deux-Sèvres, ce samedi. 200 manifestants ont été blessés, dont un se trouverait dans le coma, selon les organisateurs. La facture de la complaisance généralisée vis-à-vis de l'extrême gauche est arrivée.

[Gérald Pandelon](#), [Jean Petaux](#) et [Claude Moniquet](#)



*Des manifestants affrontent des gendarmes mobiles lors d'une manifestation contre la construction d'une nouvelle réserve d'eau pour l'irrigation agricole, à Sainte-Soline, le 25 mars 2023.*

**Atlantico : La nouvelle manifestation contre les bassines, ce samedi à Sainte-Soline, dans les Deux-Sèvres, a donné lieu à de violents affrontements. Les organisateurs ont précisé que 200 manifestants ont été blessés, dont un se trouverait dans le coma, entre la vie et la mort. Selon un dernier bilan, 28 gendarmes ont été blessés, dont deux hospitalisés en urgence absolue. Comment en sommes-nous arrivés là ? Que s'est-il réellement passé ce samedi ? Quelles violences ont été commises ?**

**Gérald Pandelon :** Afin que mon propos soit le plus didactique possible, il convient au préalable de résumer en quelques lignes les faits qui nous occupent aujourd'hui. Il s'agit de la construction de 16 méga-bassines d'une capacité totale d'environ six millions de mètres cubes devant être construites dans le cadre d'un projet porté depuis 2018 par une coopérative de 450 agriculteurs et soutenu par l'État. L'objectif est dans ce cadre de parvenir au stockage de l'eau puisée dans les nappes superficielles en hiver afin d'irriguer les cultures en été quand les précipitations se raréfient, et ce, dans un contexte où la France non seulement recycle peu (0,6 % de réutilisation des eaux usées contre 14 % pour notre voisin espagnol et 90 % pour l'État d'Israël) mais également irrigue à peine (4,9 % de la surface agricole de notre territoire contre 20, 2 % pour notre second voisin italien). Ses partisans en font une condition de la survie des exploitations agricoles face à la menace de sécheresses récurrentes. De leur côté, les opposants dénoncent un accaparement de l'eau par l'agro-industrie à l'heure du changement climatique tout en réclamant un moratoire sur leurs constructions pour lancer "un vrai projet de territoire" sur le partage de l'eau. Le raccordement aux bassines serait en outre conditionné à l'adoption de pratiques tournées vers l'agroécologie avancent les premiers tandis que les seconds dénoncent de vaines promesses. Pourtant, ces bassins ne sont pas contraires à la loi, si l'on admet que leur construction est fortement encadrée, le préfet de chaque département en validant systématiquement la légalité, y compris pour la bassine de Sainte-Soline. C'est ainsi qu'après plusieurs études, notamment une enquête publique et l'avis favorable délivré par la commission d'enquête préalable tout comme celle du parc naturel du Marais poitevin, le chantier

a pu démarrer. Or, sans rentrer dans le détail du bien-fondé ou non, sur le fond, desdites bassines, dont aucun spécialiste n'est d'ailleurs à même de livrer une version similaire et sans qu'il soit possible d'en convaincre les réfractaires, c'est encore par la violence que les opposants entendent, comme pour la question des retraites, faire valoir leur opinion. Dans un contexte où les forces de police apparaissent dépassées par ces casseurs, comme ils le furent en partie au cours de l'insurrection "post 49-3" imposé par l'exécutif. Nous souhaitons majoritairement que le droit puisse se manifester sans la force, nous avons assisté de plus en plus médusés au déploiement d'une force en marge du droit, au mépris de la loi, au mépris, en définitive, du peuple, qui en démocratie en constitue le pouvoir constituant originaire. La vraie question, à mon sens, est celle d'une définitive crise de l'autorité, une crise qui sur la plupart des sujets ne saurait être jugulée par celles et ceux qui nous ont toujours gouvernés. En effet, c'est leur idéologie qui est ontologiquement fautive, leur "logiciel", comme l'on dit aujourd'hui, qui est dépassé, suranné, inadapté, inefficace. A croire que seuls les membres de notre gouvernement ou ceux qui en sont proches par intérêts personnels ou professionnels, semblent se satisfaire de leur action, même s'ils sont toutefois de moins en moins nombreux. Pourtant, sans une révolution préalable des mentalités en termes de changement de paradigme, aucune action publique ne pourra désormais être réellement couronnée de succès. Nous sommes à l'heure des irresponsables alors même que nous aurions un urgent besoin que nos hommes politiques devinssent des hommes d'Etat.

### **Dans quoi basculons-nous ? Qu'est-ce que cela traduit sur la société française et sur l'état des tensions à travers le pays, alimentées par la mobilisation contre la réforme des retraites ?**

**Gérald Pandelon :** Les opposants les plus radicaux sont pour la plupart mus par une idéologie d'extrême-gauche ou écolo-gauchiste. Pour les tenants de cette idéologie, qui prospèrent sur l'intolérance et le paradoxe, l'Etat de droit "c'est eux". Au nom de la démocratie, de la République, de l'Etat de droit, des droits fondamentaux, de l'universalisme, mais surtout du "respect des différences" et de "la liberté d'expression" ils prétendent lutter contre toute forme de discrimination. Toutefois, si la différence est une richesse, il ne faut pas que cette différence soit différente de ce qu'ils pensent ; au fond, l'Etat de droit c'est toujours pour les autres. Il s'agit d'un constat objectif et nullement subjectif. Dès lors, ces individus considèrent que le fait de lancer des boules de pétanque en direction des forces de l'ordre, se munir de haches ou de lance-pierres, constituent les fondements sains d'un vrai dialogue constructif. Ce sont surtout des personnes qui profitent du chaos pour exister car, à y regarder de près, une majorité d'entre eux sont incapables d'expliquer clairement en quoi ils seraient opposés à ce projet. En revanche, ces "blacks-blocks" néo-ruraux pourraient s'exprimer de façon plus savante s'agissant des motifs pour lesquels ils souhaitent avoir recours à la violence. Leurs arguments seraient les suivants : "nous cassons parce qu'il faut casser et pourquoi faut-il casser ? parce qu'il faut casser". Autrement dit, la tautologie d'une violence à l'état pur, à l'état brut, cette violence dont pourtant les fondements, de Robespierre aux régimes totalitaires du XX<sup>ème</sup> siècle, a conduit aux drames que l'Europe a connus. En réalité, les bassines constituent des prétextes pour y déverser leur haine, leur haine de la démocratie, leur haine de l'ordre républicain, leur haine des nations les mieux établies qu'ils souhaiteraient voir renversées par des régimes de type castriste ou maoïste (la "Révolution culturelle" ce sont 80 millions de morts) ; il s'agit en réalité de délinquants de la pensée, des "escrocologauchistes".

### **Avons-nous assisté à une forme d'éco-terrorisme ? Ces mouvements d'extrême gauche sont-ils de plus en plus organisés ? La société française a-t-elle basculé dans la radicalité dans le cadre de la contestation sociale ?**

**Gérald Pandelon :** Oui, je le crois. Cette contestation est d'autant plus radicale que ces mouvements d'extrême-gauche ultra-violents ont compris que nos Etats démocratiques étaient faibles car trop strictement fondés sur le droit, presque même inconditionnellement fondés sur des règles de droit, sacrifiant ainsi au sacrosaint principe du patriotisme constitutionnel, inspiré par l'Ecole de Francfort et forgé par le philosophe allemand Jürgen HABERMAS. En effet, regardez les préconisations fort habermassiennes qui ont été données récemment par le Conseil européen au président Macron... Alors même qu'à l'évidence ce sont des mouvements radicalisés qui ont attaqué les forces de l'ordre lors des mobilisations à l'encontre de la réforme des retraites, cette institution européenne en a tiré l'argument que ce sont les policiers en France qui étaient trop violents ! Et quelle fut à votre avis la réponse apportée par le préfet de police de Paris aux remontrances

de M. Charles Michel ? Pensez-vous que l'intéressé songea un instant à soutenir les forces de l'ordre en pareilles circonstances ? Non, ce haut fonctionnaire a bien évidemment saisi l'IGPN ! On ne peut en définitive que donner encore raison au philosophe Michel ONFRAY lorsqu'il intitule son dernier ouvrage "la nef des fous"...

**Claude Moniquet :** Il est certain, à mes yeux, que l'ensauvagement de la société, dénoncé par beaucoup depuis une vingtaine d'années a gagné le domaine de la contestation politique. Mais cela n'a rien de vraiment neuf : rappelez-vous les violences qui ont accompagné la réunion du G20 à Seattle, en 1999, ou encore celles qui ont jalonné le G8 de Gênes en juillet 2001. Et on peut même remonter plus loin et évoquer certains affrontements entre extrême gauche et extrême droite au Quartier latin, dans les années soixante-dix. En fait la contestation radicale de la société ou de l'Etat a toujours donné lieu à des violences. En schématisant, on pourrait dire que la plus grande partie de ceux qui prônent cette contestation vont s'orienter vers l'action politique ou militante légale, en créant des partis, en infiltrant des syndicats ou en fondant des microcosmes de contre-sociétés utopistes et plus ou moins autosuffisantes et viables. Cette dernière manifestation étant une sorte de « syndrome du Larzac », si vous voulez : une forme de rupture paisible avec la société capitaliste. D'autres vont choisir la violence parce qu'ils estiment que le système ne peut pas être réformé et doit être détruit.

Cette tendance à la violence s'est certainement accrue ces dernières années, du fait, d'une part, d'un sentiment assez largement répandu que la société est de plus en plus dure, inhumaine et « technocratique » et d'autre part par la montée de puissance d'une idéologie apocalyptique. « L'urgence climatique » en est un bon exemple : si vous pensez vraiment que le monde tel que nous le connaissons est menacé de destruction à court terme, la violence peut sembler « légitime » pour le défendre. Surtout si l'on estime que les craintes exprimées ne sont ni écoutées ni prises en compte par l'Etat.

Mais ce que je viens de décrire brièvement, c'est valable pour ceux des contestataires qui réfléchissent, quelle que soit la valeur de leurs réflexions. Ce qui est un peu plus nouveau, c'est que l'on voit aujourd'hui s'agréger autour de ces noyaux de révoltés violents des strates qui n'ont rien de « militantes » mais qui rassemblent des laissés-pour-compte, des marginaux sans réelle vision politique mais qui expriment un mal-être et une frustration qui les dépassent et qui s'en vengent en jouant les casseurs. Et puis, bien entendu, se joignent également à ces casseurs des bandes organisées de jeunes, souvent venus des « quartiers » et qui participent à la fête dans le seul but de casser du flic et de piller des boutiques de luxe, comme on l'a vu, à de multiples reprises, lors de certaines manifestations des Gilets jaunes. Mais bien entendu, ce dernier phénomène n'est présent que dans les grandes villes. Je doute qu'il y ait eu beaucoup de jeunes des cités dans la mouvance violente de Sainte-Soline ce samedi. Pour eux, aller patauger dans la boue des Deux-Sèvres a nettement moins de charme que de casser sur les Champs-Élysées ou à République.

**Jean Petaux :** Il faut être prudent dans l'analyse à chaud des faits, surtout lorsqu'il s'agit de violences collectives et se garder, même si les événements survenus sont spectaculaires et frappants (sans jeu de mots), de tous commentaires justement spectaculaires ou principalement dictés par l'émotion. Je ne crois donc pas que l'expression « société française qui a basculé dans la radicalité » soit la manière la plus adéquate pour saisir et tenter de comprendre (au sens sociologique de « comprendre » et non pas au sens commun qui signifie « admettre, excuser, justifier ») la situation. Sans vouloir jouer les blasés qui convoqueraient l'histoire (même récente) pour tout relativiser, il convient néanmoins de remettre en perspective les faits. Depuis la fin de la Seconde guerre mondiale, la France a connu des épisodes de violences collectives et de radicalités fortes. Les grèves dites « insurrectionnelles » de 1947-1948 conduites par un PCF particulièrement fort (et très stalinien, puisqu'il s'agissait du début de la Guerre froide et que le PCF de Thorez, le plus puissant des partis communistes dans les pays du bloc de l'Ouest, était très inféodé à Moscou), s'appuyant sur une CGT qui était autrement plus puissante qu'aujourd'hui, ont été marquées par de nombreux épisodes de violence. Rappelons quand même que les « appelés du contingent » ont été mobilisés à cette occasion et que c'est de là que datent les Compagnies Républicaines de Sécurité (les CRS) à l'initiative du ministre de l'Intérieur SFIO, Jules Moch. Rappelons encore que les Gendarmes Mobiles (héritiers des Gardes Mobiles de la IIIème République), les fameux « Moblots », tiraient encore à balles réelles dans la foule des manifestations dans les années 50. Les manifestants tués par balle dans les années 50-60 étaient trop nombreux. Les « événements d'Algérie », entre

1954 et 1962 ont été régulièrement ponctués par des manifestations sanglantes et par de nombreux attentats, d'extrême-droite (OAS) surtout à partir de 1961. Le nombre indéterminé, encore aujourd'hui, de victimes algériennes de la répression du 17 octobre 1961 à Paris et les neuf victimes du métro Charonne, le 8 février 1962 (9 militants à la CGT dont 8 membres du PCF) montrent que les manifestations ont été alors d'une rare violence. Faut-il rappeler qui était le préfet de police à Paris, lors de ces deux événements ? Maurice Papon. En Mai 1968, déjà la tendance tend à s'inverser : on ne dénombre pas plus de 5 victimes sur toute la durée des événements, dans toute la France : aucune à Paris malgré l'intensité des manifestations et leur côté très spectaculaire (grâce, entre autre, au préfet de police de l'époque Maurice Grimaud), et parmi les victimes il faut citer un commissaire de police à Lyon, écrasé par un « camion fou » lancé contre les forces de l'ordre. Finalement il faudra attendre la séquence des Gilets Jaunes pour retrouver une macabre comptabilité et encore s'agit-il, pour les décès, d'accidents mortels non provoqués par les opérations de maintien de l'ordre. On retient, depuis 40 ans, les morts de Malik Oussebine (manifestations contre la loi Devaquet en décembre 1986) et celle de Rémi Fraisse, le 26 octobre 2014 sur le site du barrage de Sivens (81), toutes les deux victimes accidentelles lors d'une opération de maintien de l'ordre. Ce n'est pas faire injure à ces deux victimes, tout au contraire, que de dire que si on retient leur nom c'est qu'elles ont été heureusement rares et qu'elles ont spectaculairement marqué l'opinion publique justement par leur exceptionnalité.

Toute la séquence de la ZAD Notre Dame des Landes, jalonnée d'affrontements très violents (dont on peut dire que les événements survenus à Sainte-Soline dans les Deux-Sèvres se rattachent à ce genre de « combats de plein champ ») n'a connu, heureusement, aucun mort. Même chose dans des opérations spectaculaires comme celles de l'évacuation de la « Jungle de Calais » par exemple. Et pourtant, dans le cas de la Loire-Atlantique, il a été attesté que les manifestants (parfois venus de pays frontaliers de la France) étaient des combattants aguerris, particulièrement entraînés à la violence contre les forces de l'ordre.

La contestation sociale qui a été conduite depuis plusieurs semaines, en 2023, a été saluée pour son caractère maîtrisé, calme et organisé. Il ne faut surtout pas confondre ces grandes manifestations populaires, familiales et pacifistes, avec les agissements des casseurs qui s'appelaient jadis « autonomes » ou « anars » et, depuis le début des années 2000, « Black-blocs », qui se caractérisent surtout par une très grande imprécision et indétermination sur leurs objectifs, leur appartenance idéologique et même leur organisation totalement « liquide ». Il n'en demeure pas moins que les services de sécurité intérieure surveillent désormais particulièrement ces nouvelles organisations que l'on nomme les « écolo-warriors » qui ne répugnent pas à « aller au contact » en s'en prenant directement aux forces de l'ordre. Leurs méthodes, leur entraînement, le fait de se présenter comme des défenseurs de la nature en danger, rend populaire leur posture et leur combat. Ils jouent manifestement sur une bienveillance de l'opinion publique en se positionnant comme les « combattants-rebelles du climat » contre les « soldats de l'Empire » (les flics en tenue anti-émeutes). Quand la culture Star Wars de George Lucas remplace les textes de Serge Netchaïev l'intelligence n'y gagne pas c'est sûr... Mais cela ne suffit pas à considérer que la France bascule dans la radicalité violente...

### **Où est-ce que peut mener la violence des extrémistes de l'environnement ? Jusqu'à l'écoterrorisme ?**

**Claude Moniquet :** Avant le stade du terrorisme, il y a celui de la guérilla urbaine rampante : une forme de violence totale dans laquelle on s'en prend aussi bien aux personnes qu'aux biens. Ce stade, nous l'avons déjà atteint. On l'a bien vu ces derniers jours dans les manifestations non-autorisées qui ont émaillé une dizaine de soirées à Paris mais également dans de nombreuses villes de province. Il s'agit d'une forme d'infra-terrorisme dans lequel on exerce la violence la plus extrême mais sans utiliser d'armes létales mais « seulement » des armes par destination. Pour autant, et c'est remarquable, le « risque de tuer » voire la « volonté de tuer » sont déjà présent et assumé. Sauf à être dénué de tout sens commun, quand on balance des boules de pétanque à la tête des policiers, ou qu'on les vise avec des Molotov, on ne peut ignorer que le risque de mort est bel et bien présent.

On se trouve là au niveau des « Black Blocs ». Une mouvance peu organisée et non centralisée qui regroupe des sympathisants des milieux anarchistes ou autonomes qui se reconnaissent entre eux non pas par l'appartenance à un groupe structuré mais par l'utilisation d'une méthode, celle de la violence comme forme

d'expression. Ce caractère flou de la mouvance Black Blocs ne l'empêche pas, le cas échéant, de pratiquer des entraînements en commun et de se coordonner au plan international pour converger vers certains rassemblements qui, aux yeux de ses membres ont un certain potentiel d'évolution violente. L'une des caractéristiques de cette mouvance est de se dire « anti-autoritaire » et l'une de ses cibles privilégiée sera donc la police ou la gendarmerie. Celles-ci n'étant plus seulement vues comme des « défenseurs du capitalisme » mais comme une entité autonome, une espèce de bande rivale si l'on veut, que l'on vise en tant que telle plus que pour son rôle social. D'où les slogan ACAB (« All Cops Are Bastards »), « Tout le monde déteste la police » ou encore le cri « Suicidez-vous! » que l'on entend de plus en plus souvent dans les manifestations. Pour ceux-là, « casser du flic » est une fin en soi.

Cette mouvance de casseurs a déjà glissé vers le terrorisme. On l'a vu en 2017, à Grenoble avec l'attaque par incendie volontaire d'un dépôt du groupement de gendarmerie de l'Isère. Des faits similaires se sont produits, à la même époque, à Meylan (ou l'incendie de véhicules a failli tourner au drame lorsque les flammes ont commencé à se propager à des bâtiments habités en pleine nuit) dans la banlieue de Grenoble ou encore à Limoges. Ces actions s'inscrivaient dans une « campagne » plus large qui a également visé d'autres institutions publiques, des grands magasins ou des médias. Alors bien entendu, on peut toujours minimiser cette violence en disant qu'elle ne provoque que des dégâts matériels. Mais ce serait oublier que l'acte de naissance d'Action directe, le 15 septembre 1979, ce fut le plasticage du ministère du Travail à Paris et qu'il fut suivi d'actions similaires au cours desquels, les activistes se gardaient bien de tuer. Mais cinq ans plus tard, AD pratiquait les assassinats ciblés...

Quant à l'apparition d'un écoterrorisme en France, j'ai plus de doutes. Certes, une frange écologiste radicale pourrait basculer dans la violence clandestine organisée, mais on peut remarquer par exemple, que si de multiples attaques ont ralenti le chantier du TGV Lyon-Turin, ces dernières années, l'immense majorité des attaques, sinon la totalité, se sont produites du côté italien de la frontière. Maintenant, il peut exister, au sein de la mouvance la plus radicale de l'écologie, une tendance qui pourrait basculer vers la violence organisée, mais force est de constater que dans les pays où l'écoterrorisme est présent (entre autres aux Etats-Unis et au Royaume-Uni) il est toujours resté extrêmement marginal si on le compare à d'autres formes de terrorisme. Enfin, les techniques de surveillance progressent de jour en jour et les mouvements radicaux sont extrêmement bien cartographiés par les services de renseignement et l'on peut penser qu'une organisation écoterroriste n'aurait donc qu'une durée de vie très courte. Pour moi, le risque terroriste repose bien davantage dans une montée aux extrêmes de petites cellules issue de la mouvance Black Blocs que dans la galaxie écologiste.

### **L'appareil judiciaire peut-il répondre efficacement face à ces militants radicaux ? Y a-t-il un laxisme judiciaire ou une certaine forme de complaisance ?**

**Gérald Pandelon :** La justice pénale fonctionne, en France, de façon paradoxale. Elle est souvent laxiste lorsqu'il s'agit de militants radicaux et sévère à l'encontre d'un honnête citoyen qui se sera rendu coupable de la moindre faute sans réelles conséquences pour qui que ce soit ; elle est clémente lorsque des policiers se font agresser voire plus indulgente à l'endroit du voyou agresseur qu'envers le policier qui aura riposté en légitime défense. Par conséquent, une justice pénale sévère lorsque parfois les délits présumés ne portent nullement atteinte à l'ordre public ; en revanche, empreinte d'empathie à l'endroit d'incivilités qui empoisonnent pourtant le quotidien de gens paisibles. Elle est en fait trop imprégnée d'idéologie, par conséquent ne peut faire montre d'une réelle objectivité ni impartialité. En réalité, nous assistons au développement croissant d'une justice qui objective sa subjectivité en raison de son idéologie. Notre justice est incapable de se soumettre au principe wébérien de "neutralité axiologique", c'est dire de faire abstraction de ses valeurs, de ses pensées, dans l'acte de juger. On retrouve en effet toujours la même dimension idéologique dans l'acte de juger car, sur un plan symbolique, le délinquant demeure une victime même si son casier judiciaire est chargé alors que le "Bourgeois Gentilhomme" est nécessairement auteur, auteur d'infraction, car il a nécessairement "dû voler le pauvre pour en arriver là" ; auteur d'être, en définitive, trop bien né. Si le délinquant "non bourgeois" peut être responsable mais non coupable, le "non-délinquant bourgeois" est nécessairement coupable car nécessairement responsable de ses actes, il ne sera donc pas, lui, accessible au pardon. Or, le casseur, qui est systématiquement d'extrême-gauche et jamais de droite, puisque je soutiens la thèse selon laquelle l'extrême-

droite en France n'existe plus depuis 1945, arbore facilement aux yeux de certains magistrats le statut de la victime. Or, en tant que victime, il ne saurait être sanctionné à la même hauteur qu'un individu épousant plutôt des idées conservatrices car, ce dernier, est nécessairement toujours un peu coupable car appartenant prétendument au camp des "possédants". Pourtant, les études sociologiques démontrent qu'il y a loin de la coupe aux lèvres. En réalité, le patrimoine de notre "bourgeois conservateur" est bien souvent inférieur à celui des casseurs qui sont eux, bien souvent, les vrais "bourgeois post-capitalistes". Pour le dire autrement, pensez-vous que M. Jean-Luc Mélenchon soit une malheureuse victime qui ait à la fois travaillé durement toute sa vie pour s'en sortir et manqué d'argent... ? Ouvrons les yeux et soyons sérieux...

**Jean-Luc Mélenchon a dénoncé des violences policières à Sainte-Soline et a critiqué les BRAV-M. Le soutien de Jean-Luc Mélenchon envers les mouvements de contestation ne ressemblent-ils pas de facto à une incitation à l'insurrection ? Faut-il un cordon sanitaire face à l'extrême gauche et exiger des alliés de LFI qu'ils se décident à être soit en dehors du champ républicain, soit dedans ? Est-il temps de traiter LFI comme le FN l'était du temps de Jean-Marie Le Pen ?**

**Gérald Pandelon :** M. Jean-Luc Mélenchon est un irresponsable politique. Il constitue, à mon sens, un danger pour notre démocratie, pourtant déjà fragile. Ayons le courage de reconnaître que ce n'est ni le RN ni Reconquête qui constituent une menace pour nos droits et libertés mais sans aucun doute possible LFI et ses séides sous l'acronyme de la NUPES. Le RN et Reconquête constituent deux formations qui reprennent l'idéologie politique du RPR des années 80, même si elles diffèrent sur les questions sociales. De plus, les électeurs de ces deux partis constituent d'excellents citoyens, respectueux de nos lois et de nos institutions. Le RN et Reconquête ne cassent rien, LFI, oui. Le RN et Reconquête n'appellent jamais à agresser des policiers, LFI, oui. Etc. Une honnêteté minimale de la part de notre chef de l'Etat consisterait à le reconnaître enfin. Je considère toutefois que notre président, même s'il le pense dans son for intérieur, n'aura jamais le courage de l'avouer. Surtout publiquement... Puis, n'oublions pas que la politique est fondée sur le mensonge, la vérité n'en constituant que l'exception. La position la moins compréhensive demeure toutefois celle des Républicains, pourtant plus sensibles aux débats régaliens depuis l'élection à leur présidence de M. Eric Ciotti. En effet, si l'actuel président de LR est un homme remarquable, on ne comprend toujours pas sa réticence à créer une grande formation des droites incluant le RN et Reconquête. L'argument souvent avancé consiste à répéter qu'il vaut mieux perdre avec ses idées que gagner avec celles des autres. Or, la difficulté c'est qu'il n'existe plus aucune idée chez LR, il s'agit d'un désert sans oasis. J'ai acquis la conviction que LR est mort ou moribond. C'est ainsi que le seul cordon sanitaire qui pourrait être dressé face à LFI serait celui d'une alliance entre le RN, Reconquête et les éléments les plus intelligents de LR, ils sont peu nombreux et ceux qui l'étaient ont trahi en rejoignant LAREM, afin de contrer la montée d'une nouvelle forme d'éco-terrorisme d'autant plus dangereuse qu'elle bénéficiera du soutien d'élus démocratiquement élus.

**Claude Moniquet :** Les déclarations de Jean-Luc Mélenchon sur Sainte-Soline sont hallucinantes. Alors qu'il s'exprimait, on savait déjà que plusieurs arrestations avaient eu lieu pour port d'armes par destination, et que cinq véhicules de gendarmerie avaient été incendiés. Il était donc clair pour tout un chacun que la « violence policière » était une réponse de l'Etat à une situation d'émeutes si ce n'est à une situation quasi-insurrectionnelle. De plus Jean-Luc Mélenchon ne peut ignorer que, comme le disait Max Weber, en démocratie, la seule violence légitime est celle dont l'Etat a le monopole. Et la mise en œuvre de cette violence peut être nécessaire pour rétablir l'ordre qui constitue, en dernière analyse, une protection pour ceux qui utilisent la liberté constitutionnelle d'exprimer leur désaccord en manifestant. Voir un homme qui évoque sans discontinuer « la République » fouler ainsi aux pieds la légalité républicaine est difficile à accepter. Je pense effectivement qu'il y a dans ses propos, une forme sinon d'incitation du moins de justification d'une « insurrection populaire » mythifiée face à un pouvoir qui, à ses yeux, a perdu toute légitimité.

Sur la forme enfin, Jean-Luc Mélenchon trompe son public. Le maintien de « l'ordre à la française » a amplement fait ses preuves. Que l'on se rappelle l'enflamment des banlieues à l'automne 2005 : la répression de 20 soirs d'émeutes et de violences extrêmes n'ont, fort heureusement, donné lieu à aucun décès. A Sainte-Soline, comme dans les émeutes spontanées des derniers jours liées à la contestation de la réforme des retraites, on ne se trouve plus dans le cadre du « maintien de l'ordre » mais dans celui du « rétablissement

» de l'ordre, soit un cran au-dessus. Ce contexte implique l'utilisation de matériels spécifiques – gaz lacrymogènes, canons à eau, « flash-balls », grenades de désencerclement, etc. – destinés à maintenir les émeutiers à distance et à éviter autant que faire ce peu le contact direct entre forces de l'ordre et casseurs. Dans l'ensemble, cette stratégie, qui peut évidemment être encore améliorée, permet d'éviter les chocs les plus brutaux. Evidemment, des accidents sont toujours possibles – surtout si l'on prend en compte la fatigue et la tension des policiers et gendarmes après des jours et des jours d'interventions difficiles – mais, mis à part dans des cas marginaux d'abus manifestes, la responsabilité première en revient à ceux qui enfreignent la loi. Il existe un principe de droit que les émeutiers potentiels feraient bien de ne pas oublier : « nul ne se peut se prévaloir de sa propre turpitude » (*Nemo auditur propriam turpitudinem allegans*) pour réclamer justice : celui qui prend part, sciemment, à une émeute et décide d'affronter la police sait le risque qu'il court...

En tant que citoyen, je pense effectivement que les partis qui ne respectent pas la légitimité républicaine ou incitent à transgresser la loi devraient être marginalisés...

**Jean Petaux :** La France Insoumise a toujours choisi son camp. Celui des manifestants, y compris violents, contre l'Etat. Cela prouve deux choses : LFI n'est pas un parti gouvernement et son leader n'a pas l'étoffe d'un homme d'Etat. Est-ce une découverte ? Bien sûr que non. Pour autant confondre LFI avec le FN modèle Jean-Marie Le Pen ou le RN modèle Marine Le Pen sous prétexte qu'ils cultivent l'un et l'autre ce que Jean-Luc Mélenchon a appelé « le bruit et la fureur » (c'était le cas du père Le Pen, pas de la fille désormais qui s'est rachetée une conduite...), ce serait faire une vraie erreur d'appréciation. La manière avec laquelle Jean-Marie Le Pen a été « traité » (je reprends votre terme) ne l'a pas empêché de figurer au second tour de la présidentielle de 2002, ni, auparavant, à son parti, le FN, d'obtenir 35 sièges à l'Assemblée nationale aux législatives de 1986 (seule fois où la représentation nationale a été calculée à la proportionnelle départementale sous la Cinquième république). Sans cultiver le syllogisme on s'autorisera à espérer que, compte tenu du résultat du « traitement spécial » du FN à l'époque de Jean-Marie Le Pen, particulièrement inefficace pour enrayer sa progression électorale sur 20 ans, il serait préférable que Jean-Luc Mélenchon et LFI ne soient pas « traités » à l'identique... Au risque de surprendre, je dirai que LFI n'est pas en dehors du champ républicain. Son opposition bruyante, vociférante, clivante peut agacer, choquer, insupporter, mais cela demeure un jeu politique. Il ne tient qu'aux adversaires de LFI de trouver les armes de la riposte. Manifestement ils disposent d'une marge de progression... Quant aux alliés de pacotille de LFI : EELV et PS, tous les deux partis croupions empêtrés dans leurs querelles internes, le premier parce qu'il n'est jamais sorti de sa crise adolescente politique, le second parce qu'il a une fin de vie qui n'arrête pas de finir, ils sont destinés à jouer leur meilleur rôle actuel : celui de « d'idiots utiles » au sens marxiste de l'expression. Et à propos de Marx, on notera quand même l'attitude digne et on ne peut plus responsable du Parti Communiste Français. Seule formation d'opposition qui ne semble pas touchée par le virus de la « Vache folle ». Comme quoi il n'est pas inutile d'apprécier la viande... rouge !

**Emmanuel Macron, Gérard Darmanin et Elisabeth Borne vont-ils être en mesure de faire face à ce climat particulièrement violent dans le sillage de la contestation de la réforme des retraites ? Pourront-ils incarner le parti de l'ordre comme lors du mouvement des Gilets jaunes ?**

**Jean Petaux :** Ni Gérard Darmanin ni Elisabeth Borne n'occupaient les fonctions qui sont les leur aujourd'hui au moment de la crise des Gilets Jaunes. Seul Emmanuel Macron a donc le vécu qui convient si l'on peut dire. Que le Président soit tenté d'endosser la tenue du « gardien de l'ordre » (à défaut de celle du « gardien de la paix ») ce n'est pas improbable. Il est à craindre que l'on n'ait pas encore tout vu des conséquences que peut revêtir chez un Président en exercice le fait, comme il l'a dit lui-même, qu'il soit « constitutionnellement empêché » de se représenter en 2027 et qu'il n'a rien à faire d'une impopularité très élevée... Plus encore que ses prédécesseurs (de Gaulle et Mitterrand essentiellement), Macron n'est pas préoccupé par sa succession. On peut même faire l'hypothèse qu'il n'imagine pas du tout qui pourrait lui succéder (avec son aval et son soutien). Il fait partie de ses politiques qui ne se conçoivent pas de dauphin. Soit parce qu'ils ont politiquement « tué » pour emporter le « trophée » : Pompidou envers de Gaulle ; VGE envers Chaban-Delmas ; Sarkozy envers Chirac, Juppé, Villepin, et d'autres encore... ; Macron envers Hollande. Soit parce qu'ils ont sauvé le pays : de Gaulle envers la France. Soit parce qu'ils ont élaboré une stratégie très compliquée, subtile, florentine



et semée d'embûches sur 23 ans, entre 1958 et 1981 : Mitterrand envers lui-même... Ils n'ont donc hérité de rien et ne sont les héritiers de personne. Raison de plus pour ne pas avoir d'héritier à leur tour...

Alors Emmanuel Macron en « bouclier de l'ordre » ? Pourquoi pas ? A condition qu'il réfute la phrase dure mais tellement juste de Raymond Aron à l'égard de Valéry Giscard d'Estaing : « Le drame de Giscard, c'est qu'il ne sait pas que l'histoire est tragique ». Emmanuel Macron n'a pas connu le tragique dans sa vie politique. C'est quand même un problème si on veut se la jouer chef du maintien de l'ordre... Sa principale difficulté aujourd'hui réside sans doute dans le fait qu'il a déjà joué plusieurs de ses atout-maîtres depuis qu'il occupe le fauteuil de de Gaulle et de Mitterrand à l'Elysée, pour se dépêtrer des mauvais cas ou des crises dans lesquels il s'est lui-même, souvent, enfoncé : sûr de lui (affaire Benalla) ; prodigue (gestion financière de la crise des Gilets Jaunes) ; magister de la parole (le Grand débat national) ; chef de guerre (pandémie et confinement) ; nouveau type de Président écologiste et bienveillant (pour sa réélection) ; grand diplomate et négociateur (contacts avec Poutine) ; « Brothers in Arms » (avec Zelensky)... On a presque hâte de voir quel rôle cette moderne réincarnation de Leopoldo Fregoli, le célèbre ventriloque et transformiste italien de l'Entre Deux-guerres, va interpréter en guise de « sortie de crise ».

**Concernant la responsabilité politique de la complaisance qui caractérisait pendant des années l'attitude des politiques face à l'extrême gauche et aux appels à la désobéissance civile (depuis les faucheurs d'OGM etc...), comment justifier que Génération identitaire soit dissoute pour une banderole ou une action pacifique dans les montagnes quand on tolère de telles violences comme à Sainte-Soline de l'extrême gauche militante ?**

**Claude Moniquet :** Cette logique du « deux poids deux mesures » participe à une banalisation de la violence et à une « brutalisation » de la vie politique et sociale. Le principe devrait être simple et absolu: toute action politique est légitime si elle respecte la loi. Si elle ne la respecte pas, même marginalement, elle doit être réprimée, quels que soient les auteurs. Nous pourrions nous inspirer ici du modèle britannique. Personne ne nierait que la Grande-Bretagne soit une grande démocratie. C'est même l'Angleterre qui a inventé la démocratie moderne, et pas la France comme notre légende nationale se plaît à le répéter. Mais le respect des règles et de la loi y est un principe sacré. Il y a quelques semaines des militants écologistes radicaux ont été condamnés à quelques semaines de prison ferme pour avoir, à plusieurs reprises bloqué la circulation au cœur de Londres ou sur des autoroutes. On n'imagine pas une telle sanction chez nous. Et c'est très regrettable. D'une part parce que la loi est la protection de tous et d'autre part parce que tolérer qu'on l'enfreigne en toute impunité, c'est ouvrir la voie à d'autres transgressions qui deviendront de plus en plus graves. Manifestement, l'extrême gauche violente fait peur. Mais il est temps, si nous voulons préserver l'ordre démocratique, que la peur change de camp.

**Gérald Pandelon :** Ce traitement inéquitable et honteux n'est que le fruit de calculs politiques. En effet, la République en Marche aura toujours besoin au second tour de l'élection présidentielle face au RN ou bien, il faut l'espérer, d'une coalition de droite sociale, populaire et conservatrice, du soutien de mouvements d'extrême-gauche, subsumés au sein de la NUPES. Disons le encore différemment : si une personnalité de premier plan réussissait à réunir le camp de la droite populaire représenté par les personnalités précitées, sans oublier un homme également de grande valeur, M. Nicolas Dupont-Aignan, le pays basculerait sans doute définitivement dans ce camp alternatif. Il est donc urgent pour notre actuelle classe politique de saper les fondements de tout ce qui pourrait l'entraver. Autrement dit, une action pacifique de Génération identitaire, dont les membres étaient non-violents, studieux et intelligents, apparaît dans le monde inversé qui est le nôtre, comme infiniment plus dangereuse que des actions à répétitions de groupuscules d'extrême-gauche qui en appellent à la destruction de notre Etat de droit. Aussi, de deux choses l'une. Soit notre président de la République en vient à reconnaître ce que la société civile sait depuis plus de 20 ans, à savoir que ce n'est pas la droite populaire qui constitue un danger mais l'extrême-gauche et alors son camp est battu dans 3 ans, étant précisé que notre chef de l'état ne peut plus se représenter à un troisième mandat ; soit, seconde option, le chef de l'exécutif ainsi que son ministre de l'intérieur ne disent mot et alors ils se réservent encore la possibilité de récupérer au second tour ce "lumpemprolétariat électoral" que constitue la gauche extrême. Dans ces calculs politiques, demeure toutefois la grande oubliée, la seule pourtant qui ne devrait pas l'être car son destin

transcende ou devrait transcender cette micropolitique utilitaire court-termiste, la grande oubliée c'est la France.

**Jean Petaux :** Génération identitaire était un mouvement fascistoïde qui s'est affiché en tant que tel et dont les dirigeants et des militants ont été convaincus d'avoir commis des actions violentes à caractère raciste, antisémite, homophobe. La loi s'est appliquée contre cette formation. Et il ne s'agissait pas d'une simple banderole déployée sur le chemin de l'exode des migrants. Il n'y a aucune indulgence à avoir à l'égard de ce genre d'actes qui ne s'inscrivent pas dans le pacte républicain. Il ne vous aura pas échappé qu'aucune formation politique ou mouvement organisé revendique les incendies de poubelles, les caillassages, les destructions d'agences bancaires et, encore moins, l'incendie de la grande porte du porche de la mairie de Bordeaux. Le propre justement des « casseurs » qui interviennent au milieu de manifestations régulièrement organisées et autorisées, c'est qu'ils ne sont pas affiliés à une quelconque mouvance politique, pas plus d'extrême-gauche que d'extrême-droite. Il est arrivé que des associations d'extrême-gauche soient dissoutes en France, pour atteinte à la sûreté de l'Etat. Ce fut le cas de Ligue Communiste, dissoute en juin 1973 à la suite d'affrontements avec l'organisation d'extrême-droite « Occident ». C'était sous la présidence de Georges Pompidou. Le premier ministre s'appelait Pierre Messmer et son ministre de l'Intérieur Raymond Marcellin. La Ligue Communiste fonctionna clandestinement sous le nom de Front Communiste Révolutionnaire (FCR) et se reforma en 1974 sous le nom de Ligue Communiste Révolutionnaire (jusqu'en 2009 avec la naissance du NPA). Une autre organisation fera beaucoup parler d'elle dans les années 1979-1987 : Action Directe. Cette organisation terroriste, se situant dans la mouvance anarchiste, mélangeant beaucoup de causes ayant au moins en commun d'être idéologiquement positionnées à l'extrême-gauche du spectre politique, a commis au moins 12 meurtres ciblés (dont le PDG de Renault) et fait près d'une trentaine de blessés. Elle a été dissoute pour apologie de la lutte armée par un décret du 24 août 1982 pris en vertu de la loi du 10 janvier 1936 sur les groupes de combat et les milices privées. Action Directe est l'organisation française qui s'est le plus « rapprochée », dans son fonctionnement, des modèles de la Fraction Armée Rouge allemande et des Brigades rouges italiennes. La dissolution n'a strictement servi à rien, puisque le plus grand nombre de ses attentats vont être commis entre 1984 et 1987. En 1982 il s'agissait donc d'une disposition symbolique. Tous les spécialistes de la sécurité intérieure ou du renseignement, luttant contre l'anti-terrorisme, vous le confirmeront : la dissolution d'un groupe factieux est essentiellement une mesure d'affichage pour le grand public. Pour donner le sentiment « que le pouvoir n'est pas inerte ». En termes opérationnels la mesure comporte plus d'inconvénients que d'avantages. Il est bien connu que donner un coup de pied dans la fourmilière n'empêche pas les fourmis de continuer d'agir. Cela rend plus compliqué, en revanche, leur traçabilité...

27 mars 2023 (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2023/03/27/447391-reforme-des-retraites-la-perversite-de-la-lutte-des-classes>

## Réforme des retraites : la perversité de la lutte des classes

Pascal Avot

La vraie perspective du mouvement qui naît sous nos yeux est de rendre la lutte des classes concrète, tangible, vérifiable dans les rues, dans les administrations et dans les entreprises.

Publié le 27 mars 2023

Ce lundi 2 janvier, le journal [Le Figaro titre](#) : « Avec la réforme des retraites, la rentrée sera explosive » et sous-titre : « Le projet présidentiel, qui suscite une vive opposition politique et syndicale, doit être présenté dans une semaine. »

Le début de l'article précise :

« La réforme, qui se présente comme la plus épineuse et explosive des deux quinquennats du président de la République, sera présentée le 10 janvier, malgré une vive opposition politique et syndicale. Le gouvernement avait initialement songé à en dévoiler les contours à la mi-décembre, mais les craintes de grèves pendant les fêtes, de divisions au sein de la majorité et, dans une moindre mesure, de scrutins dans la fonction publique avaient poussé l'exécutif à se laisser un mois de plus. »

### **Surface politico-économique et fond idéologique**

Que faut-il comprendre ? Deux choses. D'abord, que les détails de la réforme restent à officialiser. Ensuite, que les syndicats préparent une période de blocages et de grèves de grande ampleur alors même qu'ils ignorent la teneur exacte du projet. Et ce dernier point est le plus important : peu importe, aux yeux des syndicalistes, l'intention réelle de Macron car l'essentiel est de déclencher une crise majeure.

Quel est le but des syndicats ? Empêcher la réforme, prétendent-ils, et l'empêcher quelle qu'en soit la nature, puisqu'elle est imaginée par un pouvoir « ultralibéral », « à la botte des riches », relevant de la « casse sociale », etc. Il adoptent une posture la plus à gauche possible face à une mesure qu'ils présentent comme la plus à droite possible. Leurs justifications sont politiques et économiques. Mais en réalité leur grande manœuvre en cours est idéologique. Leur objectif réel est de déclencher un nouvel épisode du sempiternel récit de la lutte des classes.

### **La lutte des classes, un mensonge sans fin**

Qu'est-ce que la [lutte des classes](#) ? C'est la guerre civile en temps de paix : l'antichambre de la révolution espérée et prophétisée par les marxistes de toutes obédiences. Les syndicats veulent faire entrer la France et le peuple entier dans une phase d'affrontement maximal, avec paralysie de l'économie, débrayage des services publics, tétanisation de l'activité privée, manifestations de masse, transports en commun bloqués, écoles fermées, hôpitaux en service minimum, voitures qui brûlent, raidissement des forces de l'ordre, CRS qui chargent, indignation des antifascistes, etc.

Un esprit naïf dira qu'ils se lancent dans cette aventure afin d'obtenir, dans le meilleur des cas à leurs yeux, un retrait du projet, ou dans le pire – le plus probable – des concessions du gouvernement et au passage de nouveaux privilèges pour les fonctionnaires. Certes, cela fait intégralement partie de leur plan d'action : les sempiternelles négociations vont mener aux sempiternels avantages catégoriels, lesquels avantages deviendront au fil du temps des acquis indéboulonnables, lesquels acquis aggraveront encore l'inégalité entre travailleurs du public et travailleur du privé et le tout au nom de l'égalité. Les Français connaissent ce scénario par cœur. Oui, ces misérables victoires sont évidemment inscrites dans l'agenda syndicaliste. Mais l'essentiel est ailleurs.

Car la vraie perspective du mouvement qui naît sous nos yeux est de rendre concrète, tangible, vérifiable dans les rues, dans les administrations et dans les entreprises, la lutte des classes.

Ce n'est pas aux lecteurs de Contrepoints que nous l'apprendrons, la lutte des classes est une construction conceptuelle aberrante, une fiction idéologique, un mythe des XIXe et XXe siècles. Pourtant, elle est la seule et unique justification de l'existence de la gauche rouge en général, et des syndicats rouges en particulier. S'il n'y a plus de lutte des classes, il n'y a plus que la droite, le centre et un progressisme sociétal ectoplasmique. Le PCF, la CGT, Sud, et surtout LFI, disparaissent alors instantanément.

La lutte des classes structure la présence des partis et syndicats de gauche, leurs discours, leurs actions, leur espérance, leur colère et leurs ressentiments. Ils n'ont pas d'autre choix que de faire croire qu'elle est une réalité indéniable. Pour eux, elle est une question de survie : un pays sans lutte des classes est un pays sans eux. Ils ne veulent pas mourir.

### **L'œuf empoisonné et la poule perverse**

Fidèles au slogan de [Bakounine](#), « l'esprit de destruction est esprit de création », ils vont donc générer des troubles graves au point de pousser le pouvoir à contre-attaquer, à se montrer violent, ce qui permettra aux manifestants de radicaliser leur combat, aux quartiers populaires de commencer à s'embraser, aux citoyens d'osciller entre la panique, la colère et la ruine : donc, à la théorie de la lutte des classes de se vérifier dans les faits.

Ainsi, le duel auquel nous allons assister – et auquel nous allons, bien malgré nous, participer – n'est-il pas seulement la conséquence d'une théorie aberrante mais également et plus profondément la cause de cette théorie. Dans les semaines qui viennent, gardons bien ce principe en mémoire : ce n'est pas parce qu'il y a la lutte des classes qu'il y a les grèves, mais c'est parce qu'il y a les grèves qu'il y a la lutte des classes.

Une nouvelle fois, et certainement pas la dernière, la gauche va nous enfermer dans son apocalypse imaginaire, et la conséquence en sera une mini-apocalypse, bel et bien matérielle : un appauvrissement général de la nation. Et cela se vérifiera quelle que soit la réforme, qu'elle soit intelligente ou stupide, saine ou toxique, honnête ou cynique.

Il va sans dire que ce ne sera pas une bonne réforme – on connaît Macron. Mais il convient de garder à l'esprit que les grèves n'auront strictement rien à voir avec elle. Elles ne constitueront aucunement une réponse au projet du gouvernement, mais un rituel magique et pervers destiné à donner corps et visibilité au délire de la lutte des classes.

Une nouvelle fois, l'hallucination idéologique va nous tenir dans son étau maléfique.

27 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/marin-de-viry-la-visite-de-charles-iii-annulee-une-victoire-de-plus-pour-l-extreme-gauche-20230326>

## «La visite de Charles III annulée: une victoire de plus pour l'extrême gauche»

Par [Marin De viry](#)

Publié hier à 19:35 , mis à jour hier à 19:35



Marin de Viry. FC

### **TRIBUNE - Pour l'écrivain, le report de la visite du roi d'Angleterre en France montre à quel point la dialectique révolutionnaire de l'extrême gauche donne désormais le ton dans notre pays, jusqu'à balayer toutes les convenances.**

Il y a peu, quand un noble étranger - à plus forte raison le roi d'Angleterre - sonnait à la porte alors qu'on était en pleine engueulade familiale dans la maison, tout rentrait miraculeusement dans l'ordre: l'une réajustait hâtivement son chignon, l'autre tirait sur sa jupe, le troisième renouait sa cravate, le quatrième tapait sur les coussins du canapé, le vieux chien était prestement relégué à la cuisine, et la jeune fille de la maison allait ouvrir avec un sourire avenant et épanoui, renvoyant au visiteur admiratif l'image d'une famille harmonieuse dans une maison aussi accueillante que bien tenue. Mais c'était le monde d'avant Sandrine Rousseau et Jean-Luc Mélenchon. Depuis que l'état d'esprit éruptif qui les habite est répandu dans la société et les médias, tout change: la frontière entre l'intérieur et l'extérieur de la maison est abolie, la querelle intestine et la lutte universelle ne font plus qu'un, le voisin en visite peut se transformer en otage, et l'aspiration révolutionnaire ne connaît plus de limite spatiale. Le linge sale se lave sur la scène du monde: c'est le «no border» appliqué au conflit social. Pour la gauche, il faut que de Paramaribo à Islamabad, nul n'ignore que la France se divise sur le nombre de trimestres permettant d'obtenir une retraite à taux plein.

Le roi d'Angleterre, assimilé aux « tyrans » délogés de leurs infâmes palais par la justice des peuples, devait s'abstenir de provoquer par sa présence notre République incandescente

Le fait que Charles III ne puisse rien pour ou contre sa cause ne l'arrête pas, bien au contraire: il lui suffit que Londres soit à portée d'une mauvaise manière, et que le voyage du monarque puisse être saboté. «Punch line» robespierriste en bandoulière, cette gauche criait qu'il est inutile, voire hostile, de rendre la visite prévue, qu'ici le rôti a brûlé, qu'une révolution est en cours. En conséquence, le roi d'Angleterre, assimilé aux «tyrans» délogés de leurs infâmes palais par la justice des peuples, devait s'abstenir de provoquer par sa présence notre République incandescente, et la laisser à ses pyramides de poubelles et ses sous-débats au Parlement. Cette gauche doit confondre les Windsor avec un numéro vert auquel confier sa colère et son désarroi.

On attend la suite: quand Charles III viendra en France, Alexis Corbière va-t-il arborer l'effigie de la Pucelle sur un T-shirt? Dans les médias, Jean-Luc Mélenchon évoquera-t-il de son air gourmand de demi-habile l'épisode de la mort tragique de lord Talbot à la bataille de Castillon? Brandira-t-il l'étendard de Jeanne d'Arc au sacre de Charles VII? Sandrine Rousseau exigera-t-elle l'application du

décret de la Convention de 1794, ordonnant que le château de Versailles soit destiné à «servir aux jouissances du peuple», et non aux agapes des mâles blancs?

Tout ceci ne pourrait être qu'une ridicule séquence de communication de figures d'extrême gauche pathologiquement soucieuses du nombre de leurs unités de bruit médiatique (UBM). Mais hélas, sa cause est plus profonde: c'est la maladie intellectuelle de la confusion de tout avec tout, qui sévit en ce moment dans la gauche la plus bête du monde. Politiquement incapable, elle renoue logiquement avec le fantasme du coup de balai violent, de la justice immanente, de cette belle Terreur qui rend la vie politique tellement plus imaginative et jouissive... Jouissive comme tout ce qui est à la fois arbitraire, odieux, et incontrôlable.

Pourtant le sujet était simple: la France voulait briller devant le monarque britannique, le recevoir du mieux qu'elle pouvait. C'est une habitude entre États, qu'on peut trouver regrettable quand on aspire aux mœurs rustiques des social-démocraties économes des deniers publics. Mais enfin, il s'agit d'honorer un voisin de deux mille ans, sans lesquelles députés Nupes d'aujourd'hui et nous tous serions peut-être des supplétifs du IIIe Reich, faute d'autre avenir. Que Mme Rousseau lise la *Lettre aux Anglais*, de Bernanos, elle y trouvera peut-être de quoi se mettre à distance de ses propres éructations.

Quand Charles III viendra et regardera par la fenêtre de sa voiture, certaines scènes lui rappelleront ses voyages philanthropiques dans des bidonvilles dévastés de l'hémisphère Sud

Il se trouve que Versailles, palais de nos rois, était une destination plus évidente que l'Élysée, palais de cocottes, pour honorer un souverain étranger. Et puis ce n'est pas comme si le Parlement, la Cour des comptes, les médias et l'opposition ne pouvaient pas exercer, dans notre pays, un commentaire libre ou une éventuelle sanction politique contre les dépenses festives de l'exécutif. Si les députés Nupes veulent envoyer les Windsor au bistrot du coin, qu'ils proposent une loi en ce sens, rien ne les en empêche. Mais hélas non, le débat n'est pas là: le débat réside dans ce scandale, à leurs yeux, que Charles III bénéficie de jolis costumes, de beaucoup de service, de toits magnifiques et du couvert, en vertu de privilèges liés à sa fonction, sans qu'il ait été élu. Ça s'appelle une monarchie constitutionnelle, et personne n'en est mort d'indignation. Mais les députés Nupes, la bêtise en pilotage automatique, détiennent la formule simpliste d'un «victimisme exterminateur» obsessionnel, qui veut que les représentants des classes populaires, c'est-à-dire des victimes de l'injustice par essence, aient le droit de faire la peau au reste de la société, jusqu'en haut. C'est ce droit qu'elle exporte, désormais.

Le comique de l'affaire, c'est que si Charles III avait été un despote aborigène ou un tyran de gauche sud-américain goguette, Sandrine Rousseau et Jean-Luc Mélenchon auraient accueilli la perspective de sa visite avec enthousiasme, considérant qu'il aurait porté les aspirations humaines au progrès. En tout cas, quand Charles III viendra et regardera par la fenêtre de sa voiture, certaines scènes lui rappelleront ses voyages philanthropiques dans des bidonvilles dévastés de l'hémisphère Sud.

---

\**Dernier roman paru: «La Montée des périls», Éditions du Rocher.*

27 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/nicolas-baverez-la-france-empechee-20230326>

## «La France empêchée»

Par [Nicolas Baverez](#)

Publié hier à 19:42 , mis à jour hier à 19:42



Nicolas Baverez. *François BOUCHON/Le Figaro*

**CHRONIQUE - La rupture est désormais actée entre le président et le Parlement, où la survie du gouvernement ne tient plus qu'à un fil, la société civile et les citoyens, ce qui le prive de toute capacité d'action.**

Alors qu'il a débuté son second quinquennat depuis moins d'un an, **Emmanuel Macron se trouve dans une complète impasse. La fausse réforme des retraites - très loin de rétablir l'équilibre du système à l'horizon 2030 - accouche d'une vraie crise politique.** La rupture est désormais actée entre le président et le Parlement, où la survie du gouvernement ne tient plus qu'à un fil, la société civile et les citoyens, ce qui le prive de toute capacité d'action.

L'intervention télévisée du président de la République est exemplaire, qui a cumulé le déni de la réalité, la défausse de ses responsabilités sur Élisabeth Borne - première ministre sacrificielle dont le courage va de pair avec un parfait contre-emploi -, l'absence de décision, de perspective et d'espoir. Négligeant les leçons du mouvement des «gilets jaunes» qui rappelle combien il est difficile d'arrêter la violence une fois libérée, **son seul résultat a été d'enflammer les passions et de favoriser la formation d'une dangereuse coalition entre syndicalistes, travailleurs des secteurs protégés, classes moyennes, étudiants et militants radicaux.** Ce n'est plus seulement l'Assemblée mais **le pays entier qui est en voie de zadification, comme le montre la piteuse annulation de la visite d'État de Charles III d'Angleterre.**

La réforme des retraites est symbolique d'un quinquennat mort-né, euthanasié par le tour de passe-passe d'Emmanuel Macron qui a escamoté la campagne présidentielle avant de se briser sur les élections législatives pour avoir tenté de rééditer la manœuvre. **Un quinquennat placé en apesanteur par l'absence de tout projet pour le pays et annihilé par l'inertie conservée durant les premiers cent jours qui auraient dû être décisifs.** La majorité très relative fait la vérité sur le macronisme qui se résume à la personne d'Emmanuel Macron, aujourd'hui réduit à la solitude et à l'impuissance.

L'échec est à la mesure de l'espoir de renouveau qu'Emmanuel Macron avait porté en 2017. Il est celui **d'un homme, qui a réussi, par son arrogance et son mépris pour les citoyens, à se faire détester dans toutes les strates de la société, tout en contaminant le pays par son relativisme et son nihilisme.** Il est celui **d'une méthode, verticale et centralisée à l'extrême**, qui prétend trancher de tout et décider pour tous depuis l'Élysée, ravalant le gouvernement à une escouade de zombies, le Parlement à un théâtre d'ombres ou un ring de catch, l'État à un conglomérat de courtisans cooptés et les citoyens à

des enfants. Il est celui d'une politique qui a été vidée de toute clarté, de toute cohérence et de toute efficacité **par la tyrannie du «en même temps».**

**Longtemps masquée, la chute de la France est désormais comprise et mesurée par les Français comme par nos partenaires européens, nos alliés et nos ennemis, des djihadistes aux empires autoritaires**

**L'incapacité non seulement à réformer mais à gouverner condamne la France à une descente en vrille.** L'immobilisme se paie comptant: productivité en baisse et croissance nulle ; services publics effondrés ; chômage permanent et paupérisation des Français ; double déficit commercial (7 % du PIB) et public (5 % du PIB) ; dette publique insoutenable de plus de 3000 milliards ; nation atomisée et citoyenneté minée par le clientélisme social ; ascension des populismes. Longtemps masquée, la chute de la France est désormais comprise et mesurée par les Français comme par nos partenaires européens, nos alliés et nos ennemis, des djihadistes aux empires autoritaires.

**Notre pays est programmé pour aller se fracasser contre le mur financier de la dette et le mur politique de l'arrivée au pouvoir de l'extrême droite.** Les Jeux olympiques risquent fort de devenir l'emblème de ce naufrage en tournant au fiasco du fait de l'effondrement de l'État comme du délabrement et de **la tiers-mondisation de Paris**. Une crise politique ne peut avoir d'issue que politique. Une censure du Conseil constitutionnel ou l'aboutissement d'un RIP fourniraient une sortie juridique sans apporter de solution de fond. **Seul un changement radical peut sauver Emmanuel Macron et son quinquennat.**

**Que faire?** Former un gouvernement resserré autour de personnalités fortes pour ne traiter que les questions décisives pour l'avenir du pays et de ses citoyens: **l'augmentation de la production ; la remise à niveau de l'éducation, de la santé et des transports ; la modernisation de l'État ; la mobilité sociale et l'égalité des territoires ; le rétablissement de la sécurité et le réarmement.**

**Avec qui le faire?** Par le rassemblement des forces politiques républicaines, des représentants de la société civile et des citoyens.

**Comment le faire?** Par la transformation de l'état d'esprit et du mode d'exercice du pouvoir, par **la rupture avec l'autoritarisme et la centralisation**. Emmanuel Macron le peut-il encore, c'est possible. **Le veut-il, c'est très improbable. Or un chef d'État écartelé entre la démesure et la peur des citoyens est en grand danger et le pays qu'il dirige avec lui.**



27 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/l-allemande-gagne-son-bras-de-fer-sur-l-automobile-20230326>

## L'Allemagne gagne son bras de fer sur l'automobile

Par [Valérie Collet](#)

Publié hier à 19:02 , mis à jour hier à 19:02



Le chancelier allemand Olaf Scholz, vendredi, au sommet de l'UE, à Bruxelles. *JOHANNA GERON/REUTERS*

### **DÉCRYPTAGE - Berlin a fait plier la Commission européenne sur les carburants synthétiques et a marqué des points contre le nucléaire.**

L'Allemagne s'est imposée. Après trois semaines de psychodrame, provoqué par le refus du gouvernement Scholz de parapher le texte européen sur la fin des ventes de véhicules thermiques neufs en 2035, un accord a été trouvé samedi. La Commission européenne a accepté la proposition de l'Allemagne d'autoriser les voitures à combustion interne au-delà de 2035 à condition qu'elles tournent aux carburants synthétiques.

Une victoire pour le lobby de l'industrie automobile allemande, soutenu par le ministre des Transports du parti libéral (FDP). Outre-Rhin, le groupe Volkswagen, Porsche, BMW mais aussi Bosch, Siemens Energy et de nombreux industriels réunis dans la eFuel Alliance, ont réussi à faire entendre leur voix, dans un contexte de tensions au sein de la coalition au pouvoir. Le règlement sur les émissions de CO<sub>2</sub> des voitures sera soumis aux représentants des vingt-sept pays membres ce lundi à Bruxelles, afin que la législation soit définitivement adoptée lors d'une réunion des ministres de l'Énergie mardi. L'Allemagne continue aussi à batailler contre le nucléaire, face à la France et à une dizaine d'États qui souhaitent la reconnaissance de l'atome pour décarboner l'économie

Les carburants synthétiques sont aujourd'hui extrêmement chers. Fin 2022, la société Zero Petroleum a indiqué commercialiser son bidon de 20 litres de e-fuel à 56.860 euros! Certes, le développement des techniques et la fabrication en plus grands volumes devraient permettre d'en réduire le prix à l'avenir. Mais ils resteront onéreux: les experts de l'automobile les considèrent comme une solution de niche pour les voitures de luxe. Un segment où précisément les Allemands sont puissants, de même que les Italiens (Ferrari) qui soutenaient leur position.

Le compromis suscite des réactions diverses dans le camp français. Pascal Canfin (Renew), président de la commission environnement du Parlement européen, estime que «*la loi selon laquelle 100% des voitures vendues après 2035 devront être zéro émission sera votée inchangée, y compris par l'Allemagne mardi prochain*». Karima Delli (Verts), présidente de la commission transport et tourisme, juge le compromis «*inacceptable*»: «*Les e-fuels ne sont pas neutres en carbone et ils sont mauvais pour la santé*», dit-elle.

## Peu d'avantages pour le nucléaire

L'Allemagne continue aussi à batailler contre le nucléaire, face à la France et à une dizaine d'États qui souhaitent la reconnaissance de l'atome pour décarboner l'économie. Paris a obtenu que le nucléaire soit mentionné dans la proposition de règlement de la Commission européenne en matière de politique industrielle. Mais, en pratique, la filière ne bénéficiera quasiment d'aucun des avantages prévus.

*«Le nucléaire peut jouer un rôle dans les efforts de décarbonation. Mais seules les technologies zéro émission jugées stratégiques pour l'avenir - comme les panneaux solaires, les batteries et les électrolyseurs - auront pleinement accès aux avantages et bénéfices du texte (le "Net Zero Industry Act", NDLR). C'est le cas de technologies nucléaires de pointe dans certains domaines, mais pas tous»,* a déclaré jeudi la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen. Une bataille s'annonce déjà pour remanier le texte, lors des négociations parmi les États membres et au Parlement européen.

27 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/politique/ecologistes-radicaux-melenchonistes-les-fossoyeurs-de-l-ordre-republicain-20230326>

## «Écologistes radicaux, mélenchonistes: les fossoyeurs de l'ordre républicain»

Publié hier à 19:53 , mis à jour hier à 19:53

**L'éditorial de Gaëtan de Capèle, directeur adjoint de la rédaction du *Figaro*.**

Le rejet obsessionnel d'Emmanuel Macron provoquerait-il des troubles de la raison? Cette semaine, des hordes de voyous d'extrême gauche venus de toute l'Europe, entraînés comme des milices paramilitaires, armés jusqu'aux dents, ont déferlé sur la France. Chacun devant son téléviseur a pu assister, médusé, au saccage de plusieurs centres-villes, puis à une attaque d'une violence ahurissante contre les forces de l'ordre à Sainte-Soline.

Dans n'importe quelle démocratie digne de ce nom, ces images choquantes susciteraient une indignation unanime. Un sursaut général pour condamner l'indéfendable. Chez nous, dans une gauche à la dérive, il se trouve des responsables politiques pour justifier, quand ce n'est pas encourager, le chaos. Et quelques médias à l'indignation sélective (que n'aurait-on entendu si l'extrême droite avait été mêlée à l'affaire!) pour oser renvoyer barbares et gendarmes français dos à dos. Ceints de leur écharpe tricolore, ces fossoyeurs de l'ordre républicain prônent quasi ouvertement la sédition

Ce climat insurrectionnel, nous explique-t-on, résulterait d'une colère populaire spontanée contre un président enfermé sur lui-même. Explication simpliste et bien naïve. Sans ignorer ses - nombreux - impairs ni l'hostilité qu'il peut susciter, la fièvre ambiante est surtout l'œuvre des activistes du désordre. L'écologisme radical, d'abord, qui, sous couvert de préoccupations environnementales, n'a en réalité d'autre obsession que d'abattre le capitalisme par tous les moyens, y compris les plus violents. La décroissance, la destruction de l'entreprise et la chasse aux riches sont ses lignes d'horizon.

Le mélenchonisme, ensuite, qui a entraîné toute la gauche française dans un délire révolutionnaire. Le grand Insoumis, relayé par les aboyeurs de la Nupes, refuse le résultat de l'élection présidentielle, rejette la légitimité parlementaire, appelle au soulèvement et justifie toutes les exactions. Le tout avec l'extraordinaire mansuétude de nos bien-pensants. Ceints de leur écharpe tricolore, ces fossoyeurs de l'ordre républicain prônent quasi ouvertement la sédition. Quand ouvrira-t-on les yeux sur leur véritable dessein?